ZChinR

Zeitschrift für Chinesisches Recht

Herausgegeben von der
Deutsch-Chinesischen
Juristenvereinigung e.V.

In Verbindung mit dem
Deutsch-Chinesischen Institut
für Rechtswissenschaft

Und dem Max-Planck-Institut für
ausländisches und internationales
Privatrecht

SUN Yi, Constitutional Review without
Constitutionalism? The Prospects and
Limitations of a Constitutional Review
Mechanism in China

Rainer Burkardt / Jürgen Recha, Das neue
chinesische Datenschutzrecht und die
europäische DSGVO – Ein Rechtsvergleich

Knut Benjamin Piffler, Die Revision des
chinesischen Zivilprozessgesetzes 2021:
Entlastung der Justiz und Beschleunigung des
Verfahrens

Einige Bestimmungen des Obersten Volksgerichts
zur zeitlichen Wirkung bei der Anwendung des
„Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China“

Heft 1/2022

29. Jahrgang, S. 1–102

CAMBRIDGE
UNIVERSITY PRESS

20% Discount *on this title*

Expires 30 June 2022

Chinese Courts and Criminal Procedure

Post-2013 Reforms

Edited by Björn Ahl

University of Cologne

Contrary to the general perception of legal regression under Xi Jinping, this volume presents a more nuanced picture: It combines a wide range of analytical perspectives and themes in order to investigate questions that link institutional changes within the court system and legal environment with developments in criminal procedure law. The first part of the book investigates topics that contextualise institutional and procedural aspects of the law with a focus on various actors in the judiciary and other state and party organs. The second part of the book shifts the perspective to three controversial themes of criminal procedure reform: pre-trial custody review, live witness testimony in court and criminal reconciliation. By shedding light on performance evaluation of judges and interactions of courts and media the final part of the book introduces two sets of contextual factors relevant to the adjudication of criminal cases.

Post-2013 Reforms of the Chinese courts and criminal procedure: an introduction; 1. The meandering path of judicial reform with Chinese characteristics; 2. Dimensions and contradictions of judicial reforms in China; 3. How the Supreme People's Court drafts criminal procedure judicial interpretations; 4. Judicial (dis-)empowerment and centralisation efforts: institutional impacts of China's new supervision commissions; 5. A new model of habeas corpus in China? Procuratorial necessity examination of pre-trial custody; 6. Live witness testimony in the Chinese criminal courts; 7. Blood money and negotiated justice in China; 8. Performance evaluation in the context of criminal justice reform: a critical analysis; 9. From populism to professionalism: the media and criminal justice in China.

July 2021

229 x 152 mm c.350pp

Hardback 978-1-108-83330-1

Original price *Discount price*

£85.00 £68.00

\$110.00 \$88.00

www.cambridge.org/alerts

For the latest in your field

For more information, and to order, visit:

www.cambridge.org/9781108833301

and enter the code AHL2021 at the checkout

IN EIGENER SACHE

- Professor Uwe Blaurock zum Ehrenpräsidenten der DCJV gewählt
(*Bernd-Uwe Stucken*) 5

AUFSÄTZE

- SUN Yi*, Constitutional Review without Constitutionalism? The Prospects and Limitations of a
Constitutional Review Mechanism in China 7
- Rainer Burkardt / Jürgen Recha*, Das neue chinesische Datenschutzrecht und die europäische DSGVO –
Ein Rechtsvergleich 19

KURZE BEITRÄGE

- Knut Benjamin Piffler*, Die Revision des chinesischen Zivilprozessgesetzes 2021: Entlastung der Justiz
und Beschleunigung des Verfahrens 27

DOKUMENTATIONEN

- Zivilprozessgesetz der Volksrepublik China
(*Knut Benjamin Piffler*) 32
- Einige Bestimmungen des Obersten Volksgerichts zur zeitlichen Wirkung bei der Anwendung des
„Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China“
(*Knut Benjamin Piffler*) 89

TAGUNGSBERICHTE

- Virtuelle Tagung am 13./14. Januar 2022: Das System des Zivilrechts: die chinesische Kodifikation
und die Suche nach einem Paradigmenwechsel
(*Maja Ruhl*) 94

ADRESSEN

- Kanzleien mit einer Mitgliedschaft in der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V. 99

Studien zu Recht und Rechtskultur Chinas

Herausgegeben von Prof. Dr. Björn Ahl

Das Strafrechtssystem der Volksrepublik China

Historische Genese und aktuelle Herausforderungen

Herausgegeben von Prof. Dr. Daniel Leese und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Michael Pawlik, LL.M.

2019, Band 7, 419 S., brosch., 109,- €
ISBN 978-3-8487-5578-3
nomos-shop.de/40709

Der Band versammelt in mehreren Einzelbeiträgen die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Tagung zu den Besonderheiten des chinesischen Strafrechtssystems.

Die Grenzen der Notwehr im Strafrecht der Volksrepublik China

Von Dr. Daniel Sprick

2016, Band 6, 374 S., brosch., 99,- €
ISBN 978-3-8487-2768-1
nomos-shop.de/26712

Die Entwicklung des chinesischen Strafrechts mit seinen Brüchen und Beharrungskräften wird in diesem Buch anhand der Notwehr analysiert. Erfragt werden dabei die Strukturen der Notwehr und die Ausformung ihrer Grenzen in Chinas Rechtstradition, Rechtsmodernisierung und im gegenwärtigen Recht Chinas.

Verteidigungsmaßnahmen börsennotierter Aktiengesellschaften gegen feindliche Übernahmen

Ein Vergleich zwischen deutschem und chinesischem Recht

Von Dr. Juan Yang

2015, Band 5, 332 S., brosch., 86,- €
ISBN 978-3-8487-2569-4
nomos-shop.de/25385

Diese Arbeit untersucht aus gesellschafts- und kapitalmarktrechtlicher Perspektive unterschiedliche Verteidigungsstrategien gegen feindliche Übernahmen. Dabei wird das deutsche mit dem chinesischen Recht verglichen, und die jeweiligen Besonderheiten der beiden Rechtssysteme und ihre Ähnlichkeiten werden herausgearbeitet.

Justizreformen in China

Von Prof. Dr. Björn Ahl

2015, Band 4, 379 S., brosch., 99,- €
ISBN 978-3-8487-2034-7
nomos-shop.de/24297

Dieses Buch beschreibt die chinesischen Justizreformen als eine Justizialisierung und nimmt dabei die Rolle des Obersten Volksgerichts in den Blick. Analysiert werden auch die staatlichen Justizprüfungen, welche die parteistaatlichen Anforderungen an die richterliche Rechtsauffassung widerspiegeln.

Professor Uwe Blaurock zum Ehrenpräsidenten der DCJV gewählt

Bernd-Uwe Stucken¹

Am 26. November 2021 wählte die Mitgliederversammlung der DCJV Professor Uwe Blaurock² einstimmig zu ihrem Ehrenpräsidenten – eine gute Wahl, denn ohne seinen beständigen Einsatz über Jahrzehnte gäbe es die Vereinigung in ihrer heutigen Form nicht.

Professor Uwe Blaurock.

Professor Blaurock gehört zu den 12 Gründungsmitgliedern, die 1986 die DCJV aus der Taufe gehoben haben. Seitdem war er ohne Unterbrechung im Vorstand tätig – 35 Jahre bis zu seiner Wahl zum Ehrenpräsidenten. Insgesamt 19 Jahre als Vizepräsident und 16 Jahre als Präsident hat er Aufbau und Wachstum der Vereinigung geprägt wie kein anderes Mitglied.

In den Zeitraum seines Wirkens fallen zahlreiche Errungenschaften, die er maßgeblich angestoßen und begleitet hat. Verwiesen sei auf die eindrucksvolle Zusammenfassung des Werdegangs der DCJV in der ZChinR 2016³ anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens.

¹ Dr., Rechtsanwalt und langjähriger Vize-Direktor am Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaft in Nanjing.

² Zur Vita siehe z.B.: <https://de.wikipedia.org/wiki/Uwe_Blaurock> (zuletzt abgerufen am 12.4.2022).

³ Uwe Blaurock, Rückblick auf 30 Jahre DCJV, in: ZChinR 2016, S. 307 ff.

Unterzeichnung des Gründungsvertrags für das Institut in Nanjing Mai 1988 (in der Aula in Göttingen).

Zu den Errungenschaften zählt unter anderem die „Vereinbarung zum Austausch im Rechtswesen“, die am 25.10.1990 zwischen der Vereinigung und dem Rechtsamt des Staatsrates der VR China abgeschlossen wurde. Sie stellt gewissermaßen den Vorläufer des im Jahre 2000 begonnenen Rechtsstaatsdialogs dar, in den die DCJV nach wie vor fest eingebunden ist.

In der Zeit des Wirkens von Professor Blaurock wurden die grundlegenden Programme und Wirkungsbereiche geschaffen, die heute die Vereinigung prägen, die Jahrestagungen, die Herausgabe der „Zeitschrift für Chinesisches Recht (ZChinR)“, die „Schriften zum chinesischen Recht“, die Gründung von Regionalgruppen und die Bildung der Jungen DCJV.

Arbeitsitzung des Übersetzungsausschusses für deutsche Rechtsliteratur in Beijing 2002.

Viele Erfolge der DCJV sind untrennbar verbunden mit den zahlreichen weiteren China-Aktivitäten von Professor Blaurock. Hervorzuheben ist vor allem die fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaften (vormals Wirtschaftsrecht) in Nanjing. Dessen Gründungsdirektor war Professor Blaurock. Ohne die redaktionelle Betreuung durch das Institut wäre die Herausgabe der ZChinR nicht möglich.

Gleichermaßen bedeutsam ist die Verbindung mit dem Chinesisch-Deutschen Institut für Rechtswissenschaften in Beijing an der China Universität für Politik und Recht. Deren deutscher Kooperationspartner ist ein Netzwerk von mittlerweile sieben Universitäten, das von Freiburg aus betreut wird, an dessen Albert-Ludwigs-Universität Freiburg nicht ohne Zufall Professor Blaurock zuletzt lehrte und deren Emeritus er heute ist.

Die Zusammenarbeit mit China durchläuft immer wieder schwierige Phasen, da eine marxistisch-leninistische Sicht der Welt naturgemäß schwer in Einklang zu bringen ist mit der westlichen liberalen Weltanschauung. Gerade in solchen Phasen hat Professor Blaurock sich beständig und geduldig um den Aufbau und Ausbau des wissenschaftlichen Dialogs bemüht, freundlich und mit dem ihm eigenen Charme, ohne erhobenen Zeigefinger, aber in der Sache auch klar und eindeutig. Bedingung für die Aufnahme des Lehrbetriebs am Deutsch-Chinesischen Institut für Wirtschaftsrecht in Nanjing etwa war die Forderung der Zusage akademischer Freiheit durch die Entscheidungsträger in China. Sie wurde zugestanden und weitgehend auch gewährt.

Die Wahl zum Ehrenpräsidenten erfolgte in Anerkennung der Leistungen für die DCJV. Sie ist sicherlich verbunden mit dem Wunsch, dass Professor Blaurock auch künftig die Arbeit mitprägt, wenngleich nun Führung und Management der Vereinigung in die verantwortungsvollen Hände der Nachfolger übertragen wurden. Vielleicht dürfen wir hier aber ein wenig an die gute chinesische Tradition erinnern, dass ehemalige Amtsträger deutliches Gehör bei den Aktiven finden, die sich den gegenwärtigen Herausforderungen stellen müssen.

Gesamtbild des Übersetzungsausschusses für deutsche Rechtsliteratur in Beijing 2013.

Constitutional Review without Constitutionalism? The Prospects and Limitations of a Constitutional Review Mechanism in China

SUN Yi¹

Abstract

In 2017, Chinese President Xi Jinping announced that China intends to “advance constitutionality review”, and a subsequent 2018 Constitutional Amendment established the National People’s Congress (NPC) Constitution and Law Committee for the purpose of conducting constitutionality review. Along with the official studies currently being carried out, scholarly proposals have also flourished. Together, they depict – though imprecisely – the institutional blueprint. However, far from promoting constitutionalist values, the system is merely instrumental in advancing the core interests of the party state. In addition, its inherent limitations also become apparent after revisiting constitutional review in pre-democratic Taiwan and when considered in light of the current “filing and review” system under the NPC. By developing a typology of constitutional cases, the present paper assesses the chances that the mechanism will function effectively in various case scenarios. It is concluded that constitutionality review is an encouraging, albeit severely limited, indicator of progress in the Chinese party state.

1. Introduction

It is common knowledge that the Chinese Constitution is unenforceable despite being “the highest law of the land.”² The Supreme People’s Court (SPC) has repealed³ its famous *QI Yuling*⁴ decision, which applied the Constitution, whereas the National People’s Congress (NPC) and its Standing Committee have virtually never exercised their constitutional authority⁵ to oversee the implementation of the Constitution.⁶

By contrast, Chinese scholars have for many decades advocated the adoption of various models of constitutional review.⁷ Although the current English literature has supplied valuable understandings from different perspectives,⁸ much of it must now be studied anew

锦光)/WANG Conghu (王丛虎), On the Practice of Constitutional Interpretation in China (论我国宪法解释的实践), in: *Studies in Law and Business* (法商研究), 2009, No. 2, pp. 3–7; ZHOU Wei (周伟), Empirical Study on Constitutional Interpretation Cases (宪法解释案例实证问题研究), in: *China Legal Science* (中国法学), 2002, No. 2, pp. 72–80.

⁷ See generally CAI Dingjian, Constitutional Supervision and Interpretation in the People’s Republic of China, in: *Journal of Chinese Law*, Vol. 9 (1995), pp. 238–43; MO listed the major difficulties scholars had encountered in theorizing constitutional review, MO Jihong, The Constitutional Law of the People’s Republic of China and Its Development, in: *Columbia Journal of Asian Law*, Vol. 23 (2009), pp. 147–58; FU and ZHAI concisely portrayed the current state of constitutional scholarship in China, FU Hualing/ZHAI Xiaobo, What makes the Chinese Constitution socialist?, in: *International Journal of Constitutional Law*, Vol. 16 (2018) pp. 655–59. For the various propositions, see, e. g., BAO Wanchao (包万超), To Establish a Parallel Review Mechanism of a Constitutional Committee and a Chamber on Constitutional Review inside the Supreme Court: An Alternative Idea to Improve China’s Constitutional Review System (设立宪法委员会和最高法院违宪审查庭并行的复合审查制——完善我国违宪审查制度的另一种思路), in: *Legal Science* (法学), 1998, No. 4, pp. 12–16; FEI Shancheng (费善诚), On the Mode Selection of China’s Constitutional Review System (试论我国违宪审查制度的模式选择), in: *Tribune of Political Science and Law* (政法论坛) 1992, No. 2 pp. 2 et seq.; JI Weidong (季卫东), Constitutional Review and the Strengthening of Judicial Power (合宪性审查与司法权的强化), in: *Social Sciences in China* (中国社会科学), 2002, No. 2, pp. 4 et seq.; CAI Dingjian (蔡定剑), Application of the Constitution as Private Law in China (中国宪法实施的私法化之路), in: *Social Sciences in China* (中国社会科学), 2004, No. 2, pp. 56 et seq.; TONG Zhiwei (童之伟), The Application of the Constitution Should Follow the Path Prescribed by the Constitution Itself (宪法适用应依循宪法本身规定的路径), in: *China Legal Science* (中国法学), 2008, No. 6, pp. 22 et seq.

⁸ CAI Dingjian, The Development of Constitutionalism in the Transition of Chinese Society, in: *Columbia Journal of Asian Law*, Vol. 19

¹ Research Associate, Institute of East Asian Studies, University of Cologne; Doctoral Candidate, Institute of International Law, Ludwig Maximilian University of Munich. This work was supported by the Fritz Thyssen Foundation under Grant 10.16.2.008RE.

² 中华人民共和国宪法 (Constitution of the People’s Republic of China), 4 December 1982, <http://www.gov.cn/guoqing/2018-03/22/content_5276318.htm> (visited on 9 November 2021); English translation in: <<http://www.npc.gov.cn/englishnpc/constitution2019/201911/1f65146fb6104dd3a2793875d19b5b29.shtml>> (visited on 9 November 2021), Preface.

³ See 最高人民法院关于废止 2007 年底以前发布的有关司法解释 (第七批) 的决定 (Decision of the Supreme People’s Court on Abolishing the Relevant Judicial Interpretation (Seventh Batch) Issued Before the End of 2007), 18 December 2008, <http://www.npc.gov.cn/zgrdw/npc/xinwen/fztd/sfjs/2008-12/27/content_1465018.htm> (visited on 9 November 2021).

⁴ See 最高人民法院关于以侵犯姓名权的手段侵犯宪法保护的公民受教育的基本权利是否应承担民事责任的批复 (Reply of the Supreme People’s Court on Whether the Infringement of Citizens’ Constitutionally Protected Fundamental Right to Education by Infringing the Right to a Name Should Result in Civil Liability), 24 July 2001, <<http://gongbao.court.gov.cn/Details/635e70e2ab2f5969810116dbdff1f1.html>> (visited on 9 November 2021).

⁵ Constitution of the People’s Republic of China 1982, Arts 62 and 67.

⁶ Some scholars identified a few NPCSC decisions that are of constitutional significance, but they disagreed on whether they should count as constitutional interpretations. See HU Jinguang (胡

following the 19th National Congress of the Chinese Communist Party (CCP, “the Party”). In his report, Chinese President Xi Jinping pronounced that China will “strengthen oversight to ensure compliance with the Constitution” and, for the first time, “advance constitutionality review”.⁹ Official studies started soon after,¹⁰ with journal articles flourishing as well.

Paradoxically, however, “constitutionalism” has become a taboo topic since Xi came to power in 2012. Most revealing in this regard is a secret CCP communiqué denouncing “constitutional democracy” as a Western plot to “undermine the current leadership and the socialism with Chinese characteristics system of governance.”¹¹ ZHANG Xuezhong (张雪忠), a law professor in Shanghai, was even dismissed, allegedly for teaching constitutionalism.¹²

Against the backdrop of this paradox, this paper will try to envisage China’s future constitutional review mechanism, in particular its prospects and limitations. It will first summarize the official blueprint and scholarly proposals and, after a careful examination, unveil the instrumentalist nature of the reform. It will then revisit constitutional review in pre-democratic Taiwan and scrutinize the efficacy of the current “filing and review” (备案审查) system under the National People’s Congress (NPC) to help assess constitutionality review. Further, by developing a typology of constitutional cases, it will evaluate the chances that a provision or mechanism is found unconstitutional in various case scenarios. Finally, the paper will conclude by summarizing the mechanism’s prospects and limitations in China.

(2005), pp. 1 et seq.; *Stéphanie Balme/Michael W Dowdle* (eds), *Building Constitutionalism in China*, New York 2009; *Thomas E Kellogg*, *Constitutionalism with Chinese Characteristics? Constitutional Development and Civil Litigation in China*, in: *International Journal of Constitutional Law*, Vol. 7 (2009), pp. 215 et seq.; *ZHANG Qianfan*, *A Constitution Without Constitutionalism? The Paths of Constitutional Development in China*, in: *International Journal of Constitutional Law*, Vol. 8 (2010), pp. 950 et seq.; *Keith Hand*, *Resolving Constitutional Disputes in Contemporary China*, in: *East Asia Law Review*, Vol. 7 (2012), pp. 51 et seq.; *LIN Yan*, *Constitutional Evolution Through Legislation: The Quiet Transformation of China’s Constitution*, in: *International Journal of Constitutional Law*, Vol. 13 (2015), pp. 61 et seq.; *LIN Yan/Tom Ginsburg*, *Constitutional Interpretation in Lawmaking: China’s Invisible Constitutional Enforcement Mechanism*, in: *The American Journal of Comparative Law*, Vol. 63 (2015), pp. 467 et seq.

⁹ *Xi Jinping*, *Secure a Decisive Victory in Building a Moderately Prosperous Society in All Aspects and Strive for the Great Success of Socialism with Chinese Characteristics for a New Era*, Xinhua, 18 October 2017, <http://www.xinhuanet.com/english/download/Xi_Jinping's_report_at_19th_CPC_National_Congress.pdf> (visited on 9 November 2021), p. 34.

¹⁰ *ZHU Ningning* (朱宁宁), *Upholding Constitutional Authority, How to Break the Ice of Constitutionality Review (维护宪法权威, 合宪性审查如何破局)*, in: *Legal Daily (法制日报)*, 16 January 2018, p. 9.

¹¹ Document 9: A ChinaFile Translation, ChinaFile, 8 November 2013, <<http://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>> (visited on 9 November 2021).

¹² Andrew Jacobs, *Chinese Professor Who Advocated Free Speech Is Fired*, in: *The New York Times*, 11 December 2013, p. A10.

2. Official Commitments

Although Xi’s announcement was the first time the term “constitutionality review” was mentioned in official documents, Chinese leaders, including Xi himself, had emphasized the importance of constitutional supervision and expressed their willingness to strengthen it multiple times.¹³ His most recent announcement is just another such commitment. However, the employment of the term “constitutionality review” for the first time is noteworthy.

Arguably, the term “constitutional supervision” derives from Articles 62 and 67 of the 1982 Chinese Constitution, which can be further traced back to as early as the 1954 Constitution. These provisions have since been referred to as a “constitutional supervision mechanism”,¹⁴ a notion that also encompasses the different varieties of constitutional review systems abroad.¹⁵

Starting in the 1990s, the term “constitutional review” became mainstream because of foreign influence, in particular as a result of the impact of Japanese terminology. However, being literally written as “unconstitutional(ity) review” (违宪审查) in Japanese and Chinese, this creates the impression of a rigorous institution, while “constitutionality review” (合宪性审查) may sound milder and safer.¹⁶ Although the latter might connote a higher degree of deference and a presumption of constitutionality,¹⁷ the distinctions between the two terms are minor. As the term “constitutionality review” has been adopted officially, this little language trick appears to have succeeded in securing acceptance by the Party.

Xi’s commitment was followed by a series of rather quick advancements. A constitutional amendment was adopted in March 2018, which, inter alia, renamed the NPC’s Law Committee (法律委员会) as the Constitution and Law Committee (宪法和法律委员会). This Committee will be in charge of the implementation

¹³ See, e.g., *HU Jintao* (胡锦涛), *Speech at the Capital Conference Commemorating the 20th Anniversary of the Promulgation and Entry into Force of the Constitution of the People’s Republic of China (在首都各界纪念中华人民共和国宪法公布施行二十周年大会上的讲话)*, in: *People’s Daily (人民日报)*, 5 December 2002, p. 1; *CCP Central Committee Decision Concerning Some Key Questions Associated with Comprehensively Advancing Governance According to the Law (中共中央关于全面推进依法治国若干重大问题的决定)*, in: *People’s Daily (人民日报)*, 29 October 2014, p. 1. See also *XIE Libin/Haig Patapan*, *Contesting Legitimacy in China: The Politics of Law in Modern Chinese Jurisprudence*, in: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 46 (2006), pp. 998–99.

¹⁴ See, e.g., *CAI Dingjian*, (supra note 7); *XU Chongde* (许崇德), *On Constitutional Supervision in China (论我国的宪法监督)*, in: *Legal Science (法学)*, 2009, No. 10, pp. 3–9.

¹⁵ *LIN Laifan* (林来梵), “Constitutional Review” in China: Characteristics and Actuality of Generating: From the Perspective of the Tactics for Change of Three Related Terms (中国的“违宪审查”: 特色及生成实态——从三个有关用语的变化策略来看), in: *Zhejiang Social Sciences (浙江社会科学)*, 2010, No. 5, pp. 35–36.

¹⁶ *Ibid*, p. 39.

¹⁷ *WANG Shucheng* (王书成), *The Presumption of Constitutionality and Recognizing the Concept of “Review of Constitutionality”: From Methodological Perspective (合宪性推定与“合宪性审查”的概念认知——从方法论的视角)*, in: *Zhejiang Social Sciences (浙江社会科学)*, 2011, No. 1, pp. 51–59.

of the Constitution, constitutional interpretation, constitutionality review, and raising constitutional awareness, these obligations being in addition to its existing task of reviewing draft bills.¹⁸

The most concrete official blueprint to date was revealed by two newspaper articles after interviews with LIANG Ying, Director of the Office for Filing and Review of Regulations (法规备案审查室) under the Legislative Affairs Commission (法制工作委员会, LAC) of the Standing Committee of the National People's Congress (NPCSC).

LIANG confirmed that the establishment of a constitutionality review system now occupies a vital position in the Party's "law-based governance" (依法治国) program, and, not surprisingly, he made clear that it will be carried out within the framework of the People's Congress system. He also mentioned that the scope of review will cover laws and decisions of the NPCSC, perhaps also Party documents, hence full coverage encompassing all normative documents and possibly some acts as well. It is, however, still questionable how the review of "basic laws" (基本法律) enacted by the NPC is to be done, a topic he appears to have evaded.

Furthermore, he disclosed some major concrete mechanisms currently under internal study. These consist of: *ex ante* advisory opinions on constitutionality, which will allow organs which enact normative documents to seek advisory opinions from the NPCSC on whether the relevant draft is constitutional; a mandatory *ex ante* review of draft bills or decisions concerning legal issues; *ex post* review following recommendations from state organs, citizens, or social organizations. In addition, he also listed a mechanism that would provide "constitutional justifications for major political decisions" as one potential aspect of the review process. Finally, he also pointed out the need to establish supporting mechanisms, such as constitutional implementation reports and a constitutional interpretation mechanism.¹⁹ Many of these measures have also been reaffirmed by Shen Chunyao, vice-chairman of the Constitution and Law Committee.²⁰

¹⁸ CCP Central Committee Issues "Plan for Deepening the Reform of the Party and State Institutions" (中共中央印发《深化党和国家机构改革方案》) in: People's Daily (人民日报), 22 March 2018, p 1; Decision of the Standing Committee of the National People's Congress on the Responsibilities of the Constitution and Law Committee of the National People's Congress (全国人民代表大会常务委员会关于全国人民代表大会宪法和法律委员会职责问题的决定), in: Gazette of the Standing Committee of the National People's Congress of the People's Republic of China (中华人民共和国全国人民代表大会常务委员会公报), 2018, No. 4, pp. 502–03.

¹⁹ See ZHU Ningning (supra note 10); DING Xiaoxi (丁小溪), Advancing Constitutionality Review and Strengthening the Supervision of Constitutional Implementation: Director of the LAC Office for Filing and Review of Regulations of the NPCSC Liang Ying on Constitutional Implementation (推进合宪性审查 加强宪法实施监督——全国人大常委会法工委法规备案审查室主任梁鹰谈宪法实施), Xinhua, 16 May 2018, <http://www.xinhuanet.com/2018-05/16/c_1122843310.htm> (visited on 9 November 2021).

²⁰ SHEN Chunyao (沈春耀), Thoroughly Study and Implement the Spirit of the Important Exposition of General Secretary Xi Jinping on the Constitution, Comprehensively Strengthen Constitutional Implementation and Supervision (深入学习贯彻习近平总书记宪法重要论

These two interviews delineated, albeit very fuzzily, the basic framework of the constitutionality review system. For more details, it is helpful to examine the numerous scholarly proposals, as presented in the next section.

3. Scholarly Proposals

The announcement of constitutionality review was overwhelmingly welcomed and soon sparked a wave of academic discussions, resulting in dozens of journal articles alone. As political decisions have already been made, academia has shifted its focus to institutional design and concrete operational proposals. This section will try to provide an overview but will limit its survey to proposals – published subsequent to the announcement of the reform – that were authored by more prominent legal academics, as they are far more likely to reach high officials and ultimately be adopted, especially when there is consensus. For example, scholars have agreed that a constitutional committee should be established and most were in favour of one in the form of a Special Committee (专门委员会) of the NPC,²¹ which was later adopted by the 2018 Constitutional Amendment.

After scanning the scholarly proposals, one can quickly identify a broad consensus on many issues.

Scholars have agreed on the ways to initiate the review. First, the Constitution and Law Committee may review draft bills or legal decisions *ex officio* prior to the deliberations during NPC or NPCSC sessions, i. e., *ex ante*.²² Second, after their entry into force, i. e., *ex post*, the review is to be initiated per request by state organs, such as the State Council, Central Military Commission, or provincial state organs; it is also to be activated at the request of courts hearing a case, or upon application from parties thereto, provided that their constitutional rights have allegedly been violated, they have exhausted all legal remedies, and time limitations are observed.²³ In addition, a few scholars are also in

述精神全面加强宪法实施和监督), in: People's Daily (人民日报), 23 May 2018, p. 11.

²¹ See, e. g., HU Jinguang (胡锦涛), On the Systematization of Promoting Constitutionality Review (论推进合宪性审查工作的体系化), in: Science of Law (法律科学), 2018, No. 2, p. 34; SUN Yuhua (孙煜华) / TONG Zhiwei (童之伟), Make China's Constitutionality Review System Characteristic and Effective (让中国合宪性审查制形成特色并行有效), in: Science of Law (法律科学), 2018, No. 2, p. 50; HAN Dayuan (韩大元), Some Thoughts on Advancing Constitutionality Review (关于推进合宪性审查工作的几点思考), in: Science of Law (法律科学), 2018, No. 2, p. 63; QIN Qianhong (秦前红), The Significance, Principles and Advancement of Constitutional Review (合宪性审查的意义、原则及推进), in: Journal of Comparative Law (比较法研究), 2018, No. 2, p. 72.

²² See 立法法 (Legislation Law), 15 March 2015, <http://www.npc.gov.cn/zgrdw/npc/dbdhh/12_3/2015-03/18/content_1930713.htm> (visited on 9 November 2021); English translation in: <<https://www.chinalawtranslate.com/en/2015lawlaw/>> (visited on 9 November 2021), Arts 20 and 33.

²³ See HU Jinguang (胡锦涛), Idea of Initiating Constitutional Review Procedural Subject Qualification (论启动合宪性审查程序主体资格的理念), in: Journal of CAG (国家行政学院学报), 2017, No. 6, pp. 36–37; HU Jinguang (胡锦涛), On the "Filtering" Mechanism of Constitutionality Review (论合宪性审查的“过滤”机制), in: China Law Review (中国法律评论), 2018, No. 1, pp. 73–75; HU

favour of empowering NPC deputies, members of the NPCSC, and NPC congress delegations to initiate the procedure²⁴ or of retaining the right of ordinary citizens to petition for initiation as a supervisory tool.²⁵

The mainstream view also holds that constitutionality review and legality review in the form of filing and review should be two separate systems.²⁶ When faced with a concrete case, laws and regulations are first to be presumed constitutional and applied. Then, if their legality and/or constitutionality are disputed, legality review should be conducted first. According to a draft working regulation of the NPCSC, where a conclusion cannot be reached, constitutionality review should follow.²⁷ Additionally, parties may resort to constitutionality review only after exhausting all legal remedies and only if it may affect the result of the case.²⁸ This view was shared among most People's Congress officials attending a conference.²⁹ Similarly, NPC Official Liang Ying also viewed filing and review as a "precondition of constitutionality review."³⁰

Jingguang (supra note 21), pp. 32–34. See also LIN Laifan (林来梵), Constitutional-Political Reflections on Constitutionality Review (合宪性审查的宪法政策论思考), in: *Science of Law (法律科学)*, 2018, No. 2, p. 42; SUN Yuhua/TONG Zhiwei (supra note 21), p. 52; HAN Dayuan (supra note 21), p. 65; QIN Qianhong (supra note 21), p. 74; WANG Wei (王蔚), Coordination Between the Objective Legal Order and Subjective Interests: Perfecting China's Constitutionality Review Mechanism (客观法秩序与主观利益之协调——我国合宪性审查机制之完善), in: *China Law Review (中国法律评论)*, 2018, No. 1, pp. 139–41; JIAO Hongchang (焦洪昌)/YU Wei (俞伟), China Should Establish a Constitutionality Review System for Draft Bills (我国应该建立法律草案合宪性审查制度), in: *Changbai Journal (长白学刊)*, 2018, No. 1, p. 81; TIAN Wei (田伟), The Procedural Types of Constitutionality Review of Norms by the Constitution and Law Committee (宪法和法律委员会规范合宪性审查的程序类型), in: *ECUPL Journal (华东政法大学学报)* 2018, No. 4, p. 29; YU Wenhao (于文豪), Unfolding the Constitutionality Review Responsibilities of the Constitution and Law Committee (宪法和法律委员会合宪性审查职责的展开), in: *China Legal Science (中国法学)*, 2018, No. 6, p. 56.

²⁴ SUN Yuhua/TONG Zhiwei (supra note 21), p. 52.

²⁵ JIAO Hongchang (焦洪昌)/JIANG Su (江溯), On the Dual Nature of the Citizen's Right to Make Suggestions for Constitutional Review in China: Analyses Based on Article 41 of the Constitution' (论我国公民合宪性审查建议权的双重属性——以《宪法》第41条为分析基础), in: *Journal of Political Science and Law (政法论丛)*, 2018, No. 3, p. 21.

²⁶ See, e.g., HAN Dayuan (韩大元), From the Law Committee to the Constitution and Law Committee: An Institutional and Functional Transformation (从法律委员会到宪法和法律委员会: 体制与功能的转型), in: *ECUPL Journal (华东政法大学学报)*, 2018, No. 4, p. 11; HU Jingguang (胡锦涛), On the Significance of the Establishment of the "Constitutional and Legal Committee" (论设立“宪法和法律委员会”的意义), in: *Journal of Political Science and Law (政法论丛)*, 2018, No. 3, p. 7; HU Jingguang (胡锦涛), On the Relationship Between "Filing and Review" and Constitutionality Review (论法规备案审查与合宪性审查的关系), in: *ECUPL Journal (华东政法大学学报)*, 2018, No. 4, pp. 27–28; YU Wenhao (supra note 23), pp. 55–56.

²⁷ ZHU Ningning (朱宁宁), Focusing on Key Issues of Filing and the Review of Normative Documents (聚焦规范性文件备案审查关键问题), in: *Legal Daily (法制日报)*, 16 October 2018, p. 10.

²⁸ HU Jingguang, (supra notes 23), pp. 75–77; (supra note 21), p. 32; (supra note 26), p. 7; (supra note 26), pp. 27–28.

²⁹ ZHU Ningning (朱宁宁), Make Every Effort to Build the Theoretical Framework of Filing and Review under Socialism with Chinese Characteristics (全力构建中国特色社会主义备案审查理论体系), in: *Legal Daily (法制日报)*, 16 October 2018, p. 10.

³⁰ LIANG Ying (梁鹰), Principles and Methods for Advancing Constitutionality Review (推进合宪性审查的原则和方式), in: *Study Times (学习时报)*, 24 December 2018, p. 3.

Under the U.S. and German models, with which Chinese scholars are most familiar, the question of constitutionality arises mostly in the context of concrete cases. Although some scholars point out the need for "unconstitutional as applied" review, whereby an otherwise constitutional legal norm is interpreted or applied in an unconstitutional manner under the individual circumstances,³¹ others are convinced that the examination should only be conducted *in abstracto* because, as legislators, the NPC or NPCSC should not intervene in individual cases.³² This means that even where a constitutionality issue arises out of a concrete legal dispute, its facts will still be essentially irrelevant to the review, leaving the final step of subsumption to courts hearing the case. Similarly, TIAN Wei has argued that *ex post* review by virtue of a court's reference would be more effective, whereas abstract *ex ante* review and constitutional complaints are less practical in China.³³ Further, most scholars are of the opinion that political questions should be exempt from review.³⁴

Scholars also share the consensus that the legal effect of constitutionality review conducted by the Constitution and Law Committee is merely advisory. Due to its position as an NPC Special Committee, the Committee's decisions can only be regarded as recommendations to the NPC or NPCSC, who retain the sole constitutional authority to make final binding decisions.³⁵ Further, QIN Qianhong has maintained that substantive issues concerning leaders in official capacity or "basic laws" must be reserved to the NPC itself.³⁶

If one combines the consensus among scholars with the official blueprint disclosed so far, the future shape of the institution has largely been drawn. Indeed, official commitment and the institutional design appear serious and sincere, and it is becoming concrete. On the other hand, constitutionalism has been denounced by the CCP and became a political taboo. The next chapter will try to explain this seemingly paradoxical situation.

4. Party Leadership rather than Constitutionalism

In spring 2013, following the prior censorship of a *Southern Weekly* New Year's greeting calling for realization of the "dream of constitutionalism in China,"³⁷ a highly ideological and politicized debate on con-

³¹ See DU Qiangqiang (杜强强), On the Constitutionality Review of "Unconstitutionality as Applied": An Analysis Based on Different Types of Unconstitutionality (试论对适用违宪的合宪性审查——基于不同违宪类型的分析), in: *Changbai Journal (长白学刊)*, 2018, No. 1, pp. 87–91.

³² HU Jingguang (supra note 21), p. 34.

³³ TIAN Wei (supra note 23).

³⁴ See, e.g., HU Jingguang, On the 'Filtering' Mechanism (supra note 23), p. 74; QIN Qianhong (supra note 21), pp. 70–71.

³⁵ SUN Yuhua/TONG Zhiwei (supra note 21), p. 56; HAN Dayuan (supra note 21), p. 63.

³⁶ QIN Qianhong (supra note 21), p. 76.

³⁷ See David Bandurski, A New Year's greeting gets the axe in China, China Media Project, 3 January 2013, <<http://chinamediaproject.org/2013/01/03/a-new-years-greeting-gets-the-axe-in-china/>> (visited on 9 November 2021); David Bandurski, Why Southern Weekly said 'No', China Media Project, 11 January 2013,

stitutionalism broke out. Proponents argued that the promotion of constitutionalism is compatible with the party state's ideology; leftist scholars, conversely, criticized the advocacy of constitutionalism as an attempt to introduce Western liberal democracy in China and overthrow party leadership.³⁸

The Party soon identified constitutionalism as a threat. A secret CCP communiqué denounced “constitutional democracy” – understood as “the separation of powers, the multi-party system, general elections, independent judiciaries, nationalized armies, etc” – as a Western plot to “oppose party leadership and implementation of its Constitution and laws” and “undermine the current leadership and the socialism with Chinese characteristics system of governance.”³⁹

Finally, the constitutionalists were cracked down on following Xi's secret speech decrying them as hostile forces propagating universal values, against whom the Party must “unsheathe the sword”.⁴⁰ Law professor ZHANG Xuezhong was even dismissed, allegedly for his writings that championed the protections guaranteed by the Constitution and for teaching constitutionalism in class.⁴¹

Thus, it is no exaggeration to assert that the term “constitutionalism” became a political taboo subsequent to the defeat of the constitutionalists,⁴² to the extent that any publication involving even the slightest mention of it would not be tolerated.⁴³ In 2015, the editorship of a magazine supported by reform-minded party elders, once an important base of constitutionalists, was taken over as well.⁴⁴

Consequently, constitutionality review à la CCP will not be based on classical liberal constitutionalism.⁴⁵ Instead, its cornerstone will be the CCP's leadership, this being a consistent stance of the Party⁴⁶ that was also

made explicit in Xi's address at the CCP 19th National Congress. Constitutionality review is part of the effort to “advance law-based governance”, while party leadership is the “fundamental guarantee” for law-based governance.⁴⁷

Naturally, this also extends to the NPC: “every task of the NPC must serve to strengthen and improve party leadership, consolidate the Party's status as the ruling party, and ensure that the party leads effectively.”⁴⁸ Constitutionality review will be no exception.

According to NPC official LIANG Ying, the objectives of constitutionality review are to “ensure strict obedience to the central authorities, guarantee the correct and effective implementation of the Constitution and laws, uphold the authority and sanctity of the Constitution and laws, maintain the unity of the legal system, and safeguard the lawful rights and interests of the people.”⁴⁹ As WANG Wei has noticed, the focus here is clearly on the unity of laws rather than the protection of rights,⁵⁰ while “obedience” has an even higher place.

LI Fei, chairman of the NPC Constitution and Law Committee, made it more explicit by pledging that “to strengthen the implementation and supervision of the constitution is [...] to adhere to the party's overall leadership and firmly safeguard the Party's central authority and unified leadership with Comrade Xi Jinping being the core.”⁵¹

Thus, the firm rejection of constitutionalism and the simultaneous adoption of constitutionality review are not contradictory: whereas constitutionalism was denounced due to its incompatibility with China's political regime, especially with party leadership, constitutionality review is being introduced exactly as an instrument for strengthening the leadership. “The CCP's leadership is the most essential attribute of socialism with Chinese characteristics”, reads Article 36 of the Constitutional Amendment passed in 2018. Now that party leadership has been enshrined in the Constitution, any attempts to “undermine, oppose, or deny the leadership of the Party are fundamentally unconstitutional and must be repelled and pursued legally.”⁵² The adoption of constitutionality review, once dubious in the eyes of Party leaders,⁵³ indicates that the Party now sees the mechanism as being in its own interest.

<<http://chinamediaproject.org/2013/01/11/why-southern-weekly-said-no/>> (visited on 9 November 2021).

³⁸ Rogier Creemers, China's Constitutionalism Debate: Content, Context and Implications, in: *The China Journal*, Vol. 74 (2015), pp. 94–102; Thomas E. Kellogg, Arguing Chinese Constitutionalism, *The 2013 Constitutional Debate and the “Urgency” of Political Reform*, in: *University of Pennsylvania Asian Law Review*, Vol. 11 (2016), p. 376; Lance L. P. Gore, The Political Limits to Judicial Reform in China, in: *The Chinese Journal of Comparative Law*, 2014, No. 2, pp. 216–18.

³⁹ See Document 9 (supra note 11).

⁴⁰ Creemers (supra note 38) p. 105. See Xi Jinping's 19 August Speech Revealed? (Translation), *China Copyright and Media*, 22 December 2014, <<https://chinacopyrightandmedia.wordpress.com/2013/11/12/xi-jinpings-19-august-speech-revealed-translation/>> (visited on 9 November 2021).

⁴¹ Jacobs (supra note 12).

⁴² See Baogang He, Socialist Constitutionalism in Contemporary China, in: Michael A. Wilkinson/Michael W. Dowdle (eds.), *Constitutionalism beyond Liberalism*, Cambridge 2017, p. 181.

⁴³ TONG Zhiwei (童之偉), *Constitutional Reform in Contemporary China (中國憲制之維新)*, Hong Kong 2016, p. 106.

⁴⁴ WEN Shan (文山), Interview with Du Daozheng: We Cannot Repeat the Mistake of the Southern Weekly (专访杜卓正: 不能重蹈《南方周末》的覆辙), DW, 21 July 2016, <<http://p.dw.com/p/1JTDW>> (visited on 9 November 2021).

⁴⁵ See SHEN Chunyao (supra note 20).

⁴⁶ See Jianfu Chen, The Transformation of Chinese Law: Mark II, in: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 45 (2015), pp. 919–25.

⁴⁷ XI Jinping (supra note 9), p. 32.

⁴⁸ WU Bangguo (吴邦国), Work Report of the Standing Committee of the National People's Congress (全国人民代表大会常务委员会工作报告), in: *Gazette of the Standing Committee of the National People's Congress of the People's Republic of China (中华人民共和国全国人民代表大会常务委员会公报)*, 2009, No. 3, p. 334.

⁴⁹ ZHU Ningning (supra note 10).

⁵⁰ WANG Wei (supra note 23), pp. 135–37.

⁵¹ LI Fei (李飞), Strive to Raise Constitutional Implementation and Supervision to a New Level (努力把宪法实施和监督工作提高到新的水平), in: *Qiushi (求是)*, 2018, No. 11, p. 38.

⁵² Ibid.

⁵³ LIU Songshan, Keith J. Hand (trans.), 1981: Embryonic but Inchoate Designs for a Constitutional Committee, in: *UCLA Pacific Basin Law Journal*, Vol. 33 (2016), pp. 96–107.

And rightly so. Scholars have identified changes in Chinese social sentiment exhibiting a more legalistic attitude towards political legitimacy.⁵⁴ Constitutionality review can be seen as the Party's most recent effort to increasingly emphasize legality and legal legitimation in response.⁵⁵ In so doing, it may also temper criticisms that it is not observing the Constitution, and it may eliminate legitimacy deficits by signalling a progressing reform process.⁵⁶

Additionally, the emphasis on 'strict obedience to the central authorities'⁵⁷ would also lower transaction costs and alleviate principle-agent problems in administration.⁵⁸ In other words, it would better coordinate the internal institutions⁵⁹ and reinforce Xi's efforts to discipline the bureaucracy, thus reducing barriers to economic growth, implementation of central policies, and unnecessary disputes that weaken stability.⁶⁰ Moreover, encouraging people to report local wrongdoings to the central authorities would, in turn, enhance the central government's capacity to supervise local actors and enforce its decisions.⁶¹

Therefore, it is possible to establish a constitutional review system while firmly rejecting the core values of constitutionalism. Although this does not *per se* preclude a proper constitutional review mechanism, it would be impeded by inherent limitations.

According to Party orthodoxy, legislation is the unity of the propositions of the Party and the will of the people. It is hardly imaginable that the NPC, being led by the Party, could review the latter's propositions thoroughly.⁶² Consequently, constitutionality review will be far less involved in the political process.⁶³ Moreover, since Party regulations and decisions play a significant role in everyday politics,⁶⁴ the mechanism could only be truly effective if Party documents were subject to the same scrutiny.

It also raises further questions regarding how the Party should "lead" constitutionality review. The CCP Constitution stipulates that "[t]he Party exercises over-

all leadership over all areas of endeavour in every part of the country".⁶⁵ Of course, party leadership is also to be "exercised at every point in the process and over every dimension of law-based governance",⁶⁶ including constitutionality review, for which a CCP Central Committee for Comprehensive Law-based Governance has been established.⁶⁷ How this leadership is exercised will determine the latitude the NPC Constitution and Law Committee is afforded, which will, in turn, have a significant impact on the efficacy of constitutionality review. QIN Qianhong proposed a twofold approach: the CCP Committee is to decide on the admissibility – and exceptionally also approve the result – of politically sensitive cases; however, for the vast majority of cases, it should respect the rules and procedures and refrain from interference.⁶⁸ In addition, the Party even has its own review mechanisms vis-à-vis party rules, at least on paper,⁶⁹ so coordination and co-operation will be necessary whenever they overlap,⁷⁰ a delicate intermediary task for the Leading Party Members' Group (党组) of the NPC.⁷¹ Nonetheless, this is not simple and straightforward, and only time will tell.

5. Constitutional Review under Authoritarian Rule: The Case of Taiwan

Taiwan's experience with constitutional review before democratization may shed light on Mainland China because of their common historical, political, and cultural heritage. The Qing Dynasty had ruled Taiwan for hundreds of years until its cession to Japan in 1895. Soon after Taiwan's return to China in 1945, the *Kuomintang* government retreated to Taiwan following its defeat in the civil war. Citing the so-called "communist rebellion", Chiang Kai-shek and his son Chiang Ching-kuo exerted authoritarian rule until 1987, when martial law was finally lifted and political freedoms granted. Both the CCP and *Kuomintang* are Leninist parties and claim to be the successor of Sun Yat-sen, the founding father of the Republic of China.

Under the 1946 Republic of China Constitution, the *Judicial Yuan* had the authority to interpret the Constitution and unify the interpretation of laws and orders. The President had the power to nominate and, with

⁵⁴ See LEI Ya-Wen, *The Contentious Public Sphere: Law, Media, and Authoritarian Rule in China*, Princeton 2018.

⁵⁵ For evidence of this increasing emphasis, see ZHANG Taisu / Tom Ginsburg, *China's Turn Toward Law*, in: *Virginia Journal of International Law*, Vol. 59 (2019).

⁵⁶ Keith J. Hand, *An Assessment of Socialist Constitutional Supervision Models and Prospects for a Constitutional Supervision Committee in China: The Constitution as Commander?*, in: John Garrick / Yan Chang Bennett (eds.), *China's Socialist Rule of Law Reforms Under Xi Jinping*, London and New York 2016, p. 35.

⁵⁷ ZHU Ningning (supra note 10).

⁵⁸ ZHANG Taisu / Tom Ginsburg (supra note 55), p. 48.

⁵⁹ LIN Chien-Chih, *Constitutions and Courts in Chinese Authoritarian Regimes: China and Pre-Democratic Taiwan in Comparison*, in: *International Journal of Constitutional Law*, 2016, Vol. 14, p. 370.

⁶⁰ Keith J. Hand (supra note 56), p. 35.

⁶¹ ZHANG Taisu / Tom Ginsburg (supra note 55), p. 49.

⁶² SUN Yuhua and TONG Zhiwei (supra note 21), pp. 53–54.

⁶³ LI Shaowen (李少文), *The Jurisprudential Basis, System Model and Chinese Plan of Constitutional Review (合宪性审查的法理基础、制度模式与中国路径)*, in: *Journal of Comparative Law (比较法研究)*, 2018, No. 2, p. 89.

⁶⁴ See WANG Shucheng, *Emergence of a Dual Constitution in Transitional China*, in: *Hong Kong Law Journal*, Vol. 45 (2015), pp. 836 et seq.

⁶⁵ Constitution of the Communist Party of China, Xinhua, 24 October 2017, <http://www.xinhuanet.com/english/download/Constitution_of_the_Communist_Party_of_China.pdf> (visited on 9 November 2021), 10.

⁶⁶ XI Jinping (supra note 9), p. 19.

⁶⁷ CPC Releases Plan on Deepening Reform of Party and State Institutions, Xinhua, 21 March 2018, <http://www.xinhuanet.com/english/2018-03/21/c_137055471.htm> (visited on 9 November 2021).

⁶⁸ QIN Qianhong (supra note 21), p. 73.

⁶⁹ See Regulations on the Drafting of Party Rules (中国共产党党内法规制定条例), in: *People's Daily (人民日报)*, 28 May 2013, p. 6; Regulations on Filing and Review of Intra-CCP Rules (中国共产党党内法规和规范性文件备案规定), in: *People's Daily (人民日报)*, 28 May 2013, p. 6.

⁷⁰ FAN Jinxue (范进学), *On the Characteristics and Style of China's Constitutional Review System (论中国合宪性审查制度的特色与风格)*, in: *Journal of Political Science and Law (政法论丛)*, 2018, No. 3, p. 17.

⁷¹ See SUN Yuhua / TONG Zhiwei (supra note 21), pp. 55–56.

the consent of the *Control Yuan*, appoint the Grand Justices of the *Judicial Yuan*.⁷² In 1947, a Council of 17 Grand Justices was established and given responsibility for the interpretation of the Constitution.⁷³ Quite naturally, though, they were overwhelmingly *Kuomintang* members.⁷⁴

The first Council (1948–1957) was initially somewhat active⁷⁵ and did not confine itself to the interpretation of specific constitutional provisions.⁷⁶ In Interpretation No. 76 – after the National Assembly, the *Legislative Yuan*, and the *Control Yuan* all claimed to be “legislative” bodies – it was asked to decide which constitutional body was equivalent to western congresses or parliaments and qualified to send delegates to an international inter-parliamentary conference. Confronted with the dilemma, the Council endeavoured to mediate by holding that they were all equivalent to western congresses or parliaments. Still, this interpretation met with the extreme displeasure of the *Legislative Yuan*, which within a year enacted a Council Law that was widely believed to have been “punishment”.⁷⁷

The law restricted the subjects of interpretation to “matters specifically provided for in the constitutional text”, thus curtailing the review power of the Council. It also raised the threshold for rendering a constitutional interpretation to three-fourths of those present, with a quorum of three-fourths of the Grand Justices.⁷⁸

From then on, the Council could only become increasingly deferential, and statistics reveal its utmost impotency. In the first four terms combined (1948–1985), the Council issued only a few dozen constitutional interpretations, out of which even fewer legal provisions were declared unconstitutional: the first three Councils (1948–1976) issued only one such interpretation, which was ignored brazenly and only implemented two decades later.⁷⁹

The statistics also indicate a clear trend whereby the Grand Justices of the second and third terms (1958–1976) were less active compared to their respective

predecessors, both in the number and significance of the interpretations delivered. Only the fourth Council (1976–1985) exhibited increased activism, likely a reaction to the flourishing democratic movements and the changing social atmosphere witnessed during its term.⁸⁰

Therefore, many commentators rightly pointed out that in the authoritarian era the Council can be regarded as a mere instrument of the *Kuomintang* regime that only provided constitutional justifications for that regime. This was evidenced by the fact that it had never accepted a single case challenging the rather dubious constitutionality of the Temporary Provisions legalizing authoritarian rule,⁸¹ which suspended the two-term presidential limitation and enabled the president to govern through decree powers without legislative approval.⁸² Most prominently, the Council upheld the suspension of elections to the National Assembly during times of “national emergency”, which effectively allowed representatives elected on the mainland in 1948 to serve until National Assembly elections were finally held in 1991.⁸³

Nonetheless, the Council attempted, albeit unsuccessfully, to empower itself. As illustrated above, the first Council, to a certain extent more active, suffered from a backlash narrowing its jurisdiction following Interpretation No. 76. In Interpretation No. 86, the second Council sought to expand judicial control over court administration but was rebuffed by the failure of political authorities to comply. In the meantime, this also demonstrated that institutions have particular goals that conflict with each other and tend to expand their own power, no less under the Leninist *Kuomintang* regime, where all political actors were controlled by one party that was unified, disciplined, and hierarchically organized;⁸⁴ however, any such efforts of self-empowerment will likely face resistance, sometimes even discipline, from other institutional actors.

The case of authoritarian Taiwan offers several lessons for contemporary Mainland China. First, when put together, the overall impotency of the *Judicial Yuan* under authoritarian rule and its U-turn towards judicial activism at the dawn of democratization exemplify well the decisive effect of the political environment instead of institutional design. Whatever the institutional design, the practical effect of the Mainland’s constitutionality review must be assessed in light of the political realities of the party state. In particular, the *Judicial Yuan*’s proactive promotion of civil rights since the inception of the fifth Council (1985–) is unlikely on the

⁷² 中華民國憲法 (Constitution of the Republic of China), 1 January 1947, <<https://law.moj.gov.tw/LawClass/LawAll.aspx?pcode=A0000001>> (visited on 9 November 2021); English translation in: <<https://law.moj.gov.tw/ENG/LawClass/LawAll.aspx?pcode=A0000001>> (visited on 9 November 2021), Arts 78–79.

⁷³ See 司法院組織法 (*Judicial Yuan Organization Act*), 23 December 1947, <<https://lis.ly.gov.tw/lglawc/lawsingle?000726E4ABB40000000000000000A00000000200FFFFFD00^04501036122300^000000000000>> (visited on 9 November 2021), Arts 3–4.

⁷⁴ Lawrence Shao-Liang Liu, *Judicial Review and Emerging Constitutionalism: The Uneasy Case for the Republic of China on Taiwan*, in: *The American Journal of Comparative Law*, Vol. 39 (1991), p. 518.

⁷⁵ Tom Ginsburg, *Judicial Review in New Democracies: Constitutional Courts in Asian Cases*, Cambridge 2003, p. 124.

⁷⁶ Lawrence Shao-Liang Liu (supra note 74), p. 524.

⁷⁷ Ibid, p 525; Tom Ginsburg (supra note 75), pp. 130–131.

⁷⁸ See 司法院法官會議法 (Law Governing the Council of Grand Justices of the *Judicial Yuan*), 21 July 1958, <<https://law.judicial.gov.tw/FLAW/hisdata.aspx?lsid=FL000849&ldate=19580721&lsr=001>> (visited on 9 November 2021), Arts 3–4 and 13.

⁷⁹ Lawrence Shao-Liang Liu (supra note 74), p. 527; Tom Ginsburg (supra note 75), pp. 133–34.

⁸⁰ See Tom Ginsburg (supra note 75), p. 125.

⁸¹ Tom Ginsburg, *Constitutional Courts in East Asia: Understanding Variation*, in: *Journal of Comparative Law*, 2008, No. 3, p. 83.

⁸² See 動員戡亂時期臨時條款 (Temporary Provisions Effective During the Period of Communist Rebellion), 18 April 1948, <[https://lis.ly.gov.tw/lglawc/lawsingle?000B55F9AB2F00000000000000000000A000000002000000^04102037041800^000000000000](https://lis.ly.gov.tw/lglawc/lawsingle?000B55F9AB2F0000000000000000000A000000002000000^04102037041800^000000000000)> (visited on 9 November 2021).

⁸³ Lawrence Shao-Liang Liu (supra note 74), p. 524–25.

⁸⁴ Tom Ginsburg (supra note 75), p. 132.

Mainland, as the Party may perceive it as contravening its core interests.⁸⁵

On the other hand, the *Judicial Yuan's* failed attempt at self-empowerment also suggests the possibility that the NPC might seek to expand its power at some point in pursuit of its own institutional interests, notwithstanding the leadership of the Leninist CCP. The SPC's aggrandizement in recent years, including the prominent *QI Yuling* case, have already demonstrated that institutions in the Chinese party state are no exception.⁸⁶ However, such self-empowerment attempts are likely to face a backlash from other state organs and even discipline from the Party, just as Taiwan's case has illuminated, and perhaps to an even more severe degree.

Unlike the *Judicial Yuan*, the NPC Constitution and Law Committee, which is within the legislature, has no constitutional authority itself and hence less institutional independence. Moreover, the composition of the Committee indicates that it is overwhelmingly dominated by NPC and State Council officials, with only two legal academics and one practising lawyer out of the 19 committee members, none of whom are constitutional lawyers.⁸⁷ Altogether, these point to an institution lacking independence and professionalism, a body more susceptible to Party or governmental interference.

6. Efficacy of "Filing and Review"

In order to assess the prospects of constitutionality review, it may be helpful to scrutinize the efficacy of the current "filing and review" system conducted by the NPCSC, a "precondition"⁸⁸ closely related to constitutionality review.

Chapter 5 of the Legislation Law, promulgated in 2000 and amended in 2015, prescribes the filing of administrative regulations (行政法规), local regulations (地方性法规), autonomous regulations and separate regulations (自治条例和单行条例), governmental regulations (规章), and judicial interpretations. Except for governmental regulations, all the above are to be filed with the NPCSC within 30 days of promulgation. More importantly, the NPC is vested with the power to review them.⁸⁹

⁸⁵ See *Ibid.* For detailed analysis, see Chapter 7.

⁸⁶ See ZHANG *Taisu*, *The Pragmatic Court: Reinterpreting the Supreme People's Court of China*, in: *Columbia Journal of Asian Law*, Vol. 25 (2012), p. 1. See also Björn *Ahl*, *Judicialization in Authoritarian Regimes: The Expansion of Powers of the Chinese Supreme People's Court*, in: *International Journal of Constitutional Law*, Vol. 17 (2019), p. 252.

⁸⁷ See Name List of Chairman, Vice Chairmen, and Members of the Constitution and Law Committee of the 13th National People's Congress (第十三届全国人民代表大会宪法和法律委员会主任委员、副主任委员、委员名单), NPC, 13 March 2018, <<http://www.npc.gov.cn/npc/c34456/202010/36e079db23b84378b41ecc4de257c59.shtml>> (visited on 9 November 2021).

⁸⁸ LIANG *Ying* (supra note 30).

⁸⁹ See Legislation Law 2015, Art 99; 各级人民代表大会常务委员会监督法 (Law on the Supervision of Standing Committees of People's Congresses at Various Levels), 27 August 2006, <http://www.npc.gov.cn/wxzl/gongbao/2006-09/26/content_5354987.htm> (visited on 9 November 2021); English trans-

However, figures speak of a mechanism that can hardly be considered effective. For example, among the 3,692 regulations filed during the NPCSC's eighth term (1992–1997), 2,045 were reviewed and 93 were found to contradict the Constitution.⁹⁰ After forwarding its opinions to local People's Congresses, the NPC received feedback in only eight instances, with merely one regulation ultimately being amended.⁹¹ Due to the impractical and heavy workload, the 2000 Legislation Law even abolished *ex officio* review. Although it was reintroduced in the 2015 amendment, the LAC was able to ensure that only State Council regulations and judicial interpretations were reviewed, leaving out thousands of other regulations. The reviews conducted up until 2017 identified five judicial interpretations as potentially in conflict with the Constitution, but only one was rectified. A constitutional contradiction previously discovered in a judicial interpretation took more than seven years to be rectified.⁹²

The passive review conducted either at the request of top state organs or upon the recommendation of other organisations or citizens has also been largely silent. In fact, as vice-director of the LAC, XU Anbiao (许安标) admitted in 2017, not a single document was ever repealed openly.⁹³ Rather, the whole process has been operating mainly behind the scenes: over 100 regulations and judicial interpretations were corrected since 2004 thanks to the mechanism.⁹⁴ No state organs have ever requested a review, whereas citizens have utilized it in varying degrees. During the NPC's 12th term (2012–2017), 1,527 recommendations were made, among which 1,206 were admissible, accounting for 79 per cent;⁹⁵ the corresponding numbers from 2018 were 1,229, 112, and 9.1 per cent, respectively.⁹⁶ However,

lation in: <http://www.npc.gov.cn/zgrdw/englishnpc/Law/2008-01/02/content_1388018.htm> (visited on 9 November 2021), Art 32.

⁹⁰ LIU *Zheng* (刘政), *The First Review of Local Regulations in 1982 and My Thoughts on It (1982 年对地方性法规首次审查及由此想到的)*, *People's Daily Online*, 29 July 2004, <<https://web.archive.org/web/20110107064133/http://www.people.com.cn/GB/14576/28320/35193/35204/2674577.html>> (visited on 9 November 2021).

⁹¹ WEN *Ye* (文晔)/ZHANG *Yixuan* (张意轩), *Constitutional Review Is Still Far Away*, in: *Newsweek (新闻周刊)*, 2004, No. 23, pp. 29–31.

⁹² See SHEN *Chunyao* (沈春耀), *Report of the Legislative Affairs Commission of the Standing Committee of the National People's Congress on the Situation of Filing and Review Since the 12th National People's Congress and in 2017 (全国人大常委会常务委员会关于十二届全国人大以来暨 2017 年备案审查工作情况的报告)*, in: *Gazette of the Standing Committee of the National People's Congress of the People's Republic of China (中华人民共和国全国人民代表大会常务委员会公报)*, 2018, No. 1, p. 127.

⁹³ LAC of the NPCSC Answers Questions About Draft General Provisions of Civil Law and Legislative Work of the NPC (全国人大常委会法工委就民法总则草案与人大立法工作答问), NPC, 9 March 2017, <https://web.archive.org/web/20190626010843/http://www.npc.gov.cn/npc/zhibo/zzzb33/node_27357.htm> (visited on 9 November 2021).

⁹⁴ *Ibid.*

⁹⁵ See SHEN *Chunyao* (supra note 92), p. 126.

⁹⁶ See SHEN *Chunyao*, *Report of the Legislative Affairs Commission of the Standing Committee of the National People's Congress on the Situation of Filing and Review in 2018 (全国人大常委会常务委员会关于 2018 年备案审查工作情况的报告)*, in: *Gazette of the Standing Committee of the National People's Congress of the*

the percentage of cases in which the review ultimately identified a constitutionally problematic regulation or interpretation is unknown. To this day, the LAC has only published 20 such cases, among which 11 are recommendations.⁹⁷

It would be inappropriate to neglect the effects of filing and review completely, but asserting that its efficacy is minimal is hardly an underestimation. After all, laws are excluded from review; and even among the documents subject to review, only those of lower hierarchy were selected. For example, all 20 cases published so far concern local regulations and SPC judicial interpretations,⁹⁸ leaving out State Council regulations and normative documents issued by governments at all levels. Even for documents that are indeed subject to review, the LAC is often so weak that compliance with its opinions mainly depends on the good will of the enacting organs.

Further, openness, a crucial value of any system of constitutional adjudication, is almost non-existent throughout the whole process, and this characterization applies to procedure, admissibility, reasoning, results, and even the parties involved.⁹⁹ Petitioners will either receive no reply at all or, very rarely, a letter informing them of the final determination. In 2018, only 22 petitioners were lucky enough to receive such responses.¹⁰⁰ Although NPC officials are also aware of this deficiency,¹⁰¹ it will be a strenuous task to remedy it.

Furthermore, if one examines the 20 published cases closely, one will soon realize that they are rarely about constitutionality, but rather about the legality and sometimes even the rationality of a certain legal document.¹⁰² While constitutional questions seem to have been avoided intentionally,¹⁰³ the success of complaints often follows a political logic instead of a legal one.

Exemplary is the repeal of Article 24 of the Marriage Law Judicial Interpretation (II), which stipulated that “debts incurred by one spouse shall be paid off jointly, unless the other spouse can prove that the debtor and the creditor agreed that the debt was personal.” Consequently, thousands faced court judgments forcing them to pay off the debts their ex-spouses had accumulated secretly during their marriage. Having lost their appeals and also often petitions to the SPC, affected individuals formed an “Article 24 Victim Support Group”, seeking to have the interpretation an-

People’s Republic of China (中华人民共和国全国人民代表大会常务委
员会公报), 2019, No. 1, pp. 327–32.

⁹⁷ See SHEN Chunyao (supra note 92); SHEN Chunyao (supra note 96).

⁹⁸ Ibid.

⁹⁹ HU Jinguang (supra note 23), p. 66.

¹⁰⁰ See SHEN Chunyao (supra note 96).

¹⁰¹ See LU Yijie (卢义杰) et al., Filing and Review from Behind the Scenes to the Front of the Stage (备案审查制从幕后走到台前), in: China Youth Daily (中国青年报) 13 March 2018, p. 4.

¹⁰² See Wang Kai (王锴), The Distinction and Connection Between Constitutionality, Legality, and Rationality Reviews (合宪性、合法性、适当性审查的区别与联系), in: China Legal Science (中国法学), 2019, No. 1, pp. 5–24.

¹⁰³ LIN Laifan (supra note 23), pp. 38–39.

nulled and their cases reversed.¹⁰⁴ They lobbied NPC representatives and sent out thousands of letters to various government bodies, including nearly 1,000 petitions to the NPC calling for review in accordance with the Legislation Law.¹⁰⁵ Combined with motions by NPC representatives and appeals from legal professionals, their efforts pushed the NPC into coordinating with the SPC, ultimately leading the latter to replace the interpretation with one that shifts the burden of proof to the creditors.¹⁰⁶ Nonetheless, it was only after the judicial interpretation had triggered widespread discontent that the NPC went into action. As opposed to the constitutionality of Article 24, it is reasonable to believe that the deciding factors were the sheer number of petition letters, the close attention paid within and beyond the legal profession, and, most importantly, the political implications these efforts potentially had for the preservation of stability. Still, even in this rare case of success, the repeal took effect only subsequently, thus unable to provide a remedy to the petitioners retrospectively.

The list of problems can continue,¹⁰⁷ but LIN Laifan has summarized four major ones concisely: the reviewing body, LAC, ranks low; the review is inefficient; motivation is low; the decisions are unauthoritative.¹⁰⁸

Scholars have elaborated on the reasons for these problems. The lack of resources is certainly a major reason. With thousands of documents to review every year, the Office for Filing and Review of Regulations has only some 20 staff members.¹⁰⁹ Besides this, the LAC only conducts *ex officio* review *in abstracto*, which makes spotting potential violations more difficult. As argued by WANG Wei, this is because the mechanism is oriented towards the proper allocation of power according to a unified system of law rather than the remedying of citizens’ rights.¹¹⁰ Last but not least, adding to the absence of the LAC’s constitutional authority, the non-confrontational culture within the Chinese society, in particular the bureaucratic state organs,¹¹¹ prompted the LAC to save face for others, as happened in the SUN Zhigang incident, where the

¹⁰⁴ Han Jie, Marriage Law Explanation Stipulates Thousands of Chinese Divorcees to Pay Exes’ Debts, CGTN, 5 June 2017, <https://news.cgtn.com/news/3d416a4e3245444e/share_p.html> (visited on 9 November 2021).

¹⁰⁵ XING Bingyin (邢丙银), Behind the Amendment to Article 24 of the Marriage Law Judicial Interpretation II: Nearly a Thousand Letters Petitioning the LAC for Review (婚姻法司法解释二第 24 条修正背后: 近千封信建议法工委审查), The Paper, 22 January 2018, <<http://www.thepaper.cn/baidu.jsp?contid=1961044>> (visited on 9 November 2021).

¹⁰⁶ WANG Xiuzhong (王秀中), The “Relay” Behind the Amendment to Marriage Law Judicial Interpretation (婚姻法司法解释修改背后的“接力”), in: Southern Metropolis Daily (南方都市报), 1 February 2018, p. 13.

¹⁰⁷ See, e.g., Recording & Review: A Reintroduction, NPC Observer, 30 September 2021, <<https://npcobserver.com/2020/08/18/recording-review-a-reintroduction/>> (visited on 9 November 2021).

¹⁰⁸ LIN Laifan (supra note 23), p. 41.

¹⁰⁹ CUI Li (崔丽), LAC of the NPCSC Establishes Office for Filing and Review of Regulations (全国人大常委会法工委设立法规审查备案室), in: China Youth Daily (中国青年报), 20 June 2004.

¹¹⁰ WANG Wei (supra note 23), pp. 135–37.

¹¹¹ LIN Laifan (supra note 23), p. 44.

State Council repealed the document in question by itself.¹¹²

Almost all these deficiencies will probably be present in constitutionality review as well, as filing and review and constitutionality review will be inter-connected,¹¹³ and the Constitution and Law Committee also lacks the required institutional capacity.

Primarily, as an NPC Special Committee, the Constitution and Law Committee lacks constitutional review authority, so its power is limited to merely advising the NPC or NPCSC. It will also likely face a shortage of personnel. With only 19 committee members mostly working part-time,¹¹⁴ it will have to delegate to the LAC, only to add to the LAC's already heavy workload. Further, pursuant to Article 5(4) of the Constitution, violators of the constitution will be held responsible. Consequently, unconstitutionality carries more gravity than illegality, which will likely make constitutionality review even less confrontational than filing and review so as to avoid the serious implications. The Constitution and Law Committee can be expected to exhibit a high degree of cautiousness and deference to other institutional actors, just as with filing and review.¹¹⁵ These aspects, altogether, cast serious doubt on the prospects for constitutionality review.

7. Prospects in Different Case Scenarios

Based on the above observations, this chapter will attempt to develop a typology of constitutional case scenarios and strive to evaluate the chances of success by dividing potential cases into various categories according to different standards.

As already discussed, constitutionality review is being introduced mainly to ensure "obedience to the central authorities"¹¹⁶ or, in other words, to strengthen party leadership.¹¹⁷ Additionally, from a political perspective, it may also contribute to governmental legitimacy and effective implementation of central policies; coordination between the internal institutions may also see improvements,¹¹⁸ thus lifting barriers to economic growth.¹¹⁹ The prospects for constitutionality review will be contingent upon the extent to which it serves to fulfil these objectives.

First, *ex ante* review will have a better chance in China, where a political culture that avoids confrontation is prevalent. This is particularly true for *ex ante* advisory opinions, whereby the requesting organs will already be showing their respect for the Constitution and a good will to conform thereto by seeking an advisory

opinion in the first place. Further, since the NPC and its Standing Committee have long been reviewing draft bills during their legislative process,¹²⁰ they will be competent to conduct constitutionality review based on practical experience already obtained. Nonetheless, besides the reality that the Constitution is not the most important factor in the deliberation process, the Law Committee has also demonstrated its intentional avoidance of constitutional questions, not to mention that the majority of legal documents, such as regulations and judicial interpretations, are immune from this procedure.¹²¹ These are also likely limitations of *ex ante* constitutionality review.

Second, the Constitution and Law Committee is also expected to provide constitutional justifications for major political decisions.¹²² In such cases, the Committee's decisions will, in effect, be predetermined as soon as a request has been made, since constitutional justifications as such are merely instrumental in clearing the way for those political decisions. One similar precedent is the NPCSC's decision endorsing an arrangement to place an immigration and customs checkpoint inside a high-speed rail station in Hong Kong, allowing the laws of Mainland China to be enforced in part of the station and in running carriages.¹²³ The decision was issued to "provide further constitutional basis" for the arrangement¹²⁴ at a time when many Hong Kong citizens were worried that it could open a Pandora's Box as to Beijing exercising its jurisdiction over Hong Kong.¹²⁵ While such approvals are no doubt highly welcomed by other actors of the party state, they count as anything but constitutional review since the NPC is only supposed to endorse political decisions already made, whatever the legal conclusions.

¹²⁰ LIN Yan/Tom Ginsburg (supra note 8); XING Binwen (邢斌文), Constitutional Review in Deliberations on Draft Laws (论法律草案审议过程中的合宪性控制), in: Tsinghua University Law Journal (清华法学), Vol. 11 (2017), No. 1, pp. 167–88.

¹²¹ XING Binwen, *Ibid.*, pp. 186–87.

¹²² ZHU Ningning (supra note 10).

¹²³ See Decision of the Standing Committee of the National People's Congress on Approving the Co-operation Arrangement between the Mainland and the Hong Kong Special Administrative Region on the Establishment of the Port at the West Kowloon Station of the Guangzhou-Shenzhen-Hong Kong Express Rail Link for Implementing Co-location Arrangement (全国人民代表大会常务委员会关于批准《内地与香港特别行政区关于在广深港高铁西九龙站设立口岸实施“一地两检”的合作安排》的决定), in: Gazette of the Standing Committee of the National People's Congress of the People's Republic of China (中华人民共和国全国人民代表大会常务委员会公报), 2018, No. 1, p. 46.

¹²⁴ Zhang Xiaoming (张晓明), Explanations on the Draft Decision of the Standing Committee of the National People's Congress on Approving the Co-operation Arrangement between the Mainland and the Hong Kong Special Administrative Region on the Establishment of the Port at the West Kowloon Station of the Guangzhou-Shenzhen-Hong Kong Express Rail Link for Implementing Co-location Arrangement (关于对《关于批准〈内地与香港特别行政区关于在广深港高铁西九龙站设立口岸实施“一地两检”的合作安排〉的决定(草案)》的说明), in: Gazette of the Standing Committee of the National People's Congress of the People's Republic of China (中华人民共和国全国人民代表大会常务委员会公报), 2018, No. 1, p. 54.

¹²⁵ LIAN Yi-Zheng, China's Trojan Train Into Hong Kong, in: The New York Times, 27 November 2017, <<https://cn.nytimes.com/opinion/20171127/china-train-hong-kong/dual/>> (visited on 9 November 2021).

¹¹² Verna Yu, Striking a Blow for Freedom, South China Morning Post, 14 May 2013, <<http://www.scmp.com/news/china/article/1236973/blow-freedom-campaign-memory-sun-zhigang-10-years>> (visited on 9 November 2021).

¹¹³ ZHU Ningning (supra note 29).

¹¹⁴ See Name List (supra note 87).

¹¹⁵ LIN Laifan (supra note 23), p. 39.

¹¹⁶ ZHU Ningning (supra note 10).

¹¹⁷ LI Fei (supra note 51).

¹¹⁸ LIN Laifan (supra note 59), p. 370.

¹¹⁹ Keith J. Hand (supra note 56), p. 35.

Ex post review needs to be analysed with reference to the way in which it is initiated. Given that no state organs have ever made a review request pursuant to the Legislation Law, they will also be unlikely to request constitutionality review. State organs can amend their own documents should any doubt arise; if documents of other organs are concerned, they can opt for informal communication to avoid any embarrassment. Even in the unlikely event of a review request, the NPC would still experience inherent difficulties conducting an effective and thorough review due to the lack of a concrete legal context. By contrast, cases referred by courts would be relatively more promising, thanks to both the clear identification of legal issues in concrete cases and the participation of professional judges.¹²⁶ If the channel for citizen petitions remains available, the NPC will likely be flooded by the sheer amount of petitions unless a functional filtering mechanism is established.¹²⁷ In other words, the prospects for citizen petitions depend, to a large extent, on the design of a filtering mechanism.

There are many other factors that also impact the prospects for a certain case. An important one is the level of the norms or institutions concerned. As has already been demonstrated by the filing and review mechanism, the higher a provision is situated in the hierarchy of norms, the less likely it is to be reviewed. Most notably, theoretical obstacles will impede the review of laws, in particular “basic laws” enacted by the NPC. Since the Constitution and Law Committee is a Special Committee within the NPC under the direction of the NPCSC,¹²⁸ any rectification of unconstitutional laws will require the good will of the NPC or its Standing Committee, effectively confining constitutionality review to little more than an internal control mechanism. Moreover, not only does the rectification of an unconstitutional “basic law” fall solely on the NPC itself,¹²⁹ its political implications are also formidable. In the eyes of a former high official and authoritative scholar, such a formal step would indicate a fundamental problem with the state.¹³⁰ Therefore, the best the Constitution and Law Committee could do would be to covertly advise the NPC or its Standing Committee to amend the relevant provisions.

In addition, the prospects for a case will also vary significantly depending on which articles of the Constitution and what constitutional rights have allegedly been violated and, in particular, their political sensitivity. FU and Peerenboom distinguished two types of political cases: (pure) political cases challenging the authority of the ruling regime directly, and politically sensitive cases affecting socio-political stability,

economic growth, China’s international reputation, or broad public interest.¹³¹ While it is difficult to rate each and every provision or right, the political sensitivity of some rights has been indicated clearly in the official Chinese position in reply to the Working Group on the Universal Periodic Review of the Human Rights Council in 2013. China acknowledged its restrictions on the freedom of speech, assembly, association, and religious belief, but it insisted that they are perfectly legal and legitimate.¹³² Therefore, even if the restrictions on these rights could be challenged through constitutionality review, the chances of success would be minimal, if any. The same also applies to socio-economic cases, such as those involving land taking, education, or class action. Moreover, it is unimaginable that any challenge at all could be raised against national security cases involving terrorism, secession, or an alleged endangerment of the state and state secrets.¹³³

Cases where social discontent is triggered and political stability is at stake will be dealt with more cautiously. As with the process of filing and review explained above, if a case receives widespread public attention, the authorities may be motivated to rectify the wrongdoing for fear of popular unrest threatening stability. This, however, is subject to a weighing of interests. For example, in a case where a university graduate died in mysterious circumstances during allegedly illegal police custody, the prosecution decided not to indict the police officers who had “misused force, delayed medical care, concocted facts, concealed the truth, and obstructed the investigations”, despite public anger at the death and subsequent cover-up attempts made by the police.¹³⁴ Compared to popular discontent, the risk of losing the loyalty of the police, who are indispensable for the maintenance of stability, vastly predominates.

To sum up, in the absence of fundamental political reforms, the function of constitutionality review is likely to remain “partial”¹³⁵ and limited in the foreseeable future.¹³⁶ Whereas rights on the “margins of political life” might enjoy some enhancement, challenges to core interests of the party state will definitely not be tolerated.¹³⁷ What is more, in times of threats – whether real

¹³¹ FU Yulin/Randall Peerenboom, A New Analytic Framework for Understanding and Promoting Judicial Independence in China, in: Randall Peerenboom (ed.), *Judicial Independence in China: Lessons for Global Rule of Law Promotion*, Cambridge: 2009, p. 96.

¹³² See Human Rights Council, Report of the Working Group on the Universal Periodic Review: China Addendum, A/HRC/25/5/Add.1, 27 February 2014.

¹³³ See FU Yulin/Randall Peerenboom (supra note 131), p. 96.

¹³⁴ Chris Buckley/Adam Wu, No Trial for Beijing Officers Over Death of Environmentalist in Police Custody, in: *The New York Times*, 24 December 2016, p. A6.

¹³⁵ See WANG Yuhua, *Tying the Autocrat’s Hands: The Rise of The Rule of Law in China*, Cambridge 2014, p. 3.

¹³⁶ See Albert H. Y. Chen, China’s Long March towards Rule of Law or China’s Turn against Law? in: *The Chinese Journal of Comparative Law*, 2016, No. 4, p. 35.

¹³⁷ Tom Ginsburg/Tamir Moustafa, Introduction: The Functions of Courts in Authoritarian Politics, in: *Tamir Moustafa/Tom Ginsburg* (eds.), *Rule by Law: The Politics of Courts in Authoritarian Regimes*, Cambridge 2008, p. 258; Xin He, *The Party’s Leadership as a Living*

¹²⁶ TIAN Wei (supra note 23), pp. 33–35.

¹²⁷ See ZHANG Xiang (张翔), *Constitutional Interpretation (宪法释义学)*, Beijing 2013, pp. 67 et seq.; HU Jinguang (supra note 23), pp. 36–37, 73–75, 32–34; LIN Laifan (supra note 23), p. 44; HAN Dayuan (supra note 21), pp. 63–64; TIAN Wei (supra note 23), pp. 37–38.

¹²⁸ Constitution of the People’s Republic of China 1982, Art 70.

¹²⁹ SUN Yuhua/TONG Zhiwei (supra note 21), p. 52.

¹³⁰ See ZHANG Youyu (张友渔), *Treatises on Constitutionalism (宪政论丛)*, Beijing 1986, p. 292.

or perceived – to such core interests, even this already limited effect may vanish quickly.¹³⁸

8. Conclusion

The CCP has formally denounced constitutionalism as Western and bourgeois. Instead of adhering to constitutionalist values, its introduction of constitutionality review is merely instrumental in the strengthening of party leadership. In addition to assisting the Party in refuting criticisms and eliminating legitimacy concerns, constitutionality review would also help to reinforce the central authority, ensure policy implementation, and improve internal coordination.

Although this instrumentalism does not exclude the possibility of a functional constitutional review system, it will be hampered by serious limitations. A fundamental limitation is party orthodoxy that sees legislation as expressing the will of the Party and the people under its leadership. Moreover, if key Party instruments are to be left out, the review could shrink to superficiality. Further, as the constitutional framework will remain unchanged, the NPC Constitution and Law Committee's deficit in formal constitutional authority is yet another severe limitation. The lessons learned from authoritarian Taiwan and the NPC's filing and review mechanism further presage the weakness of constitutionality review. In the meantime, the NPC Constitution and Law Committee must also endure a heavy workload with very few personnel available. All these factors cast doubt on the prospects for constitutionality review.

Constitution in China, in: *Alberto Simpser/Tom Ginsburg* (eds.), *Constitutions in Authoritarian Regimes*, Cambridge 2013.

¹³⁸ *FU Hualing*, *Wielding the Sword: President Xi's New Anti-corruption Campaign*, in: *Susan Rose-Ackerman/Paul Lagunes* (eds.), *Greed, Corruption, and the Modern State: Essays in Political Economy*, Cheltenham and Northampton 2015, p. 309.

* * *

Constitutional Review without Constitutionalism? The Prospects and Limitations of a Constitutional Review Mechanism in China

Der chinesische Präsident Xi Jinping verkündete im Jahre 2017, China werde „die Verfassungsmäßigkeitsprüfung vorantreiben“, und die Verfassungsänderung des Jahres 2018 etablierte das Komitee des NVK für Verfassung und Recht mit der Zuständigkeit für die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit. Während offizielle Studien hierzu unternommen werden, wurden auch bereits zahlreiche wissenschaftliche Vorschläge vorgebracht. Beide stellen, wenn auch vage, den möglichen institutionellen Rahmen des Systems dar. Allerdings ist das System weit davon entfernt, verfassungsmäßige Werte voranzutreiben, und dient hingegen vor allem den Kerninteressen des Parteistaats. Seine inhärenten Beschränkungen werden zudem im Vergleich mit dem vordemokratischen Taiwan und dem aktuellen „filing and review system“ des NVK offenbar. Mittels einer Typologie verfassungsrechtlicher Fälle werden die Chancen, dass dieses System effektiv funktioniert, vertieft analysiert. Der Artikel kommt zu dem Ergebnis, dass die Verfassungsmäßigkeitsprüfung, trotz ihrer Beschränkungen, einen Fortschritt im chinesischen Parteistaat darstellt.

Das neue chinesische Datenschutzrecht und die europäische DSGVO – Ein Rechtsvergleich

Rainer Burkardt / Jürgen Recha¹

Abstract

Das Gesetz der Volksrepublik China zum Schutz persönlicher Daten (GSPD), welches am 1. November 2021 in Kraft trat, bildet zusammen mit dem Cybersicherheitsgesetz, dem Datensicherheitsgesetz und dem 4. Buch des Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China die rechtliche Grundlage für den Datenschutz in China. Auch wenn das GSPD viele Ähnlichkeiten mit der EU-DSGVO aufweist, so enthält das GSPD auch eine Reihe von Abweichungen, die Verarbeiter persönlicher Daten, einschließlich ausländischer Unternehmen und deren Tochtergesellschaften in China, beachten müssen. Um die Konformität auch mit diesen abweichenden Anforderungen des GSPD sicherzustellen, müssen europäische Datenverarbeiter und deren Tochtergesellschaften in China ihre Datenschutzrichtlinien anpassen und entsprechende Maßnahmen ergreifen, denn eine bloße Übertragung der unternehmensinternen Richtlinien aus der EU nach China ist nicht ausreichend, um Compliance sicherzustellen. Der Artikel gibt einen Überblick über die wichtigsten Pflichten der Datenverarbeiter und stellt die wesentlichsten Unterschiede zwischen dem GSPD und der EU-DSGVO übersichtlich in einer Tabelle dar. Abschließend geben die Autoren Empfehlungen zur Überprüfung, ob und inwieweit Handlungsbedarf besteht, als auch zur Implementierung von technischen und organisatorischen Maßnahmen.

Am 1. November 2021 ist das „Gesetz der Volksrepublik China zum Schutz persönlicher Daten“ (GSPD)² in Kraft getreten. Ähnlich wie die „EU-Datenschutzgrundverordnung“ (DSGVO)³ zielt das GSPD unter anderem darauf ab, persönliche Daten zu schützen und gesetzliche Standards für deren Verarbeitung festzulegen.

Dem Schutz von persönlichen Daten wurde in der Volksrepublik China („VR China“ oder „China“) lange Zeit keine Aufmerksamkeit zuteil und persönliche Daten wurden gesetzlich nur unzureichend geschützt, beispielsweise im Rahmen des Reputationsschutzes nach den „Allgemeinen Grundsätzen des Zivilrechts“⁴ und des Privatrechtsschutzes nach dem „Delikthaftungsrecht der Volksrepublik China“⁵. Erst im „Cybersicherheitsgesetz der Volksrepublik China“ (CybersichG)⁶ (in Kraft seit dem 1. Juni 2017) wurde dem Schutz von persönlichen Daten mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Da elektronische Daten und deren Kontrolle in modernen Geschäftsmodellen eine immer größere Rolle spielen, hat die VR China die Gesetzeslage den wirtschaftlichen, aber vor allem den staatlichen Erfor-

dernissen schnell angepasst und innerhalb nur eines Jahres zwei neue Datenschutzgesetze erlassen und mit dem 4. Buch des „Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China“ (ZGB)⁷ zum ersten Mal Persönlichkeitsrechte definiert.

Anders als Deutschland besitzt China kein vereinheitlichtes Gesetzeswerk für den Schutz von persönlichen Daten. Auch nach dem Inkrafttreten des GSPD sind datenschutzrechtliche Normen in mehreren sich überschneidenden Gesetzen enthalten. Das GSPD ist jedoch die wichtigste und umfassendste Vorschrift für den Schutz persönlicher Daten in China. Zusammen mit dem CybersichG, dem am 1. September 2021 in Kraft getretenen „Datensicherheitsgesetz der Volksrepublik China“⁸ und dem am 1. Januar 2021 in Kraft getretenen 4. Buch des ZGB bildet das GSPD ein umfassendes Regelungsnetz zum Schutz von Daten in China.

Das GSPD gilt grundsätzlich für alle Datenverarbeiter (Individuen und Organisationen einschließlich der ausländisch investierten Unternehmen) in der VR China. Aufgrund der grenzüberschreitenden Wirkung können dem GSPD auch Unternehmen außerhalb Chinas unterliegen, die persönliche Daten von natürlichen Personen innerhalb Chinas mit dem Zweck verarbeiten, natürlichen Personen innerhalb Chinas Waren oder Dienstleistungen anzubieten oder das Verhalten natürlicher Personen innerhalb Chinas zu analysieren oder zu bewerten.

Obwohl das GSPD in vielerlei Hinsicht der DSGVO ähnelt, reicht es für ein gesetzmäßiges Handeln nicht aus, die für die Einhaltung der DSGVO im deutschen Unternehmen getroffenen Maßnahmen einfach auf die

¹ Rainer Burkardt, Head of Practice, Burkardt & Partner Rechtsanwälte in Shanghai; Jürgen Recha, Geschäftsführer, interev GmbH.

² 中华人民共和国个人信息保护法 vom 20.8.2021, chinesisch-deutsche Übersetzung in: ZChinR 2021, S. 286 ff.

³ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG vom 27.4.2016.

⁴ 中华人民共和国民法通则 vom 12.4.1986 in der Fassung vom 27.8.2009; deutsche Übersetzung in: Frank Münzel (Hrsg.), Chinas Recht, 12.4.1986/1.

⁵ 中华人民共和国侵权责任法 vom 26.12.2009, chinesisch-deutsche Übersetzung in ZChinR 2010, S. 41 ff.

⁶ 中华人民共和国网络安全法 vom 7.11.2016, chinesisch-deutsche Übersetzung in ZChinR 2018, S. 113 ff.

⁷ 中华人民共和国民法典 vom 28.5.2020, chinesisch-deutsche Übersetzung in ZChinR 2020, S. 207 ff.

⁸ 中华人民共和国数据安全法 vom 10.6.2021.

chinesische Tochtergesellschaft zu übertragen. Darum ist es erforderlich, dass Unternehmen, die Geschäfte in oder mit China betreiben, ihre Datenschutzmaßnahmen anpassen, um den Datenschutzerfordernissen des GSPD nachzukommen.

Dabei sind insbesondere die nachstehend beschriebenen Unterschiede zwischen GSPD und DSGVO zu beachten:

	GSPD	DSGVO
Die wichtigsten Begrifflichkeitsunterschiede	<ul style="list-style-type: none"> • Verarbeiter persönlicher Daten • Verantwortliche für den Datenschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortliche • Datenschutzbeauftragte
Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung persönlicher Daten	<p>§ 13 GSPD sieht folgende Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktive Einwilligung der betroffenen Person • Abschluss oder Erfüllung eines Vertrags • Gesetzliche Verpflichtung • Behandlung der Notfälle im Bereich der öffentlichen Gesundheit oder unter dringenden Umständen zum Schutz des Lebens, der Gesundheit oder der Sicherheit des Vermögens natürlicher Personen • Öffentliches Interesse • Verarbeitung von durch die betroffene Person oder anders rechtmäßig offengelegten persönlichen Daten in angemessenem Umfang 	<p>Art. 6 DSGVO sieht folgende Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktive Einwilligung der betroffenen Person • Erfüllung eines Vertrags oder Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen • Gesetzliche Verpflichtung • Schutz von lebensnotwendigen Interessen • Öffentliches Interesse • Berechtigtes Interesse des Verantwortlichen oder eines Dritten

	GSPD	DSGVO
Rechte der betroffenen Person	<p>Rechte der betroffenen Person nach dem GSPD (Auszug):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auskunft (§ 44) • Einsichtnahme und Kopieren (§ 45) • Widerruf der Einwilligung (§ 46) • Berichtigung (§ 46) • Datenübertragbarkeit (§ 45) • Einschränkung (§ 44) • Verweigerung (§ 44) • Löschung (§ 47) 	<p>Rechte der betroffenen Person nach der DSGVO (Auszug):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auskunft (Art. 15) • Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3) • Berichtigung (Art. 16) • Datenübertragbarkeit (Art. 20) • Widerspruchsrecht (Art. 21) • Einschränkung (Art. 18) • Löschung (Art. 27)
Sensible persönliche Daten nach dem GSPD und besondere Kategorien personenbezogener Daten nach der DSGVO	<p>§ 28 GSPD – Daten, die im Falle einer Weitergabe oder einer illegalen Verwendung zur Verletzung der Würde der Persönlichkeit natürlicher Personen oder zur Gefährdung der Sicherheit einer Person oder des Vermögens führen können, wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Religion oder Glaube • Medizinische Daten • Biometrische Daten • Bestimmte Identitäten • Finanzkonten • Daten über den Aufenthaltsort • Persönliche Daten von Minderjährigen unter 14 Jahren • Andere persönliche Daten <p>Das GSPD stellt strengere Anforderungen an den Schutz von sensiblen persönlichen Daten.</p>	<p>Art. 9 DSGVO – Daten, die ein hohes Risiko für die Person bedeuten können, wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rassistische und ethnische Herkunft • Politische Meinungen • Religiöse und weltanschauliche Überzeugungen • Gewerkschaftszugehörigkeit • Gesundheit • Sexuelle Orientierung • Genetische und biometrische Angaben <p>Die Verarbeitung personenbezogener Daten aus besonderen Kategorien ist nur in den von der DSGVO vorgesehenen Fällen erlaubt.</p>
Separate Einwilligung der betroffenen Person	<p>Separate Einwilligung der betroffenen Person ist nach dem GSPD erforderlich für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von persönlichen Daten an Dritte (§ 23) • Veröffentlichung von persönlichen Daten (§ 25) • Verarbeitung von sensiblen persönlichen Daten (§ 29) • Grenzüberschreitende Bereitstellung von persönlichen Daten (§ 39) 	<p>Separate Einwilligung nach Art. 6 DSGVO</p> <ul style="list-style-type: none"> • Separate Einwilligung der betroffenen Person muss für verschiedene Verarbeitungszwecke und -vorgänge abgegeben werden.

	GSPD	DSGVO		GSPD	DSGVO
Voraussetzungen für die Benennung eines Verantwortlichen/Datenschutzbeauftragten für den Schutz persönlicher Daten	§ 52 GSPD – Datenverarbeiter müssen einen für den Datenschutz Verantwortlichen benennen, wenn die Menge der verarbeiteten persönlichen Daten einen von der Abteilung für Netzwerke und Informationen (Cyberspace Administration of China – „CAC“) festgelegten Schwellenwert überschreitet.	Art. 37 DSGVO – Datenverarbeiter müssen einen Datenschutzbeauftragten benennen, wenn die Kerntätigkeit der/s Verantwortlichen oder der Auftragsverarbeiter <ul style="list-style-type: none"> • in der Durchführung von Verarbeitungsvorgängen besteht, welche aufgrund ihrer Art, ihres Umfangs und/oder ihrer Zwecke eine umfangreiche regelmäßige und systematische Überwachung von betroffenen Personen erforderlich machen, oder • in der umfangreichen Verarbeitung besonderer Kategorien von Daten oder von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten besteht. 	Compliance Audits	§ 54 GSPD – Datenverarbeiter haben im Hinblick auf die Umstände, wie sie bei der Verarbeitung persönlicher Daten die Gesetze und Verwaltungsvorschriften einhalten, periodisch Compliance Audits vorzunehmen.	Art. 32 Abs. 1 lit. d) DSGVO – Unter Berücksichtigung des Stands der Technik, der Implementierungskosten und der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung sowie der unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen treffen Verantwortliche und Auftragsverarbeiter geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, z. B.: ein Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung.
Einrichtung einer Stelle oder Benennung eines Vertreters in der VR China/EU	§ 53 GSPD – Die dem GSPD unterliegenden Datenverarbeiter außerhalb Chinas sollen eine spezielle Stelle einrichten oder einen Vertreter innerhalb Chinas benennen, die/der für den Schutz persönlicher Daten verantwortlich ist und der zuständigen Behörde den Namen, die Kontaktdaten usw. des speziellen Organs oder des Vertreters mitteilt.	Art. 27 DSGVO – Die nicht in der EU niedergelassenen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter nach Art. 3 Abs. 2 DSGVO sollen in der EU schriftlich einen Vertreter in der EU benennen, es sei denn: <ul style="list-style-type: none"> • die Datenverarbeitung erfolgt nur gelegentlich, • besondere Kategorien personenbezogener Daten werden nicht im großen Umfang verarbeitet, und • die Datenverarbeitung voraussichtlich führt nicht zu einem Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen. 			

	GSPD	DSGVO		GSPD	DSGVO
Voraussetzungen für die Durchführung der Datenschutzfolgenabschätzung	<p>§ 55 GSPD – Die Durchführung der Datenschutzfolgenabschätzung ist verpflichtend für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verarbeitung sensibler persönlicher Daten • Verwendung persönlicher Daten für automatisierte Entscheidungen • Beauftragung anderer mit der Verarbeitung persönlicher Daten • Bereitstellung persönlicher Daten an andere Datenverarbeiter • Offenlegung persönlicher Daten • Grenzüberschreitende Bereitstellung persönlicher Daten und • sonstige Verarbeitungen persönlicher Daten, die schwerwiegende Auswirkungen auf die Rechte und Interessen der betroffenen Personen haben 	<p>Art. 35 Abs. 1 DSGVO – Hat eine Form der Verarbeitung, insbesondere bei Verwendung neuer Technologien, aufgrund der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge, so führt der Verantwortliche vorab eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz personenbezogener Daten durch.</p> <p>Eine Datenschutzfolgenabschätzung ist u. a. in folgenden Fällen erforderlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> • systematische und umfassende Bewertung persönlicher Aspekte natürlicher Personen, die sich auf automatisierte Verarbeitung einschließlich Profiling gründet und die ihrerseits als Grundlage für Entscheidungen dient, die Rechtswirkung gegenüber natürlichen Personen entfalten oder diese in ähnlich erheblicher Weise beeinträchtigen • umfangreiche Verarbeitung besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten oder systematische umfangreiche Überwachung öffentlich zugänglicher Bereiche 	Bedingungen für die Bereitstellung von persönlichen Daten im Ausland	<p>Für die grenzüberschreitende Bereitstellung von persönlichen Daten müssen folgende Bedingungen kumulativ erfüllt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfüllung der Informationspflicht gegenüber der betroffenen Person (Informationen über die Identität und Kontaktdaten des Datenverarbeiters, den Zweck und die Mittel der Datenverarbeitung, die Speicherfrist, die Rechte der betroffenen Person und die Methoden und Verfahren für deren Ausübung, usw. (§ 39) • Erhalt einer separaten Einwilligung der betroffenen Person (Art. 39) • Ergreifen von notwendigen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass die Datenverarbeitung durch den Empfänger im Ausland die im GSPD festgelegten Datenschutzstandards erreicht (§ 38 Abs. 3) <p>und darüber hinaus eine der folgenden Bedingungen (§ 38 Abs. 1):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bestehen der von der CAC organisierten Sicherheitsbewertung • Erhalt einer Zertifizierung zum Schutz persönlicher Daten, die von einem Fachorgan nach den Bestimmungen der CAC durchgeführt wird, oder • Abschluss des von der CAC formulierten Standardvertrags mit dem Empfänger im Ausland 	<p>Nach der DSGVO dürfen personenbezogene Daten in ein Drittland übermittelt werden, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die EU-Kommission die Angemessenheit des Datenschutzniveaus im Drittland festgestellt hat (Art. 45) • Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter geeignete Garantien für den Datenschutz vorgesehen haben (Formulierung von verbindlichen internen Datenschutzvorschriften, Verwendung von durch die EU-Kommission formulierten Standarddatenschutzklauseln, Einhaltung der durch die Aufsichtsbehörde genehmigten verbindlichen internen Datenschutzvorschriften, die für den Verantwortlichen oder den Auftragsverarbeiter rechtsverbindlich und durchsetzbar sind, usw.) (Art. 46 ff.) • eine der in der DSGVO vorgesehenen Ausnahmen vorliegt (Einwilligung der betroffenen Person, Erforderlichkeit zur Vertragserfüllung, Verfolgung von Rechtsansprüchen, Wahrung von Interessen natürlicher Personen usw.) (Art. 49)

	GSPD	DSGVO
Sanktionen	<p>Sanktionen nach dem GSPD (Auszug):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bußgeld von bis zu RMB 50 Mio. (ca. EUR 6,9 Mio.) oder 5 % des Jahresumsatzes (unklar, ob weltweit oder in China erzielter Umsatz) (§ 66 Abs. 2) • Einziehung der illegal erzielten Gewinne • Widerruf der Geschäftslizenz (§ 66 Abs. 2) • Aufzeichnung in der Corporate Social Credit System-Datenbank (§ 67) 	<p>Sanktionen nach der DSGVO (Auszug):</p> <ul style="list-style-type: none"> • (2) Bußgeld von bis zu EUR 10 Mio. oder von bis zu 2 % des gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes (Art. 83 Abs. 4) • (5) Bußgeld von bis zu EUR 20 Mio. oder von bis zu 4 % des gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes (Art. 83 Abs. 5)
Haftung von Verantwortlichen/ Datenschutzbeauftragten und anderen natürlichen Personen	<p>§ 66 GSPD – Neben dem Datenverarbeiter können auch verantwortliche natürliche Personen mit einem Bußgeld von bis zu RMB 1 Mio. (ca. EUR 139.000) bestraft werden.</p> <p>§ 66 GSPD spricht nicht ausdrücklich von einem Verantwortlichen, sondern von der „unmittelbar verantwortlichen Person“ und von „anderen unmittelbar verantwortlichen Personen“. Der Verantwortliche für den Schutz persönlicher Daten kann u. a. zu den „verantwortlichen Personen“ oder zu den „anderen unmittelbar Verantwortlichen“ des Unternehmens gehören.</p>	<p>Art. 82 DSGVO – Nach der DSGVO können für Datenschutzverstöße sowohl juristische als auch natürliche Personen als Verantwortliche oder als Auftragsverarbeiter haften. Verwaltungsrrechtliche Haftung des Datenschutzbeauftragten ist in der DSGVO nicht vorgesehen. Auf der zivilrechtlichen Ebene kann ein Datenschutzbeauftragter gegenüber dem Verantwortlichen für schlechte Beratungsleistungen haften.</p>

Die Compliance-Pflichten der Datenverarbeiter nach dem GSPD

Datenverarbeiter müssen sicherstellen und nachweisen können, dass deren Datenverarbeitung im Einklang mit den Datenschutzprinzipien und aufgrund einer der im § 13 GSPD genannten Rechtsgrundlagen erfolgt.

Soll die Verarbeitung persönlicher Daten aufgrund der Einwilligung der betroffenen Person erfolgen, muss die Einwilligung die im GSPD geregelten Form- und Inhaltsanforderungen erfüllen. Die Einwilligung muss von der betroffenen Person in vollständiger Kenntnis, freiwillig und ausdrücklich gegeben werden. Die bewilligte Datenverarbeitung darf nicht den Rahmen der Einwilligung überschreiten. Obwohl das GSPD keine Formerfordernisse für die Einwilligung zur Ver-

arbeitung von nichtsensiblen persönlichen Daten vorschreibt,⁹ sollen Datenverarbeiter entsprechende Maßnahmen ergreifen, um das Vorliegen der Einwilligung nachweisen zu können. Für die Verarbeitung persönlicher Daten von Minderjährigen unter 14 Jahren ist die Einwilligung der Eltern einzuholen und es sind besondere Regeln für die Verarbeitung dieser Daten zu formulieren.

Vor Beginn der Datenverarbeitung haben Datenverarbeiter umfassenden Informationspflichten (in Form einer Datenschutzerklärung) ggü. der betroffenen Person nachzukommen. Die Datenschutzerklärung soll wahrheitsgemäß, präzise, vollständig und in einer klaren und verständlichen Sprache formuliert und der betroffenen Person in auffälliger Weise zur Kenntnis gebracht werden. Die Datenschutzerklärung soll mindestens die Identität und Kontaktdaten des Datenverarbeiters, den Zweck und die Mittel der Datenverarbeitung, die Speicherfrist, die Rechte der betroffenen Person und die Methoden und Verfahren für deren Ausübung enthalten (§ 17 GSPD).

Datenverarbeiter sind nach dem GSPD an eine Verschwiegenheitspflicht gebunden. Ohne vorherige separate Einwilligung der betroffenen Person dürfen persönliche Daten nicht offengelegt oder an Dritte bereitgestellt werden (§§ 23, 25 GSPD).

Je nach Zweck und Art der Verarbeitung persönlicher Daten, den Kategorien persönlicher Daten, der Auswirkung auf die Rechte und Interessen der betroffenen Person, potenzieller Sicherheitsrisiken usw. sollen Datenverarbeiter folgende Maßnahmen ergreifen, um die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung zu gewährleisten und unbefugten Zugriff, Leckage, Verfälschung oder Verlust von persönlichen Daten zu verhindern (§§ 51, 52 GSPD):

- Formulierung interner Unternehmensrichtlinien und Betriebsprozesse;
- Klassifizierte Verwaltung persönlicher Daten;
- Ergreifung von entsprechenden technischen Sicherheitsmaßnahmen wie Verschlüsselung und De-Identifizierung;
- Festlegung von betriebsinternen Befugnissen für die Verarbeitung persönlicher Daten;
- Durchführung von regelmäßigen Audits;
- Durchführung von regelmäßigen Sicherheitsschulungen und -trainings für Mitarbeiter;
- Festlegung und Umsetzung eines Notfallplans für Sicherheitsvorfälle usw.

⁹ Für die Verarbeitung von sensiblen persönlichen Daten muss nach § 29 GSPD eine separate Einwilligung eingeholt werden. Die Einwilligung zur Verarbeitung von sensiblen persönlichen Daten soll in schriftlicher Form erfolgen, sofern dies durch andere Gesetze oder Verwaltungsvorschriften vorgesehen ist.

Obwohl sich die Pflichten zur Datenschutzfolgenabschätzung nach dem GSPD und der DSGVO ähneln, sind die Verarbeitungstätigkeiten, die eine solche Pflicht auslösen, unterschiedlich. Das GSPD verlangt, im Gegensatz zur DSGVO, dass der Datenverarbeiter auch in den folgenden Fällen eine Datenschutzfolgenabschätzung durchführt: grenzüberschreitende Bereitstellung persönlicher Daten, Beauftragung eines externen Datenverarbeiters, Bereitstellung persönlicher Daten an andere Datenverarbeiter und Offenlegung persönlicher Daten (§ 55 GSPD).

Die Datenschutzfolgenabschätzung ist ex ante durchzuführen und in deren Rahmen soll bewertet werden, ob die Zwecke und Mittel der Verarbeitung persönlicher Daten rechtmäßig, gerechtfertigt und notwendig sind, was die Auswirkungen auf die Rechte und Interessen der betroffenen Personen und die Sicherheitsrisiken sind und ob die getroffenen Schutzmaßnahmen rechtmäßig und wirksam sind und dem Risikoniveau entsprechen (§ 56 GSPD). Im Vergleich zur DSGVO sieht das GSPD keine Pflicht zur Konsultation einer Aufsichtsbehörde vor, wenn die Datenschutzfolgenabschätzung ergibt, dass bestimmte Risiken nicht beseitigt werden können.

Ähnlich wie die DSGVO regelt auch das GSPD die Pflicht zur Aufzeichnung der Verarbeitungstätigkeit. Im Unterschied zur DSGVO sind Datenverarbeiter nach dem GSPD zur Aufzeichnung der Verarbeitungstätigkeiten immer dann verpflichtet, wenn eine der Bedingungen zur Durchführung einer Datenschutzfolgenabschätzung vorliegt. Berichte über eine Datenschutzfolgenabschätzung und die Aufzeichnungen der Verarbeitungstätigkeit müssen mindestens drei Jahre aufbewahrt werden (§ 55 GSPD).

Bei Verarbeitung persönlicher Daten, deren Menge den von der CAC („Cyberspace Administration of China“) festgelegten Schwellenwert überschreitet, ist nach § 52 GSPD ein für den Datenschutz Verantwortlicher zu benennen. Zum Datum der Veröffentlichung dieses Artikels war von der CAC diesbezüglich keine Regelung erlassen und nähere Voraussetzungen für die Benennung des Verantwortlichen bleiben daher abzuwarten.

Datenverarbeiter außerhalb Chinas, auf die das GSPD Anwendung findet, sollen eine spezielle Stelle einrichten oder einen lokalen Vertreter innerhalb Chinas benennen, die/der für den Datenschutz zuständig ist, und zwar unabhängig von der Menge der verarbeiteten persönlichen Daten. Anders als die DSGVO sieht das GSPD keine Ausnahmen von dieser Pflicht vor und ausländische Datenverarbeiter sollen der Pflicht zur Einrichtung einer speziellen Stelle oder Benennung eines lokalen Vertreters innerhalb Chinas nachkommen, ungeachtet der Kategorien der verarbeiteten Daten, der Häufigkeit der Datenverarbeitung oder der Risiken der Datenverarbeitung für Rechte und Freiheiten der betroffenen Person (§ 53 GSPD).

Datenverarbeiter sind verpflichtet, die persönlichen Daten von sich aus oder auf Antrag der betroffenen Person zu löschen, wenn: der mit der Datenverarbei-

tung angestrebte Zweck erreicht ist oder nicht erreicht werden kann, die persönlichen Daten für die Realisierung des Verarbeitungszwecks nicht mehr erforderlich sind, die betroffene Person die Einwilligung widerrufen hat, die persönlichen Daten rechtswidrig verarbeitet werden usw. Ist die durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften vorgeschriebene Aufbewahrungsfrist noch nicht abgelaufen oder ist die Löschung persönlicher Daten technisch schwierig zu realisieren, müssen persönliche Daten nicht gelöscht werden. In diesem Ausnahmefall sind die Verarbeitungsaktivitäten jedoch auf die Speicherung und Ergreifung erforderlicher Sicherheitsmaßnahmen einzuschränken. Andere Verarbeitungsaktivitäten sind nicht erlaubt.

Im Falle eines Datenschutzvorfalles sollen Datenverarbeiter sowohl Abhilfemaßnahmen ergreifen als auch die für den Schutz persönlicher Daten zuständige Behörde und die betroffene Person benachrichtigen. In der Benachrichtigung sind folgende Informationen anzuführen: die Kategorien der persönlichen Daten, die durchgesickert sind, verfälscht oder verloren wurden oder werden könnten, die Ursachen dafür und die Gefahren, die dadurch verursacht wurden bzw. verursacht werden könnten; Abhilfemaßnahmen des Datenverarbeiters persönlicher Daten und Maßnahmen, die die betroffenen Personen zur Schadensmilderung ergreifen können; sowie Kontaktdaten des Datenverarbeiters. Die in der DSGVO vorgesehene Anmeldefrist von 72 Stunden ist im GSPD nicht geregelt. Datenschutzvorfälle müssen unverzüglich angemeldet werden (§ 57 GSPD).

Grenzüberschreitende Bereitstellung persönlicher Daten

Besondere Pflichten gelten für Datenverarbeiter, die persönliche Daten ins Ausland übermitteln. Die grenzüberschreitende Datenübermittlung betrifft vor allem multinationale Unternehmen, die persönliche Daten im Rahmen der Unternehmensgruppe teilen, z. B. Unternehmen, die eine universelle Datenverarbeitungsplattform verwenden, die auch durch die Tochtergesellschaften in China verwendet wird und die in der Unternehmenszentrale im Ausland gehostet wird, oder chinesische Tochterunternehmen, die persönliche Daten ihrer Mitarbeiter (z. B. Name und E-Mail-Adresse) in China oder von Geschäftspartnern in China deren Muttergesellschaft in Deutschland zur Verfügung stellen. In diesen Situationen finden die Regelungen bezüglich grenzüberschreitender Bereitstellung persönlicher Daten entsprechende Anwendung.

Entsprechend dem Prinzip der Datenlokalisierung sind Daten grundsätzlich innerhalb Chinas zu speichern. Persönliche Daten dürfen nur unter kumulativer Erfüllung der folgenden Bedingungen im Ausland bereitgestellt werden:

- Erfüllung der Informationspflicht gegenüber der betroffenen Person. Der Datenverarbeiter soll die betroffene Person über Namen und Kontaktdaten des Datenempfängers, Zwecke und Mittel der

Verarbeitung, Kategorien der persönlichen Daten, Methode und Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person gegenüber dem Datenempfänger usw. informieren (§ 39 GSPD);

- Erhalt einer separaten Einwilligung der betroffenen Person (§ 39 GSPD);
- Ergreifen von notwendigen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass die Datenverarbeitung durch die Empfänger im Ausland den im GSPD festgelegten Datenschutzstandard erreicht (§ 38 Abs. 3 GSPD);
- Durchführung einer Datenschutzfolgenabschätzung (§ 55 GSPD).

Darüber hinaus muss eine der folgenden Bedingungen erfüllt werden (§ 38 Abs. 1 GSPD):

- Bestehen der von der CAC organisierten Sicherheitsbewertung. Die Sicherheitsbewertung ist obligatorisch für CIIOs und Unternehmen, die persönliche Daten verarbeiten, die einen von der CAC noch festzulegenden Schwellenwert überschreiten;
- Erhalt einer Zertifizierung zum Schutz persönlicher Daten, die von einer professionellen Institution nach den Bestimmungen der CAC durchgeführt wird; oder
- Abschluss des von der CAC noch zu formulierenden Standardvertrags mit dem Empfänger im Ausland.

Im Vergleich zur DSGVO enthält das GSPD keine Ausnahmen für die Bereitstellung von persönlichen Daten im Ausland. Keine der in § 38 GSPD geregelten Bedingungen darf durch die Einwilligung der betroffenen Person ersetzt werden. Am 29. Oktober 2021 veröffentlichte die CAC den „Entwurf der Maßnahmen zur Sicherheitsbewertung des grenzüberschreitenden Datentransfers“¹⁰ zur öffentlichen Kommentierung. Dieser definiert den Mechanismus der Sicherheitsbewertung und den Mindestinhalt der Standardverträge.

Die im Juni 2021 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Standardvertragsklauseln regeln in vier Modulen den Datenaustausch zwischen der Europäischen Union und einem Drittland. Im direkten Vergleich zwischen den Regelungen der EU-Standardvertragsklauseln und den restriktiven Vorgaben der VR China zur grenzüberschreitenden Datenübermittlung scheint eine Harmonisierung nur schwer möglich zu sein. Inwieweit ein chinesisches Unternehmen die von einem deutschen Unternehmen vorgelegten EU-Standardvertragsklauseln unterzeichnen wird, ist ebenfalls fraglich. Hier wäre eine Anpassung der Vorgaben auf chinesischer Seite wünschenswert.

Unsere Empfehlungen

1. Überprüfung und Klassifizierung der zu verarbeitenden persönlichen Daten: Im ersten Schritt ist es für Unternehmen wichtig zu verstehen, ob die zu verarbeitenden Daten überhaupt dem GSPD unterliegen. Unternehmen sollten daher alle Daten identifizieren und klassifizieren.
2. Überprüfung der Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung: Da die Verarbeitung von Daten immer auf einer der oben genannten Rechtsgrundlagen beruhen muss, ist es notwendig, für jede Verarbeitungsaktivität eine entsprechende Rechtsgrundlage zu identifizieren. Ein „berechtigtes Interesse“ gilt nach dem GSPD nicht als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung persönlicher Daten.
3. Bewertung der Datenschutzrisiken nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe.
4. Analyse des Datenflusses: Überprüfung, wo, wie und für wie lange die zu verarbeitenden persönlichen Daten gesichert werden und ob sie an Dritte und/oder in einem Drittland bereitgestellt werden. Unternehmen sollen den sog. Informationsfluss prüfen und ein Datenmapping durchführen, um festzustellen, wo persönliche Daten verarbeitet (erhoben, gespeichert, abgerufen usw.) werden und zu welchem Zweck.
5. Überprüfung/ Formulierung der Datenschutzerklärung, die die im GSPD vorgesehenen Form- und Inhaltsanforderungen erfüllen muss.
6. Implementierung von technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOMs) durch:
 - Bewertung, ob ein Verantwortlicher/ Datenschutzbeauftragter eingesetzt werden muss
 - Ergreifen von technischen Sicherheitsmaßnahmen (z. B. Anonymisierung oder Verschlüsselung persönlicher Daten)
 - Einführung eines Verfahrens für die Bearbeitung von Anfragen der betroffenen Personen
 - Formulierung eines Notfallplans für den Fall eines Sicherheitsvorfalles und Durchführung von regelmäßigen Audits
 - Erlass von Regelungen, Anweisungen usw.

¹⁰ 数据出境安全评估办法, 征求意见稿 vom 29.10.2021.

* * *

The New Chinese Data Protection Law and the European GDPR – A Legal Comparison

Together with the Cybersecurity Law, the Data Security Law, and the 4th Part of the Civil Code, the Personal Data Protection Law of the People's Republic of China (GSPD), which took effect on November 1, 2021, provides the legal basis for data protection in China. Although the GSPD shares many similarities with the EU's GDPR, it contains a range of differences that personal data processors, including foreign companies and their subsidiaries in China, must take into consideration. Particularly with the GSPD's differences, data processors in Europe and their subsidiaries in China need to adapt their data protection programs and take appropriate measures to ensure compliance, as merely transplanting their data protection programs from the EU to China will not suffice to ensure compliance. The article gives an overview of data processors' main obligations and provides a table clearly outlining the chief differences between the GSPD and the EU's GDPR. Finally, the authors recommend ways to ascertain how much action is required as well as how to implement technical and organizational measures.

Die Revision des chinesischen Zivilprozessgesetzes 2021: Entlastung der Justiz und Beschleunigung des Verfahrens

Knut Benjamin Pißler¹

Abstract

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses hat am 24.12.2021 das Zivilprozessgesetz revidiert. Mit der Revision verfolgt der chinesische Gesetzgeber das Ziel, die Justiz zu entlasten und Verfahren zu beschleunigen. Diesem Ziel dient die Ausweitung der Zuständigkeit eines Einzelrichters sowie die damit im Zusammenhang stehenden Änderungen im vereinfachten Verfahren. Durch die Zulassung der Onlineverfahren, die elektronische Zustellung von Prozessurkunden und die Verkürzung der Frist für öffentliche Bekanntmachungen wird außerdem das Verfahren beschleunigt. Weitere Änderungen betreffen die Bestätigung von außergerichtlichen Schlichtungsvereinbarungen und die Anpassung des Zivilprozessgesetzes an die Rechtslage durch das am 1.1.2021 in Kraft getretene Zivilgesetzbuch. Die Einzelnovelle des Zivilprozessgesetzes gibt außerdem eine erhellende Einsicht in die Praxis der Gesetzgebungstechnik im Hinblick auf den Umgang mit Binnenverweisungen bei der Revision von Gesetzen.

I. Einführung

Mit Wirkung zum 1.1.2022 hat der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses am 24.12.2021 mit einer Einzelnovelle² eine (weitere) Revision des ursprünglich 1991 verabschiedeten Zivilprozessgesetzes (ZPG) vorgenommen.³ Die letzte Revision datiert auf 2017 (ZPG 2017).⁴

Die Revision lässt erkennen, dass der chinesische Gesetzgeber das Ziel verfolgt, die Justiz zu entlasten und Verfahren zu beschleunigen (II.).⁵ Weitere Änderungen betreffen die Bestätigung von außergerichtlichen Schlichtungsvereinbarungen und die Anpassung

des Zivilprozessgesetzes an die Rechtslage durch das Zivilgesetzbuch (ZGB)⁶ (III.). Die Einzelnovelle des Zivilprozessgesetzes gibt außerdem eine erhellende Einsicht in die Praxis der Gesetzgebungstechnik im Hinblick auf den Umgang mit Binnenverweisungen bei der Revision von Gesetzen (IV.). Der Beitrag schließt mit einem Fazit (V.).

II. Entlastung der Justiz und Beschleunigung des Verfahrens

Änderungen, die der Entlastung der Justiz dienen, sind die Ausweitung der Zuständigkeit des Einzelrichters (1.) sowie die damit im Zusammenhang stehenden Änderungen im vereinfachten Verfahren (2.). Durch die Zulassung der Onlineverfahren (3.), die elektronische Zustellung von Prozessurkunden (4.) und die Verkürzung der Frist für öffentliche Bekanntmachungen (5.) wird außerdem das Verfahren beschleunigt.

1. Ausweitung der Zuständigkeit des Einzelrichters

Die erste Änderung betrifft die Zulässigkeit der Übertragung einer Entscheidung auf den Einzelrichter. Bislang war es grundsätzlich⁷ nur im vereinfachten Verfahren (nach den §§ 160 ff. ZPG) zulässig, eine Sa-

¹ Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg (<pißler@mpipriv.de>) und Professor für chinesisches Recht an der Universität Göttingen.

² Siehe den Beschluss des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses zur Revision des „Zivilprozessgesetzes der Volksrepublik China“ [全国人民代表大会常务委员会关于修改《中华人民共和国民事诉讼法》的决定] vom 24.12.2021, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI1.5112800; zu den verschiedenen Formen der Gesetzesänderungen in China (Ablösungsgesetze, Mantelgesetze und Einzelnovellen) siehe Knut Benjamin Pißler, Das chinesische Handbuch der Rechtsförmlichkeit, in: ZChinR 2019, S. 133 ff. (136 f.).

³ Chinesisch-deutsch in diesem Heft, S. 32.

⁴ Chinesisch-deutsch abgedruckt in: Knut Benjamin Pißler (Hrsg.), Handbuch des chinesischen Zivilprozessrechts, Tübingen 2018, S. 537 ff.

⁵ Ähnlich auch das Oberste Volksgericht in der Mitteilung zum gewissenhaften Studium des Beschlusses zur Revision des ZPG (Fn. 2) [最高人民法院认真学习贯彻《全国人民代表大会常务委员会关于修改〈中华人民共和国民事诉讼法〉的决定》的通知] vom 28.12.2021, chinesisch abrufbar unter <https://www.chinacourt.org/law/detail/2021/12/id/150343.shtml>; <https://perma.cc/2P86-YSHC>.

⁶ Vom 28.5.2020, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2020, S. 207 ff.

⁷ In den besonderen Verfahren des ZPG (zu Verschollenheits- und Todeserklärungen, zur Feststellung der Geschäftsunfähigkeit, zur Feststellung der Herrenlosigkeit von Vermögensgütern, zur Bestätigung von Schlichtungsvereinbarungen und zur Verwertung dinglicher Sicherheiten) werden Fälle (die nicht „groß“, „zweifelhaft“ oder „schwierig“ sind) nach § 185 Satz 2 ZPG ebenfalls von einem Einzelrichter übernommen.

che auf einen Einzelrichter zu übertragen.⁸ Ansonsten entschieden Kollegien (aus Richtern und Schöffen oder nur aus Richtern⁹) als Spruchkörper über Fälle in erster Instanz.¹⁰ Nun lässt es der neu hinzugefügte § 40 Abs. 2 Satz 2 ZPG zu, dass im gewöhnlichen Verfahren ein Einzelrichter in erster Instanz entscheidet. Bedingung hierfür ist (ähnlich wie beim vereinfachten Verfahren¹¹), dass die Grundtatsachen¹² und die Rechte- und Pflichtenbeziehungen des Falles klar sind.

In zweiter Instanz vor dem mittleren Volksgericht ist es gemäß § 41 Abs. 2 ZPG nach der Revision ebenfalls zulässig, dass ein Einzelrichter entscheidet. Dies gilt allerdings nur, wenn die Sache in der ersten Instanz (vor dem unteren Volksgericht) im vereinfachten Verfahren entschieden worden ist oder wenn sich die Berufung gegen Beschlüsse (also nicht gegen Urteile) der ersten Instanz wendet. Voraussetzung ist hier aber die Zustimmung der Parteien und dass die Tatsachen und die Rechte- und Pflichtenbeziehungen des Falles klar sind.

Zugleich wurden mit den §§ 42 und 43 ZPG Regelungen darüber neu eingefügt, wann Fälle nicht auf einen Einzelrichter übertragen werden dürfen und wann ein Wechsel vom Einzelrichter zur Behandlung durch ein Kollegium stattzufinden hat.

Nicht zulässig ist die Entscheidung durch einen Einzelrichter im Allgemeinen, wenn Fälle hierfür „nicht geeignet“ (不宜) sind, § 42 Nr. 6 ZPG. Insbesondere werden folgende Fälle als nicht geeignet für eine Entscheidung durch einen Einzelrichter aufgeführt: (1) Fälle, die staatliche Interessen oder gesellschaftliche öffentliche Interesse berühren, (2) Fälle, die Massenstreitigkeiten berühren oder die soziale Stabilität beeinflussen könnten, (3) Fälle, denen breite Aufmerksamkeit von Volksmassen geschenkt wird, oder andere Fälle, die größere soziale Auswirkungen haben, (4) Fälle, die zu neuen Typen gehören oder die schwierig und kompliziert sind, sowie (5) Fälle, für die Gesetze bestimmen, dass ein Kollegium gebildet werden muss, um sie zu behandeln.

Offen lässt die Regelung, wer die Bedingungen für die Zuständigkeit des Einzelrichters prüft und die Entscheidung trifft, ob die Sache einem Einzelrichter zugewiesen wird. Es ist davon auszugehen, dass diese Prüfung und Entscheidung wie beim vereinfachten Verfahren im Rahmen der Verfahrenseröffnungsphase

(立案阶段) durch die Verfahrenseröffnungsabteilung durchgeführt bzw. getroffen wird.¹³ Da sich typischerweise erst während des anschließenden Erkenntnisverfahrens (vor dem Einzelrichter) herausstellen kann, ob die in den §§ 41, 42 ZPG festgelegten Bedingungen tatsächlich vorliegen, dürfte dem Gericht in der Verfahrenseröffnungsphase daher bei der Entscheidung ein weiter Ermessensspielraum zukommen.

Ein Wechsel vom Einzelrichter zur Behandlung durch ein Kollegium ist nach § 43 ZPG sowohl von Amts wegen als auch auf einen entsprechenden Einwand einer Prozesspartei hin vorgesehen. Von Amts wegen muss der Einzelrichter beschließen, die Sache einem Kollegium vorzulegen, wenn das Volksgericht (d. h. wohl der Einzelrichter) während der Behandlung bemerkt, dass es sich dabei um einen Fall nach § 42 ZPG handelt, der nicht für die Behandlung durch einen Einzelrichter geeignet ist, § 43 Abs. 1 ZPG.

Eine Prozesspartei kann die Zuständigkeit des Einzelrichters rügen, wenn sie der Ansicht ist, dass diesbezüglich ein Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen vorliegt, § 43 Abs. 2 ZPG. Über den Einwand entscheidet das Volksgericht (d. h. wiederum wohl der Einzelrichter): Hat der Einwand Bestand, beschließt es den Wechsel zur Behandlung durch ein Kollegium; hat der Einwand keinen Bestand, beschließt es die Zurückweisung.

Die mit der Revision angestrebte Erhöhung des Einsatzes von Einzelrichtern hat weitere (formale) Änderungen im Zivilprozessgesetz zur Folge. Dies betrifft die Entscheidung über den Ausschluss von Richtern bzw. anderen Personen (in § 49 ZPG), die Bekanntmachung des Spruchkörpers (in § 131 ZPG), die Aufgaben des Richters (in § 140 Abs. 2 und § 144 Abs. 2 ZPG) und die Behandlung der Sache in der zweiten Instanz (§ 176 Abs. 1 ZPG).

2. Vereinfachtes Verfahren

Weitere Änderungen zur Entlastung der Justiz betreffen das vereinfachte Verfahren, das in der Praxis eine weit größere Bedeutung hat als das gewöhnliche Verfahren¹⁴, und dort insbesondere – als Unterart des vereinfachten Verfahrens – das Bagatellverfahren.¹⁵

Für das vereinfachte Verfahren ist nun eine Verlängerung der Frist zulässig, innerhalb der der Prozess abgeschlossen werden muss. Wie bisher beträgt diese Frist gemäß § 164 Satz 1 ZPG drei Monate vom Tag der Eröffnung des Verfahrens.¹⁶ Sie kann jedoch nunmehr nach § 164 Satz 2 ZPG mit Genehmigung des Vorsit-

⁸ Siehe Nils Pelzer, Vereinfachtes Verfahren und Verfahren mit geringem Streitwert, in: Knut Benjamin Pißler (Hrsg.), Handbuch des chinesischen Zivilprozessrechts, Tübingen 2018, S. 231 ff. (235).

⁹ § 40 Abs. 1 Satz 1 ZPG.

¹⁰ Siehe Knut Benjamin Pißler, Laienrichter in China nach dem neuen Schöffengesetz: Mehr als nur Dekoration?, in: ZChinR 2018, S. 222 (226 f.).

¹¹ Siehe § 160 ZPG: Zusätzlich für das vereinfachte Verfahren erforderlich ist, dass „der Streit nicht groß ist“ (争议不大). Zu diesen Voraussetzungen (insbesondere zur Klarheit der Tatsachen sowie der Rechte- und Pflichtenbeziehung) im vereinfachten Verfahren siehe Nils Pelzer, a. a. O. (Fn. 8), S. 232 f.

¹² Chinesisch: 基本事实. § 160 ZPG verlangt für das vereinfachte Verfahren hingegen, dass die „Tatsachen“ klar sind. Dies deutet darauf hin, dass die Voraussetzungen für die Anwendung des vereinfachten Verfahrens im Vergleich zur Zuständigkeit des Einzelrichters strenger sind.

¹³ Vgl. Nils Pelzer, a. a. O. (Fn. 8), S. 233.

¹⁴ Nils Pelzer, a. a. O. (Fn. 8), S. 231.

¹⁵ Das Bagatellverfahren ist innerhalb des 13. Kapitels ZPG zum vereinfachten Verfahren geregelt. Die Unterschiede zum vereinfachten Verfahren rechtfertigen es nach Meinung der Literatur, vom Bagatellverfahren dennoch als ein „eigenständiges Verfahren“ zu sprechen. Siehe SHEN Deyong (Hrsg.) [沈德咏], Verständnis und Anwendung der justiziellen Interpretation des Obersten Volksgerichts zum Zivilprozessgesetz [最高人民法院民事诉讼法司法解释理解与适用], Beijing 2015, S. 748 f.

¹⁶ Bislang: § 161 ZPG 2017.

zenden des Gerichts um bis zu einen Monat verlängert werden.¹⁷

Im Hinblick auf Bagatellverfahren (Verfahren mit geringem Streitwert [小额诉讼的程序]) wurde einerseits die Streitwertgrenze hinaufgesetzt: Bislang durfte eine Sache nur dann im Bagatellverfahren durchgeführt werden, wenn der Streitwert nicht mehr als 30 % des jährlichen Durchschnittseinkommens von Erwerbstätigen des vergangenen Jahres der jeweiligen Provinzen, Autonomen Gebiete oder regierungsunmittelbaren Städte betrug.¹⁸ Dieser Prozentsatz wurde in § 165 Abs. 1 ZPG auf 50 % erhöht. Andererseits kommt das Bagatellverfahren nach dem neu eingefügten § 165 Abs. 2 ZPG auch dann zur Anwendung, wenn die Prozessparteien dies „vereinbaren“ (约定). Eine solche vereinbarte Anwendung des Bagatellverfahrens ist zulässig, soweit der Streitwert nicht das Zweifache des jährlichen (nach § 165 Abs. 1 bestimmten) Durchschnittseinkommens übersteigt.

Die übrigen sachlichen Voraussetzungen für die Anwendung des Bagatellverfahrens haben sich (ganz überwiegend) nicht geändert.¹⁹ Das revidierte Zivilprozessgesetz übernimmt eine Regelung aus der justiziellen Interpretation des OVG zum ZPG, die 2015 erlassen und Ende 2020 revidiert worden ist:²⁰ Der neu eingefügte § 166 ZPG erklärt (ähnlich wie § 42 ZPG bei der Zuständigkeit des Einzelrichters) das Bagatellverfahren für nicht anwendbar, wenn Fälle hierfür „nicht geeignet“ (不宜) sind, und nennt hierfür folgende Regelbeispiele: (1) Fälle zu Personenbeziehungen oder zur Feststellung von Rechten an Vermögensgütern, (2) Fälle mit Auslandsberührung, (3) Fälle, in denen ein Sachverständigengutachten erforderlich ist oder um ein solches gestritten wird, (4) Fälle, in denen eine Partei untergetaucht ist, und (5) Fälle, bei denen eine Widerklage erhoben wurde.²¹ Zusätzlich werden in der justiziellen Interpretation Streitigkeiten zu Rechten am geistigen Eigentum als nicht für eine Behandlung im Bagatellverfahren geeignet definiert.²²

¹⁷ Entsprechend der Formulierung des § 164 Satz 2 ZPG wurde auch die Formulierung der Fristverlängerung im gewöhnlichen Verfahren in § 152 Satz 2 ZPG angepasst, ohne dass sich in der Sache eine Änderung ergibt: Auch diese Fristverlängerung muss (weiterhin) vom Vorsitzenden des Gerichts genehmigt werden.

¹⁸ § 162 ZPG 2017.

¹⁹ Siehe hierzu im Einzelnen *Nils Pelzer*, a. a. O. (Fn. 8), S. 239 f.

²⁰ § 275 Erläuterungen des Obersten Volksgerichts zur Anwendung des „Zivilprozessgesetzes der Volksrepublik China“ [最高人民法院关于适用《中华人民共和国民事诉讼法》的解释] vom 30.1.2015 in der Fassung vom 23.12.2020 (OVG-Interpretation ZPG 2020), chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI. 3.349767. Die OVG-Interpretation ZPG 2020 ist am 22.3.2022 mit Wirkung zum 10.4.2022 erneut durch einen entsprechenden Beschluss des OVG (Aktenzeichen Fa Shi [2022] Nr. 11 [法释 [2022] 11 号]) revidiert worden, um sie an die Änderungen im revidierten Zivilprozessgesetz anzupassen. Siehe <https://www.court.gov.cn/fabuxiangqing-353741.html> (<https://perma.cc/MAA5-BELD>).

²¹ § 166 Nr. 4 und Nr. 5 ZPG (untergetauchte Partei und Widerklage) sind im Vergleich zur Regelung in § 275 OVG-Interpretation ZPG 2020 (Fn. 20) neu hinzugekommen.

²² § 275 Nr. 3 OVG-Interpretation ZPG 2020 (Fn. 20).

Wie bei der Entscheidung über die Zuständigkeit des Einzelrichters wird den Gerichten im Hinblick auf die Verfahrenswahl ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt, soweit die Streitwertgrenze nicht überschritten ist.

Das Bagatellverfahren wird wie bisher abschließend in nur einer Instanz (durch das Untere Volksgericht) entschieden: (Ordentliche) Rechtsmittel gegen Urteile sind nicht statthaft.²³ Das Verfahren ist gemäß § 168 ZPG in der Regel innerhalb von zwei Monaten ab Verfahrenseröffnung zum Abschluss zu bringen, kann aber mit Genehmigung des Gerichtsvorsitzenden um bis zu einen Monat verlängert werden. Damit verkürzt die Revision des Zivilprozessgesetzes nochmals die Regelfrist im Bagatellverfahren im Vergleich zum vereinfachten Verfahren (dort: drei Monate).

Zur zusätzlichen Verfahrensbeschleunigung ist es nach § 167 ZPG zulässig, dass das Volksgericht die Sache in einer einzigen mündlichen Verhandlung zum Abschluss bringt und das Urteil noch in der Sitzung verkündet.²⁴

Schließlich sieht § 169 ZPG eine allgemeine Regelung über den Wechsel in das vereinfachte oder gewöhnliche Verfahren vor, die sich an die betreffende Vorschrift zum Wechsel vom Einzelrichter zur Behandlung durch ein Kollegium anlehnt:²⁵ Von Amts wegen muss das Gericht den Fall unter Anwendung der anderen Bestimmungen zum vereinfachten Verfahren behandeln oder die Anwendung des gewöhnlichen Verfahrens beschließen, wenn sich das Bagatellverfahren als „nicht geeignet“ erweist. Eine entsprechende Rüge einer Partei muss das Gericht prüfen und bei einem Wechsel in das gewöhnliche Verfahren oder im Fall der Zurückweisung der Rüge einen Beschluss fassen.²⁶

3. Zulässigkeit von Onlineverfahren

Eine der Beschleunigung des Verfahrens dienende Änderung ist die gesetzliche Verankerung der Zulässigkeit von Onlineverfahren. Seit 2017 wurden in China drei Internetgerichte (in Hangzhou, Beijing und Guangzhou) eingerichtet, für deren Zuständigkeit und Besonderheiten des Verfahrens das Oberste Volksgericht (OVG) eine justizielle Interpretation erlassen hatte.²⁷

Mit dem neu eingefügten § 16 ZPG wird nun offenbar allen Volksgerichten ermöglicht, Verfahren über

²³ § 165 Abs. 1 ZPG. Siehe hierzu und weiteren Verfahrensmodifikationen *Nils Pelzer*, a. a. O. (Fn. 8), S. 241 f.

²⁴ Der Abschluss in einer mündlichen Verhandlung war bislang auch im vereinfachten Verfahren das Ziel. Siehe *Nils Pelzer*, a. a. O. (Fn. 8), S. 237.

²⁵ Siehe hierzu oben unter II. 1.

²⁶ Die Verpflichtung des Gerichts, hierüber einen Beschluss zu fassen, ist neu. Bislang musste über die Zurückweisung der Rüge nur ein Vermerk ins Protokoll aufgenommen werden; siehe *Nils Pelzer*, a. a. O. (Fn. 8), S. 241. Damit dürfte nun die Berufung gegen den Beschluss der Zurückweisung der Rüge zulässig sein.

²⁷ Siehe *Knut Benjamin Piffler*, Rechtsinstitute zur Durchsetzung von Verbraucherrechten in China: Klagen im öffentlichen Interesse, Internetgerichte & Co, in: ZChinR 2019, S. 355 ff. (365 ff.).

entsprechende Plattformen im Internet²⁸ durchzuführen. Erforderlich ist hierzu nach § 16 Abs. 1 ZPG die Zustimmung der Prozessparteien. Zivilprozessuale Handlungen (bzw. „Aktivitäten“²⁹), die über diese Plattformen vorgenommen werden, haben gemäß § 16 Abs. 2 ZPG dieselbe Wirkung wie gewöhnlich (offline) vorgenommene Prozesshandlungen.

4. Elektronische Zustellungsmethoden

Zur Anpassung an neue Kommunikationsmethoden (insbesondere Messengerdienste wie QQ, WeChat [微信] oder Weibo [微博]) wurde § 90 ZPG geändert.³⁰ Bislang war in der Vorgängervorschrift explizit eine Zustellung von Prozessurkunden durch Fax oder E-Mail für zulässig erklärt worden, soweit der Zustellungsempfänger der zustimmt.³¹ Urteile, Beschlüsse und Schlichtungsurkunden waren hiervon jedoch ausgenommen worden.

Nunmehr können Prozessurkunden allgemein unter Verwendung „elektronischer Methoden“ zugestellt werden, soweit diese Methoden (technisch) ermöglichen, den Empfang der Prozessurkunde und die Wahrnehmung durch den Zustellungsempfänger zu bestätigen, § 90 Abs. 1 Satz 1 ZPG. Eine Zustimmung des Zustellungsempfängers ist weiterhin erforderlich. Urteile, Beschlüsse und Schlichtungsurkunden können nun ebenfalls in dieser Form zugestellt werden; der Zustellungsempfänger kann jedoch verlangen, dass ihm diese in Papierform zugestellt werden, § 90 Abs. 1 Satz 2 ZPG.

5. Verkürzung der Frist für Zustellungen durch öffentliche Bekanntmachungen

Der Beschleunigung des Verfahrens dient schließlich die Verkürzung der Frist für eine Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung nach § 95 ZPG: Bislang betrug die Bekanntmachungsfrist 60 Tage³² und wurde nun auf 30 Tage verkürzt.

III. Weitere Änderungen

1. Bestätigung von Schlichtungsvereinbarungen

Eine weitere Änderung ergibt sich im Zusammenhang mit der Vollstreckbarerklärung außergerichtlicher Schlichtungsvereinbarungen durch das sogenannte justizielle Bestätigungsverfahren (司法确认), das

²⁸ Wörtlich ist von „Informationsnetzwerkplattformen“ (信息网络平台) die Rede.

²⁹ Chinesisch: 民事诉讼活动.

³⁰ Die Verwendung dieser Messengerdienste wurde auch nach der bisherigen Rechtslage (im vereinfachten Verfahren) für zulässig erachtet. Siehe *Nils Pelzer*, a. a. O. (Fn. 8), S. 236. Außerdem hat das OVG am 16.6.2021 die Regeln über Onlineverfahren der Volksgerichte (人民法院在线诉讼规则) erlassen (chinesisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLL3.5015661), die in den §§ 29–33 Vorschriften über elektronische Zustellungsmethoden (darunter auch explizit Messengerdienste [即时通讯]) vorsehen.

³¹ Siehe § 87 ZPG 2017. Fax oder E-Mail wurden dort freilich nur als Beispiele angeführt, wie der Partikel „deng“ (等) in der Vorschrift anzeigte.

³² Siehe § 92 Abs. 1 Satz 2 ZPG 2017.

2009 eingeführt worden ist.³³ Für die Durchführung dieses Verfahrens war bislang ausschließlich das Untere Volksgericht am Ort der Schlichtungsorganisation zuständig.³⁴ Nunmehr differenziert das revidierte Zivilprozessgesetz: Wurde eine Schlichtung auf Betreiben eines Volksgerichts durch eine Schlichtungsorganisation durchgeführt, ist das Volksgericht für die Bestätigung der Schlichtungsvereinbarung zuständig, das diese Schlichtungsorganisation hierum gebeten hat, § 201 Nr. 1 ZPG.³⁵ Wurde die Schlichtungsorganisation „von sich aus“ (自行) tätig,³⁶ kann der Antrag auf Bestätigung der Schlichtungsvereinbarung beim Unteren Volksgericht an dem Wohnsitz einer der Parteien, dem Belegenheitsort der streitbefangenen Sache oder dem Ort der Schlichtungsorganisation eingereicht werden. Der Antrag ist beim entsprechenden (d. h. örtlich zuständigen) Mittleren Volksgericht einzureichen, wenn dieses für Streitigkeiten, die die Schlichtungsvereinbarung betrifft, (sachlich) zuständig ist.³⁷

2. Anpassung an die Vorgaben des ZGB

Außerdem wurde das Zivilprozessgesetz an die Vorgaben angepasst, die das Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches am 1.1.2021 mit sich brachte:

Erstens geht mit der Revision eine Formulierungsänderung im Hinblick auf den Beginn der Vollstreckungsfrist bei titulierten Ratenzahlungsfristen (in § 246 Abs. 2 ZPG) einher, die an den Fristbeginn bei der Erfüllung von Schulden in Raten (in § 189 ZGB) angepasst wurde.

Zweitens wurde das Verfahren zur Entmündigung im Hinblick auf die in § 24 ZGB genannten Antragsteller (Interessierte und betreffende Organisationen) in § 194 ZPG (Feststellung der Geschäftsunfähigkeit und beschränkten Geschäftsfähigkeit) und § 197 ZPG (Wiederherstellung der Geschäftsfähigkeit) angepasst.

Drittens wurden terminologische Anpassungen vorgenommen. So wird nun auch im Zivilprozessgesetz der Begriff für „Treu und Glauben“ (诚信) verwendet, der sich im Zivilgesetzbuch findet.³⁸ Angepasst wur-

³³ Siehe hierzu *Nils Pelzer*, Schlichtung, in: Knut Benjamin Pißler (Hrsg.), *Handbuch des chinesischen Zivilprozessrechts*, Tübingen 2018, S. 199 ff. (225 ff.).

³⁴ § 194 ZPG 2017.

³⁵ Die Formulierung in § 201 Nr. 1 ZPG deutet darauf hin, dass es sich hierbei um „Vorabschlichtung“ (vor der Verfahrenseröffnung) und die Verfahrenseröffnungsschlichtung (nach Verfahrenseröffnung) handelt. Siehe zu diesen Schlichtungsverfahren *Nils Pelzer*, a. a. O. (Fn. 33), S. 202 ff.

³⁶ Gemeint sein dürfte damit freilich nur, dass die Schlichtungsorganisation nicht auf Betreiben des Gerichts tätig wurde, d. h. dass die Parteien die Schlichtung durch die betreffende Organisation eingeleitet haben. Ein Tätigwerden durch die Schlichtungsorganisation aus eigener Initiative wäre kaum mit dem in China geltenden Grundsatz der Freiwilligkeit der Schlichtung zu vereinbaren. Siehe aber zu einer ex officio-Einleitung (bei der Schlichtung vor der Verfahrenseröffnung) *Nils Pelzer*, a. a. O. (Fn. 33), S. 203.

³⁷ Wann eine solche sachliche Zuständigkeit des Mittleren Volksgerichts besteht, ist nicht klar. Für Streitigkeiten, die Schlichtungsvereinbarungen betreffen, sind – soweit ersichtlich – keine besonderen Zuständigkeitsregeln festgelegt. Gemeint ist wohl, dass das Mittlere Volksgericht (gemäß § 19 ZPG) für die Streitigkeiten sachlich zuständig ist, über die die Schlichtung durchgeführt worden ist.

³⁸ Bislang wurde auch der aus vier Schriftzeichen bestehende Begriff (诚实守信) verwendet.

den außerdem die Begriffe für den Kindesunterhalt (抚养费)³⁹, gesetzliche Feiertage (法定节假日)⁴⁰ und unvorhergesehene Ereignisse (意外事件).⁴¹

IV. Binnenverweisungen

Die Einfügungen neuer Paragraphen in das Zivilprozessgesetz haben außerdem dazu geführt, dass die Verweise innerhalb des Gesetzes (Binnenverweisungen) angepasst werden mussten.⁴² Die Anpassung dieser Binnenverweisungen wird im Beschluss über die Revision des Zivilprozessgesetzes nicht im Einzelnen für die betroffenen Paragraphen angeführt. Der Gesetzgeber begnügte sich mit dem Hinweis (am Ende der Einzelnovelle⁴³), dass „die Reihenfolge der Paragraphen entsprechend angepasst wird“.⁴⁴ Offenbar wird dieser Hinweis so verstanden, dass nicht nur eine Neu Nummerierung vorzunehmen ist, sondern auch die Binnenverweisungen angepasst werden müssen.⁴⁵ Dies sollte im Hinterkopf behalten werden, wenn man sich (beispielsweise als Übersetzer) mit Gesetzesrevisionen in China beschäftigt.⁴⁶

³⁹ Bislang fand sich hierfür auch die chinesische Bezeichnung „抚养费“.

⁴⁰ Das Zivilprozessgesetz sprach bislang nur von „Feiertagen“ und verwendete einen im Vergleich zum Zivilgesetzbuch abweichenden Begriff (节假日).

⁴¹ Das Zivilprozessgesetz verwendete bislang den Begriff eines „Unglücksfalles“ (意外事故).

⁴² Beispielsweise in § 163 ZPG, dessen Vorgängernorm (§ 160 ZPG 2017) auf die §§ 136, 138 und 141 ZPG 2017 verwies, die nach der Revision durch die Neu Nummerierung zu den §§ 139, 141 und 144 ZPG wurden.

⁴³ Siehe Fn. 2.

⁴⁴ Chinesisch: 对条文顺序作相应调整.

⁴⁵ Entsprechend wurden beispielsweise die Binnenverweisungen in der revidierten Fassung des Zivilprozessgesetzes in der Datenbank <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], vorgenommen, wo die Neufassung unter Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.5113165 abrufbar ist.

⁴⁶ In diesem Zusammenhang bedankt sich der Autor herzlich bei seiner wissenschaftlichen Mitarbeiterin, Frau Ding Yijie, die ihn davor bewahrt hat, die Übersetzung der revidierten Fassung des Zivilprozessgesetzes zu veröffentlichen, ohne diese Anpassung der Binnenverweisungen berücksichtigt zu haben.

V. Fazit

Die Revision des Zivilprozessgesetzes 2021 verfolgt das Ziel, die Justiz zu entlasten und Verfahren zu beschleunigen.⁴⁷ Mit der ausgeweiteten Zuständigkeit von Einzelrichtern wird die personelle Leistungsfähigkeit der chinesischen Gerichte erhöht.⁴⁸ Die Konzentration auf Effizienz- und Beschleunigungsgesichtspunkte birgt eine gewisse Gefahr in sich, dass insbesondere unerfahrene Parteien schlechter geschützt werden. Da gegen Entscheidungen im Bagatellverfahren keine (ordentlichen) Rechtsmittel zulässig sind,⁴⁹ ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Ausweitung dieser Verfahren zu einer geringeren Richtigkeitsgewähr von Entscheidungen führen könnte. Liegt der Streitwert unterhalb der festgelegten Grenze, kann das Gericht nach freiem Ermessen über die Berufungsfähigkeit entscheiden.

Die Zulässigkeit von Onlineverfahren⁵⁰ und der Zustellung von Prozessurkunden über moderne Kommunikationsmethoden⁵¹ zeigt (wie bereits die Schaffung von Internetgerichten durch das OVG) eine gewisse Technikaffinität des chinesischen Gesetzgebers, mit deren Hilfe für die Parteien (gerade auch unter den Vorzeichen der gegenwärtigen Pandemie) schneller Rechtssicherheit hergestellt werden kann. Rechtsstaatliche Bedenken werden entkräftet, da hier explizit das Einverständnis beider Parteien verlangt wird.

⁴⁷ Siehe hierzu oben unter I.

⁴⁸ Siehe hierzu oben unter II. 1.

⁴⁹ Siehe hierzu oben unter II. 2.

⁵⁰ Siehe hierzu oben unter II. 3.

⁵¹ Siehe hierzu oben unter II. 4.

* * *

Revision of Chinese Civil Procedure Law in 2021: Relieve the Judiciary and Speed Up Proceedings

On December 24, 2021, the Standing Committee of the National People's Congress revised the Civil Procedure Law in pursuit of the Chinese legislature's goal of relieving the judiciary and speeding up proceedings. It looks to fulfill this goal by extending the jurisdiction of a sole judge (instead of a collegial bench) and by enacting related changes to the summary procedure. The procedure should be sped up by virtual proceedings, electronic service of procedural documents and shorter time periods for service through public notice. Other amendments concern the confirmation of out-of-court mediation agreements and adapting the Civil Procedure Law to the legal situation that has resulted from entry into force of the Civil Code on January 1, 2021. Furthermore, these amendments to the Civil Procedure Law shed light on legislative practice with regard to the treatment of internal references in the revision of laws.

DOKUMENTATIONEN

Zivilprozessgesetz der Volksrepublik China

中华人民共和国民事诉讼法¹

(1991年4月9日第七届全国人民代表大会第四次会议通过 根据2007年10月28日第十届全国人民代表大会常务委员会第三十次会议《关于修改〈中华人民共和国民事诉讼法〉的决定》第一次修正 根据2012年8月31日第十一届全国人民代表大会常务委员会第二十八次会议《关于修改〈中华人民共和国民事诉讼法〉的决定》第二次修正 根据2017年6月27日第十二届全国人民代表大会常务委员会第二十八次会议《关于修改〈中华人民共和国民事诉讼法〉和〈中华人民共和国行政诉讼法〉的决定》第三次修正 根据2021年12月24日第十三届全国人民代表大会常务委员会第三十二次会议《关于修改〈中华人民共和国民事诉讼法〉的决定》第四次修正)

目录

第一编 总则

第一章 任务、适用范围和基本原则

第二章 管辖

第一节 级别管辖

第二节 地域管辖

第三节 移送管辖和指定管辖

第三章 审判组织

第四章 回避

Zivilprozessgesetz der Volksrepublik China

(Verabschiedet auf der 4. Sitzung des 7. Nationalen Volkskongresses am 9.4.1991; erste Revision aufgrund des „Beschlusses zur Revision des ‚Zivilprozessgesetzes der Volksrepublik China‘“ der 30. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 10. Nationalen Volkskongresses am 28.10.2007; zweite Revision aufgrund des „Beschlusses zur Revision des ‚Zivilprozessgesetzes der Volksrepublik China‘“ der 28. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 11. Nationalen Volkskongresses am 31.8.2012; dritte Revision aufgrund des „Beschlusses zur Revision des ‚Zivilprozessgesetzes der Volksrepublik China‘ und des ‚Verwaltungsprozessgesetzes der Volksrepublik China‘“ der 28. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 12. Nationalen Volkskongresses am 27.6.2017²; vierte Revision aufgrund des „Beschlusses zur Revision des ‚Zivilprozessgesetzes der Volksrepublik China‘“ der 32. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 13. Nationalen Volkskongresses am 24.12.2021³)

Inhalt

1. Buch: Allgemeine Regeln

1. Kapitel: Aufgaben, Anwendungsbereich und Grundprinzipien

2. Kapitel: Zuständigkeit

1. Abschnitt: Zuständigkeit der verschiedenen Stufen

2. Abschnitt: Örtliche Zuständigkeit

3. Abschnitt: Zuständigkeit kraft Überweisung und Zuständigkeit kraft Bestimmung

3. Kapitel: Organisation der Behandlung und Entscheidung

4. Kapitel: Ausschluss

¹ Chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.15113165.

² Chinesisch-deutsch abgedruckt in: *Knut Benjamin Piffler* (Hrsg.), *Handbuch des chinesischen Zivilprozessrechts*, Tübingen 2018, S. 537 ff.

³ Chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.15112800. Das am 24.12.2021 revidierte Zivilprozessgesetz tritt laut des Revisionsbeschlusses am 1.1.2022 in Kraft.

第五章 诉讼参加人	5. Kapitel: Prozessbeteiligte
第一节 当事人	1. Abschnitt: Parteien
第二节 诉讼代理人	2. Abschnitt: Prozessvertreter
第六章 证据	6. Kapitel: Beweise
第七章 期间、送达	7. Kapitel: Fristen, Zustellungen
第一节 期间	1. Abschnitt: Fristen
第二节 送达	2. Abschnitt: Zustellungen
第八章 调解	8. Kapitel: Schlichtung
第九章 保全和先予执行	9. Kapitel: Sicherung und Vorwegvollstreckung
第十章 对妨害民事诉讼的强制措施	10. Kapitel: Zwangsmaßnahmen gegen Behinderungen des Zivilprozesses
第十一章 诉讼费用	11. Kapitel: Prozesskosten
第二编 审判程序	2. Buch: Rechtsprechungsverfahren
第十二章 第一审普通程序	12. Kapitel: Gewöhnliches Verfahren in erster Instanz
第一节 起诉和受理	1. Abschnitt: Klageerhebung und [ihre] Annahme
第二节 审理前的准备	2. Abschnitt: Vorbereitung der Behandlung
第三节 开庭审理	3. Abschnitt: Behandlung in der Sitzung
第四节 诉讼中止和终结	4. Abschnitt: Unterbrechung und Beendigung des Prozesses
第五节 判决和裁定	5. Abschnitt: Urteile und Beschlüsse
第十三章 简易程序	13. Kapitel: Vereinfachtes Verfahren
第十四章 第二审程序	14. Kapitel: Verfahren in zweiter Instanz
第十五章 特别程序	15. Kapitel: Besondere Verfahren
第一节 一般规定	1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen
第二节 选民资格案件	2. Abschnitt: Fälle der Qualifikation als Wähler
第三节 宣告失踪、宣告死亡案件	3. Abschnitt: Fälle von Verschollen- und Todeserklärungen
第四节 认定公民无民事行为能力、限制民事行为能力案件	4. Abschnitt: Fälle der Feststellung der Zivilgeschäftsunfähigkeit oder beschränkter Zivilgeschäftsfähigkeit von Bürgern
第五节 认定财产无主案件	5. Abschnitt: Fälle der Feststellung der Herrenlosigkeit von Vermögensgütern
第六节 确认调解协议案件	6. Abschnitt: Fälle der Bestätigung von Schlichtungsvereinbarungen
第七节 实现担保物权案件	7. Abschnitt: Fälle der Verwertung dinglicher Sicherheiten
第十六章 审判监督程序	16. Kapitel: Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen
第十七章 督促程序	17. Kapitel: Mahnverfahren
第十八章 公示催告程序	18. Kapitel: Öffentliches Aufgebotsverfahren
第三编 执行程序	3. Buch: Vollstreckungsverfahren
第十九章 一般规定	19. Kapitel: Allgemeine Vorschriften
第二十章 执行的申请和移送	20. Kapitel: Antrag auf Vollstreckung und Überweisung zur Vollstreckung
第二十一章 执行措施	21. Kapitel: Vollstreckungsmaßnahmen
第二十二章 执行中止和终结	22. Kapitel: Unterbrechung und Beendigung der Vollstreckung
第四编 涉外民事诉讼程序的特别规定	4. Buch: Besondere Bestimmungen für das Verfahren in Zivilsachen mit Auslandsbezug
第二十三章 一般原则	23. Kapitel: Allgemeine Grundsätze
第二十四章 管辖	24. Kapitel: Zuständigkeit
第二十五章 送达、期间	25. Kapitel: Zustellung, Fristen
第二十六章 仲裁	26. Kapitel: Schiedsverfahren
第二十七章 司法协助	27. Kapitel: Justizhilfe

第一编 总则

1. Buch: Allgemeine Regeln

第一章 任务、适用范围和基本原则

1. Kapitel: Aufgaben, Anwendungsbereich und Grundprinzipien

第一条 中华人民共和国民事诉讼法以宪法为根据，结合我国民事审判工作的经验和实际情况制定。

§ 1 [Grundlage; = § 1 ZPG 2017⁴] Das Zivilprozessgesetz der Volksrepublik China beruht auf der Verfassung in Verbindung mit den Erfahrungen unseres Landes bei der Behandlung und Entscheidung von Zivilfällen und den tatsächlichen Verhältnissen.

第二条 中华人民共和国民事诉讼法的任务，是保护当事人行使诉讼权利，保证人民法院查明事实，分清是非，正确适用法律，及时审理民事案件，确认民事权利义务关系，制裁民事违法行为，保护当事人的合法权益，教育公民自觉遵守法律，维护社会秩序、经济秩序，保障社会主义建设事业顺利进行。

§ 2 [Aufgabe des Gesetzes; = § 2 ZPG 2017] Aufgabe des Zivilprozessgesetzes der Volksrepublik China ist es, die Ausübung der Prozessrechte durch die Parteien zu schützen und zu gewährleisten, dass die Volksgerichte die Tatsachen aufklären, Recht und Unrecht unterscheiden, das Recht richtig anwenden, Zivilsachen unverzüglich behandeln, zivilrechtliche Rechte- und Pflichtenbeziehungen bestätigen, Sanktionen gegen in Zivilsachen das Recht verletzende Handlungen verhängen, die legalen Rechte und Interessen der Parteien schützen, die Bürger dazu erziehen, sich bewusst nach dem Recht zu richten, die gesellschaftliche und die wirtschaftliche Ordnung sichern und garantieren, dass der sozialistische Aufbau glatt vorangeht.

第三条 人民法院受理公民之间、法人之间、其他组织之间以及他们相互之间因财产关系和人身关系提起的民事诉讼，适用本法的规定。

§ 3 [Anwendungsbereich; = § 3 ZPG 2017] Dieses Gesetz wird auf Zivilklagen angewandt, die in Vermögens- und Personenbeziehungen unter Bürgern, unter juristischen Personen, unter anderen Organisationen oder zwischen [verschiedenen der Vorgenannten] wechselseitig erhoben und von den Volksgerichten angenommen werden.

第四条 凡在中华人民共和国领域内进行民事诉讼，必须遵守本法。

§ 4 [Lex fori; = § 4 ZPG 2017] Alle Zivilprozesse, die im Gebiet der Volksrepublik China durchgeführt werden, haben sich nach diesem Gesetz zu richten.

第五条 外国人、无国籍人、外国企业和组织在人民法院起诉、应诉，同中华人民共和国公民、法人和其他组织有同等的诉讼权利义务。

§ 5 [Gleichstellung von Ausländern, Reziprozität; = § 5 ZPG 2017] Wenn Ausländer, Staatenlose oder ausländische Unternehmen oder Organisationen beim Volksgericht klagen oder sich gegen eine Klage verteidigen, haben sie gleichwertige Prozessrechte und -pflichten wie Bürger, juristische Personen und andere Organisationen der Volksrepublik China.

外国法院对中华人民共和国公民、法人和其他组织的民事诉讼权利加以限制的，中华人民共和国人民法院对该国公民、企业和组织的民事诉讼权利，实行对等原则。

Wenn ausländische Gerichte die Zivilprozessrechte von Bürgern, juristischen Personen und anderen Organisationen der Volksrepublik China beschränken, wenden die Volksgerichte der Volksrepublik China auf die Zivilprozessrechte der Bürger, Unternehmen und Organisationen jenes Landes entsprechende Grundsätze an.

第六条 民事案件的审判权由人民法院行使。

§ 6 [Alleinige Entscheidungsbefugnis und Unabhängigkeit der Volksgerichte; = § 6 ZPG 2017] Die Behandlungs- und Entscheidungsgewalt in Zivilsachen wird von den Volksgerichten ausgeübt.

人民法院依照法律规定对民事案件独立进行审判，不受行政机关、社会团体和个人的干涉。

Die Volksgerichte behandeln und entscheiden Zivilsachen unabhängig gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, sie unterliegen keinen Eingriffen von Verwaltungsbehörden, gesellschaftlichen Körperschaften oder Einzelnen.

第七条 人民法院审理民事案件，必须以事实为根据，以法律为准绳。

§ 7 [Verfahrensgrundlagen; = § 7 ZPG 2017] Die Volksgerichte haben Zivilsachen auf der Grundlage der Tatsachen und mit dem Recht als Richtschnur zu behandeln.

第八条 民事诉讼当事人有平等的诉讼权利。人民法院审理民事案件，应当保障和便利当事人行使诉讼权利，对当事人在适用法律上一律平等。

§ 8 [Gleichheit der Prozessparteien; = § 8 ZPG 2017] Die Parteien von Zivilprozessen haben gleiche Prozessrechte. Das Volksgericht muss bei der Behandlung von Zivilsachen die Ausübung der Prozessrechte durch die Parteien garantieren und erleichtern und die Parteien bei der Anwendung des Gesetzes durchweg gleich behandeln.

⁴ In den Paragrafenüberschriften wird angegeben, ob sich in den einzelnen Paragrafen zwischen der Fassung des Zivilprozessgesetzes vom 27.6.2017 (siehe Fn. 2) und der Neufassung vom 24.12.2021 Änderungen ergeben haben.

第九条 人民法院审理民事案件，应当根据自愿和合法的原则进行调解；调解不成的，应当及时判决。

第十条 人民法院审理民事案件，依照法律规定实行合议、回避、公开审判和两审终审制度。

第十一条 各民族公民都有用本民族语言、文字进行民事诉讼的权利。

在少数民族聚居或者多民族共同居住的地区，人民法院应当用当地民族通用的语言、文字进行审理和发布法律文书。

人民法院应当对不通晓当地民族通用的语言、文字的诉讼参与人提供翻译。

第十二条 人民法院审理民事案件时，当事人有权进行辩论。

第十三条 民事诉讼应当遵循诚信原则。

当事人有权在法律规定的范围内处分自己的民事权利和诉讼权利。

第十四条 人民检察院有权对民事诉讼实行法律监督。

第十五条 机关、社会团体、企业事业单位对损害国家、集体或者个人民事权益的行为，可以支持受损害的单位或者个人向人民法院起诉。

第十六条 经当事人同意，民事诉讼活动可以通过信息网络平台在线进行。

民事诉讼活动通过信息网络平台在线进行的，与线下诉讼活动具有同等法律效力。

§ 9 [Grundsätze der gerichtswinterne Schlichtung; = § 9 ZPG 2017] Die Volksgerichte müssen bei der Behandlung von Zivilsachen nach den Grundsätzen der Freiwilligkeit und Gesetzmäßigkeit Schlichtungen durchführen; bleibt die Schlichtung ohne Erfolg, so muss unverzüglich ein Urteil gefällt werden.

§ 10 [Institutionen des Verfahrens; = § 10 ZPG 2017] Bei der Behandlung von Zivilsachen wenden die Volksgerichte gemäß dem Gesetz die Institutionen der Kollegialbehandlung, des Ausschlusses [von Gerichtspersonen], der öffentlichen Behandlung und Entscheidung und der abschließenden Behandlung [= endgültigen Entscheidung] in zweiter Instanz an.

§ 11 [Gerichtssprachen; = § 11 ZPG 2017] Bürger aller Volksgruppen haben das Recht, unter Verwendung der Sprache und Schrift ihrer Volksgruppe Zivilprozesse durchzuführen.

In Gebieten, in denen sich eine Minderheit konzentriert oder mehrere Volksgruppen zusammenleben, muss das Volksgericht bei der Behandlung [von Fällen] und der Verkündung von Rechtsurkunden [= Titeln] eine von der/den örtlichen Volksgruppe(n) allgemein verwandte Sprache und Schrift verwenden.

Prozessteilnehmern, die die von der / den örtlichen Volksgruppe(n) allgemein verwandte Sprache und Schrift nicht verstehen, muss das Volksgericht einen Dolmetscher stellen.

§ 12 [Recht auf streitige Verhandlung; = § 12 ZPG 2017] Bei der Behandlung von Zivilsachen durch das Volksgericht haben die Parteien das Recht, streitig zu verhandeln.

§ 13 [Treu und Glauben, Parteiautonomie; vgl. § 13 ZPG 2017⁵] Bei Zivilprozessen muss das Prinzip von Treu und Glauben eingehalten werden.

Die Parteien haben das Recht, in dem vom Gesetz bestimmten Rahmen über ihre Zivilrechte und Prozessrechte zu verfügen.

§ 14 [Aufsichtsbefugnis der Staatsanwaltschaft; = § 14 ZPG 2017] Die Volksstaatsanwaltschaft hat das Recht, eine gesetzliche Überwachung der Behandlung und Entscheidung von Zivilsachen durchzuführen.

§ 15 [Unterstützung von Klagen durch Dritte; = § 15 ZPG 2017] Behörden, gesellschaftliche Körperschaften, Unternehmen und Institutionseinheiten können gegenüber Handlungen, die Zivilrechte und -interessen des Staates, von Kollektiven oder von Einzelnen schädigen, Klagen der geschädigten Einheit bzw. des geschädigten Einzelnen beim Volksgericht unterstützen.

§ 16 [Online durchgeführte zivilprozessuale Aktivitäten und ihre rechtliche Wirkung; neu eingefügt] Mit Zustimmung der Parteien können zivilprozessuale Aktivitäten über Informationsnetzwerkplattformen online durchgeführt werden.

Werden zivilprozessuale Aktivitäten über Informationsnetzwerkplattformen online durchgeführt, haben diese dieselbe rechtliche Wirkung wie prozessuale Aktivitäten, die offline [durchgeführt werden].

⁵ Anpassung an die Formulierung im ZGB („诚信“ statt „诚实信用“).

第十七条 民族自治地方的人民代表大会根据宪法和本法的原则，结合当地民族的具体情况，可以制定变通或者补充的规定。自治区的规定，报全国人民代表大会常务委员会批准。自治州、自治县的规定，报省或者自治区的人民代表大会常务委员会批准，并报全国人民代表大会常务委员会备案。

第二章 管辖

第一节 级别管辖

第十八条 基层人民法院管辖第一审民事案件，但本法另有规定的除外。

第十九条 中级人民法院管辖下列第一审民事案件：

- (一) 重大涉外案件；
- (二) 在本辖区有重大影响的案件；
- (三) 最高人民法院确定由中级人民法院管辖的案件。

第二十条 高级人民法院管辖在本辖区有重大影响的第一审民事案件。

第二十一条 最高人民法院管辖下列第一审民事案件：

- (一) 在全国有重大影响的案件；
- (二) 认为应当由本院审理的案件。

第二节 地域管辖

第二十二条 对公民提起的民事诉讼，由被告住所地人民法院管辖；被告住所地与经常居住地不一致的，由经常居住地人民法院管辖。

对法人或者其他组织提起的民事诉讼，由被告住所地人民法院管辖。

同一诉讼的几个被告住所地、经常居住地在两个以上人民法院辖区的，各该人民法院都有管辖权。

§ 17 [Ermächtigung zum Erlass von Autonomie- und Einzelverordnungen⁶; = § 16 ZPG 2017] Die Volkskongresse der Autonomen Regionen von Volksgruppen können aufgrund der Prinzipien der Verfassung und dieses Gesetzes in Verbindung mit den konkreten Verhältnissen der Volksgruppen dieses Gebiets [das Zivilprozessgesetz] anpassende oder ergänzende Bestimmungen erlassen. Die Bestimmungen eines Autonomen Gebiets werden dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses zur Genehmigung gemeldet. Die Bestimmungen der Autonomen Bezirke und Autonomen Kreise werden dem Ständigen Ausschuss des Volkskongresses der Provinz bzw. des Autonomen Gebiets zur Genehmigung und dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses zu den Akten gemeldet.

2. Kapitel: Zuständigkeit

1. Abschnitt: Zuständigkeit der verschiedenen Stufen

§ 18 [Instanzielle Zuständigkeit der Gerichte der Grundstufe; = § 17 ZPG 2017] Das Volksgericht der Grundstufe ist in erster Instanz für Zivilsachen zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes vorsieht.

§ 19 [Instanzielle Zuständigkeit der Gerichte der Mittelstufe; = § 18 ZPG 2017] Das Volksgericht der Mittelstufe ist in erster Instanz für die folgenden Zivilsachen zuständig:

1. für große Fälle mit Außenbezug;
2. für Fälle, die auf seinen Gerichtsbezirk große Auswirkungen haben;
3. für Fälle, für die das Oberste Volksgericht die Zuständigkeit des Volksgerichts der Mittelstufe bestimmt hat.

§ 20 [Instanzielle Zuständigkeit der Gerichte der Oberstufe; = § 19 ZPG 2017] Das Volksgericht der Oberstufe ist in erster Instanz für Zivilsachen zuständig, die auf seinen Bezirk große Auswirkungen haben.

§ 21 [Instanzielle Zuständigkeit des Obersten Volksgerichts; = § 20 ZPG 2017] Das Oberste Volksgericht ist in erster Instanz für die folgenden Zivilsachen zuständig:

1. Fälle, die auf das ganze Land große Auswirkungen haben;
2. Fälle, bei denen es der Ansicht ist, dass sie von diesem Gericht behandelt werden müssen.

2. Abschnitt: Örtliche Zuständigkeit

§ 22 [Örtliche Zuständigkeit am Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort des Beklagten; = § 21 ZPG 2017] Für gegen Bürger erhobene Zivilklagen ist das Volksgericht des Wohnsitzes des Beklagten zuständig; stimmt der Wohnsitz mit dem ständigen Aufenthaltsort des Beklagten nicht überein, so ist das Volksgericht des ständigen Aufenthaltsortes zuständig.

Für gegen juristische Personen oder andere Organisationen erhobene Zivilklagen ist das Volksgericht des Wohnsitzes des Beklagten zuständig.

Wenn bei ein und derselben Klage die Wohnsitze bzw. ständigen Aufenthaltsorte mehrerer Beklagter in den Bezirken mehrerer Volksgerichte liegen, sind alle diese Volksgerichte zuständig.

⁶ Vgl. §§ 75 ff. Gesetzgebungsgesetz der VR China [中华人民共和国立法法] vom 15.3.2000 in der Fassung vom 15.3.2015, deutsch-chinesisch in: ZChinR 2015, S. 259 ff.

第二十三条 下列民事诉讼，由原告住所地人民法院管辖；原告住所地与经常居住地不一致的，由原告经常居住地人民法院管辖：

（一）对不在中华人民共和国领域内居住的人提起的有关身份关系的诉讼；

（二）对下落不明或者宣告失踪的人提起的有关身份关系的诉讼；

（三）对被采取强制性教育措施的人提起的诉讼；

（四）对被监禁的人提起的诉讼。

第二十四条 因合同纠纷提起的诉讼，由被告住所地或者合同履行地人民法院管辖。

第二十五条 因保险合同纠纷提起的诉讼，由被告住所地或者保险标的物所在地人民法院管辖。

第二十六条 因票据纠纷提起的诉讼，由票据支付地或者被告住所地人民法院管辖。

第二十七条 因公司设立、确认股东资格、分配利润、解散等纠纷提起的诉讼，由公司住所地人民法院管辖。

第二十八条 因铁路、公路、水上、航空运输和联合运输合同纠纷提起的诉讼，由运输始发地、目的地或者被告住所地人民法院管辖。

第二十九条 因侵权行为提起的诉讼，由侵权行为地或者被告住所地人民法院管辖。

第三十条 因铁路、公路、水上和航空事故请求损害赔偿提起的诉讼，由事故发生地或者车辆、船舶最先到达地、航空器最先降落地或者被告住所地人民法院管辖。

第三十一条 因船舶碰撞或者其他海事损害事故请求损害赔偿提起的诉讼，由碰撞发生地、碰撞船舶最先到达地、加害船舶被扣留地或者被告住所地人民法院管辖。

§ 23 [Örtliche Zuständigkeit am Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort des Klägers; = § 22 ZPG 2017] Für die folgenden Zivilklagen ist das Volksgericht des Wohnsitzes des Klägers zuständig; stimmt der Wohnsitz mit dem ständigen Aufenthaltsort des Klägers nicht überein, so ist das Volksgericht des ständigen Aufenthaltsortes des Klägers zuständig:

1. für Personenbeziehungen betreffende Klagen, die gegen Personen erhoben werden, die sich nicht im Gebiet der Volksrepublik China aufhalten;

2. für Personenbeziehungen betreffende Klagen, die gegen Personen erhoben werden, deren Verbleib unklar ist, oder die für verschollen erklärt worden sind;

3. für Klagen, die gegen Personen in Arbeitserziehung erhoben werden;

4. für Klagen, die gegen Personen in Haft erhoben werden.

§ 24 [Örtliche Zuständigkeit bei Vertragsstreitigkeiten; = § 23 ZPG 2017] Für Klagen, die wegen Vertragsstreitigkeiten erhoben werden, ist das Volksgericht des Wohnsitzes des Beklagten oder das Volksgericht des Erfüllungsortes des Vertrags zuständig.

§ 25 [Örtliche Zuständigkeit bei Versicherungsvertragsstreitigkeiten; = § 24 ZPG 2017] Für Klagen, die wegen Streitigkeiten aus Versicherungsverträgen erhoben werden, ist das Volksgericht des Wohnsitzes des Beklagten oder des Ortes der versicherten Sache zuständig.

§ 26 [Örtliche Zuständigkeit bei Wechsel- und Scheckstreitigkeiten; = § 25 ZPG 2017] Für Klagen, die wegen Wechsel- und Scheckstreitigkeiten erhoben werden, ist das Volksgericht des Zahlungsortes des Wechsels bzw. Schecks oder das Volksgericht des Wohnsitzes des Beklagten zuständig.

§ 27 [Örtliche Zuständigkeit bei gesellschaftsrechtlichen Streitigkeiten; = § 26 ZPG 2017] Für Klagen, die wegen Streitigkeiten wie etwa über die Errichtung von Gesellschaften, die Bestätigung der Gesellschaftereigenschaft, die Gewinnausschüttung, die Auflösung erhoben werden, ist das Volksgericht am Sitz der Gesellschaft zuständig.

§ 28 [Örtliche Zuständigkeit bei Streitigkeiten wegen Transportverträgen; = § 27 ZPG 2017] Für Klagen, die wegen Streitigkeiten aus Verträgen über Bahn-, Straßen-, Wasser- oder Lufttransporte oder kombinierte Transporte erhoben werden, ist das Volksgericht des Ausgangs- oder des Zielortes des Transports oder des Wohnsitzes des Beklagten zuständig.

§ 29 [Örtliche Zuständigkeit bei Streitigkeiten wegen rechtsverletzenden Handlungen; = § 28 ZPG 2017] Für Klagen, die wegen einer ein Recht verletzenden Handlung erhoben werden, ist das Volksgericht des Ortes der ein Recht verletzenden Handlung oder des Wohnsitzes des Beklagten zuständig.

§ 30 [Örtliche Zuständigkeit bei Streitigkeiten wegen Unfällen; = § 29 ZPG 2017] Für Klagen, in denen Schadensersatz wegen Eisenbahn- und Straßenunfällen, Unfällen zu Wasser und Luftfahrtunfällen verlangt wird, ist das Volksgericht des Ortes, an dem der Unfall eingetreten ist, oder das Volksgericht des Ortes, den der Wagen bzw. das Schiff zuerst erreicht hat, bzw. an dem das Luftfahrzeug zuerst gelandet ist, oder das Volksgericht des Wohnsitzes des Beklagten zuständig.

§ 31 [Örtliche Zuständigkeit bei Streitigkeiten wegen Unfällen auf See; = § 30 ZPG 2017] Für Klagen, in denen Schadensersatz wegen Schiffskollisionen oder anderen Seeschadensunfällen verlangt wird, ist das Volksgericht des Ortes, an dem die Kollision eingetreten ist, des Ortes, den ein kollidierendes Schiff zuerst erreicht hat, des Ortes, an dem das schädigende Schiff zurückgehalten wird, oder des Wohnsitzes des Beklagten zuständig.

第三十二条 因海难救助费用提起的诉讼, 由救助地或者被救助船舶最先到达地人民法院管辖。

第三十三条 因共同海损提起的诉讼, 由船舶最先到达地、共同海损理算地或者航程终止地的人民法院管辖。

第三十四条 下列案件, 由本条规定的人民法院专属管辖:

(一) 因不动产纠纷提起的诉讼, 由不动产所在地人民法院管辖;

(二) 因港口作业中发生纠纷提起的诉讼, 由港口所在地人民法院管辖;

(三) 因继承遗产纠纷提起的诉讼, 由被继承人死亡时住所地或者主要遗产所在地人民法院管辖。

第三十五条 合同或者其他财产权益纠纷的当事人可以书面协议选择被告住所地、合同履行地、合同签订地、原告住所地、标的物所在地等与争议有实际联系的地点的人民法院管辖, 但不得违反本法对级别管辖和专属管辖的规定。

第三十六条 两个以上人民法院都有管辖权的诉讼, 原告可以向其中一个人民法院起诉; 原告向两个以上有管辖权的人民法院起诉的, 由最先立案的人民法院管辖。

第三节 移送管辖和指定管辖

第三十七条 人民法院发现受理的案件不属于本院管辖的, 应当移送有管辖权的人民法院, 受移送的人民法院应当受理。受移送的人民法院认为受移送的案件依照规定不属于本院管辖的, 应当报请上级人民法院指定管辖, 不得再自行移送。

第三十八条 有管辖权的人民法院由于特殊原因, 不能行使管辖权的, 由上级人民法院指定管辖。

人民法院之间因管辖权发生争议, 由争议双方协商解决; 协商解决不了的, 报请它们的共同上级人民法院指定管辖。

§ 32 [Örtliche Zuständigkeit bei Streitigkeiten wegen Hilfe in Seenot; = § 31 ZPG 2017] Für Klagen, die wegen der Kosten für Hilfe in Seenot erhoben werden, ist das Volksgericht des Ortes der Hilfe oder des Ortes zuständig, den das Schiff, dem geholfen wurde, zuerst erreicht hat.

§ 33 [Örtliche Zuständigkeit bei Streitigkeiten wegen großer Haverei; = § 32 ZPG 2017] Für wegen großer Haverei erhobene Klagen ist das Volksgericht des Ortes, den das Schiff zuerst erreicht hat, des Ortes, an dem die große Haverei abgerechnet wird, oder des Ortes zuständig, an dem die Reise endet.

§ 34 [Ausschließliche örtliche Zuständigkeiten; = § 33 ZPG 2017] In den folgenden Fällen ist das in diesem Paragraphen bestimmte Volksgericht ausschließlich zuständig:

1. für wegen Streitigkeiten um unbewegliches Vermögen erhobene Klagen das Volksgericht des Ortes des unbeweglichen Vermögens;

2. für Klagen, die wegen beim Hafenbetrieb entstandenen Streitigkeiten erhoben werden, das Volksgericht des Ortes des Hafens;

3. für Klagen, die wegen Streitigkeiten um die Erbfolge in Nachlassgut erhoben werden, das Volksgericht des Wohnsitzes des Erblassers zur Zeit seines Todes oder das Volksgericht des Ortes, an dem sich der hauptsächliche Nachlass befindet.

§ 35 [Vereinbarung über die örtliche Zuständigkeit; = § 34 ZPG 2017] Die Parteien eines Vertrags oder anderer Streitigkeiten um Vermögensrechte und -interessen können in einer Vereinbarung in einem schriftlichen Vertrag zwischen der Zuständigkeit des Volksgerichts des Wohnsitzes des Beklagten, des Erfüllungsortes des Vertrags, des Abschlussortes des Vertrags, des Wohnsitzes des Klägers, des Ortes des Gegenstandes oder eines anderen Ortes wählen, der eine tatsächliche Verbindung mit der Streitigkeit hat; sie dürfen [dabei] aber nicht die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Zuständigkeit der verschiedenen Stufen und über ausschließliche Zuständigkeiten verletzen.

§ 36 [Mehrere örtlich zuständige Gerichte; = § 35 ZPG 2017] Klagen, für die mehrere Volksgerichte zuständig sind, kann der Kläger bei einem davon erheben; wenn er bei mehreren zuständigen Volksgerichten klagt, ist das Volksgericht zuständig, das das Verfahren zuerst eröffnet.

3. Abschnitt: Zuständigkeit kraft Überweisung und Zuständigkeit kraft Bestimmung

§ 37 [Örtliche Zuständigkeit kraft Überweisung; = § 36 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht bemerkt, dass ein von ihm angenommener Fall nicht in seine Zuständigkeit fällt, muss es ihn dem zuständigen Volksgericht überweisen; das Volksgericht, an das überwiesen wird, muss [den Fall] annehmen. Wenn das Volksgericht, an das überwiesen wird, der Ansicht ist, dass der überwiesene Fall nach den Vorschriften nicht in seine Zuständigkeit fällt, muss es [die Angelegenheit] dem höheren Volksgericht mit der Bitte melden, die Zuständigkeit zu bestimmen; es darf [den Fall] nicht von sich aus nochmals überweisen.

§ 38 [Örtliche Zuständigkeit kraft Bestimmung; = § 37 ZPG 2017] Wenn das zuständige Volksgericht aus besonderen Gründen die Zuständigkeit nicht ausüben kann, wird vom höheren Volksgericht die Zuständigkeit bestimmt.

Wenn zwischen Volksgerichten ein Streit über die Zuständigkeit entsteht, wird er von den streitenden Seiten in Verhandlungen beigelegt; lässt er sich in Verhandlungen nicht lösen, so wird er ihrem gemeinsamen höheren Volksgericht mit der Bitte gemeldet, die Zuständigkeit zu bestimmen.

第三十九条 上级人民法院有权审理下级人民法院管辖的第一审民事案件；确有必要将本院管辖的第一审民事案件交下级人民法院审理的，应当报请其上级人民法院批准。

下级人民法院对它所管辖的第一审民事案件，认为需要由上级人民法院审理的，可以报请上级人民法院审理。

第三章 审判组织

第四十条 人民法院审理第一审民事案件，由审判员、陪审员共同组成合议庭或者由审判员组成合议庭。合议庭的成员人数，必须是单数。

适用简易程序审理的民事案件，由审判员一人独任审理。基层人民法院审理的基本事实清楚、权利义务关系明确的第一审民事案件，可以由审判员一人适用普通程序独任审理。

陪审员在执行陪审职务时，与审判员有同等的权利义务。

第四十一条 人民法院审理第二审民事案件，由审判员组成合议庭。合议庭的成员人数，必须是单数。

中级人民法院对第一审适用简易程序审结或者不服裁定提起上诉的第二审民事案件，事实清楚、权利义务关系明确的，经双方当事人同意，可以由审判员一人独任审理。

发回重审的案件，原审人民法院应当按照第一审程序另行组成合议庭。

审理再审案件，原来是第一审的，按照第一审程序另行组成合议庭；原来是第二审的或者是上级人民法院提审的，按照第二审程序另行组成合议庭。

第四十二条 人民法院审理下列民事案件，不得由审判员一人独任审理：

(一) 涉及国家利益、社会公共利益的案件；

(二) 涉及群体性纠纷，可能影响社会稳定的案件；

§ 39 [Instanzielle Zuständigkeit kraft Ansichziehen oder Überweisung; = § 38 ZPG 2017] Ein höheres Volksgericht hat das Recht, Zivilsachen erster Instanz zu behandeln, für die ein tieferes Volksgericht zuständig ist; ist es tatsächlich erforderlich, dass Zivilsachen erster Instanz, für die es selber zuständig ist, einem unteren Volksgericht zur Behandlung übertragen werden, muss [dies] dem höheren Volksgericht zur Genehmigung berichtet werden.

Wenn ein unteres Volksgericht der Ansicht ist, dass eine Zivilsache erster Instanz, für die es zuständig ist, von einem höheren Volksgericht behandelt werden sollte, kann es dies dem höheren Volksgericht mit der Bitte melden, [den Fall] zu behandeln.

3. Kapitel: Organisation der Behandlung und Entscheidung

§ 40 [Behandlung in erster Instanz durch Kollegien oder durch Einzelrichter, Schöffen; vgl. § 39 ZPG 2017⁷] Zur Behandlung von Zivilsachen in erster Instanz bilden die Volksgerichte gemeinsame Kollegien aus Richtern und Schöffen oder Kollegien aus Richtern. Die Zahl der Mitglieder eines Kollegiums hat eine ungerade Zahl zu sein.

Die Behandlung von im vereinfachten Verfahren behandelten Zivilsachen wird von einem Richter allein übernommen. Die Behandlung von Zivilsachen, die vom Volksgericht der Grundstufe in erster Instanz behandelt werden, bei denen die Grundtatsachen [und] die Rechte- und Pflichtenbeziehungen klar sind, kann von einem Richter allein im gewöhnlichen Verfahren übernommen werden.

Bei der Wahrnehmung der Schöffenamtspflichten haben die Schöffen mit den Richtern gleichwertige Rechte und Pflichten.

§ 41 [Behandlung in zweiter Instanz, in rückverwiesenen Fällen und in wiederaufgenommenen Fällen; vgl. § 40 ZPG 2017⁸] Zur Behandlung von Zivilsachen in zweiter Instanz bilden die Volksgerichte Kollegien aus Richtern. Die Zahl der Mitglieder eines Kollegiums hat eine ungerade Zahl zu sein.

Das Volksgericht der Mittelstufe kann die Behandlung von Fällen in Zivilsachen in zweiter Instanz, die in erster Instanz unter Anwendung des vereinfachten Verfahrens abgeschlossen sind oder bei denen wegen Nichtunterwerfens Berufung gegen Beschlüsse erhoben worden ist, mit Zustimmung beider Parteien von einem Richter allein übernehmen lassen, wenn die Tatsachen [und] die Rechte- und Pflichtenbeziehungen klar sind.

Für Fälle, die zur erneuten Behandlung zurückverwiesen werden, muss das Volksgericht, das [den Fall] ursprünglich behandelt hat, nach dem Verfahren für die erste Instanz ein anderes Kollegium bilden.

Zur Behandlung von Wiederaufnahmesachen wird, wenn es sich um eine ursprüngliche [Entscheidung] erster Instanz handelt, nach dem Verfahren für die erste Instanz ein anderes Kollegium gebildet; wenn es sich um eine ursprüngliche [Entscheidung] zweiter Instanz handelt oder wenn ein höheres Volksgericht die Behandlung an sich gezogen hat, wird nach dem Verfahren für die zweite Instanz ein anderes Kollegium gebildet.

§ 42 [Fälle, die nicht durch Einzelrichter entschieden werden dürfen; neu eingefügt] [Bei] Behandlung folgender Fälle in Zivilsachen dürfen Volksgerichte diese nicht von einem Richter allein behandeln lassen:

1. Fälle, die staatliche Interessen [oder] gesellschaftliche öffentliche Interesse berühren;

2. Fälle, die Massenstreitigkeiten berühren [oder] die soziale Stabilität beeinflussen könnten;

⁷ Abs. 2 Satz 2 neu eingefügt.

⁸ Abs. 2 neu eingefügt.

(三) 人民群众广泛关注或者其他社会影响较大的案件;

(四) 属于新类型或者疑难复杂的案件;

(五) 法律规定应当组成合议庭审理的案件;

(六) 其他不宜由审判员一人独任审理的案件。

第四十三条 人民法院在审理过程中, 发现案件不宜由审判员一人独任审理的, 应当裁定转由合议庭审理。

当事人认为案件由审判员一人独任审理违反法律规定的, 可以向人民法院提出异议。人民法院对当事人提出的异议应当审查, 异议成立的, 裁定转由合议庭审理; 异议不成立的, 裁定驳回。

第四十四条 合议庭的审判长由院长或者庭长指定审判员一人担任; 院长或者庭长参加审判的, 由院长或者庭长担任。

第四十五条 合议庭评议案件, 实行少数服从多数的原则。评议应当制作笔录, 由合议庭成员签名。评议中的不同意见, 必须如实记入笔录。

第四十六条 审判人员应当依法秉公办案。

审判人员不得接受当事人及其诉讼代理人请客送礼。

审判人员有贪污受贿, 徇私舞弊, 枉法裁判行为的, 应当追究法律责任; 构成犯罪的, 依法追究刑事责任。

第四章 回避

第四十七条 审判人员有下列情形之一的, 应当自行回避, 当事人有权用口头或者书面方式申请他们回避:

(一) 是本案当事人或者当事人、诉讼代理人近亲属的;

(二) 与本案有利害关系的;

(三) 与本案当事人、诉讼代理人有其他关系, 可能影响对案件公正审理的。

3. Fälle, denen breite Aufmerksamkeit von Volksmassen geschenkt wird, oder andere Fälle, die größere soziale Auswirkungen haben;

4. Fälle, die zu neuen Typen gehören oder die schwierig [und] kompliziert sind;

5. Fälle, für die Gesetze bestimmen, dass ein Kollegium gebildet werden muss, [um] sie zu behandeln;

6. andere Fälle, deren Behandlung zur Übernahme von einem Einzelrichter nicht geeignet ist.

§ 43 [Wechsel von der Behandlung durch Einzelrichter zur Behandlung durch Kollegium; neu eingefügt] Bemerkt das Volksgericht während der Behandlung, dass die Behandlung eines Falles zur Übernahme von einem Einzelrichter nicht geeignet ist, muss es den Wechsel zur Behandlung durch ein Kollegium beschließen.

Meint eine Partei, dass die Behandlung des Falles durch einen Richter allein gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt, kann sie beim Volksgericht einen Einwand erheben. Das Volksgericht muss den von der Partei erhobenen Einwand überprüfen; hat der Einwand Bestand, beschließt es den Wechsel zur Behandlung durch ein Kollegium; hat der Einwand keinen Bestand, beschließt es die Zurückweisung.

§ 44 [Vorsitzender Richter; = § 41 ZPG 2017] Der Gerichtsvorsitzende bzw. Kammervorsitzende bestimmt einen Richter zum Vorsitzenden Richter des Kollegiums; wenn sich der Gerichtsvorsitzende bzw. Kammervorsitzende an der Behandlung und Entscheidung beteiligt, amtiert er [als Vorsitzender Richter des Kollegiums].

§ 45 [Beratungen im Kollegium; = § 42 ZPG 2017] Bei der Beratung von Fällen verfährt das Kollegium nach dem Grundsatz, dass sich die Minderheit der Mehrheit beugt. Über die Beratung muss ein Protokoll angefertigt und von den Mitgliedern des Kollegiums unterzeichnet werden. Abweichende Meinungen in der Beratung sind wahrheitsgemäß zu protokollieren.

§ 46 [Pflichten von Richtern und Schöffen; = § 43 ZPG 2017] Die Richter und Schöffen müssen Fälle nach dem Recht unparteiisch bearbeiten.

Richter und Schöffen dürfen sich von den Parteien und ihren Prozessvertretern nicht einladen lassen und von ihnen keine Geschenke annehmen.

Wenn Richter und Schöffen korrupt handeln, Bestechungen nehmen, zum eigenen Vorteil unlauter handeln und bei Entscheidungen das Recht beugen, muss [ihre] rechtliche Verantwortung verfolgt werden; wenn [ihr Verhalten] eine Straftat bildet, wird nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt.

4. Kapitel: Ausschluss⁹

§ 47 [Ausschluss und Ablehnung der Gerichtspersonen; Ausschlussgründe, Neufassung; = § 44 ZPG 2017] Wenn bei Richtern oder Schöffen einer der folgenden Umstände vorliegt, müssen sie sich selbst ausschließen; die Parteien sind berechtigt, mündlich oder schriftlich ihren Ausschluss zu beantragen:

1. wenn sie Partei des Falles oder nahe Verwandte einer Partei oder [nahe Verwandte des] Prozessvertreters [der Partei] sind;

2. wenn ihre Interessen von dem Fall berührt werden;

3. wenn sie in anderen Beziehungen zu einer Partei oder zu einem Prozessvertreter des Falles stehen, welche die gerechte Behandlung des Falles beeinträchtigen könnten.

⁹ Vgl. auch die „Bestimmungen des Obersten Volksgerichts zu einigen Fragen der Durchführung des Ausschlussystems von Richtern und Schöffen bei Prozessaktivitäten“ [最高人民法院关于审判人员在诉讼活动中执行回避制度若干问题的规定] vom 10.6.2011, deutsch-chinesisch in: ZChinR 2012, S. 259 ff.

审判人员接受当事人、诉讼代理人请客送礼，或者违反规定会见当事人、诉讼代理人的，当事人有权要求他们回避。

审判人员有前款规定的行为的，应当依法追究法律责任。

前三款规定，适用于书记员、翻译人员、鉴定人、勘验人。

第四十八条 当事人提出回避申请，应当说明理由，在案件开始审理时提出；回避事由在案件开始审理后知道的，也可以在法庭辩论终结前提出。

被申请回避的人员在人民法院作出是否回避的决定前，应当暂停参与本案的工作，但案件需要采取紧急措施的除外。

第四十九条 院长担任审判长或者独任审判员时的回避，由审判委员会决定；审判人员的回避，由院长决定；其他人员的回避，由审判长或者独任审判员决定。

第五十条 人民法院对当事人提出的回避申请，应当在申请提出的三日内，以口头或者书面形式作出决定。申请人对决定不服的，可以在接到决定时申请复议一次。复议期间，被申请回避的人员，不停止参与本案的工作。人民法院对复议申请，应当在三日内作出复议决定，并通知复议申请人。

第五章 诉讼参加人

第一节 当事人

第五十一条 公民、法人和其他组织可以作为民事诉讼的当事人。

法人由其法定代表人进行诉讼。其他组织由其主要负责人进行诉讼。

第五十二条 当事人有权委托代理人，提出回避申请，收集、提供证据，进行辩论，请求调解，提起上诉，申请执行。

Wenn Richter und Schöffen Einladungen und Geschenke von einer Partei oder einem Prozessvertreter annehmen oder sich vorschriftswidrig mit Parteien oder Prozessvertretern treffen, hat eine Partei das Recht, ihren Ausschluss zu fordern.

Wenn bei Richtern und Schöffen eine der im vorigen Kapitel aufgeführten Handlungen vorliegt, muss nach dem Recht die rechtliche Verantwortung verfolgt werden.

Die Bestimmungen der vorherigen drei Absätze werden [auch] auf [Gerichts-]Sekretäre, Übersetzer, Gutachter und Inaugenscheinnehmende angewandt.

§ 48 [Antrag auf Ausschluss; = § 45 ZPG 2017] Wenn eine Partei einen Antrag auf Ausschluss einreicht, muss sie die Gründe erklären und [den Antrag] zu Beginn der Behandlung des Falles einreichen; wenn sie die zugrunde liegenden Tatsachen erst nach Beginn der Behandlung des Falles erfährt, kann sie [den Antrag] auch vor Beendigung der streitigen Verhandlung durch die Kammer einreichen.

Die Person, deren Ausschluss beantragt worden ist, muss ihre Mitarbeit an dem Fall vorläufig einstellen, bis das Volksgericht über den Ausschluss verfügt hat, es sei denn, es müssen in dem Fall dringende Maßnahmen ergriffen werden.

§ 49 [Entscheidung über den Ausschluss; vgl. § 46 ZPG 2017¹⁰] Über den Ausschluss des Gerichtsvorsitzenden, der als Vorsitzender Richter oder Einzelrichter amtiert, verfügt der Rechtsprechungsausschuss; über den Ausschluss von Richtern und Schöffen verfügt der Gerichtsvorsitzende; über den Ausschluss anderer Personen verfügt der Vorsitzende Richter oder Einzelrichter.

§ 50 [Frist für die Entscheidung über den Ausschluss, Rechtsmittel; = § 47 ZPG 2017] Das Volksgericht muss über Ausschlussanträge von Parteien innerhalb von drei Tagen vom Tage der Einreichung des Antrags mündlich oder schriftlich verfügen. Wenn sich der Antragsteller der Verfügung nicht unterwirft, kann er bei Erhalt der Verfügung einmalig erneute Beratung beantragen. Während der Frist für die erneute Beratung stellt die Person, deren Ausschluss beantragt worden ist, ihre Mitarbeit an dem Fall nicht ein. Das Volksgericht muss innerhalb von drei Tagen auf den Antrag auf erneute Beratung hin eine erneut beratene Verfügung fassen und dem, der die erneute Beratung beantragt hat, mitteilen.

5. Kapitel: Prozessbeteiligte

1. Abschnitt: Parteien

§ 51 [Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit; = § 48 ZPG 2017] Bürger, juristische Personen und andere Organisationen können Parteien eines Zivilprozesses sein.

Für juristische Personen führt ihr gesetzlicher Repräsentant den Prozess. Für andere Organisationen führt ihr Hauptverantwortlicher den Prozess.

§ 52 [Rechte und Pflichten der Parteien; = § 49 ZPG 2017] Eine Partei hat das Recht, Vertreter zu bestellen, Ausschlussanträge zu stellen, Beweise zu sammeln und zu liefern, streitig zu verhandeln, Schlichtung zu verlangen, Berufung einzulegen, Vollstreckung zu beantragen.

¹⁰ Neu eingefügt wurde, dass der Rechtsprechungsausschuss nun auch über den Ausschluss des Gerichtsvorsitzenden durch Verfügung entscheidet, der als Einzelrichter amtiert.

当事人可以查阅本案有关材料，并可以复制本案有关材料和法律文书。查阅、复制本案有关材料的范围和办法由最高人民法院规定。

当事人必须依法行使诉讼权利，遵守诉讼秩序，履行发生法律效力判决书、裁定书和调解书。

第五十三条 双方当事人可以自行和解。

第五十四条 原告可以放弃或者变更诉讼请求。被告可以承认或者反驳诉讼请求，有权提起反诉。

第五十五条 当事人一方或者双方为二人以上，其诉讼标的是共同的，或者诉讼标的是同一种类、人民法院认为可以合并审理并经当事人同意的，为共同诉讼。

共同诉讼的一方当事人对诉讼标的有共同权利义务的，其中一人的诉讼行为经其他共同诉讼人承认，对其他共同诉讼人发生法律效力；对诉讼标的没有共同权利义务的，其中一人的诉讼行为对其他共同诉讼人不发生法律效力。

第五十六条 当事人一方人数众多的共同诉讼，可以由当事人推选代表人进行诉讼。代表人的诉讼行为对其所代表的当事人发生法律效力，但代表人变更、放弃诉讼请求或者承认对方当事人的诉讼请求，进行和解，必须经被代表的当事人同意。

第五十七条 诉讼标的是同一种类、当事人一方人数众多在起诉时人数尚未确定的，人民法院可以发出公告，说明案件情况和诉讼请求，通知权利人在一定期间向人民法院登记。

向人民法院登记的权利人可以推选代表人进行诉讼；推选不出代表人的，人民法院可以与参加登记的权利人商定代表人。

代表人的诉讼行为对其所代表的当事人发生法律效力，但代表人变更、放弃诉讼请求或者承认对方当事人的诉讼请求，进行和解，必须经被代表的当事人同意。

人民法院作出的判决、裁定，对参加登记的全体权利人发生法律效力。未参加登记的权利人在诉讼时效期间提起诉讼的，适用该判决、裁定。

Eine Partei kann das einschlägige Material des Falles durchsehen und sie kann Kopien von dem einschlägigen Material des Falles und von Rechtsurkunden anfertigen. Bereich und Verfahren der Durchsicht und des Kopierens des einschlägigen Materials des Falles werden vom Obersten Volksgericht festgelegt.

Die Parteien haben Prozessrechte nach dem Recht auszuüben, die Ordnung des Prozesses zu wahren und rechtskräftige Urteilsurkunden, Beschlusssurkunden und Schlichtungsurkunden auszuführen.

§ 53 [Vergleich; = § 50 ZPG 2017] Die Parteien können sich von sich aus vergleichen.

§ 54 [Verzicht, Klageänderung, Anerkenntnis und Widerklage; = § 51 ZPG 2017] Der Kläger kann auf die Klageforderung verzichten oder sie ändern. Der Beklagte kann die Klageforderung anerkennen oder zurückweisen und ist berechtigt, Widerklage zu erheben.

§ 55 [Streitgenossen und Streithelfer; = § 52 ZPG 2017] Wenn die Parteien auf einer oder auf beiden Seiten aus mehreren Personen bestehen, denen der Streitgegenstand gemeinsam ist, oder wenn ihre Streitgegenstände gleichartig sind und das Volksgericht der Ansicht ist, dass [die Fälle] gemeinsam behandelt werden können, und die Parteien einverstanden sind, bilden [diese Fälle] einen gemeinsamen Prozess.

Wenn die Parteien auf einer Seite des gemeinsamen Prozesses in Bezug auf den Streitgegenstand gemeinsame Rechte und Pflichten haben, werden die Prozesshandlungen eines von ihnen mit der Anerkennung der anderen Streitgenossen auch für und gegen die anderen wirksam; wenn sie in Bezug auf den Streitgegenstand keine gemeinsamen Rechte und Pflichten haben, haben die Prozesshandlungen eines von ihnen keine Wirkungen für die anderen Streitgenossen.

§ 56 [Repräsentantenklagen; = § 53 ZPG 2017] Wenn die Zahl der Parteien auf einer Seite eines gemeinsamen Prozesses groß ist, können sie einen Repräsentanten wählen, der den Prozess führt. Die Prozesshandlungen des Repräsentanten sind für und gegen die Vertretenen wirksam; zur Änderung der Klageforderung und zum Verzicht auf die Klageforderung, zur Anerkennung der Klageforderung der anderen Seite und zur Durchführung eines Vergleichs hat der Repräsentant jedoch das Einverständnis der vertretenen Parteien einzuholen.

§ 57 [„Opt in“ bei Repräsentantenklagen, Bestimmung des Repräsentanten, Wirkung; = § 54 ZPG 2017] Wenn die Streitgegenstände gleichartig sind und die Zahl der Parteien auf einer Seite groß und bei Klageerhebung noch nicht bestimmt ist, kann das Volksgericht in einer Bekanntmachung die Umstände des Falles und die Klageforderung erklären und Berechtigte auffordern, innerhalb einer Frist sich beim Volksgericht zu registrieren.

Beim Volksgericht registrierte Berechtigte können einen Repräsentanten zur Führung des Prozesses wählen; wenn die Wahl eines Repräsentanten nicht gelingt, kann das Volksgericht in Verhandlungen mit den Berechtigten, die sich an der Registrierung beteiligt haben, einen Repräsentanten bestimmen.

Die Prozesshandlungen des Repräsentanten sind für und gegen die von ihm vertretenen Parteien wirksam; zur Änderung der Klageforderung und zum Verzicht auf die Klageforderung, zur Anerkennung der Klageforderung der anderen Seite und zur Durchführung eines Vergleichs hat der Repräsentant jedoch das Einverständnis der vertretenen Parteien einzuholen.

Urteile und Beschlüsse des Volksgerichts werden für und gegen die Gesamtheit der Berechtigten, die sich an der Registrierung beteiligt haben, wirksam. Wenn Berechtigte, die sich an der Registrierung nicht beteiligt haben, innerhalb der Klageverjährungsfrist Klage erheben, werden [auf diese Klage] diese Urteile und Beschlüsse angewandt.

第五十八条 对污染环境、侵害众多消费者合法权益等损害社会公共利益的行为，法律规定的机关和有关组织可以向人民法院提起诉讼。

人民检察院在履行职责中发现破坏生态环境和资源保护、食品药品安全领域侵害众多消费者合法权益等损害社会公共利益的行为，在没有前款规定的机关和组织或者前款规定的机关和组织不提起诉讼的情况下，可以向人民法院提起诉讼。前款规定的机关或者组织提起诉讼的，人民检察院可以支持起诉。

第五十九条 对当事人双方的诉讼标的，第三人认为有独立请求权的，有权提起诉讼。

对当事人双方的诉讼标的，第三人虽然没有独立请求权，但案件处理结果同他有法律上的利害关系的，可以申请参加诉讼，或者由人民法院通知他参加诉讼。人民法院判决承担民事责任的第三人，有当事人的诉讼权利义务。

前两款规定的第三人，因不能归责于本人的事由未参加诉讼，但有证据证明发生法律效力的判决、裁定、调解书的部分或者全部内容错误，损害其民事权益的，可以自知道或者应当知道其民事权益受到损害之日起六个月内，向作出该判决、裁定、调解书的人民法院提起诉讼。人民法院经审理，诉讼请求成立的，应当改变或者撤销原判决、裁定、调解书；诉讼请求不成立的，驳回诉讼请求。

第二节 诉讼代理人

第六十条 无诉讼行为能力人由他的监护人作为法定代理人代为诉讼。法定代理人之间互相推诿代理责任的，由人民法院指定其中一人代为诉讼。

第六十一条 当事人、法定代理人可以委托一至二人作为诉讼代理人。

下列人员可以被委托为诉讼代理人：

(一) 律师、基层法律服务工作者；

§ 58 [Klagebefugnis im öffentlichen Interesse; neu eingeführt; = § 55 ZPG 2017] Gegen das öffentliche Interesse verletzende Handlungen, bei denen etwa die Umwelt verschmutzt oder die legalen Rechte und Interessen zahlreicher Konsumenten geschädigt werden, können gesetzlich bestimmte Behörden und betroffene Organisationen beim Volksgericht Klage erheben.

Bemerkt die Volksstaatsanwaltschaft bei der Erfüllung [ihrer] Amtspflichten das öffentliche Interesse verletzende Handlungen, wie etwa die Zerstörung der ökologischen Umwelt [oder] die Schädigung der legalen Rechte und Interessen zahlreicher Konsumenten auf dem Gebiet des Schutzes von Ressourcen [oder] der Sicherheit von Nahrungsmitteln und Arzneimitteln, kann sie beim Volksgericht Klage erheben, wenn keine nach dem vorherigen Absatz bestimmten Behörden und Organisationen vorhanden sind oder wenn die nach dem vorherigen Absatz bestimmten Behörden und Organisationen nicht Klage erheben. Erheben nach dem vorherigen Absatz bestimmte Behörden und Organisationen Klage, kann die Staatsanwaltschaft die Klageerhebung unterstützen.

§ 59 [Haupt- und Nebenintervention; = § 56 ZPG 2017] Wenn ein Dritter meint, in Bezug auf den Streitgegenstand der Parteien einen eigenständigen Anspruch zu haben, ist er berechtigt, Klage zu erheben.

Wenn ein Dritter zwar kein unabhängiges Recht hat, etwas in Bezug auf den Streitgegenstand der Parteien zu verlangen, aber das Ergebnis der Regelung des Falles rechtlich seine Interessen berührt, kann er Beteiligung am Prozess beantragen oder vom Volksgericht zur Beteiligung am Prozess aufgefordert werden. Nach dem Urteil eines Volksgerichts zivile Haftung tragende Dritte haben die Prozessrechte und -pflichten von Parteien.

Wenn der Dritte in den vorigen zwei Absätzen wegen Ursachen, für die er nicht selbst verantwortlich ist, nicht am Prozess teilnimmt, aber Beweise nachweisen, dass ein Teil des Inhalts oder der gesamte Inhalt rechtskräftiger Urteile, Beschlüsse [oder] Schlichtungsurkunden fehlerhaft sind [und seine] zivilen Rechte und Interessen verletzen, kann er innerhalb von sechs Monaten ab dem Tag, an dem er erfährt oder erfahren muss, dass seine zivilen Rechte und Interessen verletzt werden, gegen diese erlassenen Urteile, Beschlüsse [oder] Schlichtungsurkunden beim Volksgericht Klage erheben. [Stellt] das Volksgericht bei der Behandlung des Falles [fest], dass die Klageforderung Bestand hat, muss es das Urteil, den Beschluss [oder] die Schlichtungsurkunde ändern oder aufheben; hat die Klageforderung keinen Bestand, weist es die Klage zurück.

2. Abschnitt: Prozessvertreter

§ 60 [Vertretung nicht Prozessfähiger; = § 57 ZPG 2017] Für einen nicht Prozesshandlungsfähigen führt in seiner Vertretung sein Vormund als sein gesetzlicher Vertreter den Prozess. Wenn gesetzliche Vertreter sich die Verantwortung für die Vertretung gegenseitig zuschieben, bestimmt das Volksgericht einen unter ihnen, der in Vertretung den Prozess führt.

§ 61 [Prozessvertreter; = § 58 ZPG 2017] Parteien und gesetzliche Vertreter können ein bis zwei Personen als Prozessvertreter beauftragen.

Die folgenden Personen können als Prozessvertreter beauftragt werden:

1. Rechtsanwälte und Arbeiter der Basisrechtsdienstleistungen¹¹;

¹¹ Siehe „Methode zur Verwaltung der Basisrechtsdienstleistungsinstitute“ [基层法律服务所管理办法] des Justizministeriums vom 31.3.2000 in der Fassung vom 25.12.2017, chinesisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CL1.4.307743.

(二) 当事人的近亲属或者工作人员;

(三) 当事人所在社区、单位以及有关社会团体推荐的公民。

第六十二条 委托他人代为诉讼, 必须向人民法院提交由委托人签名或者盖章的授权委托书。

授权委托书必须记明委托事项和权限。诉讼代理人代为承认、放弃、变更诉讼请求, 进行和解, 提起反诉或者上诉, 必须有委托人的特别授权。

侨居在外的中华人民共和国公民从国外寄交或者托交的授权委托书, 必须经中华人民共和国驻该国的使领馆证明; 没有使领馆的, 由与中华人民共和国有外交关系的第三国驻该国的使领馆证明, 再转由中华人民共和国驻该第三国使领馆证明, 或者由当地的爱国华侨团体证明。

第六十三条 诉讼代理人的权限如果变更或者解除, 当事人应当书面告知人民法院, 并由人民法院通知对方当事人。

第六十四条 代理诉讼的律师和其他诉讼代理人有权调查收集证据, 可以查阅本案有关材料。查阅本案有关材料的范围和办法由最高人民法院规定。

第六十五条 离婚案件有诉讼代理人的, 本人除不能表达意思的以外, 仍应出庭; 确因特殊情况无法出庭的, 必须向人民法院提交书面意见。

第六章 证据

第六十六条 证据包括:

- (一) 当事人的陈述;
- (二) 书证;
- (三) 物证;
- (四) 视听资料;
- (五) 电子数据;
- (六) 证人证言;
- (七) 鉴定意见;
- (八) 勘验笔录。

证据必须查证属实, 才能作为认定事实的根据。

2. Verwandte und Arbeitspersonal der Parteien;

3. Bürger, die von den Gemeinden, den Einheiten oder von betroffenen gesellschaftlichen Körperschaften vorgeschlagen werden, bei denen sich die Parteien befinden.

§ 62 [Vollmacht des Prozessvertreters; = § 59 ZPG 2017] Wenn ein anderer mit der vertretungsweisen Prozessführung beauftragt wird, ist dem Volksgericht eine vom Auftraggeber unterzeichnete oder gesiegelte bevollmächtigende Auftragsurkunde zu übergeben.

Die bevollmächtigende Auftragsurkunde hat die Gegenstände des Auftrags und die Grenzen der Vollmacht anzugeben. Wenn der Prozessvertreter vertretungsweise anerkennt, verzichtet oder die Klageforderung ändert, einen Vergleich durchführt, Widerklage erhebt oder Berufung einlegt, hat er eine besondere Vollmacht des Auftraggebers zu haben.

Eine bevollmächtigende Auftragsurkunde, die ein im Ausland lebender Bürger der Volksrepublik China schickt oder übergeben lässt, hat von der Botschaft oder einem Konsulat der Volksrepublik China in jenem Land nachgewiesen zu sein; gibt es [dort] keine Botschaft und kein Konsulat, so hat sie von der Botschaft oder einem Konsulat eines dritten Landes, das mit der Volksrepublik China diplomatische Beziehungen hat, in jenem Lande und dann wieder von der Botschaft oder einem Konsulat der Volksrepublik China in jenem dritten Lande nachgewiesen zu sein oder von einer örtlichen patriotischen auslandschinesischen Körperschaft nachgewiesen zu sein.

§ 63 [Änderung oder Rücknahme der Vollmacht; = § 60 ZPG 2017] Die Änderung oder Rücknahme der Befugnisse des Prozessvertreters muss die Partei schriftlich dem Volksgericht zur Kenntnis bringen, und das Volksgericht unterrichtet die Gegenpartei.

§ 64 [Rechte der Prozessvertreter; = § 61 ZPG 2017] Vertretungsweise prozessführende Rechtsanwälte und andere Prozessvertreter sind berechtigt, Beweise zu untersuchen und zu sammeln und können einschlägiges Material des Falles durchsehen. Bereich und Verfahren der Durchsicht des einschlägigen Materials des Falles werden vom Obersten Volksgericht festgelegt.

§ 65 [Zwingendes Erscheinen vor Gericht der Parteien in Scheidungssachen; = § 62 ZPG 2017] In einem Scheidungsfall muss eine Partei auch dann vor Gericht erscheinen, wenn sie einen Prozessvertreter hat, außer wenn sie nicht fähig ist, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen; wenn sie aus besonderen Gründen wirklich nicht imstande ist, vor Gericht zu erscheinen, ist dem Volksgericht ihre schriftliche Äußerung zu übergeben.

6. Kapitel: Beweise

§ 66 [Beweismittel; = § 63 ZPG 2017] Beweise umfassen:

1. Parteivortrag;
2. Urkundenbeweise;
3. Sachbeweise;
4. sichtbares und hörbares Material;
5. elektronische Daten;
6. Zeugenaussagen;
7. Sachverständigengutachten;
8. Augenscheinprotokolle.

Beweise sind auf ihre Wahrheit zu überprüfen; erst danach können sie als Grundlage für Tatsachenfeststellungen dienen.

第六十七条 当事人对自己提出的主张，有责任提供证据。

当事人及其诉讼代理人因客观原因不能自行收集的证据，或者人民法院认为审理案件需要的证据，人民法院应当调查收集。

人民法院应当按照法定程序，全面地、客观地审查核实证据。

第六十八条 当事人对自己提出的主张应当及时提供证据。

人民法院根据当事人的主张和案件审理情况，确定当事人应当提供的证据及其期限。当事人在该期限内提供证据确有困难的，可以向人民法院申请延长期限，人民法院根据当事人的申请适当延长。当事人逾期提供证据的，人民法院应当责令其说明理由；拒不说明理由或者理由不成立的，人民法院根据不同情形可以不予采纳该证据，或者采纳该证据但予以训诫、罚款。

第六十九条 人民法院收到当事人提交的证据材料，应当出具收据，写明证据名称、页数、份数、原件或者复印件以及收到时间等，并由经办人员签名或者盖章。

第七十条 人民法院有权向有关单位和个人调查取证，有关单位和个人不得拒绝。

人民法院对有关单位和个人提出的证明文书，应当辨别真伪，审查确定其效力。

第七十一条 证据应当在法庭上出示，并由当事人互相质证。对涉及国家秘密、商业秘密和个人隐私的证据应当保密，需要在法庭出示的，不得在公开开庭时出示。

第七十二条 经过法定程序公证证明的法律事实和文书，人民法院应当作为认定事实的根据，但有相反证据足以推翻公证证明的除外。

§ 67 [Beweislast, Beweiserhebung von Amts wegen, Prüfung der Beweise; = § 64 ZPG 2017] Die Parteien sind verantwortlich für das Einreichen von Beweisen für ihr eigenes Vorbringen.

Beweise, welche die Parteien und ihre Prozessvertreter aus objektiven Gründen nicht selbst sammeln können, bzw. Beweise, welche das Volksgericht als erforderlich für die Behandlung des Falles ansieht, muss das Volksgericht [selbst] untersuchen und sammeln.

Das Volksgericht muss in dem vom Recht bestimmten Verfahren die Beweise vollständig und objektiv auf ihre Wahrheit überprüfen.

§ 68 [Beibringungsfrist für Beweise, Ablehnung verspätet eingereichter Beweise; = § 65 ZPG 2017] Die Parteien müssen für ihr eigenes Vorbringen unverzüglich Beweise einreichen.

Das Volksgericht bestätigt gemäß dem Vorbringen der Parteien und den Umständen der Behandlung des Falles die Beweise, die von den Parteien geliefert werden müssen, sowie die Frist [für die Lieferung der Beweise]. Wenn das Liefern der Beweise für eine Partei innerhalb besagter Frist tatsächlich schwierig ist, kann sie beim Volksgericht eine Fristverlängerung beantragen; gemäß dem Antrag der Partei verlängert das Volksgericht die Frist angemessen. Überzieht eine Partei die Frist für das Liefern der Beweise, muss das Volksgericht anordnen, die Gründe [dafür] zu erläutern; wenn [die Partei] eine Begründung ablehnt oder die Begründung keinen Bestand hat, kann das Volksgericht nach den jeweiligen Umständen diese Beweise ablehnen oder diese Beweise zwar annehmen, aber eine Verwarnung [oder] eine Geldbuße verhängen.

§ 69 [Empfangsbestätigung für eingereichte Beweise; = § 65 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht das von den Parteien vorgelegte Beweismaterial erhält, muss es eine Empfangsbestätigung ausstellen; in dieser werden [Angelegenheiten] wie etwa die Bezeichnung des Beweises, die Anzahl der Seiten, die Anzahl der Exemplare, [die Tatsache,] ob es sich um das Original oder einen Nachdruck handelt, sowie der Zeitpunkt des Empfangs vermerkt und vom Bearbeiter unterschrieben oder gesiegelt.

§ 70 [Beweiserhebung durch das Volksgericht; = § 67 ZPG 2017] Das Volksgericht ist berechtigt, bei den betroffenen Einheiten und Einzelnen Untersuchungen durchzuführen und Beweise einzuholen; die betroffenen Einheiten und Einzelnen dürfen das nicht ablehnen.

Das Volksgericht muss bei den von den betreffenden Einheiten und Einzelnen eingereichten schriftlichen Nachweisen Wahres und Falsches unterscheiden und ihre Wirksamkeit überprüfen und bestimmen.

§ 71 [Prüfung von Beweisen durch die Parteien]¹²; = § 68 ZPG 2017] Die Beweise müssen vor Gericht vorgebracht und von den Parteien wechselseitig geprüft werden. Staatsgeheimnisse, gewerbliche Geheimnisse und Privatangelegenheiten Einzelner berührende Beweise müssen geheim gehalten werden; wenn es erforderlich ist, sie vor Gericht vorzubringen, dürfen sie nicht in öffentlicher Sitzung vorgebracht werden.

§ 72 [Beweis durch öffentliche Beurkundung]¹³; = § 69 ZPG 2017] Im gesetzlich festgelegten Verfahren durch öffentliche Beurkundung nachgewiesene Rechtstatsachen und Urkunden muss das Volksgericht zur Grundlage für Tatsachenfeststellungen machen; dies gilt jedoch nicht, wenn es Gegenbeweise gibt, die hinreichen, die beurkundeten Nachweise umzu stoßen.

¹² Vgl. §§ 60 ff. „Einige Bestimmungen des Obersten Volksgerichts über den Beweis im Zivilprozess“ [最高人民法院关于民事诉讼证据的若干规定] vom 21.12.2001 in der Fassung vom 14.10.2019; chinesisch-deutsch in: ZChinR 2021, S. 234 ff.

¹³ Nach dem Gesetz der Volksrepublik China über die öffentliche Beurkundung [中华人民共和国公证法] vom 28.8.2005 in der Fassung vom 1.9.2017, chinesisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.1.301394.

第七十三条 书证应当提交原件。物证应当提交原物。提交原件或者原物确有困难的，可以提交复制品、照片、副本、节录本。

提交外文书证，必须附有中文译本。

第七十四条 人民法院对视听资料，应当辨别真伪，并结合本案的其他证据，审查确定能否作为认定事实的根据。

第七十五条 凡是知道案件情况的单位和个人，都有义务出庭作证。有关单位的负责人应当支持证人作证。

不能正确表达意思的人，不能作证。

第七十六条 经人民法院通知，证人应当出庭作证。有下列情形之一的，经人民法院许可，可以通过书面证言、视听传输技术或者视听资料等方式作证：

(一) 因健康原因不能出庭的；

(二) 因路途遥远，交通不便不能出庭的；

(三) 因自然灾害等不可抗力不能出庭的；

(四) 其他有正当理由不能出庭的。

第七十七条 证人因履行出庭作证义务而支出的交通、住宿、就餐等必要费用以及误工损失，由败诉一方当事人负担。当事人申请证人作证的，由该当事人先行垫付；当事人没有申请，人民法院通知证人作证的，由人民法院先行垫付。

第七十八条 人民法院对当事人的陈述，应当结合本案的其他证据，审查确定能否作为认定事实的根据。

当事人拒绝陈述的，不影响人民法院根据证据认定案件事实。

第七十九条 当事人可以就查明事实的专门性问题向人民法院申请鉴定。当事人申请鉴定的，由双方当事人协商确定具备资格的鉴定人；协商不成的，由人民法院指定。

§ 73 [Urkundenbeweis und Sachbeweis, fremdsprachige Urkundenbeweise; = § 70 ZPG 2017] Als Urkundenbeweis muss das Original überreicht werden. Als Sachbeweis muss die Sache selbst überreicht werden. Wenn es tatsächlich schwierig ist, das Original bzw. die Sache selbst zu überreichen, können Nachbildungen, Fotografien, Kopien und Auszüge überreicht werden.

Wenn fremdsprachige Urkundenbeweise überreicht werden, ist eine chinesische Übersetzung beizufügen.

§ 74 [Audiovisuelles Material; = § 71 ZPG 2017] Bei audiovisuellem Material muss das Volksgericht Wahres von Falschem unterscheiden und [das Material] mit den anderen Beweisen dieses Falles zusammenhalten und überprüfen, um zu bestimmen, ob es als Grundlage für Tatsachenfeststellungen dienen kann.

§ 75 [Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme beim Zeugenbeweis; = § 72 ZPG 2017] Alle Einheiten und Einzelne, die Umstände des Falles kennen, haben die Pflicht, vor Gericht Zeugnis zu geben. Die Verantwortlichen der betreffenden Einheiten müssen es unterstützen, dass Zeugen Zeugnis geben.

Wer seinem Willen nicht richtig Ausdruck geben kann, kann kein Zeugnis geben.

§ 76 [Ausnahme von der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme beim Zeugenbeweis; = § 73 ZPG 2017] Nach Aufforderung des Volksgerichts müssen Zeugen Zeugnis geben. Unter einem der folgenden Umstände kann mit dem Einverständnis des Volksgerichts durch Methoden wie etwa schriftliche Aussagen, audiovisuelle Übertragungstechnik oder audiovisuelles Material Zeugnis gegeben werden:

1. wenn [der Zeuge] aus gesundheitlichen Gründen nicht vor Gericht erscheinen kann;

2. wenn [der Zeuge] wegen zu großer Entfernung, zu umständlicher Anfahrt nicht vor Gericht erscheinen kann;

3. wenn [der Zeuge] wegen höherer Gewalt wie etwa Naturkatastrophen nicht vor Gericht erscheinen kann;

4. wenn [der Zeuge] aus anderen ordentlichen Gründen nicht vor Gericht erscheinen kann;

§ 77 [Kosten von Zeugen; = § 74 ZPG 2017] Die notwendigen Kosten, die Zeugen wegen der Erfüllung der Pflicht, vor Gericht Zeugnis zu geben, tragen, wie etwa für die Anfahrt, Unterbringung und Verpflegung, sowie ihr Verdienstaussfall, werden von der Partei getragen, die den Fall verliert. Wenn eine Partei beantragt, dass Zeugen Zeugnis geben, leistet diese Partei vorab einen Vorschuss; liegt [zwar] kein Antrag der Parteien vor, ordnet [aber] das Volksgericht an, dass Zeugen Zeugnis geben, leistet das Volksgericht vorab einen Vorschuss.

§ 78 [Parteivortrag; = § 75 ZPG 2017] Das Volksgericht muss den Parteivortrag mit den anderen Beweisen des Falles zusammenhalten und überprüfen, um zu bestimmen, ob er als Grundlage für Tatsachenfeststellungen dienen kann.

Wenn eine Partei es ablehnt, vorzutragen, hindert dies das Volksgericht nicht, aufgrund der Beweise Tatsachen des Falles festzustellen.

§ 79 [Sachverständigengutachten auf Parteivortrag und von Amts wegen; = § 76 ZPG 2017] Parteien können zu Spezialfragen für die Feststellung von Tatsachen beim Volksgericht ein Sachverständigengutachten beantragen. Wenn eine Partei ein Sachverständigengutachten beantragt, wird nach Verhandlungen beider Parteien ein qualifizierter Gutachter bestimmt; sind die Verhandlungen erfolglos, wird dieser vom Volksgericht bestimmt.

当事人未申请鉴定，人民法院对专门性问题认为需要鉴定的，应当委托具备资格的鉴定人进行鉴定。

第八十条 鉴定人有权了解进行鉴定所需要的案件材料，必要时可以询问当事人、证人。

鉴定人应当提出书面鉴定意见，在鉴定书上签名或者盖章。

第八十一条 当事人对鉴定意见有异议或者人民法院认为鉴定人有必要出庭的，鉴定人应当出庭作证。经人民法院通知，鉴定人拒不出庭作证的，鉴定意见不得作为认定事实的根据；支付鉴定费用的当事人可以要求返还鉴定费用。

第八十二条 当事人可以申请人民法院通知有专门知识的人出庭，就鉴定人作出的鉴定意见或者专业问题提出意见。

第八十三条 勘验物证或者现场，勘验人必须出示人民法院的证件，并邀请当地基层组织或者当事人所在单位派人参加。当事人或者当事人的成年家属应当到场，拒不到场的，不影响勘验的进行。

有关单位和个人根据人民法院的通知，有义务保护现场，协助勘验工作。

勘验人应当将勘验情况和结果制作笔录，由勘验人、当事人和被邀参加人签名或者盖章。

第八十四条 在证据可能灭失或者以后难以取得的情况下，当事人可以在诉讼过程中向人民法院申请保全证据，人民法院也可以主动采取保全措施。

因情况紧急，在证据可能灭失或者以后难以取得的情况下，利害关系人可以在提起诉讼或者申请仲裁前向证据所在地、被申请人住所地或者对案件有管辖权的人民法院申请保全证据。

证据保全的其他程序，参照适用本法第九章保全的有关规定。

Wenn keine der Parteien ein Sachverständigengutachten beantragt, das Volksgericht [aber] eine Begutachtung der Spezialfragen für erforderlich hält, muss ein qualifizierter Gutachter mit der Durchführung der Begutachtung beauftragt werden.

§ 80 [Rechte und Pflichten der Sachverständigen; = § 77 ZPG 2017] Gutachter sind berechtigt, von dem für die Begutachtung erforderlichen Material zum Fall Kenntnis zu nehmen; wenn notwendig, können sie Parteien und Zeugen befragen.

Gutachter müssen ein schriftliches Sachverständigengutachten einreichen, das unterzeichnet oder gesiegelt wird.

§ 81 [Erscheinen des Sachverständigen vor Gericht, Rechtsfolge bei Nichterscheinen; = § 78 ZPG 2017] Wenn eine Partei Einwände gegen das Sachverständigengutachten erhebt oder das Volksgericht das Erscheinen des Gutachters vor Gericht für notwendig hält, muss der Gutachter vor Gericht erscheinen. Wenn sich der Gutachter nach Aufforderung des Volksgerichts weigert, vor Gericht Zeugnis zu geben, darf das Sachverständigengutachten nicht als Grundlage für Tatsachenfeststellungen dienen; die Parteien, welche die Kosten des Gutachtens gezahlt haben, können die Rückerstattung der Kosten verlangen.

§ 82 [Personen mit speziellen Kenntnissen; = § 79 ZPG 2017] Die Parteien können beantragen, dass das Volksgericht das Erscheinen von Personen mit speziellen Kenntnissen vor Gericht anordnet, [damit diese] zum Sachverständigengutachten, welches vom Gutachter erstellt wurde, oder zu fachspezifischen Fragen [ihre] Meinung vorlegen.

§ 83 [Inaugenscheinnahme; = § 80 ZPG 2017] Bei der Inaugenscheinnahme von Sachbeweisen oder Orten hat der Inaugenscheinnehmende einen Ausweis des Volksgerichts vorzuweisen und die dortige Basisorganisation oder Einheit, bei der sich die Parteien befinden, einzuladen, jemand zur Teilnahme abzuordnen. Die Parteien oder erwachsene Angehörige der Parteien müssen sich am Ort einfinden; wenn sie dies ablehnen und nicht erscheinen, beeinträchtigt dies die Durchführung der Inaugenscheinnahme nicht.

Aufgrund einer Aufforderung des Volksgerichts haben die betroffenen Einheiten und Einzelnen die Pflicht, den Ort zu sichern und die Inaugenscheinnahme zu unterstützen.

Der Inaugenscheinnehmende muss über die Umstände und Ergebnisse der Inaugenscheinnahme ein Protokoll anfertigen, das von dem Inaugenscheinnehmenden, den Parteien und den zur Teilnahme Eingeladenen unterzeichnet oder gesiegelt wird.

§ 84 [Beweissicherung; abgeändert; = § 81 ZPG 2017] Wenn Beweise verloren gehen oder vernichtet werden könnten oder später schwer zu erheben sein werden, können die Parteien¹⁴ während des Prozessverlaufs beim Volksgericht Beweissicherung beantragen; das Volksgericht kann auch von Amts wegen Sicherungsmaßnahmen ergreifen.

Wenn Beweise verloren gehen oder vernichtet werden könnten oder später schwer zu erheben sein werden, können unter dringenden Umständen Interessierte, bevor Klage erhoben oder ein Schiedsverfahren beantragt wurde, beim Volksgericht am Ort, wo sich die Beweise befinden, am Wohnsitz des Antraggegners oder beim für diesen Fall zuständigen Volksgericht Beweissicherung beantragen.

Auf andere Verfahren der Beweissicherung werden die betreffenden Bestimmungen über die Sicherung im 9. Kapitel dieses Gesetzes entsprechend angewendet.

¹⁴ Statt „Parteien“ stand hier bislang der weitere Begriff der „Prozessbeteiligten“ [诉讼参加人], § 74 a. F.

第七章 期间、送达

第一节 期间

第八十五条 期间包括法定期间和人民法院指定的期间。

期间以时、日、月、年计算。期间开始的时和日，不计算在期间内。

期间届满的最后一日是法定节假日的，以法定休假日后的第一日为期间届满的日期。

期间不包括在途时间，诉讼文书在期满前交邮的，不算过期。

第八十六条 当事人因不可抗力或者其他正当理由耽误期限的，在障碍消除后的十日内，可以申请顺延期限，是否准许，由人民法院决定。

第二节 送达

第八十七条 送达诉讼文书必须有送达回证，由受送达人在送达回证上记明收到日期，签名或者盖章。

受送达人在送达回证上的签收日期为送达日期。

第八十八条 送达诉讼文书，应当直接送交受送达人。受送达人是公民的，本人不在交他的同住成年家属签收；受送达人是法人或者其他组织的，应当由法人的法定代表人、其他组织的主要负责人或者该法人、组织负责收件的人签收；受送达人有诉讼代理人的，可以送交其代理人签收；受送达人已向人民法院指定代收人的，送交代收人签收。

受送达人的同住成年家属，法人或者其他组织的负责收件的人，诉讼代理人或者代收人在送达回证上签收的日期为送达日期。

7. Kapitel: Fristen, Zustellungen

1. Abschnitt: Fristen

§ 85 [Fristen; vgl. § 82 ZPG 2017¹⁵] Fristen umfassen gesetzlich bestimmte Fristen und vom Volksgericht bestimmte Fristen.

Fristen werden in Stunden, Tagen, Monaten und Jahren berechnet. Die Stunde bzw. der Tag, mit der bzw. dem die Frist beginnt, wird nicht in die Frist eingerechnet.

Wenn der letzte Tag der Frist auf einen gesetzlichen Feiertag fällt, gilt der auf den [letzten] gesetzlichen Feiertag folgende Tag als letzter Tag der Frist.

Fristen umfassen nicht die Zeit unterwegs; wenn Prozessurkunden vor Ablauf der Frist zur Post gegeben werden, gilt die Frist als nicht überschritten.

§ 86 [Wiedereinsetzung in den vorigen Stand; = § 83 ZPG 2017] Wenn Parteien aus Gründen höherer Gewalt oder anderen angemessenen Gründen Fristen versäumen, können sie innerhalb von zehn Tagen nach Wegfall des Hindernisses Fristverlängerung beantragen; das Volksgericht [entscheidet] durch Verfügung, ob dem stattgegeben wird.

2. Abschnitt: Zustellungen

§ 87 [Bescheinigung des Zeitpunkts der Zustellung; = § 84 ZPG 2017] Über die Zustellung von Prozessurkunden hat es eine Zustellungsurkunde zu geben, auf der vom Zustellungsempfänger der Tag des Empfangs zu vermerken und zu unterzeichnen oder zu siegeln ist.

Der vom Zustellungsempfänger auf der Zustellungsurkunde unterzeichnete Empfangstag gilt als Zustellungstag.

§ 88 [Zustellung und Ersatzzustellung; = § 85 ZPG 2017] Eine zuzustellende Prozessurkunde muss unmittelbar dem Zustellungsempfänger ausgehändigt werden. Wenn der Zustellungsempfänger ein Bürger ist und selbst nicht anwesend ist, wird sie gegen Unterschrift mit ihm zusammenwohnenden erwachsenen Familienangehörigen ausgehändigt; wenn der Zustellungsempfänger eine juristische Person oder eine andere Organisation ist, muss sie bei einer juristischen Person vom gesetzlichen Repräsentanten, bei einer anderen Organisation vom Hauptverantwortlichen oder aber von dem bei dieser juristischen Person oder anderen Organisation für den Empfang von Schriftstücken Verantwortlichen gegen Unterschrift in Empfang genommen werden; wenn der Zustellungsempfänger einen Prozessvertreter hat, kann sie dem Vertreter gegen Unterschrift ausgehändigt werden; wenn der Zustellungsempfänger gegenüber dem Volksgericht einen Empfangsvertreter bestimmt hat, wird sie diesem gegen Unterschrift ausgehändigt.

Der von einem mit dem Zustellungsempfänger zusammenwohnenden erwachsenen Familienangehörigen, von dem bei einer juristischen Person bzw. anderen Organisation für den Empfang von Schriftstücken Verantwortlichen, vom Prozessvertreter oder vom Empfangsvertreter auf der Zustellungsurkunde unterzeichnete Empfangstag gilt als Zustellungstag.

¹⁵ Anpassung an die Formulierung des ZGB („法定休假日“ statt „节假日“) in Abs. 3.

第八十九条 受送达人或者他的同住成年家属拒绝接收诉讼文书的，送达人可以邀请有关基层组织或者所在单位的代表到场，说明情况，在送达回证上记明拒收事由和日期，由送达人、见证人签名或者盖章，把诉讼文书留在受送达人的住所；也可以把诉讼文书留在受送达人的住所，并采用拍照、录像等方式记录送达过程，即视为送达。

第九十条 经受送达人同意，人民法院可以采用能够确认其收悉的电子方式送达诉讼文书。通过电子方式送达的判决书、裁定书、调解书，受送达人提出需要纸质文书的，人民法院应当提供。

采用前款方式送达的，以送达信息到达受送达人特定系统的日期为送达日期。

第九十一条 直接送达诉讼文书有困难的，可以委托其他人民法院代为送达，或者邮寄送达。邮寄送达的，以回执上注明的收件日期为送达日期。

第九十二条 受送达人是军人的，通过其所在部队团以上单位的政治机关转交。

第九十三条 受送达人被监禁的，通过其所在监所转交。

受送达人被采取强制性教育措施的，通过其所在强制性教育机构转交。

第九十四条 代为转交的机关、单位收到诉讼文书后，必须立即交受送达人签收，以在送达回证上的签收日期，为送达日期。

第九十五条 受送达人下落不明，或者用本节规定的其他方式无法送达的，公告送达。自发出公告之日起，经过三十日，即视为送达。

公告送达，应当在案卷中记明原因和经过。

§ 89 [Zustellung bei verweigerter Annahme; abgeändert; = § 86 ZPG 2017] Wenn der Zustellungsempfänger bzw. ein mit ihm zusammenwohnender erwachsener Familienangehöriger die Annahme einer Prozessurkunde verweigert, kann der Zusteller Vertreter der betreffenden Basisorganisation oder der Einheit, bei der [sie] sich befinden, an den Ort [der Zustellung] bitten, die Umstände erklären, auf der Zustellungsurkunde die Einzelheiten der Verweigerung der Annahme und das Datum vermerken; dies wird vom Zusteller und den Augenzeugen unterzeichnet oder gesiegelt; die Prozessurkunde wird an der Wohnung des Zustellungsempfängers hinterlassen; es kann auch die Prozessurkunde an der Wohnung des Zustellungsempfängers hinterlassen und das Zustellungsverfahren durch Methoden wie Fotos oder ein Video aufgezeichnet werden; dies gilt als Zustellung.

§ 90 [Elektronische Zustellungsmethoden; vgl. § 87 ZPG 2017¹⁶] Mit Zustimmung eines Zustellungsempfängers kann das Volksgericht Prozessurkunden unter Verwendung elektronischer Methoden zustellen, bei denen ihr Empfang [und] ihre Wahrnehmung durch ihn bestätigt werden können. Bringt der Zustellungsempfänger vor, dass eine durch elektronische Methode zugestellte Urteils-, Beschluss- [oder] Schlichtungsurkunde in Papierform erforderlich ist, muss das Volksgericht [diese] zur Verfügung stellen.

Erfolgt eine Zustellung durch Methoden des vorigen Absatzes, gilt der Tag, an dem das vom Zustellungsempfänger designierte System die zugestellte Information empfangen hat, als Zustellungstag.

§ 91 [Zustellung durch anderes Volksgericht oder durch Aufgabe zur Post; = § 88 ZPG 2017] Wenn es Schwierigkeiten macht, Prozessurkunden unmittelbar zuzustellen, kann ein anderes Volksgericht beauftragt werden, vertretungsweise zuzustellen, oder postalisch zugestellt werden. Wenn postalisch zugestellt wird, gilt der auf dem Rückschein vermerkte Tag des Empfangs des Schriftstücks als Zustellungstag.

§ 92 [Zustellung bei Militärangehörigen; = § 89 ZPG 2017] Wenn der Zustellungsempfänger Militärangehöriger ist, wird [die Zustellung] über das politische Organ des Regiments oder einer höheren Einheit der Truppe, bei der er sich befindet, ausgehändigt.

§ 93 [Zustellung bei Häftlingen; abgeändert; = § 90 ZPG 2017] Ist der Zustellungsempfänger in Haft, wird [die Zustellung] über die Haftanstalt, in der er sich befindet, ausgehändigt.

Wenn der Zustellungsempfänger Zwangsmaßnahmen zur Erziehung erhält, wird [die Zustellung] über die Zwangserziehungsinstitution, in der er sich befindet, ausgehändigt.

§ 94 [Zustellung an Behörden oder Einheiten; = § 91 ZPG 2017] Prozessurkunden, die über eine Behörde oder Einheit ausgehändigt werden, sind von [dieser] vertretungsweise aushändigenden Behörde oder Einheit sofort nach Empfang dem Zustellungsempfänger gegen Unterschrift auszuhändigen; der auf der Zustellungsurkunde unterschriebene Empfangstag gilt als Zustellungstag.

§ 95 [Öffentliche Zustellung; vgl. § 92 ZPG 2017¹⁷] Wenn der Verbleib des Zustellungsempfängers unklar ist oder wenn eine Zustellung durch die in diesem Abschnitt geregelten anderen Methoden nicht erfolgen kann, erfolgt die Zustellung durch Bekanntmachung. Wenn vom Tag der Ausgabe der Bekanntmachung 30 Tage vergangen sind, gilt die Zustellung [als erfolgt].

Grund und Verlauf der Zustellung durch Bekanntmachung müssen in den Akten vermerkt werden.

¹⁶ Statt von „Faxen oder E-Mails“ spricht das Gesetz nun allgemein von der „Verwendung elektronischer Methoden“. Außerdem sind Urteile, Beschlüsse und Schlichtungsurkunden von dieser elektronischen Zustellungsmethode grundsätzlich nicht mehr ausgenommen.

¹⁷ Die Frist in Abs. 1 Satz 2 wurde von 60 Tagen auf 30 Tage verkürzt.

第八章 调解

第九十六条 人民法院审理民事案件,根据当事人自愿的原则,在事实清楚的基础上,分清是非,进行调解。

第九十七条 人民法院进行调解,可以由审判员一人主持,也可以由合议庭主持,并尽可能就地进行。

人民法院进行调解,可以用简便方式通知当事人、证人到庭。

第九十八条 人民法院进行调解,可以邀请有关单位和个人协助。被邀请的单位和个人,应当协助人民法院进行调解。

第九十九条 调解达成协议,必须双方自愿,不得强迫。调解协议的内容不得违反法律规定。

第一百条 调解达成协议,人民法院应当制作调解书。调解书应当写明诉讼请求、案件的事实和调解结果。

调解书由审判人员、书记员署名,加盖人民法院印章,送达双方当事人。

调解书经双方当事人签收后,即具有法律效力。

第一百零一条 下列案件调解达成协议,人民法院可以不制作调解书:

- (一) 调解和好的离婚案件;
- (二) 调解维持收养关系的案件;
- (三) 能够即时履行的案件;
- (四) 其他不需要制作调解书的案件。

对不需要制作调解书的协议,应当记入笔录,由双方当事人、审判人员、书记员签名或者盖章后,即具有法律效力。

第一百零二条 调解未达成协议或者调解书送达前一方反悔的,人民法院应当及时判决。

8. Kapitel: Schlichtung

§ 96 [Grundsätze der Schlichtung; = § 93 ZPG 2017] Das Volksgericht schlichtet von ihm behandelte Zivilfälle nach dem Grundsatz, dass die Parteien [dabei] freiwillig handeln [müssen], und auf der Grundlage klarer Tatsachen und klarer Trennung von Recht und Unrecht.

§ 97 [Durchführung der Schlichtung, Zeugen; = § 94 ZPG 2017] Das Volksgericht kann durch einen Einzelrichter oder durch das Kollegium schlichten und führt die Schlichtung möglichst an Ort und Stelle durch.

Zur Schlichtung kann das Volksgericht Parteien und Zeugen in vereinfachter Form auffordern, vor Gericht zu erscheinen.

§ 98 [Unterstützung der Schlichtung durch Einheiten und Einzelpersonen; = § 95 ZPG 2017] Das Volksgericht kann bei Schlichtung betroffene Einheiten und Einzelne um Unterstützung bitten. Die gebetenen Einheiten und Einzelnen müssen das Volksgericht bei der Schlichtung unterstützen.

§ 99 [Schlichtungsvereinbarung; = § 96 ZPG 2017] Eine mit der Schlichtung erzielte Vereinbarung hat auf beiden Seiten freiwillig zu sein, sie darf nicht aufgezwungen werden. Der Inhalt der Schlichtungsvereinbarung darf nicht gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen.

§ 100 [Schlichtungsurkunde; = § 97 ZPG 2017] Über eine mit der Schlichtung erzielte Vereinbarung muss das Volksgericht eine Schlichtungsurkunde erstellen. Die Schlichtungsurkunde muss die Klageforderung, die Tatsachen des Falles und das Ergebnis der Schlichtung angeben.

Die Schlichtungsurkunde wird von den Richtern und Schöffen und dem Sekretär unterzeichnet, mit dem Siegel des Volksgerichts gesiegelt und den Parteien beider Seiten zugestellt.

Nachdem die Schlichtungsurkunde von den Parteien beider Seiten gegen Unterschrift in Empfang genommen worden ist, hat sie Rechtskraft.

§ 101 [Schlichtungsvereinbarung ohne Schlichtungsurkunde; = § 98 ZPG 2017] Wenn in den folgenden Fällen durch Schlichtung eine Vereinbarung erzielt worden ist, braucht das Volksgericht keine Schlichtungsurkunde zu erstellen:

1. durch Schlichtung beigelegte Scheidungsfälle;
2. Fälle durch Schlichtung aufrechterhaltener Adoptionsbeziehungen;
3. Fälle, in denen [die Vereinbarung] sogleich erfüllt werden kann;
4. andere Fälle, in denen es nicht erforderlich ist, eine Schlichtungsurkunde zu erstellen.

Über eine Vereinbarung, über die keine Schlichtungsurkunde erstellt zu werden braucht, muss ein Protokoll aufgenommen werden, das von den Parteien beider Seiten, den Richtern und Schöffen und dem Sekretär unterzeichnet oder gesiegelt wird und dann Rechtskraft hat.

§ 102 [Erfolglose Schlichtung; = § 99 ZPG 2017] Wenn durch Schlichtung keine Vereinbarung erzielt wird oder vor Zustellung der Schlichtungsurkunde eine Seite widerruft, muss das Volksgericht unverzüglich [sein] Urteil fällen.

第九章 保全和先予执行

第一百零三条 人民法院对于可能因当事人一方的行为或者其他原因,使判决难以执行或者造成当事人其他损害的案件,根据对方当事人的申请,可以裁定对其财产进行保全、责令其作出一定行为或者禁止其作出一定行为;当事人没有提出申请的,人民法院在必要时也可以裁定采取保全措施。

人民法院采取保全措施,可以责令申请人提供担保,申请人不提供担保的,裁定驳回申请。

人民法院接受申请后,对情况紧急的,必须在四十八小时内作出裁定;裁定采取保全措施的,应当立即开始执行。

第一百零四条 利害关系人因情况紧急,不立即申请保全将会使其合法权益受到难以弥补的损害的,可以在提起诉讼或者申请仲裁前向被保全财产所在地、被申请人住所地或者对案件有管辖权的人民法院申请采取保全措施。申请人应当提供担保,不提供担保的,裁定驳回申请。

人民法院接受申请后,必须在四十八小时内作出裁定;裁定采取保全措施的,应当立即开始执行。

申请人在人民法院采取保全措施后三十日内不依法提起诉讼或者申请仲裁的,人民法院应当解除保全。

第一百零五条 保全限于请求的范围,或者与本案有关的财物。

第一百零六条 财产保全采取查封、扣押、冻结或者法律规定的其他方法。人民法院保全财产后,应当立即通知被保全财产的人。

财产已被查封、冻结的,不得重复查封、冻结。

第一百零七条 财产纠纷案件,被申请人提供担保的,人民法院应当裁定解除保全。

第一百零八条 申请有错误的,申请人应当赔偿被申请人因保全所遭受的损失。

第一百零九条 人民法院对下列案件,根据当事人的申请,可以裁定先予执行:

9. Kapitel: Sicherung und Vorwegvollstreckung

§ 103 [Sicherungsmaßnahmen; = § 100 ZPG 2017] In Fällen, in denen die Handlungen einer Partei oder andere Gründe dazu führen können, dass sich ein Urteil schwer vollstrecken lässt oder einer Partei andere Schäden entstehen, kann das Volksgericht aufgrund eines Antrags einer Gegenpartei beschließen, dass eine Sicherung ihres Vermögens durchgeführt wird, oder anordnen, dass sie bestimmte Handlungen ausführt, oder verbieten, dass sie bestimmte Handlungen ausführt; auch wenn kein Antrag einer Partei gestellt worden ist, kann das Volksgericht nötigenfalls beschließen, dass Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden.

Wenn das Volksgericht Sicherungsmaßnahmen ergreift, kann es den Antragsteller anweisen, Sicherheit zu leisten; wenn der Antragsteller keine Sicherheit leistet, beschließt es die Zurückweisung des Antrags.

Das Volksgericht hat nach Erhalt des Antrags, wenn die Umstände dringlich sind, binnen 48 Stunden einen Beschluss zu treffen; wenn es das Ergreifen von Sicherungsmaßnahmen beschließt, muss die Vollstreckung sofort beginnen.

§ 104 [Sicherungsmaßnahmen vor Klageerhebung oder Antrag auf Schiedsverfahren; = § 101 ZPG 2017] Wenn bei dringenden Umständen ein Interessierter, falls er nicht sofort Sicherung beantragt, in seinen legalen Rechten und Interessen so geschädigt werden könnte, dass dies schwer wiedergutzumachen wäre, dann kann er vor Klageerhebung oder Antrag auf ein Schiedsverfahren an dem Ort, an dem sich das zu sichernde Vermögen befindet, oder am Wohnsitz des Antragsgegners oder bei dem für diesen Fall zuständigen Volksgericht Sicherungsmaßnahmen beantragen. Der Antragsteller muss Sicherheit leisten; wenn er keine Sicherheit leistet, beschließt [das Volksgericht] die Zurückweisung des Antrags.

Das Volksgericht hat nach Erhalt des Antrags binnen 48 Stunden einen Beschluss zu treffen; wenn es das Ergreifen von Sicherungsmaßnahmen beschließt, muss die Vollstreckung sofort beginnen.

Wenn der Antragsteller binnen 30 Tagen, nachdem das Volksgericht die Sicherungsmaßnahmen ergriffen hat, nicht nach dem Recht Klage erhebt oder ein Schiedsverfahren beantragt, muss das Volksgericht die Sicherung zurücknehmen.

§ 105 [Umfang der Sicherung; geändert; = § 102 ZPG 2017] Die Sicherung ist auf den Bereich des Verlangens bzw. auf Vermögensgegenstände begrenzt, die zu dem Fall in Beziehung stehen.

§ 106 [Mittel der Vermögenssicherung; = § 103 ZPG 2017] Zur Vermögenssicherung werden die Versiegelung, die Pfändung, das Einfrieren und andere vom Gesetz bestimmte Methoden verwandt. Nachdem das Volksgericht Vermögensgegenstände gesichert hat, muss es [dies] sofort der Person, deren Vermögensgegenstände gesichert wurden, mitteilen.

Wenn Vermögensgegenstände bereits versiegelt oder eingefroren sind, dürfen sie nicht nochmals versiegelt oder eingefroren werden.

§ 107 [Sicherheitsleistung bei Vermögensstreitigkeiten; geändert; = § 104 ZPG 2017] Wenn der Antragsgegner in Fällen von Vermögensstreitigkeiten Sicherheit leistet, muss das Volksgericht die Zurücknahme der Sicherung beschließen.

§ 108 [Schadensersatz bei fehlerhaftem Sicherungsantrag; = § 105 ZPG 2017] Wenn ein Antrag fehlerhaft war, muss der Antragsteller dem Antragsgegner den durch die Sicherung erlittenen Schaden ersetzen.

§ 109 [Vorwegvollstreckung; vgl. § 106 ZPG 2017¹⁸] In den folgenden Fällen kann das Volksgericht auf Antrag einer Partei Vorwegvollstreckung beschließen:

¹⁸ Anpassung an die Formulierung des ZGB („抚养费“ statt „抚育费“) in Nr. 1.

(一) 追索赡养费、扶养费、抚养费、抚恤金、医疗费用的;

(二) 追索劳动报酬的;

(三) 因情况紧急需要先予执行的。

第一百一十条 人民法院裁定先予执行的,应当符合下列条件:

(一) 当事人之间权利义务关系明确,不先予执行将严重影响申请人的生活或者生产经营的;

(二) 被申请人有履行能力。

人民法院可以责令申请人提供担保,申请人不提供担保的,驳回申请。申请人败诉的,应当赔偿被申请人因先予执行遭受的财产损失。

第一百一十一条 当事人对保全或者先予执行的裁定不服的,可以申请复议一次。复议期间不停止裁定的执行。

第十章 对妨害民事诉讼的强制措施

第一百一十二条 人民法院对必须到庭的被告,经两次传票传唤,无正当理由拒不到庭的,可以拘传。

第一百一十三条 诉讼参与人和其他人应当遵守法庭规则。

人民法院对违反法庭规则的人,可以予以训诫,责令退出法庭或者予以罚款、拘留。

人民法院对哄闹、冲击法庭,侮辱、诽谤、威胁、殴打审判人员,严重扰乱法庭秩序的人,依法追究刑事责任;情节较轻的,予以罚款、拘留。

第一百一十四条 诉讼参与人或者其他人有下列行为之一的,人民法院可以根据情节轻重予以罚款、拘留;构成犯罪的,依法追究刑事责任:

(一) 伪造、毁灭重要证据,妨碍人民法院审理案件的;

(二) 以暴力、威胁、贿买方法阻止证人作证或者指使、贿买、胁迫他人作伪证的;

1. wenn Unterhalt für Eltern, Ehegatten [oder] Kinder, Hinterbliebenen- oder Verletztenrente [oder] Behandlungskosten verlangt werden;

2. wenn Arbeitsentgelt verlangt wird;

3. wenn unter dringlichen Umständen Vorwegvollstreckung erforderlich ist.

§ 110 [Voraussetzungen der Vorwegvollstreckung, Sicherheitsleistung, Schadensersatz; = § 107 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht Vorwegvollstreckung beschließt, muss den folgenden Voraussetzungen entsprochen sein:

1. Die Rechte- und Pflichtenbeziehungen zwischen den Parteien sind klar, und wenn nicht vorweg vollstreckt wird, wird das Leben oder die Produktions- und Gewerbetätigkeit des Antragstellers erheblich beeinträchtigt werden;

2. der Antragsgegner ist fähig, [das Klageverlangen] zu erfüllen.

Das Volksgericht kann den Antragsteller anweisen, Sicherheit zu leisten; wenn der Antragsteller keine Sicherheit leistet, wird der Antrag zurückgewiesen. Wenn der Antragsteller im Prozess unterliegt, muss er den dem Antragsgegner durch die Vorwegvollstreckung entstandenen Vermögensschaden ersetzen.

§ 111 [Rechtsmittel; = § 108 ZPG 2017] Wenn sich eine Partei einem Beschluss über Sicherung oder Vorwegvollstreckung nicht unterwerfen will, kann sie einmalige erneute Beratung beantragen. Während der Frist für die erneute Beratung wird die Vollstreckung des Beschlusses nicht eingestellt.

10. Kapitel: Zwangsmaßnahmen gegen Behinderungen des Zivilprozesses

§ 112 [Vorführen des Beklagten; = § 109 ZPG 2017] Das Volksgericht kann Beklagte, die vor Gericht zu erscheinen haben, vorführen lassen, wenn sie zweimal mit schriftlicher Vorladung vorgeladen worden sind und ohne ordentliche Gründe nicht vor Gericht erscheinen.

§ 113 [Ordnungsmaßnahmen des Gerichts; = § 110 ZPG 2017] Prozessteilnehmer und andere Personen müssen sich an die Regeln [für das Verhalten] in der Sitzung¹⁹ halten.

Das Volksgericht kann Personen, die sich nicht an die Gerichtsregeln halten, verwarnen, sie anweisen, das Gericht zu verlassen oder sie mit einer Geldbuße oder Haft belegen.

Bei Personen, die vor Gericht Krawall machen oder das Gericht angreifen, Richter und Schöffen beleidigen, verleumden, bedrohen oder schlagen [oder sonst] die Ordnung bei Gericht erheblich stören, wird nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt; bei relativ leichten [Tat]Umständen wird Geldbuße oder Haft verhängt.

§ 114 [Maßnahmen des Gerichts bei den Prozess behindernden Handlungen; = § 111 ZPG 2017] Wenn Prozessteilnehmer oder andere Personen eine der folgenden Handlungen begehen, kann das Volksgericht je nach der Schwere der Umstände Geldbuße oder Haft verhängen; wenn sie eine Straftat bilden, wird nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt:

1. wenn sie das Volksgericht bei der Behandlung des Falles behindern, indem sie wichtige Beweise fälschen, beschädigen oder zerstören;

2. wenn sie durch Gewalt, Drohungen oder Bestechung Zeugen an der Zeugenaussage hindern oder jemand zu falschen Zeugenaussagen veranlassen, bestechen oder zu diesem Zweck unter Druck setzen;

¹⁹ Siehe „Regeln für Sitzungssäle der Volksgerichte“ [中华人民共和国人民法院法庭规则] vom 26.11.1993 in der Fassung vom 13.4.2016, chinesisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.3.268387.

(三) 隐藏、转移、变卖、毁损已被查封、扣押的财产，或者已被清点并责令其保管的财产，转移已被冻结的财产的；

(四) 对司法工作人员、诉讼参加人、证人、翻译人员、鉴定人、勘验人、协助执行的人，进行侮辱、诽谤、诬陷、殴打或者打击报复的；

(五) 以暴力、威胁或者其他方法阻碍司法工作人员执行职务的；

(六) 拒不履行人民法院已经发生法律效力的判决、裁定的。

人民法院对有前款规定的行为之一的单位，可以对其主要负责人或者直接责任人员予以罚款、拘留；构成犯罪的，依法追究刑事责任。

第一百一十五条 当事人之间恶意串通，企图通过诉讼、调解等方式侵害他人合法权益的，人民法院应当驳回其请求，并根据情节轻重予以罚款、拘留；构成犯罪的，依法追究刑事责任。

第一百一十六条 被执行人与他人恶意串通，通过诉讼、仲裁、调解等方式逃避履行法律文书确定的义务的，人民法院应当根据情节轻重予以罚款、拘留；构成犯罪的，依法追究刑事责任。

第一百一十七条 有义务协助调查、执行的单位有下列行为之一的，人民法院除责令其履行协助义务外，并可以予以罚款：

(一) 有关单位拒绝或者妨碍人民法院调查取证的；

(二) 有关单位接到人民法院协助执行通知书后，拒不协助查询、扣押、冻结、划拨、变价财产的；

(三) 有关单位接到人民法院协助执行通知书后，拒不协助扣留被执行人的收入、办理有关财产权证照转移手续、转交有关票证、证照或者其他财产的；

(四) 其他拒绝协助执行的。

人民法院对有前款规定的行为之一的单位，可以对其主要负责人或者直接责任人员予以罚款；对仍不履行协助义务的，可以予以拘留；并可以向监察机关或者有关机关提出予以纪律处分的司法建议。

3. wenn sie versiegeltes oder gepfändetes Vermögensgut oder inventarisiertes Vermögensgut, das [jemand] aufzubewahren angewiesen worden ist, verbergen, übertragen, verkaufen, beschädigen oder zerstören oder eingefrorenes Vermögensgut übertragen;

4. wenn sie Mitarbeiter der Justiz, Prozessbeteiligte, Zeugen, Übersetzer, Sachverständige, Inaugenscheinnehmende oder die Vollstreckung Unterstützende beleidigen, verleumden, fälschlich bezichtigen, schlagen oder zur Rache angreifen;

5. wenn sie mit Gewalt, Drohungen oder auf andere Weise Mitarbeiter der Justiz bei der Ausübung ihrer Amtsaufgaben behindern;

6. wenn sie rechtskräftige Urteile und Beschlüsse des Volksgerichts nicht ausführen.

Bei Einheiten, bei denen eine der im vorigen Absatz aufgeführten Handlungen vorliegt, kann das Volksgericht gegen den Hauptverantwortlichen [der Einheit = ihren Leiter] oder gegen die direkt [für die Handlung] Verantwortlichen Geldbußen und Haft verhängen; wenn [die Handlungen] eine Straftat bilden, wird nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt.

§ 115 [Parteikollusion mit Drittschädigungsabsicht; = § 112 ZPG 2017] Wenn Parteien böswillig in der Absicht kolludieren, durch Prozesse, Schlichtungen und andere Verfahren die legalen Rechte und Interessen anderer zu schädigen, muss das Volksgericht ihre Forderungen zurückweisen und je nach der Schwere der Umstände Geldbußen und Haftstrafen verhängen; wenn [ihr Verhalten] eine Straftat bildet, wird nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt.

§ 116 [Prozessbetrug im Vollstreckungsverfahren; = § 113 ZPG 2017] Wenn der Vollstreckungsschuldner böswillig mit anderen kolludiert, [um] sich durch Methoden wie etwa Prozesse, Schiedsverfahren [oder] Schlichtungen der Erfüllung der in Rechtsurkunden festgesetzten Pflichten zu entziehen, muss das Volksgericht je nach der Schwere der Umstände Geldbußen und Haftstrafen verhängen; wenn [ihr Verhalten] eine Straftat bildet, wird nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt.

§ 117 [Maßnahmen des Gerichts bei Verweigerung der Unterstützung; = § 114 ZPG 2017] Wenn bei Einheiten, die verpflichtet sind, Untersuchungen oder die Vollstreckung zu unterstützen, eine der folgenden Handlungen vorliegt, weist das Volksgericht sie nicht nur an, die Pflicht zur Unterstützung zu erfüllen, sondern kann auch Geldbußen verhängen:

1. Die betreffende Einheit verweigert oder behindert Untersuchungen und die Erhebung von Beweisen durch das Volksgericht;

2. die betreffende Einheit verweigert, nachdem sie die schriftliche Aufforderung des Volksgerichts zur Unterstützung der Vollstreckung erhalten hat, die Unterstützung bei Nachforschungen, bei der Pfändung, beim Einfrieren, bei der Überweisung oder bei der Verwertung von Vermögen;

3. die betreffende Einheit, die eine schriftliche Aufforderung des Volksgerichts zur Unterstützung der Vollstreckung erhalten hat, verweigert die Unterstützung bei der Einbehaltung von Einkommen des Vollstreckungsschuldners, der Durchführung des Verfahrens zur Übertragung der Beweisurkunden für betroffene Vermögensrechte oder der Übergabe betroffener Nachweismarken, Beweisurkunden und anderen Vermögens;

4. es wird sonst die Unterstützung der Vollstreckung verweigert.

Bei Einheiten, bei denen eine der im vorigen Absatz aufgeführten Handlungen vorliegt, kann das Volksgericht gegen den Hauptverantwortlichen [der Einheit = ihren Leiter] oder gegen die direkt [für die Handlung] Verantwortlichen Geldbußen verhängen; es kann diejenigen, die weiterhin Unterstützungspflichten nicht ausführen, in Haft nehmen; es kann ferner den Überwachungsbehörden oder betroffenen Behörden disziplinarische Maßnahmen justiziell vorschlagen.

第一百一十八条 对个人的罚款金额，为人民币十万元以下。对单位的罚款金额，为人民币五十万元以上一百万元以下。

拘留的期限，为十五日以下。

被拘留的人，由人民法院交公安机关看管。在拘留期间，被拘留人承认并改正错误的，人民法院可以决定提前解除拘留。

第一百一十九条 拘传、罚款、拘留必须经院长批准。

拘传应当发拘传票。

罚款、拘留应当用决定书。对决定不服的，可以向上一级人民法院申请复议一次。复议期间不停止执行。

第一百二十条 采取对妨害民事诉讼的强制措施必须由人民法院决定。任何单位和个人采取非法拘禁他人或者非法私自扣押他人财产追索债务的，应当依法追究刑事责任，或者予以拘留、罚款。

第十一章 诉讼费用

第一百二十一条 当事人进行民事诉讼，应当按照规定交纳案件受理费。财产案件除交纳案件受理费外，并按照规定交纳其他诉讼费用。

当事人交纳诉讼费用确有困难的，可以按照规定向人民法院申请缓交、减交或者免交。

收取诉讼费用的办法另行制定。

第二编 审判程序

第十二章 第一审普通程序

第一节 起诉和受理

第一百二十二条 起诉必须符合下列条件：

(一) 原告是与本案有直接利害关系的公民、法人和其他组织；

(二) 有明确的被告；

(三) 有具体的诉讼请求和事实、理由；

§ 118 [Höhe der Geldbußen und Haftdauer; = § 115 ZPG 2017] Gegen Einzelpersonen werden Geldbußen bis zu 100.000 Yuan verhängt. Gegen Einheiten werden Geldbußen von 50.000 bis 1.000.000 Yuan verhängt.

Die Haftdauer beträgt bis zu 15 Tagen.

Das Volksgericht übergibt den Inhaftierten den Sicherheitsbehörden zur Verwahrung. Wenn der Inhaftierte während der Dauer der Haft seinen Fehler zugibt und korrigiert, kann das Volksgericht die vorzeitige Rücknahme der Haft verfügen.

§ 119 [Verfahren zum Ergreifen von Ordnungsmitteln; = § 116 ZPG 2017] Vorführung, Geldbuße und Haft sind vom Gerichtsvorsitzenden zu genehmigen.

Zur Vorführung muss ein Vorführungsschein ausgestellt werden.

Um Geldbuße und Haft [zu verhängen], muss eine schriftliche Verfügung verwandt werden. Wer sich der Verfügung nicht unterwerfen will, kann beim nächsthöheren Volksgericht eine einmalige erneute Beratung beantragen. Während der Zeit für die erneute Beratung wird die Vollstreckung nicht eingestellt.

§ 120 [Gewaltmonopol des Gerichts; = § 117 ZPG 2017] Zwangsmaßnahmen gegen Behinderungen des Zivilprozesses hat das Volksgericht zu verfügen. Wenn Einheiten und Einzelne rechtswidrig andere festhalten oder rechtswidrig privat Vermögensgut anderer pfänden, um Schulden zu verfolgen, müssen nach dem Recht die strafrechtliche Verantwortung verfolgt oder Haft und Geldbußen verhängt werden.

11. Kapitel: Prozesskosten

§ 121 [Prozesskosten; = § 118 ZPG 2017] Eine Partei, die einen Zivilprozess führt, muss nach den Bestimmungen Kosten für die Annahme des Falles zahlen. In Vermögenssachen werden außer den Kosten für die Annahme des Falles nach den Bestimmungen auch andere Prozesskosten gezahlt.

Fällt es einer Partei tatsächlich schwer, Prozesskosten zu zahlen, so kann sie nach den Bestimmungen beim Volksgericht beantragen, dass sie verzögert zahlen kann oder die Zahlung ermäßigt oder erlassen wird.

Die Ordnung für die Erhebung der Prozesskosten wird gesondert bestimmt.²⁰

2. Buch: Rechtsprechungsverfahren

12. Kapitel: Gewöhnliches Verfahren in erster Instanz

1. Abschnitt: Klageerhebung und [ihre] Annahme

§ 122 [Klageerhebung; = § 119 ZPG 2017] Die Klageerhebung hat den folgenden Bedingungen zu entsprechen:

1. Der Kläger ist ein Bürger oder eine juristische Person oder andere Organisation, dessen bzw. deren Interessen durch den Fall direkt berührt werden;

2. es gibt einen eindeutigen Beklagten;

3. es gibt eine konkrete Klageforderung und konkrete Tatsachen und Gründe;

²⁰ Siehe „Methode für das Einzahlen von Prozessgebühren“ [诉讼费用交纳办法] des Staatsrates vom 19.12.2006, chinesisch abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.2.82815.

(四) 属于人民法院受理民事诉讼的范围和受诉人民法院管辖。

第一百二十三条 起诉应当向人民法院递交起诉状，并按照被告人数提出副本。

书写起诉状确有困难的，可以口头起诉，由人民法院记入笔录，并告知对方当事人。

第一百二十四条 起诉状应当记明下列事项：

(一) 原告的姓名、性别、年龄、民族、职业、工作单位、住所、联系方式，法人或者其他组织的名称、住所和法定代表人或者主要负责人的姓名、职务、联系方式；

(二) 被告的姓名、性别、工作单位、住所等信息，法人或者其他组织的名称、住所等信息；

(三) 诉讼请求和所根据的事实与理由；

(四) 证据和证据来源，证人姓名和住所。

第一百二十五条 当事人起诉到人民法院的民事纠纷，适宜调解的，先行调解，但当事人拒绝调解的除外。

第一百二十六条 人民法院应当保障当事人依照法律规定享有的起诉权利。对符合本法第一百二十二条的起诉，必须受理。符合起诉条件的，应当在七日内立案，并通知当事人；不符合起诉条件的，应当在七日内作出裁定书，不予受理；原告对裁定不服的，可以提起上诉。

第一百二十七条 人民法院对下列起诉，分别情形，予以处理：

(一) 依照行政诉讼法的规定，属于行政诉讼受案范围的，告知原告提起行政诉讼；

(二) 依照法律规定，双方当事人达成书面仲裁协议申请仲裁、不得向人民法院起诉的，告知原告向仲裁机构申请仲裁；

(三) 依照法律规定，应当由其他机关处理的争议，告知原告向有关机关申请解决；

(四) 对不属于本院管辖的案件，告知原告向有管辖权的人民法院起诉；

4. [der Fall] gehört zu dem Bereich der Zivilklagen, die vom Volksgericht angenommen werden, und in die Zuständigkeit des Volksgerichts, das die Klage erhalten hat.

§ 123 [Klageschrift; = § 120 ZPG 2017] Zur Klageerhebung muss beim Volksgericht eine Klageschrift eingereicht werden, zusammen mit Kopien entsprechend der Zahl der Beklagten.

Wenn die schriftliche Abfassung einer Klageschrift tatsächlich Schwierigkeiten macht, kann mündlich Klage erhoben werden, die vom Volksgericht protokolliert und der anderen Partei zur Kenntnis gebracht wird.

§ 124 [Inhalt der Klageschrift; = § 121 ZPG 2017] Die Klageschrift muss die folgenden Punkte angeben:

1. Name, Geschlecht, Alter, Volkszugehörigkeit, Beruf, Arbeitseinheit, Wohnsitz, Kontaktdaten, die Bezeichnung von juristischen Personen und anderen Organisationen, ihr Sitz sowie Name, Amt und Kontaktdaten ihres gesetzlichen Repräsentanten bzw. Hauptverantwortlichen;

2. Name, Geschlecht, Arbeitseinheit, Wohnsitz und weitere Informationen des Beklagten, die Bezeichnung von juristischen Personen und anderen Organisationen, ihr Sitz und weitere Informationen;

3. die Klageforderung und die ihr zugrunde liegenden Tatsachen und Gründe;

4. Beweise und Beweisquellen, Namen und Wohnsitze von Zeugen.

§ 125 [Priorität der Schlichtung; = § 122 ZPG 2017] Wenn Zivilstreitigkeiten, in denen die Parteien vor dem Volksgericht Klage erheben, für eine Schlichtung geeignet sind, wird zunächst geschlichtet, außer wenn die Parteien eine Schlichtung verweigern.

§ 126 [Annahme der Klage; Beschluss über Nichtannahme; Rechtsmittel; vgl. § 123 ZPG 2017²¹] Das Volksgericht muss das Klagerecht garantieren, das die Parteien gemäß den gesetzlichen Bestimmungen genießen. Klagen, die [den Bedingungen nach] § 122 entsprechen, hat das Volksgericht anzunehmen. Wenn [Klagen] den Klagebedingungen entsprechen, muss es innerhalb von sieben Tagen das Verfahren eröffnen und dies den Parteien mitteilen; wenn [Klagen] nicht den Klagebedingungen entsprechen, muss es innerhalb von sieben Tagen schriftlich beschließen, dass [die Klage] nicht angenommen wird; wenn sich der Kläger dem Beschluss nicht unterwerfen will, kann er Berufung einlegen.

§ 127 [Nichtannahme der Klage; = § 124 ZPG 2017] Das Volksgericht verfährt mit den folgenden Klagen jeweils entsprechend den Umständen [wie folgt]:

1. Bei [Klagen, die] nach den Bestimmungen des Verwaltungsprozessgesetzes in den Bereich der Fälle gehören, die im Verwaltungsprozess angenommen werden, wird der Kläger auf die Erhebung einer Verwaltungsklage verwiesen;

2. wenn die Parteien entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen nach einer erzielten schriftlichen Schiedsvereinbarung ein Schiedsverfahren beantragen und nicht beim Volksgericht Klage erheben dürfen, wird der Kläger darauf verwiesen, bei dem Schiedsorgan ein Schiedsverfahren zu beantragen;

3. bei Streitigkeiten, die nach den gesetzlichen Bestimmungen von anderen Behörden geregelt werden müssen, wird der Kläger darauf verwiesen, bei der betreffenden Behörde eine Lösung zu beantragen;

4. bei Fällen, für die nicht dieses Gericht zuständig ist, wird der Kläger darauf verwiesen, beim zuständigen Volksgericht Klage zu erheben;

²¹ Anpassung des Verweises.

(五) 对判决、裁定、调解书已经发生法律效力, 当事人又起诉的, 告知原告申请再审, 但人民法院准许撤诉的裁定除外;

(六) 依照法律规定, 在一定期限内不得起诉的案件, 在不得起诉的期限内起诉的, 不予受理;

(七) 判决不准离婚和调解和好的离婚案件, 判决、调解维持收养关系的案件, 没有新情况、新理由, 原告在六个月内又起诉的, 不予受理。

第二节 审理前的准备

第一百二十八条 人民法院应当在立案之日起五日内将起诉状副本发送被告, 被告应当在收到之日起十五日内提出答辩状。答辩状应当记明被告的姓名、性别、年龄、民族、职业、工作单位、住所、联系方式; 法人或者其他组织的名称、住所和法定代表人或者主要负责人的姓名、职务、联系方式。人民法院应当在收到答辩状之日起五日内将答辩状副本发送原告。

被告不提出答辩状的, 不影响人民法院审理。

第一百二十九条 人民法院对决定受理的案件, 应当在受理案件通知书和应诉通知书中向当事人告知有关的诉讼权利义务, 或者口头告知。

第一百三十条 人民法院受理案件后, 当事人对管辖权有异议的, 应当在提交答辩状期间提出。人民法院对当事人提出的异议, 应当审查。异议成立的, 裁定将案件移送有管辖权的人民法院; 异议不成立的, 裁定驳回。

当事人未提出管辖异议, 并应诉答辩的, 视为受诉人民法院有管辖权, 但违反级别管辖和专属管辖规定的除外。

第一百三十一条 审判人员确定后, 应当在三日内告知当事人。

5. in Fällen, in denen Urteile, Beschlüsse bzw. Schlichtungsurkunden bereits rechtskräftig geworden sind und eine Partei nochmals Klage erhebt, wird der Kläger auf den Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens verwiesen, falls das Volksgericht nicht mit Beschluss die Rücknahme der Klage genehmigt hatte;

6. in Fällen, in denen nach den gesetzlichen Bestimmungen innerhalb einer bestimmten Frist keine Klage erhoben werden darf, wird eine innerhalb dieser Frist erhobene Klage nicht angenommen;

7. in Scheidungsfällen, in denen ein Urteil die Scheidung nicht zugelassen hat oder der Fall durch Schlichtung beigelegt worden war, sowie in Fällen, in denen eine Adoptionsbeziehung durch Urteil oder Schlichtung aufrechterhalten worden ist, wird, wenn keine neuen Umstände oder Gründe vorliegen, eine vom Kläger innerhalb von 6 Monaten nochmals erhobene Klage nicht angenommen.

2. Abschnitt: Vorbereitung der Behandlung

§ 128 [Zustellung der Klageschrift; Klageerwiderung; = § 125 ZPG 2017] Innerhalb von fünf Tagen vom Tag der Eröffnung des Verfahrens an muss das Volksgericht dem Beklagten eine Kopie der Klageschrift übersenden; der Beklagte muss vom Tag des Erhalts an innerhalb von 15 Tagen eine Klageerwiderungsschrift einreichen. In der Klageerwiderungsschrift müssen der Name, das Geschlecht, das Alter, die Volkszugehörigkeit, der Beruf, die Arbeitseinheit, der Wohnsitz und die Kontaktdaten des Beklagten angegeben werden; [bei] juristischen Personen und anderen Organisationen [müssen ihre] Bezeichnung, ihr Sitz sowie Name, Amt und Kontaktdaten ihres gesetzlichen Repräsentanten bzw. Hauptverantwortlichen [angegeben werden]. Das Volksgericht muss innerhalb von fünf Tagen vom Tag des Erhalts der Klageerwiderungsschrift an eine Kopie der Klageerwiderungsschrift an den Kläger übersenden.

Wenn der Beklagte keine Klageerwiderungsschrift einreicht, beeinflusst das nicht die Behandlung des Falles durch das Volksgericht.

§ 129 [Gerichtliche Hinweispflicht auf Prozessrechte und -pflichten der Parteien; = § 126 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht die Annahme eines Falles entschieden²² hat, müssen in der schriftlichen Mitteilung über die Annahme des Falles und in der schriftlichen Aufforderung zur Verteidigung gegen die Klage oder mündlich den Parteien die betreffenden Prozessrechte und -pflichten zur Kenntnis gebracht werden.

§ 130 [Zuständigkeitsrüge; Zuständigkeit infolge rügeloser Verhandlung; = § 127 ZPG 2017] Wenn, nachdem ein Volksgericht einen Fall angenommen hat, eine Partei Einwände gegen die Zuständigkeit hat, muss sie diese innerhalb der Frist für die Einreichung der Klageerwiderungsschrift erheben. Das Volksgericht muss die von der Partei erhobenen Einwände überprüfen. Wenn die Einwände Bestand haben, beschließt es die Überweisung des Falles an das zuständige Volksgericht; wenn sie keinen Bestand haben, beschließt es ihre Zurückweisung.

Wenn die Partei keine Einwände gegen die Zuständigkeit erhebt und die Klage erwidert, gilt dies als Anerkennung der Zuständigkeit des Volksgerichts; dies gilt jedoch nicht, wenn Bestimmungen über die verschiedenen Stufen der Zuständigkeit und der ausschließlichen Zuständigkeiten verletzt sind.

§ 131 [Bekanntmachung des Spruchkörpers; vgl. § 128 ZPG 2017²³] Nach Bestimmung der Richter und Schöffen müssen sie innerhalb von drei Tagen den Parteien zur Kenntnis gebracht werden.

²² Der chinesische Begriff „决定“ bezeichnet einerseits eine gerichtliche Entscheidungsform, die in diesem Gesetzestext als „Verfügung“ bzw. „verfügt“ übersetzt wird, andererseits allgemeinsprachlich „Entscheidung“ bzw. „entscheiden“. Wo wie hier nicht eindeutig ist, ob das Gesetz diese spezielle Entscheidungsform meint, wurde die allgemeinsprachliche Übersetzung gewählt.

²³ Formulierungsänderung („审判人员“ statt „合议庭组成人员“).

第一百三十二条 审判人员必须认真审核诉讼材料，调查收集必要的证据。

第一百三十三条 人民法院派出人员进行调查时，应当向被调查人出示证件。

调查笔录经被调查人校阅后，由被调查人、调查人签名或者盖章。

第一百三十四条 人民法院在必要时可以委托外地人民法院调查。

委托调查，必须提出明确的项目和要求。受委托人民法院可以主动补充调查。

受委托人民法院收到委托书后，应当在三十日内完成调查。因故不能完成的，应当在上述期限内函告委托人民法院。

第一百三十五条 必须共同进行诉讼的当事人没有参加诉讼的，人民法院应当通知其参加诉讼。

第一百三十六条 人民法院对受理的案件，分别情形，予以处理：

(一) 当事人没有争议，符合督促程序规定条件的，可以转入督促程序；

(二) 开庭前可以调解的，采取调解方式及时解决纠纷；

(三) 根据案件情况，确定适用简易程序或者普通程序；

(四) 需要开庭审理的，通过要求当事人交换证据等方式，明确争议焦点。

第三节 开庭审理

第一百三十七条 人民法院审理民事案件，除涉及国家秘密、个人隐私或者法律另有规定的以外，应当公开进行。

离婚案件，涉及商业秘密的案件，当事人申请不公开审理的，可以不公开审理。

第一百三十八条 人民法院审理民事案件，根据需要可以进行巡回审理，就地办案。

§ 132 [Pflichten der Richter und Schöffen; = § 129 ZPG 2017] Richter und Schöffen haben das Prozessmaterial gewissenhaft zu überprüfen und die notwendigen Beweise zu untersuchen und zu sammeln.

§ 133 [Untersuchungen durch vom Gericht entsendete Personen; = § 130 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht Personen zu Untersuchungen entsendet, müssen sie den von der Untersuchung Betroffenen einen Ausweis vorzeigen.

Nachdem der Betroffene das Protokoll über die Untersuchung durchgesehen hat, wird es von dem Betroffenen und dem Untersuchenden unterzeichnet oder gesiegelt.

§ 134 [Untersuchungen durch auswärtige Gerichte; = § 131 ZPG 2017] Das Volksgericht kann erforderlichenfalls auswärtige Volksgerichte mit Untersuchungen beauftragen.

Aufträge zu Untersuchungen haben [für die Untersuchung] einen klaren Gegenstand anzugeben und klare Anforderungen [an sie] zu stellen. Das beauftragte Volksgericht kann die Untersuchung von sich aus ergänzen.

Nachdem das beauftragte Volksgericht den schriftlichen Auftrag erhalten hat, muss es die Untersuchung innerhalb von 30 Tagen abschließen. Wenn es sie aus [irgendwelchen] Gründen nicht abschließen kann, muss es innerhalb der vorgenannten Frist das beauftragende Volksgericht brieflich unterrichten.

§ 135 [Hinzuziehung weiterer Beteiligter; = § 132 ZPG 2017] Wenn [eine oder einige der] Parteien eines [von mehreren Parteien] gemeinsam zu führenden Prozesses sich am Prozess nicht beteiligen, muss das Volksgericht sie auffordern, sich am Prozess zu beteiligen.

§ 136 [Weitere verfahrensleitende Entscheidungen des Gerichts; = § 133 ZPG 2017] Das Volksgericht verfährt bei Annahme eines Falles jeweils entsprechend den Umständen [wie folgt]:

1. Wenn Parteien keinen Streit haben und den Voraussetzungen des Mahnverfahrens entsprochen wird, kann [der Fall] in das Mahnverfahren wechseln;

2. wenn noch vor der Sitzung geschlichtet werden kann, werden Schlichtungsmethoden angewendet, um unverzüglich den Streit zu lösen;

3. [das Gericht] legt gemäß den Umständen des Falles fest, ob [der Fall] im vereinfachten Verfahren oder im gewöhnlichen Verfahren behandelt wird;

4. wenn die Behandlung in der Sitzung erforderlich ist, werden anhand des Austausches der Beweise, den [das Gericht] von den Parteien fordert, und anderer Methoden die Streitpunkte verdeutlicht.

3. Abschnitt: Behandlung in der Sitzung

§ 137 [Öffentlichkeit der Verhandlung, Ausnahmen; = § 134 ZPG 2017] Das Volksgericht muss Zivilfälle öffentlich behandeln, ausgenommen Fälle, die Staatsgeheimnisse oder Privatangelegenheiten Einzelner berühren oder in denen das Gesetz etwas anderes bestimmt.

Scheidungsfälle und Fälle, die gewerbliche Geheimnisse berühren, können, wenn Parteien nichtöffentliche Behandlung beantragen, nichtöffentlich behandelt werden.

§ 138 [Vor-Ort-Verhandlung von Fällen; = § 135 ZPG 2017] Die Volksgerichte behandeln Zivilfälle nach Bedarf [auch], indem sie von Ort zu Ort ziehen und Fälle an Ort und Stelle verhandeln.

第一百三十九条 人民法院审理民事案件，应当在开庭三日前通知当事人和其他诉讼参与人。公开审理的，应当公告当事人姓名、案由和开庭的时间、地点。

第一百四十条 开庭审理前，书记员应当查明当事人和其他诉讼参与人是否到庭，宣布法庭纪律。

开庭审理时，由审判长或者独任审判员核对当事人，宣布案由，宣布审判人员、书记员名单，告知当事人有关的诉讼权利义务，询问当事人是否提出回避申请。

第一百四十一条 法庭调查按照下列顺序进行：

(一) 当事人陈述；

(二) 告知证人的权利义务，证人作证，宣读未到庭的证人证言；

(三) 出示书证、物证、视听资料和电子数据；

(四) 宣读鉴定意见；

(五) 宣读勘验笔录。

第一百四十二条 当事人在法庭上可以提出新的证据。

当事人经法庭许可，可以向证人、鉴定人、勘验人发问。

当事人要求重新进行调查、鉴定或者勘验的，是否准许，由人民法院决定。

第一百四十三条 原告增加诉讼请求，被告提出反诉，第三人提出与本案有关的诉讼请求，可以合并审理。

第一百四十四条 法庭辩论按照下列顺序进行：

(一) 原告及其诉讼代理人发言；

(二) 被告及其诉讼代理人答辩；

(三) 第三人及其诉讼代理人发言或者答辩；

(四) 互相辩论。

法庭辩论终结，由审判长或者独任审判员按照原告、被告、第三人的先后顺序征询各方最后意见。

§ 139 [Mitteilung und Bekanntmachung des Termins; = § 136 ZPG 2017] Bei der Behandlung von Zivilfällen müssen die Volksgerichte drei Tage vor der Sitzung die Parteien und anderen Prozessteilnehmer [von dem Termin] unterrichten. Wenn [der Fall in der Sitzung] öffentlich behandelt wird, müssen die Namen der Parteien, der Klagegrund und Zeit und Ort der Sitzung bekannt gemacht werden.

§ 140 [Aufgaben des Sekretärs und des Vorsitzenden Richters bzw. des Einzelrichters; vgl. § 137 ZPG 2017²⁴] Vor der Behandlung in der Sitzung muss der Sekretär klären, ob die Parteien und andere Prozessteilnehmer vor Gericht erschienen sind, und die Regeln für die Disziplin für die Sitzung bekannt geben.

Bei der Behandlung in der Sitzung überprüft der Vorsitzende Richter oder der Einzelrichter die [Identität der] Parteien, gibt den Klagegrund und die Liste der Namen der Richter und Schöffen und des Sekretärs bekannt, bringt den Parteien die betreffenden Prozessrechte und -pflichten zur Kenntnis und befragt die Parteien, ob sie Ausschlussanträge stellen.

§ 141 [Ablauf der Untersuchung; = § 138 ZPG 2017] Die Untersuchung durch die Kammer wird in folgender Reihenfolge durchgeführt:

1. Die Parteien tragen vor;

2. den Zeugen werden ihre Rechte und Pflichten zur Kenntnis gebracht; die Zeugen sagen aus, Aussagen von nicht vor Gericht erschienenen Zeugen werden verlesen;

3. Urkundenbeweise, Sachbeweise, audiovisuelles Material und elektronische Daten werden vorgelegt;

4. Sachverständigengutachten werden verlesen;

5. Augenscheinsprotokolle werden verlesen.

§ 142 [Einführen neuer Beweise, Fragerecht der Parteien, weitere Beweisangebote; = § 139 ZPG 2017] Die Parteien können vor der Kammer neue Beweise einreichen.

Mit Erlaubnis der Kammer können die Parteien den Zeugen, Sachverständigen und Inaugenscheinnehmenden Fragen stellen.

Wenn Parteien erneute Untersuchungen, erneute sachverständige Begutachtung oder erneuten Augenschein verlangen, entscheidet²⁵ das Volksgericht, ob dem [Antrag] stattgegeben wird.

§ 143 [Klagehäufung, Widerklage; = § 140 ZPG 2017] Wenn der Kläger Klageforderungen hinzufügt, der Beklagte Widerklage erhebt oder ein Dritter eine Klageforderung erhebt, die mit dem Fall in Zusammenhang steht, können [diese Forderungen mit dem Fall] zusammengefasst behandelt werden.

§ 144 [Reihenfolge der streitigen Verhandlung; vgl. § 141 ZPG 2017²⁶] Die streitige Verhandlung vor der Kammer wird in folgender Reihenfolge durchgeführt:

1. Der Kläger und sein Prozessvertreter erklären sich;

2. der Beklagte und sein Prozessvertreter erwidern;

3. Dritte und ihre Prozessvertreter erklären sich oder erwidern;

4. es wird wechselseitig streitig verhandelt.

Nach Beendigung der streitigen Verhandlung vor der Kammer verlangt der Vorsitzende Richter oder der Einzelrichter nacheinander zuerst vom Kläger, dann vom Beklagten, dann von Dritten eine letzte Äußerung.

²⁴ Einzelrichter (独任审判员) neu eingefügt in Abs. 2.

²⁵ Siehe Fn. 22.

²⁶ Einzelrichter (独任审判员) neu eingefügt in Abs. 2.

第一百四十五条 法庭辩论终结，应当依法作出判决。判决前能够调解的，还可以进行调解，调解不成的，应当及时判决。

第一百四十六条 原告经传票传唤，无正当理由拒不到庭的，或者未经法庭许可中途退庭的，可以按撤诉处理；被告反诉的，可以缺席判决。

第一百四十七条 被告经传票传唤，无正当理由拒不到庭的，或者未经法庭许可中途退庭的，可以缺席判决。

第一百四十八条 宣判前，原告申请撤诉的，是否准许，由人民法院裁定。

人民法院裁定不准许撤诉的，原告经传票传唤，无正当理由拒不到庭的，可以缺席判决。

第一百四十九条 有下列情形之一的，可以延期开庭审理：

(一) 必须到庭的当事人和其他诉讼参与人有正当理由没有到庭的；

(二) 当事人临时提出回避申请的；

(三) 需要通知新的证人到庭，调取新的证据，重新鉴定、勘验，或者需要补充调查的；

(四) 其他应当延期的情形。

第一百五十条 书记员应当将法庭审理的全部活动记入笔录，由审判人员和书记员签名。

法庭笔录应当当庭宣读，也可以告知当事人和其他诉讼参与人当庭或者在五日内阅读。当事人和其他诉讼参与人认为对自己的陈述记录有遗漏或者差错的，有权申请补正。如果不予补正，应当将申请记录在案。

法庭笔录由当事人和其他诉讼参与人签名或者盖章。拒绝签名盖章的，记明情况附卷。

第一百五十一条 人民法院对公开审理或者不公开审理的案件，一律公开宣告判决。

§ 145 [Urteil nach streitiger Verhandlung, Schlichtung; = § 142 ZPG 2017] Nach Beendigung der streitigen Verhandlung vor der Kammer muss dem Gesetz gemäß das Urteil ergehen. Wenn vor dem Urteil geschlichtet werden kann, kann noch eine Schlichtung durchgeführt werden; wenn die Schlichtung erfolglos bleibt, muss unverzüglich das Urteil gefällt werden.

§ 146 [Rechtsfolgen bei Nichterscheinen oder Entfernung des Klägers; = § 143 ZPG 2017] Wenn ein Kläger mit schriftlicher Vorladung vorgeladen worden ist und ohne ordentliche Gründe nicht vor Gericht erscheint oder ohne Erlaubnis der Kammer sich während der Sitzung entfernt, kann das als Rücknahme der Klage behandelt werden; wenn der Beklagte Widerklage erhebt, kann ein Versäumnisurteil gefällt werden.

§ 147 [Rechtsfolgen bei Nichterscheinen oder Entfernung des Beklagten; = § 144 ZPG 2017] Wenn ein Beklagter mit schriftlicher Vorladung vorgeladen worden ist und ohne ordentliche Gründe nicht vor Gericht erscheint oder ohne Erlaubnis der Kammer sich während der Sitzung entfernt, kann ein Versäumnisurteil gefällt werden.

§ 148 [Rücknahme der Klage; = § 145 ZPG 2017] Ob einem vor Urteilsverkündung gestellter Antrag des Klägers auf Rücknahme der Klage stattgegeben wird, entscheidet das Volksgericht durch Beschluss.

Wenn das Volksgericht beschließt, der Klagerücknahme nicht stattzugeben, und der Kläger mit schriftlicher Vorladung vorgeladen worden ist und ohne ordentliche Gründe nicht vor Gericht erscheint, kann ein Versäumnisurteil gefällt werden.

§ 149 [Verlegung der Verhandlung; = § 146 ZPG 2017] Wenn einer der folgenden Umstände eintritt, kann die Behandlung in der Sitzung verschoben werden:

1. wenn Parteien oder andere Prozessteilnehmer, die vor Gericht zu erscheinen haben, aus ordentlichen Gründen nicht vor Gericht erschienen sind;

2. wenn eine Partei nachträglich einen Antrag auf Ausschluss [von Gerichtspersonal] gestellt hat;

3. wenn es erforderlich ist, neue Zeugen aufzufordern, vor Gericht zu erscheinen, neue Beweise zu erheben, erneut eine sachverständige Begutachtung oder eine Inaugenscheinnahme durchzuführen oder Untersuchungen zu ergänzen;

4. bei anderen Umständen, bei denen die Frist verlängert werden muss.

§ 150 [Protokoll; = § 147 ZPG 2017] Der Sekretär muss alle Aktivitäten der Kammer bei der Behandlung des Falles in einem Protokoll verzeichnen, das von den Richtern und Schöffen und dem Sekretär unterzeichnet wird.

Das Protokoll der Kammer muss in der Sitzung verlesen werden; die Parteien und sonstigen Prozessteilnehmer können auch darauf verwiesen werden, es sich in der Sitzung oder innerhalb von fünf Tagen durchzulesen. Wenn Parteien oder sonstige Prozessteilnehmer der Ansicht sind, dass die Protokollierung ihres eigenen Vortrags lückenhaft oder fehlerhaft ist, sind sie berechtigt, eine Korrektur zu beantragen. Wenn die Korrektur nicht gewährt wird, muss der Antrag in der Akte vermerkt werden.

Das Protokoll der Kammer wird von den Parteien und anderen Prozessteilnehmern unterzeichnet oder gesiegelt. Wenn die Unterschrift bzw. Siegelung verweigert wird, wird ein Vermerk über die Umstände den Akten beigegeben.

§ 151 [Öffentlichkeit bei Urteilsverkündung, schriftliches Urteil; Rechtsmittelbelehrung; = § 148 ZPG 2017] Gleich ob das Volksgericht den Fall öffentlich oder nicht öffentlich behandelt hat, das Urteil wird stets öffentlich verkündet.

当庭宣判的，应当在十日内发送判决书；定期宣判的，宣判后立即发给判决书。

宣告判决时，必须告知当事人上诉权利、上诉期限和上诉的法院。

宣告离婚判决，必须告知当事人在判决发生法律效力前不得另行结婚。

第一百五十二条 人民法院适用普通程序审理的案件，应当在立案之日起六个月内审结。有特殊情况需要延长的，经本院院长批准，可以延长六个月；还需要延长的，报请上级人民法院批准。

第四节 诉讼中止和终结

第一百五十三条 有下列情形之一的，中止诉讼：

(一) 一方当事人死亡，需要等待继承人表明是否参加诉讼的；

(二) 一方当事人丧失诉讼行为能力，尚未确定法定代理人的；

(三) 作为一方当事人的法人或者其他组织终止，尚未确定权利义务承受人的；

(四) 一方当事人因不可抗力不能参加诉讼的；

(五) 本案必须以另一案的审理结果为依据，而另一案尚未审结的；

(六) 其他应当中止诉讼的情形。

中止诉讼的原因消除后，恢复诉讼。

第一百五十四条 有下列情形之一的，终结诉讼：

(一) 原告死亡，没有继承人，或者继承人放弃诉讼权利的；

(二) 被告死亡，没有遗产，也没有应当承担义务的人的；

(三) 离婚案件一方当事人死亡的；

(四) 追索赡养费、扶养费、抚养费以及解除收养关系案件的一方当事人死亡的。

Wenn das Urteil [noch] in der Sitzung verkündet wird, muss das schriftliche Urteil innerhalb von zehn Tagen übersandt werden; bei Urteilsverkündung zu einem bestimmten [späteren] Termin muss nach Verkündung das schriftliche Urteil sofort ausgegeben werden.

Bei der Urteilsverkündung sind die Parteien auf ihr Recht, Berufung einzulegen, auf die Berufungsfrist und auf das Berufungsgericht hinzuweisen.

Bei Verkündung eines Scheidungsurteils sind die Parteien darauf hinzuweisen, dass sie niemand anders heiraten dürfen, bevor das Urteil rechtskräftig geworden ist.

§ 152 [Frist für den Abschluss des gewöhnlichen Verfahrens; vgl. § 149 ZPG 2017²⁷] Die Behandlung der Fälle, die das Volksgericht unter Anwendung des gewöhnlichen Verfahrens behandelt, muss innerhalb von sechs Monaten vom Tag der Eröffnung des Verfahrens an abgeschlossen werden. Erfordern besondere Umstände eine Verlängerung [der Frist], so kann diese nach Genehmigung durch den Vorsitzenden dieses Gerichts [bis zu] sechs Monate verlängert werden; ist eine weitere Verlängerung erforderlich, so wird dies dem höheren Volksgericht mit der Bitte um Genehmigung gemeldet.

4. Abschnitt: Unterbrechung und Beendigung des Prozesses

§ 153 [Unterbrechung des Prozesses; = § 150 ZPG 2017] Wenn einer der folgenden Umstände eintritt, wird der Prozess unterbrochen:

1. wenn auf einer Seite eine Partei stirbt und es erforderlich ist, die Erklärung der Erben, ob sie sich am Prozess beteiligen wollen, abzuwarten;

2. wenn auf einer Seite eine Partei die Prozesshandlungsfähigkeit verliert und noch kein gesetzlicher Vertreter bestimmt worden ist;

3. wenn eine juristische Person oder andere Organisation, die auf einer Seite Partei ist, endet, und noch nicht bestimmt worden ist, wer [ihre] Rechte und Pflichten übernimmt;

4. wenn auf einer Seite eine Partei aus Gründen höherer Gewalt sich nicht am Prozess beteiligen kann;

5. wenn bei diesem Fall von dem Ergebnis der Behandlung eines anderen Falles auszugehen ist und die Behandlung des anderen Falles noch nicht abgeschlossen ist;

6. bei anderen Umständen, derentwegen der Prozess unterbrochen werden muss.

Nach Wegfall der Gründe für die Unterbrechung des Prozesses wird wieder in den Prozess eingetreten.

§ 154 [Beendigung des Prozesses; vgl. § 151 ZPG 2017²⁸] Wenn einer der folgenden Umstände eintritt, wird der Prozess beendet:

1. wenn der Kläger stirbt und keinen Erben hat oder die Erben auf [ihre] Prozessrechte verzichten;

2. wenn der Beklagte stirbt und keinen Nachlass hinterlässt und es auch niemanden gibt, der [seine] Pflichten übernehmen müsste;

3. wenn in einem Scheidungsfall eine Partei stirbt;

4. wenn in einem Fall, in dem Unterhalt für Eltern, Ehegatten [oder] Kinder verlangt wird oder die Auflösung einer Adoptionsbeziehung [gefordert] wird, die Partei auf einer Seite stirbt.

²⁷ Formulierungsänderung („经本院院长批准“ statt „由本院院长批准“).

²⁸ Anpassung an die Formulierung des ZGB („抚养费“ statt „抚育费“) in Nr. 4.

第五节 判决和裁定

第一百五十五条 判决书应当写明判决结果和作出该判决的理由。判决书内容包括：

(一) 案由、诉讼请求、争议的事实和理由；

(二) 判决认定的事实和理由、适用的法律和理由；

(三) 判决结果和诉讼费用的负担；

(四) 上诉期间和上诉的法院。

判决书由审判人员、书记员署名，加盖人民法院印章。

第一百五十六条 人民法院审理案件，其中一部分事实已经清楚，可以就该部分先行判决。

第一百五十七条 裁定适用于下列范围：

(一) 不予受理；

(二) 对管辖权有异议的；

(三) 驳回起诉；

(四) 保全和先予执行；

(五) 准许或者不准许撤诉；

(六) 中止或者终结诉讼；

(七) 补正判决书中的笔误；

(八) 中止或者终结执行；

(九) 撤销或者不予执行仲裁裁决；

(十) 不予执行公证机关赋予强制执行效力的债权文书；

(十一) 其他需要裁定解决的事项。

对前款第一项至第三项裁定，可以上诉。

裁定书应当写明裁定结果和作出该裁定的理由。裁定书由审判人员、书记员署名，加盖人民法院印章。口头裁定的，记入笔录。

第一百五十八条 最高人民法院的判决、裁定，以及依法不准上诉或者超过上诉期没有上诉的判决、裁定，是发生法律效力的判决、裁定。

第一百五十九条 公众可以查阅发生法律效力的判决书、裁定书，但涉及国家秘密、商业秘密和个人隐私的内容除外。

5. Abschnitt: Urteile und Beschlüsse

§ 155 [Inhalt des schriftlichen Urteils; = § 152 ZPG 2017] Das schriftliche Urteil muss das Urteilsergebnis und die Gründe für den Erlass dieses Urteils angeben. Der Inhalt des schriftlichen Urteils umfasst:

1. den Klagegrund, die Klageforderung, die streitigen Tatsachen und Gründe;

2. die im Urteil festgestellten Tatsachen und Gründe und die [in der Entscheidung] angewandten Gesetze und die Begründung [für deren Anwendung];

3. das Urteilsergebnis und die Tragung der Prozesskosten;

4. Berufungsfrist und Berufungsgericht.

Das schriftliche Urteil wird von den Richtern und Schöffen und dem Sekretär unterzeichnet und mit dem Siegel des Volksgerichts gesiegelt.

§ 156 [Teilurteil; = § 153 ZPG 2017] Wenn zu einem Teil eines vom Volksgericht behandelten Falles die Tatsachen bereits klar sind, kann zu diesem Teil vorab ein Urteil ergehen.

§ 157 [Beschlüsse; = § 154 ZPG 2017] Beschlüsse werden in folgenden Bereichen verwandt:

1. Nichtannahme;

2. bei Einwendungen [der Parteien] gegen die Zuständigkeit;

3. zur Zurückweisung der Klage;

4. zur Sicherung und Vorwegvollstreckung;

5. um die Rücknahme der Klage zu gestatten oder nicht zu gestatten;

6. um den Prozess zu unterbrechen oder zu beenden;

7. zur Ergänzung und Korrektur bei Schreibfehlern im schriftlichen Urteil;

8. um die Vollstreckung zu unterbrechen oder zu beenden;

9. um Schiedssprüche aufzuheben oder [deren] Vollstreckung nicht zu gewähren;

10. um die Vollstreckung von Schuldurkunden nicht zu gewähren, denen Organe der öffentlichen Beurkundung Vollstreckbarkeit gegeben haben;

11. bei anderen Gegenständen, die eine Regelung²⁹ durch Beschluss erfordern.

Gegen Beschlüsse nach Nr. 1 bis 3 des vorigen Absatzes kann Berufung eingelegt werden.

Ein schriftlicher Beschluss muss das Beschlussergebnis und die Gründe für den Erlass dieses Beschlusses angeben. Ein schriftlicher Beschluss wird von den Richtern und Schöffen und dem Sekretär unterzeichnet und mit dem Siegel des Volksgerichts gesiegelt. Ein mündlicher Beschluss wird protokolliert.

§ 158 [Rechtskräftige Urteile und Beschlüsse; = § 155 ZPG 2017] Urteile und Beschlüsse des Obersten Volksgerichts sowie Urteile und Beschlüsse, bei denen nach dem Recht eine Berufung nicht zulässig oder die Berufungsfrist überschritten ist, ohne dass Berufung eingelegt wurde, sind in Rechtskraft erwachsene Urteile und Beschlüsse.

§ 159 [Recht der Einsichtnahme in Urteile und Beschlüsse; = § 156 ZPG 2017] Jedermann kann rechtskräftige schriftliche Urteile und Beschlüsse einsehen; dies gilt nicht für Staatsgeheimnisse, gewerbliche Geheimnisse und Privatangelegenheiten Einzelner.

²⁹ Wörtlich: Lösung.

第十三章 简易程序

第一百六十条 基层人民法院和它派出的法庭审理事实清楚、权利义务关系明确、争议不大的简单的民事案件，适用本章规定。

基层人民法院和它派出的法庭审理前款规定以外的民事案件，当事人双方也可以约定适用简易程序。

第一百六十一条 对简单的民事案件，原告可以口头起诉。

当事人双方可以同时到基层人民法院或者它派出的法庭，请求解决纠纷。基层人民法院或者它派出的法庭可以当即审理，也可以另定日期审理。

第一百六十二条 基层人民法院和它派出的法庭审理简单的民事案件，可以用简便方式传唤当事人和证人、送达诉讼文书、审理案件，但应当保障当事人陈述意见的权利。

第一百六十三条 简单的民事案件由审判员一人独任审理，并不受本法第一百三十九条、第一百四十一条、第一百四十四条规定的限制。

第一百六十四条 人民法院适用简易程序审理案件，应当在立案之日起三个月内审结。有特殊情况需要延长的，经本院院长批准，可以延长一个月。

第一百六十五条 基层人民法院和它派出的法庭审理事实清楚、权利义务关系明确、争议不大的简单金钱给付民事案件，标的额为各省、自治区、直辖市上年度就业人员年平均工资百分之五十以下的，适用小额诉讼的程序审理，实行一审终审。

基层人民法院和它派出的法庭审理前款规定的民事案件，标的额超过各省、自治区、直辖市上年度就业人员年平均工资百分之五十但在二倍以下的，当事人双方也可以约定适用小额诉讼的程序。

13. Kapitel: Vereinfachtes Verfahren

§ 160 [Voraussetzungen, Parteivereinbarung; = § 157 ZPG 2017] Das Volksgericht der Grundstufe und die von ihm entsandten Kammern wenden bei der Behandlung von einfachen Zivilfällen, bei denen die Tatsachen klar und die Rechte- und Pflichtenbeziehungen deutlich sind und der Streit nicht groß ist, die Bestimmungen dieses Kapitels an.

Wenn das Volksgericht der Grundstufe bzw. eine von ihm entsandte Kammer einen Zivilfall behandelt, bei dem [die Voraussetzungen] nach dem vorigen Absatz [nicht vorliegen], können sich die Parteien beider Seiten auch darauf einigen, das vereinfachte Verfahren anzuwenden.

§ 161 [Vereinfachte Klageerhebung, ad-hoc-Behandlung des Falles; = § 158 ZPG 2017] In einfachen Zivilfällen kann der Kläger mündlich Klage erheben.

Die Parteien beider Seiten können gleichzeitig zum Volksgericht der Grundstufe oder einer von ihm entsandten Kammer gehen und verlangen, eine Streitigkeit zu lösen. Das Volksgericht der Grundstufe bzw. die von ihm entsandte Kammer kann [den Fall] auf der Stelle behandeln oder einen anderen Termin zu seiner Behandlung bestimmen.

§ 162 [Vereinfachte Behandlung des Falles, rechtliches Gehör; = § 159 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht der Grundstufe bzw. die von ihm entsandte Kammer einen einfachen Zivilfall behandelt, kann es bzw. sie in einfacher Form Parteien und Zeugen vorladen, Prozessurkunden zustellen und den Fall behandeln, aber es bzw. sie muss den Parteien das Recht auf Vortrag ihrer Meinung gewähren.

§ 163 [Einzelrichter, nicht anwendbare Vorschriften des gewöhnlichen Verfahrens; vgl. § 160 ZPG 2017³⁰] Einfache Zivilfälle werden vom Einzelrichter allein behandelt, der dabei nicht an die §§ 139, 141 und 144 dieses Gesetzes gebunden ist.

§ 164 [Frist für den Abschluss des vereinfachten Verfahrens; vgl. § 161 ZPG 2017³¹] Wenn das Volksgericht Fälle im vereinfachten Verfahren behandelt, muss es die Behandlung in drei Monaten vom Tag der Eröffnung des Verfahrens an abschließen. Erfordern besondere Umstände eine Verlängerung [der Frist], so kann diese nach Genehmigung durch den Vorsitzenden dieses Gerichts [bis zu] einem Monat verlängert werden.

§ 165 [Streitigkeiten mit geringerem Wert; vgl. § 162 ZPG 2017³²] Behandelt ein Volksgericht der Grundstufe bzw. eine von ihm entsandte Kammer einfache Zivilfälle zu Geldleistungen, bei denen die Tatsachen klar, die Rechte- und Pflichtenbeziehungen deutlich sind [und] der Streit nicht groß ist, werden [die Fälle] unter Anwendung des Verfahrens mit geringem Prozesswert in einer Instanz abschließend behandelt, wenn der Wert des [Streit-]Gegenstands nicht mehr als 50% des jährlichen Durchschnittseinkommens von Erwerbstätigen des vergangenen Jahres der jeweiligen Provinzen, Autonomen Gebiete [oder] regierungsunmittelbaren Städte beträgt.

Behandelt ein Volksgericht der Grundstufe bzw. eine von ihm entsandte Kammer die im vorigen Absatz bestimmten Zivilfälle, deren Streitwert 50% des jährlichen Durchschnittseinkommens von Erwerbstätigen des vergangenen Jahres der jeweiligen Provinzen, Autonomen Gebiete [oder] regierungsunmittelbaren Städte übersteigt, aber unter dem Zweifachen liegt, können beide Parteien die Anwendung des Verfahrens mit geringem Prozesswert vereinbaren.

³⁰ Anpassung der Verweise.

³¹ Satz 2 neu eingefügt.

³² Bislang war als Grenze für Streitigkeiten mit geringerem Wert 30% des jährlichen Durchschnittseinkommens des vergangenen Jahres festgelegt (nun: 50%). Abs. 2 neu eingefügt.

第一百六十六条 人民法院审理下列民事案件，不适用小额诉讼的程序：

- (一) 人身关系、财产确权案件；
- (二) 涉外案件；
- (三) 需要评估、鉴定或者对诉前评估、鉴定结果有异议的案件；
- (四) 一方当事人下落不明的案件；
- (五) 当事人提出反诉的案件；
- (六) 其他不宜适用小额诉讼的程序审理的案件。

第一百六十七条 人民法院适用小额诉讼的程序审理案件，可以一次开庭审结并且当庭宣判。

第一百六十八条 人民法院适用小额诉讼的程序审理案件，应当在立案之日起两个月内审结。有特殊情况需要延长的，经本院院长批准，可以延长一个月。

第一百六十九条 人民法院在审理过程中，发现案件不宜适用小额诉讼的程序的，应当适用简易程序的其他规定审理或者裁定转为普通程序。

当事人认为案件适用小额诉讼的程序审理违反法律规定的，可以向人民法院提出异议。人民法院对当事人提出的异议应当审查，异议成立的，应当适用简易程序的其他规定审理或者裁定转为普通程序；异议不成立的，裁定驳回。

第一百七十条 人民法院在审理过程中，发现案件不宜适用简易程序的，裁定转为普通程序。

第十四章 第二审程序

第一百七十一条 当事人不服地方人民法院第一审判决的，有权在判决书送达之日起十五日内向上一级人民法院提起上诉。

§ 166 [Fälle, auf die das Verfahren mit geringem Streitwert nicht angewandt werden darf; neu eingefügt³³] Auf die Behandlung folgender Zivilfälle durch Volksgerichte wird das Verfahren mit geringem Prozesswert nicht angewandt:

1. Fälle zu Personenbeziehungen [oder] zur Feststellung von Rechten an Vermögensgütern;
2. Fälle mit Auslandsberührung;
3. Fälle, bei denen eine Bewertung [oder] eine Begutachtung erforderlich ist, oder bei denen Einwände gegen das Ergebnis einer vor Klageerhebung [durchgeführten] Bewertung [oder] Begutachtung bestehen;
4. Fälle, bei denen der Verbleib einer Partei auf einer Seite unklar ist;
5. Fälle, bei denen die Parteien Widerklage erhoben haben;
6. andere Fälle, deren Behandlung zur Anwendung des Verfahrens mit geringem Prozesswert nicht geeignet ist.

§ 167 [Abschließende Behandlung und Verkündung in einer einzigen Sitzung; neu eingefügt] Fälle, die das Volksgericht unter Anwendung des Verfahrens mit geringem Prozesswert behandelt, kann es in einer einzigen Sitzung abschließend behandeln und das Urteil [noch] in der Sitzung verkünden.

§ 168 [Frist für den Abschluss des Verfahrens mit geringem Prozesswert; neu eingefügt] Die Behandlung der Fälle, die das Volksgericht unter Anwendung des Verfahrens mit geringem Prozesswert behandelt, muss in zwei Monaten vom Tag der Eröffnung des Verfahrens an abgeschlossen werden. Erfordern besondere Umstände eine Verlängerung [der Frist], so kann diese nach Genehmigung durch den Vorsitzenden dieses Gerichts [bis zu] einem Monat verlängert werden.

§ 169 [Wechsel zum gewöhnlichen Verfahren, Einwände gegen die Anwendung des Verfahrens mit geringem Prozesswert; neu eingefügt] Bemerkt das Volksgericht während der Behandlung, dass ein Fall nicht für die Anwendung des Verfahrens mit geringem Prozesswert geeignet ist, muss es [den Fall] unter Anwendung der anderen Bestimmungen zum vereinfachten Verfahren behandeln oder den Wechsel zum gewöhnlichen Verfahren beschließen.

Meint eine Partei, dass die Behandlung des Falles unter Anwendung des Verfahrens mit geringem Prozesswert gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt, kann sie beim Volksgericht einen Einwand erheben. Das Volksgericht muss den von der Partei erhobenen Einwand überprüfen; hat der Einwand Bestand, muss es [den Fall] unter Anwendung der anderen Bestimmungen zum vereinfachten Verfahren behandeln oder den Wechsel zum gewöhnlichen Verfahren beschließen; hat der Einwand keinen Bestand, beschließt es seine Zurückweisung.

§ 170 [Übergang in das gewöhnliche Verfahren; = § 163 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht während des Prozessverlaufs bemerkt, dass der Fall nicht für die Anwendung eines einfachen Verfahrens geeignet ist, beschließt es den Wechsel zum gewöhnlichen Verfahren.

14. Kapitel: Verfahren in zweiter Instanz

§ 171 [Berufungsfrist; = § 164 ZPG 2017] Wenn Parteien sich einem Urteil erster Instanz eines örtlichen Volksgerichts nicht unterwerfen wollen, sind sie berechtigt, innerhalb von 15 Tagen vom Tag der Zustellung des schriftlichen Urteils an beim nächsthöheren Volksgericht Berufung einzu legen.

³³ Vgl. § 275 Erläuterungen des Obersten Volksgerichts zur Anwendung des „Zivilprozessgesetzes der Volksrepublik China“ [最高人民法院关于适用《中华人民共和国民事诉讼法》的解释] vom 30.1.2015 in der Fassung vom 23.12.2020, chinesischer Text abrufbar unter <lawinfochina.com> [北大法律英文网]/<pkulaw.cn> [北大法宝], Indexnummer [法宝引证码] CLI.3.349767.

当事人不服地方人民法院第一审裁定的，有权在裁定书送达之日起十日内向上一级人民法院提起上诉。

第一百七十二条 上诉应当递交上诉状。上诉状的内容，应当包括当事人的姓名，法人的名称及其法定代表人的姓名或者其他组织的名称及其主要负责人的姓名；原审人民法院名称、案件的编号和案由；上诉的请求和理由。

第一百七十三条 上诉状应当通过原审人民法院提出，并按照对方当事人或者代表人的人数提出副本。

当事人直接向第二审人民法院上诉的，第二审人民法院应当在五日内将上诉状移交原审人民法院。

第一百七十四条 原审人民法院收到上诉状，应当在五日内将上诉状副本送达对方当事人，对方当事人在收到之日起十五日内提出答辩状。人民法院应当在收到答辩状之日起五日内将副本送达上诉人。对方当事人不提出答辩状的，不影响人民法院审理。

原审人民法院收到上诉状、答辩状，应当在五日内连同全部案卷和证据，报送第二审人民法院。

第一百七十五条 第二审人民法院应当对上诉请求的有关事实和适用法律进行审查。

第一百七十六条 第二审人民法院对上诉案件应当开庭审理。经过阅卷、调查和询问当事人，对没有提出新的事实、证据或者理由，人民法院认为不需要开庭审理的，可以不开庭审理。

第二审人民法院审理上诉案件，可以在本院进行，也可以到案件发生地或者原审人民法院所在地进行。

第一百七十七条 第二审人民法院对上诉案件，经过审理，按照下列情形，分别处理：

(一) 原判决、裁定认定事实清楚，适用法律正确的，以判决、裁定方式驳回上诉，维持原判决、裁定；

Wenn Parteien sich einem Beschluss erster Instanz eines örtlichen Volksgerichts nicht unterwerfen wollen, sind sie berechtigt, innerhalb von zehn Tagen vom Tag der Zustellung des schriftlichen Beschlusses an beim nächsthöheren Volksgericht Berufung einzulegen.

§ 172 [Berufungsschrift; = § 165 ZPG 2017] Zur Berufung muss eine Berufungsschrift übergeben werden. Die Berufungsschrift muss die Namen der Parteien bzw. die Bezeichnung juristischer Personen und die Namen ihrer gesetzlichen Repräsentanten bzw. die Bezeichnung anderer Organisationen und die Namen ihrer Hauptverantwortlichen, die Bezeichnung des Volksgerichts, das den Fall ursprünglich [in erster Instanz] behandelt hat, das Aktenzeichen des Falles und den Klagegrund, das Berufungsverlangen und die Gründe [dafür] enthalten.

§ 173 [Einreichen der Berufungsschrift; = § 166 ZPG 2017] Die Berufungsschrift muss über das Volksgericht eingereicht werden, das den Fall ursprünglich [in erster Instanz] behandelt hat, zusammen mit Kopien entsprechend der Anzahl der Gegenparteien oder ihrer Repräsentanten.

Wenn eine Partei direkt beim Volksgericht zweiter Instanz Berufung einlegt, muss das Volksgericht zweiter Instanz innerhalb von fünf Tagen die Berufungsschrift dem Volksgericht übermitteln, das den Fall ursprünglich behandelt hat.

§ 174 [Zustellung der Berufungsschrift, Berufungserwiderung; = § 167 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht, das den Fall ursprünglich behandelt hat, die Berufungsschrift erhalten hat, muss es innerhalb von fünf Tagen Kopien der Berufungsschrift den Gegenparteien zustellen; diese reichen vom Tag des Erhalts an innerhalb von 15 Tagen eine Klageerwiderungsschrift ein. Das Volksgericht muss vom Tag des Erhalts der Klageerwiderungsschrift an innerhalb von fünf Tagen dem Berufungskläger eine Kopie zustellen. Wenn die Gegenpartei keine Klageerwiderungsschrift einreicht, hindert dies das Volksgericht nicht an der Behandlung des Falles.

Wenn das Volksgericht, das den Fall ursprünglich behandelt hat, die Berufungsschrift und die Klageerwiderungsschrift erhalten hat, muss es [sie] innerhalb von fünf Tagen zusammen mit den gesamten Akten und Beweisen dem Volksgericht zweiter Instanz übersenden.

§ 175 [Prüfungsumfang des Berufungsgerichts; = § 168 ZPG 2017] Das Volksgericht zweiter Instanz muss die auf das Berufungsverlangen bezüglichen Tatsachen und das angewandte Recht überprüfen.

§ 176 [Behandlung mit oder ohne Sitzung; vgl. § 169 ZPG 2017³⁴] Das Volksgericht zweiter Instanz muss Berufungsfälle in Sitzungen behandeln. Wenn keine neuen Tatsachen, Beweise oder Gründe eingereicht werden [und] das Volksgericht mittels Durchsicht der Akten, Untersuchung und Befragung der Parteien zu der Ansicht gelangt, dass eine Behandlung in der Sitzung nicht erforderlich ist, braucht [der Fall] nicht in einer Sitzung behandelt zu werden.

Das Volksgericht zweiter Instanz kann die Behandlung eines Berufungsfalles in diesem Gericht durchführen, aber auch an dem Ort, an dem der Fall entstanden ist, oder an dem Ort des Volksgerichts, das [den Fall] ursprünglich behandelt hat.

§ 177 [Entscheidung des Berufungsgerichts; = § 170 ZPG 2017] Das Volksgericht zweiter Instanz erledigt Berufungsfälle, nachdem es sie behandelt hat, je nach den Umständen wie folgt:

1. Wenn die im ursprünglichen Urteil [bzw.] in dem ursprünglichen Beschluss festgestellten Tatsachen klar sind und das Gesetz richtig angewandt worden ist, wird die Berufung in Form eines Urteils bzw. eines Beschlusses zurückverwiesen und das ursprüngliche Urteil bzw. der ursprüngliche Beschluss aufrechterhalten;

³⁴ Abs. 1 geändert: Das Volksgericht muss für Berufungsfälle keine Kollegien mehr bilden (sondern kann diese Fälle einem Einzelrichter übertragen).

(二) 原判决、裁定认定事实错误或者适用法律错误的,以判决、裁定方式依法改判、撤销或者变更;

(三) 原判决认定基本事实不清的,裁定撤销原判决,发回原审人民法院重审,或者查清事实后改判;

(四) 原判决遗漏当事人或者违法缺席判决等严重违反法定程序的,裁定撤销原判决,发回原审人民法院重审。

原审人民法院对发回重审的案件作出判决后,当事人提起上诉的,第二审人民法院不得再次发回重审。

第一百七十八条 第二审人民法院对不服第一审人民法院裁定的上诉案件的处理,一律使用裁定。

第一百七十九条 第二审人民法院审理上诉案件,可以进行调解。调解达成协议,应当制作调解书,由审判人员、书记员署名,加盖人民法院印章。调解书送达后,原审人民法院的判决即视为撤销。

第一百八十条 第二审人民法院判决宣告前,上诉人申请撤回上诉的,是否准许,由第二审人民法院裁定。

第一百八十一条 第二审人民法院审理上诉案件,除依照本章规定外,适用第一审普通程序。

第一百八十二条 第二审人民法院的判决、裁定,是终审的判决、裁定。

第一百八十三条 人民法院审理对判决的上诉案件,应当在第二审立案之日起三个月内审结。有特殊情况需要延长的,由本院院长批准。

人民法院审理对裁定的上诉案件,应当在第二审立案之日起三十日内作出终审裁定。

2. wenn im ursprünglichen Urteil [bzw.] in dem ursprünglichen Beschluss Tatsachen falsch festgestellt worden sind oder das Gesetz falsch angewandt wurde, ergeht in Form eines Urteils bzw. eines Beschlusses nach dem Recht ein abgeändertes Urteil oder es wird in Form eines Urteils bzw. eines Beschlusses nach dem Recht aufgehoben oder geändert;

3. wenn die im ursprünglichen Urteil festgestellten Grundtatsachen unklar sind, wird die Aufhebung des ursprünglichen Urteils beschlossen [und] der Fall an das Volksgericht, das den Fall ursprünglich behandelt hat, zur erneuten Behandlung zurückverwiesen oder es ergeht nach Klärung der Tatsachen ein abgeändertes Urteil;

4. wenn bei dem ursprünglichen Urteil das gesetzlich bestimmte Verfahren erheblich verletzt worden ist, [indem] etwa eine Partei übergangen wurde oder ein vorschriftswidriges Versäumnisurteil ergangen ist, wird die Aufhebung des ursprünglichen Urteils beschlossen und der Fall an das Volksgericht, das den Fall ursprünglich behandelt hat, zur erneuten Behandlung zurückverwiesen.

Wenn, nachdem das Volksgericht, das [den Fall] ursprünglich behandelt hat, für Fälle, die zur erneuten Behandlung zurückverwiesen wurden, ein Urteil erlassen hat, eine Partei Berufung einlegt, darf das Volksgericht zweiter Instanz kein weiteres Mal eine erneute Behandlung zurückverweisen.

§ 178 [Form der Entscheidung bei Berufung gegen Beschlüsse erster Instanz; = § 171 ZPG 2017] Zur Erledigung von Berufungsfällen, die sich gegen Beschlüsse des Volksgerichts erster Instanz richten, verwendet das Volksgericht zweiter Instanz stets Beschlüsse.

§ 179 [Schlichtung in der zweiten Instanz; = § 172 ZPG 2017] Das Volksgericht zweiter Instanz kann bei der Behandlung von Berufungsfällen eine Schlichtung durchführen. Über eine mit Schlichtung erzielte Vereinbarung muss eine Schlichtungsurkunde erstellt, von den Richtern und Schöffen und dem Sekretär unterzeichnet und mit dem Siegel des Volksgerichts gesiegelt werden. Nach Zustellung der Schlichtungsurkunde gilt das Urteil des Volksgerichts, das den Fall ursprünglich behandelt hat, als aufgehoben.

§ 180 [Rücknahme der Berufung; = § 173 ZPG 2017] Ob dem Berufungskläger, der vor der Verkündung des Urteils durch das Volksgericht zweiter Instanz die Rücknahme der Berufung beantragt, dies gestattet wird, beschließt das Volksgericht zweiter Instanz.

§ 181 [Verweis auf die Vorschriften des gewöhnlichen Verfahrens; = § 174 ZPG 2017] Das Volksgericht zweiter Instanz wendet bei der Behandlung von Berufungsfällen außer den Vorschriften dieses Kapitels das gewöhnliche Verfahren erster Instanz an.

§ 182 [Berufung als abschließende Instanz; = § 175 ZPG 2017] Urteile und Beschlüsse des Volksgerichts zweiter Instanz sind die Behandlung des Falles abschließende Urteile und Beschlüsse.

§ 183 [Frist für den Abschluss des Berufungsverfahrens; = § 176 ZPG 2017] Wenn ein Volksgericht Fälle von Berufungen gegen Urteile behandelt, muss es vom Tage der Eröffnung des Verfahrens zweiter Instanz an innerhalb von drei Monaten die Behandlung abschließen. Wenn besondere Umstände eine Verlängerung erfordern, wird diese vom Vorsitzenden dieses Gerichts genehmigt.

Wenn ein Volksgericht Fälle von Berufungen gegen Beschlüsse behandelt, muss es vom Tage der Eröffnung des Verfahrens zweiter Instanz an innerhalb von 30 Tagen einen die Behandlung abschließenden Beschluss erlassen.

第十五章 特别程序

第一节 一般规定

第一百八十四条 人民法院审理选民资格案件、宣告失踪或者宣告死亡案件、认定公民无民事行为能力或者限制民事行为能力案件、认定财产无主案件、确认调解协议案件和实现担保物权案件，适用本章规定。本章没有规定的，适用本法和法律的其他有关规定。

第一百八十五条 依照本章程序审理的案件，实行一审终审。选民资格案件或者重大、疑难的案件，由审判员组成合议庭审理；其他案件由审判员一人独任审理。

第一百八十六条 人民法院在依照本章程序审理案件的过程中，发现本案属于民事权益争议的，应当裁定终结特别程序，并告知利害关系人可以另行起诉。

第一百八十七条 人民法院适用特别程序审理的案件，应当在立案之日起三十日内或者公告期满后三十日内审结。有特殊情况需要延长的，由本院院长批准。但审理选民资格的案件除外。

第二节 选民资格案件

第一百八十八条 公民不服选举委员会对选民资格的申诉所作的处理决定，可以在选举日的五日以前向选区所在地基层人民法院起诉。

第一百八十九条 人民法院受理选民资格案件后，必须在选举日前审结。

审理时，起诉人、选举委员会的代表和有关公民必须参加。

人民法院的判决书，应当在选举日前送达选举委员会和起诉人，并通知有关公民。

15. Kapitel: Besondere Verfahren

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 184 [Verweis auf Vorschriften dieses Gesetzes und anderer Gesetze; = § 177 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht Fälle der [Prüfung der] Qualifikation als Wähler, Fälle von Verschollen- und Todeserklärungen, Fälle der Feststellung der Zivilgeschäftsunfähigkeit oder beschränkter Zivilgeschäftsfähigkeit, Fälle der Feststellung der Herrenlosigkeit von Vermögensgütern, Fälle der Bestätigung von Schlichtungsvereinbarungen oder Fälle der Verwertung dinglicher Sicherheiten behandelt, werden die Bestimmungen dieses Absatzes angewandt. Soweit dieser Absatz keine Bestimmungen enthält, werden die einschlägigen Bestimmungen dieses Gesetzes und anderer Gesetze angewandt.

§ 185 [Abschluss des Verfahrens in einer Instanz, Kollegium oder Einzelrichter; = § 178 ZPG 2017] Die im Verfahren nach diesem Kapitel behandelten Fälle werden in einer Instanz abschließend behandelt. Fälle der Qualifikation als Wähler und große, zweifelhafte und schwierige Fälle werden von einem aus Richtern gebildeten Kollegium behandelt; andere Fälle werden von einem Richter als Einzelrichter behandelt.

§ 186 [Übergang in anderes Verfahren; = § 179 ZPG 2017] Bemerkt das Volksgericht im Verlauf der Behandlung eines Falles nach dem Verfahren dieses Kapitels, dass der Fall zu den Streitigkeiten um zivilrechtliche Rechte und Interessen gehört, so muss es das besondere Verfahren mit Beschluss beenden und diejenigen, deren Interessen durch den Fall berührt werden, auf eine anderweitige Klage verweisen.

§ 187 [Frist für den Abschluss besonderer Verfahren; = § 180 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht Fälle unter Anwendung des besonderen Verfahrens behandelt, muss es die Behandlung innerhalb von 30 Tagen vom Tage der Eröffnung des Verfahrens ab bzw. innerhalb von 30 Tagen nach Ablauf der Bekanntmachungsfrist abschließen. Wenn besondere Umstände eine Verlängerung erfordern, wird diese vom Vorsitzenden dieses Gerichts genehmigt. Ausgenommen ist aber die Behandlung von Fällen der Qualifikation als Wähler.

2. Abschnitt: Fälle der Qualifikation als Wähler

§ 188 [Beschwerdefrist; = § 181 ZPG 2017] Wenn sich ein Bürger einer Entscheidung³⁵ nicht unterwerfen will, die der Wahlausschuss zur Regelung einer Beschwerde zur Qualifikation als Wähler getroffen hat, kann er bis fünf Tage vor der Wahl beim Volksgericht der Grundstufe des Wahlbezirks Klage erheben.

§ 189 [Verfahren; = § 182 ZPG 2017] Nachdem das Volksgericht einen Fall der Qualifikation als Wähler angenommen hat, hat es seine Behandlung vor dem Wahltag abzuschließen.

An der Behandlung des Falles haben sich der Kläger, Vertreter des Wahlausschusses und die [sonst] betroffenen Bürger zu beteiligen.

Das schriftliche Urteil des Volksgerichts muss vor dem Wahltag dem Wahlausschuss und dem Kläger zugestellt und den [sonst] betroffenen Bürgern mitgeteilt werden.

³⁵ Siehe Fn. 22.

第三节 宣告失踪、宣告死亡案件

第一百九十条 公民下落不明满二年，利害关系人申请宣告其失踪的，向下落不明人住所地基层人民法院提出。

申请书应当写明失踪的事实、时间和请求，并附有公安机关或者其他有关机关关于该公民下落不明的书面证明。

第一百九十一条 公民下落不明满四年，或者因意外事件下落不明满二年，或者因意外事件下落不明，经有关机关证明该公民不可能生存，利害关系人申请宣告其死亡的，向下落不明人住所地基层人民法院提出。

申请书应当写明下落不明的事实、时间和请求，并附有公安机关或者其他有关机关关于该公民下落不明的书面证明。

第一百九十二条 人民法院受理宣告失踪、宣告死亡案件后，应当发出寻找下落不明人的公告。宣告失踪的公告期间为三个月，宣告死亡的公告期间为一年。因意外事件下落不明，经有关机关证明该公民不可能生存的，宣告死亡的公告期间为三个月。

公告期间届满，人民法院应当根据被宣告失踪、宣告死亡的事实是否得到确认，作出宣告失踪、宣告死亡的判决或者驳回申请的判决。

第一百九十三条 被宣告失踪、宣告死亡的公民重新出现，经本人或者利害关系人申请，人民法院应当作出新判决，撤销原判决。

第四节 认定公民无民事行为能力、限制民事行为能力案件

第一百九十四条 申请认定公民无民事行为能力或者限制民事行为能力，由利害关系人或者有关组织向该公民住所地基层人民法院提出。

3. Abschnitt: Fälle von Verschollen- und Todeserklärungen

§ 190 [Antrag auf Verschollenheitserklärung; = § 183 ZPG 2017] Wenn jemand, dessen Interessen durch den Fall berührt werden, beantragt, einen Bürger, dessen Verbleib seit mindestens zwei Jahren unklar ist, für verschollen zu erklären, reicht er [diesen Antrag] bei dem Volksgericht der Grundstufe des Wohnsitzes des Bürgers ein, dessen Verbleib unklar ist.

Die Antragschrift muss die Umstände und die Zeit des Verschollenwerdens und das [Antrags-]Verlangen angeben und schriftliche Nachweise der Behörden für öffentliche Sicherheit oder anderer betroffener Behörden zur Unklarheit des Verbleibs dieses Bürgers beifügen.

§ 191 [Antrag auf Todeserklärung, Antragschrift; vgl. § 184 ZPG 2017³⁶] Wenn jemand, dessen Interessen durch den Fall berührt werden, beantragt, einen Bürger, dessen Verbleib seit mindestens vier Jahren unklar ist oder dessen Verbleib infolge eines unvorhergesehenen Ereignisses seit mindestens zwei Jahren unklar ist oder dessen Verbleib infolge eines unvorhergesehenen Ereignisses unklar ist und der nach den Nachweisen betroffener Behörden nicht überlebt haben kann, für tot zu erklären, reicht er [diesen Antrag] bei dem Volksgericht der Grundstufe des Wohnsitzes des Bürgers ein, dessen Verbleib unklar ist.

Die Antragschrift muss die Umstände [und] die Zeit der Unklarheit des Verbleibs und die [Antrags-]Verlangen angeben und schriftliche Nachweise der Behörden für öffentliche Sicherheit oder anderer betroffener Behörden zur Unklarheit des Verbleibs dieses Bürgers beifügen.

§ 192 [Bekanntmachung, Entscheidung über den Antrag; vgl. § 185 ZPG 2017³⁷] Nach der Annahme eines Falles einer Todes- [oder] Verschollenheitserklärung muss das Volksgericht eine Bekanntmachung zur Suche nach demjenigen herausgeben, dessen Verbleib unklar ist. Bei Verschollenheitserklärungen beträgt die Bekanntmachungsfrist drei Monate, bei Todeserklärungen ein Jahr. Ist der Verbleib eines Bürgers infolge eines unvorhergesehenen Ereignisses unklar und von einer betroffenen Behörde nachgewiesen, dass er nicht überlebt haben kann, so beträgt die Bekanntmachungsfrist bei der Todeserklärung drei Monate.

Nach Ablauf der Bekanntmachungsfrist muss das Volksgericht, je nachdem ob die Tatsachen zur Verschollen- bzw. Todeserklärung bestätigt werden konnten oder nicht, ein Urteil mit der Verschollen- bzw. Todeserklärung erlassen oder aber ein Urteil, das den Antrag zurückweist.

§ 193 [Antrag auf Aufhebung des Urteils; = § 186 ZPG 2017] Taucht der für verschollen bzw. tot erklärte Bürger wieder auf, so muss auf seinen Antrag oder auf den Antrag von jemandem, dessen Interessen durch den Fall berührt werden, das Volksgericht ein neues Urteil erlassen und das ursprüngliche Urteil aufheben.

4. Abschnitt: Fälle der Feststellung der Zivilgeschäftsunfähigkeit oder beschränkter Zivilgeschäftsfähigkeit von Bürgern

§ 194 [Zuständigkeit, Antragschrift; vgl. § 187 ZPG 2017³⁸] Der Antrag auf die Feststellung der Zivilgeschäftsunfähigkeit oder beschränkter Zivilgeschäftsfähigkeit eines Bürgers wird von jemandem, dessen Interessen durch den Fall berührt werden, oder einer betroffenen Organisation bei dem Volksgericht der Grundstufe des Wohnsitzes dieses Bürgers gestellt.

³⁶ Anpassung an die Formulierung im ZGB („意外事件“ statt „意外事故“) in Abs. 1.

³⁷ Anpassung an die Formulierung im ZGB („意外事件“ statt „意外事故“) in Abs. 1.

³⁸ Änderung des Abs. 1: Antragsbefugt sind nicht mehr „nahe Verwandte oder sonst jemand, dessen Interessen durch den Fall berührt werden“ (sondern in Übereinstimmung mit § 24 Abs. 1 ZGB Interessierte oder eine betreffende Organisation).

申请书应当写明该公民无民事行为能力或者限制民事行为能力的
事实和根据。

第一百九十五条 人民法院受理申请后，必要时应当对被请求认定为无民事行为能力或者限制民事行为能力的公民进行鉴定。申请人已提供鉴定意见的，应当对鉴定意见进行审查。

第一百九十六条 人民法院审理认定公民无民事行为能力或者限制民事行为能力的案件，应当由该公民的近亲属为代理人，但申请人除外。近亲属互相推诿的，由人民法院指定其中一人为代理人。该公民健康状况许可的，还应当询问本人的意见。

人民法院经审理认定申请有事实根据的，判决该公民为无民事行为能力或者限制民事行为能力人；认定申请没有事实根据的，应当判决予以驳回。

第一百九十七条 人民法院根据被认定为无民事行为能力人、限制民事行为能力人本人、利害关系人或者有关组织的申请，证实该公民无民事行为能力或者限制民事行为能力的原因为已经消除的，应当作出新判决，撤销原判决。

第五节 认定财产无主案件

第一百九十八条 申请认定财产无主，由公民、法人或者其他组织向财产所在地基层人民法院提出。

申请书应当写明财产的种类、数量以及要求认定财产无主的根据。

第一百九十九条 人民法院受理申请后，经审查核实，应当发出财产认领公告。公告满一年无人认领的，判决认定财产无主，收归国家或者集体所有。

Die Antragschrift muss die Tatsachen und Grundlagen der fehlenden bzw. beschränkten Zivilgeschäftsfähigkeit dieses Bürgers angeben.

§ 195 [Sachverständigengutachten; = § 188 ZPG 2017] Nachdem das Volksgericht den Antrag angenommen hat, muss es nötigenfalls eine sachverständige Begutachtung über den Bürger durchführen, dessen Zivilgeschäftsunfähigkeit bzw. beschränkte Zivilgeschäftsfähigkeit festzustellen verlangt wird. Ein Sachverständigengutachten, das der Antragsteller eingereicht hat, muss überprüft werden.

§ 196 [Vertreter des Antragsgegners, Entscheidung über den Antrag; = § 189 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht Fälle der Feststellung der Zivilgeschäftsunfähigkeit oder beschränkter Zivilgeschäftsfähigkeit von Bürgern behandelt, muss es nahe Verwandte dieses Bürgers, jedoch nicht den Antragsteller, als seinen Vertreter nehmen. Wenn die nahen Verwandten [diese Aufgabe] gegenseitig abschieben, wird einer davon vom Volksgericht zum Vertreter bestimmt. Wenn der Gesundheitszustand dieses Bürgers es erlaubt, muss er auch selbst nach seiner Meinung gefragt werden.

Wenn das Volksgericht bei der Behandlung des Falles feststellt, dass der Antrag auf Tatsachen beruht, urteilt es, dass dieser Bürger zivilgeschäftsunfähig bzw. beschränkt zivilgeschäftsfähig ist; wenn es feststellt, dass der Antrag nicht auf Tatsachen beruht, muss es [den Antrag] mit Urteil zurückweisen.

§ 197 [Antrag auf Aufhebung des Urteils; vgl. § 190 ZPG 2017³⁹] Wenn dem Volksgericht aufgrund eines Antrags desjenigen, dessen Zivilgeschäftsunfähigkeit bzw. beschränkte Zivilgeschäftsfähigkeit festgestellt worden ist, bzw. auf Antrag eines am Fall Interessierten oder einer betroffenen Organisation nachgewiesen wird, dass die Gründe der Zivilgeschäftsunfähigkeit bzw. beschränkten Zivilgeschäftsfähigkeit dieses Bürgers entfallen sind, muss das Volksgericht ein neues Urteil erlassen [und] das ursprüngliche Urteil aufheben.

5. Abschnitt: Fälle der Feststellung der Herrenlosigkeit von Vermögensgütern

§ 198 [Zuständigkeit, Antragschrift; = § 191 ZPG 2017] Anträge auf Feststellung der Herrenlosigkeit von Vermögensgütern werden von Bürgern, juristischen Personen oder anderen Organisationen beim Volksgericht der Grundstufe des Ortes des Vermögensguts eingereicht.

Die Antragschrift muss Art und Menge des Vermögensguts und die Grundlagen für das Verlangen nach Feststellung der Herrenlosigkeit des Vermögensguts angeben.

§ 199 [Bekanntmachung, Frist, Entscheidung über den Antrag; = § 192 ZPG 2017] Wenn, nachdem das Volksgericht den Antrag angenommen hat, [seine] Überprüfung die Richtigkeit [der Gründe für die Herrenlosigkeit] ergibt, muss eine Bekanntmachung herausgegeben werden, die [Berechtigte] auffordert, [das Vermögensgut] zu beanspruchen. Wenn ein Jahr nach der Bekanntmachung niemand [das Vermögensgut] beansprucht hat, wird durch Urteil festgestellt, dass das Vermögensgut herrenlos ist und ins Eigentum des Staates oder eines Kollektivs fällt.

³⁹ Antragsbefugt ist (neben dem Betroffenen) nicht mehr der Vormund (sondern in Übereinstimmung mit § 24 Abs. 2 ZGB Interessierte oder eine betreffende Organisation).

第二百条 判决认定财产无主后，原财产所有人或者继承人出现，在民法典规定的诉讼时效期间可以对财产提出请求，人民法院审查属实后，应当作出新判决，撤销原判决。

第六节 确认调解协议案件

第二百零一条 经依法设立的调解组织调解达成调解协议，申请司法确认的，由双方当事人自调解协议生效之日起三十日内，共同向下列人民法院提出：

(一) 人民法院邀请调解组织开展先行调解的，向作出邀请的人民法院提出；

(二) 调解组织自行开展调解的，向当事人住所地、标的物所在地、调解组织所在地的基层人民法院提出；调解协议所涉纠纷应当由中级人民法院管辖的，向相应的中级人民法院提出。

第二百零二条 人民法院受理申请后，经审查，符合法律规定的，裁定调解协议有效，一方当事人拒绝履行或者未全部履行的，对方当事人可以向人民法院申请执行；不符合法律规定的，裁定驳回申请，当事人可以通过调解方式变更原调解协议或者达成新的调解协议，也可以向人民法院提起诉讼。

第七节 实现担保物权案件

第二百零三条 申请实现担保物权，由担保物权人以及其他有权请求实现担保物权的人依照民法典等法律，向担保财产所在地或者担保物权登记地基层人民法院提出。

第二百零四条 人民法院受理申请后，经审查，符合法律规定的，裁定拍卖、变卖担保财产，当事人依据该裁定可以向人民法院申请执行；不符合法律规定的，裁定驳回申请，当事人可以向人民法院提起诉讼。

§ 200 [Antrag auf Aufhebung des Urteils; vgl. § 193 ZPG 2017⁴⁰] Wenn der ursprüngliche Eigentümer oder ein Erbe eines Vermögensguts auftaucht, das durch ein Urteil als herrenlos festgestellt worden ist, kann er innerhalb der im Zivilgesetzbuch bestimmten Klageverjährungsfrist Verlangen in Bezug auf das Vermögensgut geltend machen; nachdem das Volksgericht [seine Identität] überprüft und für wahr befunden hat, muss es ein neues Urteil erlassen und das ursprüngliche Urteil aufheben.

6. Abschnitt: Fälle der Bestätigung von Schlichtungsvereinbarungen

§ 201 [Antrag, Zuständigkeit; vgl. § 194 ZPG 2017⁴¹] Wird die justizielle Bestätigung einer Schlichtungsvereinbarung beantragt, die durch Schlichtung vor einer nach dem Recht errichteten Schlichtungsorganisation erzielt worden ist, reichen beide Parteien [den Antrag] gemeinsam innerhalb von 30 Tagen von dem Tag des Wirksamwerdens der Schlichtungsvereinbarung an bei folgenden Volksgerichten ein:

1. Hat das Volksgericht die Schlichtungsorganisation gebeten, zunächst eine Schlichtung durchzuführen, wird [der Antrag] bei dem Volksgericht eingereicht, das [hierum] gebeten hat;

2. hat die Schlichtungsorganisation von sich aus die Schlichtung durchgeführt, wird [der Antrag] beim Volksgericht der Grundstufe an dem Wohnsitz der Partei, dem Ort des Gegenstandes [oder] dem Ort der Schlichtungsorganisation eingereicht; ist ein Volksgericht der Mittelstufe für Streitigkeiten, die die Schlichtungsvereinbarung betreffen, zuständig, wird [der Antrag] beim entsprechenden Volksgericht der Mittelstufe eingereicht.

§ 202 [Entscheidung über den Antrag, Vollstreckung; = § 195 ZPG 2017] Nachdem das Volksgericht den Antrag angenommen und geprüft hat, dass er den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, beschließt es die Wirksamkeit der Schlichtungsvereinbarung; wenn eine Partei die Erfüllung [der Schlichtungsvereinbarung] verweigert oder nicht vollständig erfüllt, kann die andere Partei beim Volksgericht die Vollstreckung beantragen; wenn [der Antrag] nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, beschließt es die Zurückweisung des Antrags; die Parteien können in Form einer Schlichtung die ursprüngliche Schlichtungsvereinbarung ändern oder eine neue Schlichtungsvereinbarung abschließen; sie können auch beim Volksgericht Klage erheben.

7. Abschnitt: Fälle der Verwertung dinglicher Sicherheiten

§ 203 [Antrag, Zuständigkeit; vgl. § 196 ZPG 2017⁴²] Bei Beantragung der Verwertung dinglicher Sicherheiten wird [der Antrag] vom dinglichen Sicherungsnehmer oder von anderen Personen, die berechtigt sind, Verwertung dinglicher Sicherheiten zu verlangen, gemäß dem Zivilgesetzbuch und anderen Gesetzen beim Volksgericht der Grundstufe am Ort, an dem sich das Sicherungsvermögen befindet oder das dingliche Sicherungsrecht registriert wurde, eingereicht.

§ 204 [Entscheidung über den Antrag, Vollstreckung; = § 197 ZPG 2017] Nachdem das Volksgericht den Antrag angenommen und geprüft hat, dass er den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, beschließt es die Versteigerung oder den freihändigen Verkauf des Sicherungsvermögens; die Parteien können gemäß dieses Beschlusses beim Volksgericht die Vollstreckung beantragen; wenn [der Antrag] nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, beschließt es die Zurückweisung des Antrags; die Parteien können beim Volksgericht Klage erheben.

⁴⁰ Anpassung der Verweisung (auf das Zivilgesetzbuch statt auf die Allgemeinen Grundsätze des Zivilrechts).

⁴¹ Bislang war (nur) das Volksgericht der Grundstufe am Ort der Schlichtungsinstitution zuständig. Nun wird im Hinblick auf die Zuständigkeit differenziert.

⁴² Anpassung der Verweisung (auf das Zivilgesetzbuch statt auf das Sachenrechtsgesetz).

第十六章 审判监督程序

第二百零五条 各级人民法院院长对本院已经发生法律效力判决、裁定、调解书，发现确有错误，认为需要再审的，应当提交审判委员会讨论决定。

最高人民法院对地方各级人民法院已经发生法律效力判决、裁定、调解书，上级人民法院对下级人民法院已经发生法律效力判决、裁定、调解书，发现确有错误的，有权提审或者指令下级人民法院再审。

第二百零六条 当事人对已经发生法律效力判决、裁定，认为有错误的，可以向上一级人民法院申请再审；当事人一方人数众多或者当事人双方为公民的案件，也可以向原审人民法院申请再审。当事人申请再审的，不停止判决、裁定的执行。

第二百零七条 当事人的申请符合下列情形之一的，人民法院应当再审：

(一) 有新的证据，足以推翻原判决、裁定的；

(二) 原判决、裁定认定的基本事实缺乏证据证明的；

(三) 原判决、裁定认定事实的主要证据是伪造的；

(四) 原判决、裁定认定事实的主要证据未经质证的；

(五) 对审理案件需要的主要证据，当事人因客观原因不能自行收集，书面申请人民法院调查收集，人民法院未调查收集的；

(六) 原判决、裁定适用法律确有错误的；

(七) 审判组织的组成不合法或者依法应当回避的审判人员没有回避的；

(八) 无诉讼行为能力人未经法定代理人代为诉讼或者应当参加诉讼的当事人，因不能归责于本人或者其诉讼代理人的事由，未参加诉讼的；

(九) 违反法律规定，剥夺当事人辩论权利的；

16. Kapitel: Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen

§ 205 [Wiederaufnahme von Amts wegen; = § 198 ZPG 2017] Wenn der Vorsitzende des Volksgerichts irgendeiner Stufe bemerkt, dass rechtskräftige Urteile, Beschlüsse oder Schlichtungsurkunden seines Gerichts entschieden fehlerhaft sind, und er der Ansicht ist, dass ihre Wiederaufnahme erforderlich ist, muss er sie dem Rechtsprechungsausschuss zur Erörterung und Entscheidung⁴³ übergeben.

Wenn das Oberste Volksgericht bemerkt, dass rechtskräftige Urteile, Beschlüsse oder Schlichtungsurkunden eines örtlichen Volksgerichts irgendeiner Stufe, oder wenn ein Volksgericht höherer Stufe bemerkt, dass rechtskräftige Urteile, Beschlüsse oder Schlichtungsurkunden eines Volksgerichts tieferer Stufe entschieden fehlerhaft sind, ist es berechtigt, die Behandlung des Falles an sich zu ziehen oder das Volksgericht niedrigerer Stufe anzuweisen, den Fall wiederaufzunehmen.

§ 206 [Wiederaufnahme auf Antrag der Parteien; = § 199 ZPG 2017] Wenn Parteien der Ansicht sind, dass rechtskräftige Urteile oder Beschlüsse fehlerhaft sind, können sie beim nächsthöheren Volksgericht die Wiederaufnahme des Falles beantragen; in Fällen, in denen die Zahl der Parteien auf einer Seite groß ist oder die Parteien beider Seiten Bürger [= natürliche Personen] sind, können sie auch beim Gericht, das [den Fall] ursprünglich behandelt hat, eine Wiederaufnahme beantragen. Wenn Parteien eine Wiederaufnahme beantragen, wird die Vollstreckung des Urteils bzw. des Beschlusses nicht eingestellt.

§ 207 [Wiederaufnahmegründe; = § 200 ZPG 2017] Wenn der Antrag einer Partei einem der folgenden Umstände entspricht, muss das Volksgericht wiederaufnehmen:

1. wenn es neue Beweise gibt, die genügen, um das ursprüngliche Urteil bzw. den ursprünglichen Beschluss zu Fall zu bringen;

2. wenn Beweise für im ursprünglichen Urteil bzw. in dem ursprünglichen Beschluss festgestellte Grundtatsachen fehlen;

3. wenn die Hauptbeweise für im ursprünglichen Urteil bzw. in dem ursprünglichen Beschluss festgestellte Tatsachen gefälscht sind;

4. wenn die Hauptbeweise für im ursprünglichen Urteil bzw. in dem ursprünglichen Beschluss festgestellte Tatsachen nicht nachgeprüft worden sind;

5. wenn für die Behandlung des Falles notwendige Hauptbeweise, welche von den Parteien aus objektiven Gründen nicht gesammelt werden konnten und deren Untersuchung und Sammlung sie beim Volksgericht schriftlich beantragt haben, vom Volksgericht nicht untersucht und gesammelt worden sind;

6. wenn die Rechtsanwendung im ursprünglichen Urteil bzw. in dem ursprünglichen Beschluss entschieden fehlerhaft ist;

7. wenn die zur Behandlung [des Falles] organisierte Zusammensetzung [des Gerichts] nicht dem Recht entspricht oder Richter und Schöffen, die nach dem Recht [von der Behandlung des Falles] ausgeschlossen werden müssen, nicht ausgeschlossen worden sind;

8. wenn ein nicht Prozesshandlungsfähiger den Prozess geführt hat, ohne vom gesetzlichen Vertreter vertreten zu sein, oder eine Partei, die am Prozess teilnehmen muss, aus Gründen, für die nicht sie selbst oder ihr Prozessvertreter verantwortlich ist, nicht am Prozess teilgenommen hat;

9. wenn in Verletzung gesetzlicher Bestimmungen einer Partei das Recht genommen worden ist, streitig zu verhandeln;

⁴³ Siehe Fn. 22.

(十) 未经传票传唤, 缺席判决的;

(十一) 原判决、裁定遗漏或者超出诉讼请求的;

(十二) 据以作出原判决、裁定的法律文书被撤销或者变更的;

(十三) 审判人员审理该案件时有贪污受贿, 徇私舞弊, 枉法裁判行为的。

第二百零八条 当事人对已经发生法律效力调解书, 提出证据证明调解违反自愿原则或者调解协议的内容违反法律的, 可以申请再审。经人民法院审查属实的, 应当再审。

第二百零九条 当事人对已经发生法律效力解除婚姻关系的判决、调解书, 不得申请再审。

第二百一十条 当事人申请再审的, 应当提交再审申请书等材料。人民法院应当自收到再审申请书之日起五日内将再审申请书副本发送对方当事人。对方当事人应当自收到再审申请书副本之日起十五日内提交书面意见; 不提交书面意见的, 不影响人民法院审查。人民法院可以要求申请人和对方当事人补充有关材料, 询问有关事项。

第二百一十一条 人民法院应当自收到再审申请书之日起三个月内审查, 符合本法规定的, 裁定再审; 不符合本法规定的, 裁定驳回申请。有特殊情况需要延长的, 由本院院长批准。

因当事人申请裁定再审的案件由中级人民法院以上的人民法院审理, 但当事人依照本法第二百零六条的规定选择向基层人民法院申请再审的除外。最高人民法院、高级人民法院裁定再审的案件, 由本院再审或者交其他人民法院再审, 也可以交原审人民法院再审。

第二百一十二条 当事人申请再审, 应当在判决、裁定发生法律效力后六个月内提出; 有本法第二百零七条第一项、第三项、第十二项、第十三项规定情形的, 自知道或者应当知道之日起六个月内提出。

10. wenn ohne vorherige schriftliche Vorladung ein Versäumnisurteil ergangen ist;

11. wenn das ursprüngliche Urteil bzw. der ursprüngliche Beschluss Klageforderungen übergangen hat oder über sie hinausgegangen ist;

12. wenn eine Rechtsurkunde, auf der das ursprüngliche Urteil bzw. der ursprüngliche Beschluss beruht, aufgehoben oder geändert worden ist,

13. wenn Richter oder Schöffen bei der Behandlung dieses Falles korrupt gehandelt, Bestechungen angenommen, zum eigenen Vorteil unlauter gehandelt [oder] das Recht gebeugt haben.

§ 208 [Wiederaufnahmegründe bei Schlichtungsurkunden; = § 201 ZPG 2017] Wenn eine Partei zu einer rechtskräftigen Schlichtungsurkunde Beweise einreicht, die nachweisen, dass die Schlichtung gegen den Grundsatz der Freiwilligkeit verstieß oder dass die Schlichtungsvereinbarung gegen das Recht verstieß, kann Wiederaufnahme beantragt werden. Das Volksgericht muss wiederaufnehmen, wenn die Überprüfung die Wahrheit [der Beweise] ergibt.

§ 209 [Keine Wiederaufnahme bei Eheauflösung; = § 202 ZPG 2017] Die Wiederaufnahme [eines Falles], bei dem durch rechtskräftiges Urteil oder rechtskräftige Schlichtungsurkunde eine Ehe aufgelöst wurde, können die Parteien nicht beantragen.

§ 210 [Verfahrenseinleitung; = § 203 ZPG 2017] Wenn eine Partei Wiederaufnahme beantragt, muss sie einen schriftlichen Antrag und sonstige Unterlagen einreichen. Das Volksgericht muss ab dem Erhalt des schriftlichen Antrags innerhalb von fünf Tagen der Gegenpartei eine Kopie des schriftlichen Antrags auf Wiederaufnahme übersenden. Die Gegenpartei muss ab dem Erhalt der Kopie des schriftlichen Antrags auf Wiederaufnahme innerhalb von 15 Tagen dazu eine schriftliche Äußerung einreichen; wenn sie das nicht tut, hat das keinen Einfluss auf die Überprüfung [des Wiederaufnahmeantrags] durch das Volksgericht. Das Volksgericht kann verlangen, dass Antragsteller und Gegenpartei einschlägige Unterlagen ergänzen, und sie zu einschlägigen Dingen befragen.

§ 211 [Wiederaufnahmeverfahren; vgl. § 204 ZPG 2017⁴⁴] Das Volksgericht muss [den Antrag] innerhalb von drei Monaten vom Tag des Erhalts des schriftlichen Antrags auf Wiederaufnahme an prüfen; wenn er den Bestimmungen dieses Gesetzes entspricht, beschließt es die Wiederaufnahme; wenn er den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht entspricht, beschließt es die Zurückweisung des Antrags. Erfordern besondere Umstände eine Verlängerung [der Frist], so wird diese vom Gerichtsvorsitzenden genehmigt.

Fälle, in denen Parteien beantragen, die Wiederaufnahme zu beschließen, werden vom Volksgericht der Mittel- oder höheren Stufe behandelt; dies gilt jedoch nicht, wenn die Parteien gemäß § 206 wählen, die Wiederaufnahme beim Volksgericht der Grundstufe zu beantragen. Fälle, in denen das Oberste Volksgericht oder ein Volksgericht der Oberstufe die Wiederaufnahme beschließt, werden von diesem Gericht selbst wieder aufgenommen oder einem anderen Volksgericht zur Wiederaufnahme übertragen; sie können auch dem Gericht zur Wiederaufnahme übertragen werden, das [den Fall] ursprünglich behandelt hat.

§ 212 [Antragsfrist; vgl. § 205 ZPG 2017⁴⁵] Parteien müssen Anträge auf Wiederaufnahme innerhalb von sechs Monaten nach Rechtskraft des Urteils bzw. des Beschlusses stellen; wenn Umstände des § 207 Nr. 1, 3, 12 und 13 vorliegen, müssen [die Parteien den Antrag] innerhalb von sechs Monaten ab dem Tag stellen, an dem sie von [den Umständen] erfahren oder erfahren müssen.

⁴⁴ Anpassung der Verweisung in Abs. 2.

⁴⁵ Anpassung der Verweisung.

第二百一十三条 按照审判监督程序决定再审的案件, 裁定中止原判决、裁定、调解书的执行, 但追索赡养费、扶养费、抚养费、抚恤金、医疗费用、劳动报酬等案件, 可以不中止执行。

第二百一十四条 人民法院按照审判监督程序再审的案件, 发生法律效力判决、裁定是由第一审法院作出的, 按照第一审程序审理, 所作的判决、裁定, 当事人可以上诉; 发生法律效力判决、裁定是由第二审法院作出的, 按照第二审程序审理, 所作的判决、裁定, 是发生法律效力判决、裁定; 上级人民法院按照审判监督程序提审的, 按照第二审程序审理, 所作的判决、裁定是发生法律效力判决、裁定。

人民法院审理再审案件, 应当另行组成合议庭。

第二百一十五条 最高人民法院对各级人民法院已经发生法律效力判决、裁定, 上级人民检察院对下级人民法院已经发生法律效力判决、裁定, 发现有本法第二百零七条规定情形之一的, 或者发现调解书损害国家利益、社会公共利益的, 应当提出抗诉。

地方各级人民检察院对同级人民法院已经发生法律效力判决、裁定, 发现有本法第二百零七条规定情形之一的, 或者发现调解书损害国家利益、社会公共利益的, 可以向同级人民法院提出检察建议, 并报上级人民检察院备案; 也可以提请上级人民检察院向同级人民法院提出抗诉。

各级人民检察院对审判监督程序以外的其他审判程序中审判人员的违法行为, 有权向同级人民法院提出检察建议。

第二百一十六条 有下列情形之一的, 当事人可以向人民检察院申请检察建议或者抗诉:

(一) 人民法院驳回再审申请的;

(二) 人民法院逾期未对再审申请作出裁定的;

§ 213 [Unterbrechung der Vollstreckung aus dem ursprünglichen Urteil; vgl. § 206 ZPG 2017⁴⁶] Wird in einem Fall im Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen die Wiederaufnahme verfügt, so wird die Unterbrechung der Vollstreckung des ursprünglichen Urteils, des ursprünglichen Beschlusses [oder] der ursprünglichen Schlichtungsurkunde beschlossen; aber in Fällen, in denen etwa Unterhalt für Eltern, Ehegatten [oder] Kinder, Hinterbliebenen- oder Verletztenrente, Behandlungskosten [oder] Arbeitsentgelt verlangt werden, kann [das Gericht beschließen,] dass die Vollstreckung nicht unterbrochen wird.

§ 214 [Wiederaufgenommenes Verfahren; = § 207 ZPG 2017] Fälle der Wiederaufnahme durch das Volksgericht im Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen werden, wenn das ursprüngliche Urteil bzw. der ursprüngliche Beschluss von einem Gericht erster Instanz kam, im Verfahren erster Instanz behandelt, und gegen die dabei ergehenden Urteile und Beschlüsse können die Parteien Berufung einlegen; wenn das ursprüngliche Urteil bzw. der ursprüngliche Beschluss von einem Gericht zweiter Instanz kam, werden sie im Verfahren zweiter Instanz behandelt, und die gefällten Urteile und Beschlüsse sind rechtskräftig; Fälle, die ein höheres Volksgericht im Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen zur Behandlung an sich gezogen hat, werden im Verfahren zweiter Instanz behandelt, und die gefällten Urteile und Beschlüsse sind rechtskräftig.

Zur Behandlung eines wiederaufgenommenen Falles muss das Volksgericht ein anderes Kollegium bilden.

§ 215 [Staatsanwaltschaftliche Beschwerde; vgl. § 208 ZPG 2017⁴⁷] Wenn die Oberste Volksstaatsanwaltschaft bemerkt, dass bei rechtskräftigen Urteilen oder Beschlüssen eines Volksgerichts irgendeiner Stufe, oder wenn eine Volksstaatsanwaltschaft höherer Stufe bemerkt, dass bei rechtskräftigen Urteilen oder Beschlüssen eines Volksgerichts tieferer Stufe einer der Umstände des § 207 vorliegt, oder bemerkt, dass eine Schlichtungsurkunde staatliche oder öffentliche Interessen verletzt, muss sie staatsanwaltschaftliche Beschwerde einlegen.

Wenn eine örtliche Volksstaatsanwaltschaft irgendeiner Stufe bemerkt, dass bei rechtskräftigen Urteilen oder Beschlüssen des Volksgerichts gleicher Stufe einer der Umstände des § 207 vorliegt, oder bemerkt, dass eine Schlichtungsurkunde staatliche oder öffentliche Interessen verletzt, kann beim Volksgericht gleicher Stufe der Vorschlag zu ermitteln eingereicht werden und [der Fall] der Volksstaatsanwaltschaft höherer Stufe zu den Akten gemeldet werden; sie kann den Fall auch der höheren Volksstaatsanwaltschaft mit der Bitte vorlegen, beim Volksgericht gleicher Stufe [wie die höhere Volksstaatsanwaltschaft] staatsanwaltschaftliche Beschwerde einzulegen.

Wenn eine Volksstaatsanwaltschaft irgendeiner Stufe bemerkt, dass Richter und Schöffen in anderen Urteilsverfahren als im Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen vorschriftswidrig handeln, ist sie befugt, bei einem Volksgericht gleicher Stufe den Vorschlag zu ermitteln einzureichen.

§ 216 [Antrag auf staatsanwaltliche Beschwerde; = § 209 ZPG 2017] Wenn einer der folgenden Umstände eintritt, können Parteien bei der Volksstaatsanwaltschaft beantragen, vorzuschlagen zu ermitteln oder Beschwerde einzulegen:

1. wenn das Volksgericht den Antrag auf Wiederaufnahme zurückweist;

2. wenn das Volksgericht nach Ablauf der Frist keinen Beschluss über den Antrag auf Wiederaufnahme erlassen hat;

⁴⁶ Anpassung an die Formulierung des ZGB („抚养费“ statt „抚育费“).

⁴⁷ Anpassung der Verweisung in Abs. 2.

(三) 再审判决、裁定有明显错误的。

人民检察院对当事人的申请应当在三个月内进行审查,作出提出或者不予提出检察建议或者抗诉的决定。当事人不得再次向人民检察院申请检察建议或者抗诉。

第二百一十七条 人民检察院因履行法律监督职责提出检察建议或者抗诉的需要,可以向当事人或者案外人调查核实有关情况。

第二百一十八条 人民检察院提出抗诉的案件,接受抗诉的人民法院应当自收到抗诉书之日起三十日内作出再审的裁定;有本法第二百零七条第一项至第五项规定情形之一的,可以交下一级人民法院再审,但经该下一级人民法院再审的除外。

第二百一十九条 人民检察院决定对人民法院的判决、裁定、调解书提出抗诉的,应当制作抗诉书。

第二百二十条 人民检察院提出抗诉的案件,人民法院再审时,应当通知人民检察院派员出席法庭。

第十七章 督促程序

第二百二十一条 债权人请求债务人给付金钱、有价证券,符合下列条件的,可以向有管辖权的基层人民法院申请支付令:

(一) 债权人与债务人没有其他债务纠纷的;

(二) 支付令能够送达债务人的。

申请书应当写明请求给付金钱或者有价证券的数量和所根据的事实、证据。

第二百二十二条 债权人提出申请后,人民法院应当在五日内通知债权人是否受理。

第二百二十三条 人民法院受理申请后,经审查债权人提供的事实、证据,对债权债务关系明确、合法的,应当在受理之日起十五日内向债务人发出支付令;申请不成立的,裁定予以驳回。

3. wenn das Urteil, der Beschluss der Wiederaufnahme offensichtliche Fehler hat.

Die Volksstaatsanwaltschaft muss Anträge von Parteien innerhalb von drei Monaten prüfen; sie verfügt, ob ein Vorschlag zu ermitteln oder eine Beschwerde eingereicht wird. Die Parteien dürfen kein weiteres Mal bei der Volksstaatsanwaltschaft beantragen, vorzuschlagen zu ermitteln oder Beschwerde einzulegen.

§ 217 [Staatsanwaltschaftliches Untersuchungsrecht; = § 210 ZPG 2017] Die Volksstaatsanwaltschaft kann bei Vorschlägen zur Ermittlung oder eingelegten Beschwerden, die sie wegen den Erfordernissen bei der Erfüllung [ihrer] gesetzlichen Aufsichtspflichten einreicht, bei den Parteien oder bei am Fall nicht Beteiligten die Richtigkeit betreffender Umstände untersuchen.

§ 218 [Entscheidung über die staatsanwaltschaftliche Beschwerde; vgl. § 211 ZPG 2017⁴⁸] In Fällen, in denen die Volksstaatsanwaltschaft staatsanwaltschaftliche Beschwerde einlegt, muss das Volksgericht, das die Beschwerde erhält, innerhalb von 30 Tagen ab dem Erhalt der Beschwerde zur Wiederaufnahme einen Beschluss erlassen; wenn einer der Fälle des § 207 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 vorliegt, kann es den Fall einem Volksgericht tieferer Stufe zur Wiederaufnahme übertragen; dies gilt aber nicht für die Wiederaufnahme durch das besagte Volksgericht tieferer Stufe.

§ 219 [Staatsanwaltschaftliche Beschwerdeschrift; = § 212 ZPG 2017] Wenn die Volksstaatsanwaltschaft verfügt, gegen ein Urteil, einen Beschluss oder eine Schlichtungsurkunde eines Volksgerichts staatsanwaltschaftliche Beschwerde einzulegen, muss sie eine staatsanwaltschaftliche Beschwerdeschrift erstellen.

§ 220 [Teilnahme der Staatsanwaltschaft an Sitzungen; = § 213 ZPG 2017] In Fällen, in denen die Volksstaatsanwaltschaft staatsanwaltschaftliche Beschwerde eingelegt hat, muss das Volksgericht bei der Wiederaufnahme die Volksstaatsanwaltschaft auffordern, jemanden zur Sitzung zu entsenden.

17. Kapitel: Mahnverfahren

§ 221 [Zulässigkeit; = § 214 ZPG 2017] Wenn der Gläubiger vom Schuldner die Leistung von Geld oder Wertpapieren verlangt und die folgenden Voraussetzungen gegeben sind, kann er bei dem zuständigen Volksgericht der Grundstufe einen Zahlungsbefehl beantragen:

1. Zwischen Gläubiger und Schuldner besteht keine andere Streitigkeit um Schulden;

2. der Zahlungsbefehl kann dem Schuldner zugestellt werden.

Die Antragschrift muss den Betrag, dessen Leistung in Geld oder Wertpapieren verlangt wird, und die zugrunde liegenden Tatsachen und Beweise angeben.

§ 222 [Annahmefrist; = § 215 ZPG 2017] Nachdem der Gläubiger den Antrag gestellt hat, muss das Volksgericht ihm innerhalb von fünf Tagen mitteilen, ob es [den Antrag] annimmt.

§ 223 [Entscheidung über den Mahnantrag, Widerspruch, Vollstreckung des Mahnbescheids; = § 216 ZPG 2017] Nachdem das Volksgericht den Antrag angenommen hat und die vom Gläubiger vorgelegten Tatsachen und Beweise geprüft hat, muss es bei einer klaren, legalen Forderung-Schuld-Beziehung den Zahlungsbefehl vom Tag der Annahme an innerhalb von 15 Tagen an den Schuldner ausgeben; wenn der Antrag [die Prüfung] nicht besteht, wird er mit Beschluss zurückgewiesen.

⁴⁸ Anpassung der Verweisung.

债务人应当自收到支付令之日起十五日内清偿债务，或者向人民法院提出书面异议。

债务人在前款规定的期间不提出异议又不履行支付令的，债权人可以向人民法院申请执行。

第二百二十四条 人民法院收到债务人提出的书面异议后，经审查，异议成立的，应当裁定终结督促程序，支付令自行失效。

支付令失效的，转入诉讼程序，但申请支付令的一方当事人不同意提起诉讼的除外。

第十八章 公示催告程序

第二百二十五条 按照规定可以背书转让的票据持有人，因票据被盗、遗失或者灭失，可以向票据支付地的基层人民法院申请公示催告。依照法律规定可以申请公示催告的其他事项，适用本章规定。

申请人应当向人民法院递交申请书，写明票面金额、发票人、持票人、背书人等票据主要内容和申请的理由、事实。

第二百二十六条 人民法院决定受理申请，应当同时通知支付人停止支付，并在三日内发出公告，催促利害关系人申报权利。公示催告的期间，由人民法院根据情况决定，但不得少于六十日。

第二百二十七条 支付人收到人民法院停止支付的通知，应当停止支付，至公示催告程序终结。

公示催告期间，转让票据权利的行为无效。

第二百二十八条 利害关系人应当在公示催告期间向人民法院申报。

人民法院收到利害关系人的申报后，应当裁定终结公示催告程序，并通知申请人和支付人。

申请人或者申报人可以向人民法院起诉。

Der Schuldner muss innerhalb von 15 Tagen vom Tag des Erhalts des Zahlungsbefehls an die Schuld begleichen oder beim Volksgericht schriftlich Einwand erheben.

Wenn der Schuldner innerhalb der im vorigen Absatz bestimmten Frist weder Einwand erhebt noch dem Zahlungsbefehl nachkommt, kann der Gläubiger beim Volksgericht Vollstreckung beantragen.

§ 224 [Einleitung des Streitverfahrens; = § 217 ZPG 2017] Nachdem das Volksgericht den schriftlichen Einwand des Schuldners erhalten hat [und] die Prüfung [ergibt], dass der Einwand Bestand hat, muss es das Mahnverfahren durch Beschluss beenden; der Zahlungsbefehl wird automatisch unwirksam.

Wenn der Zahlungsbefehl unwirksam ist, wird zum [streitigen] Verfahren gewechselt; dies gilt nicht, wenn die Partei, die den Zahlungsbefehl beantragt hat, nicht mit der Erhebung der Klage einverstanden ist.

18. Kapitel: Öffentliches Aufgebotsverfahren

§ 225 [Zuständigkeit, Antragsschrift; = § 218 ZPG 2017] Der Inhaber von Wechsel und Schecks, die nach den Vorschriften durch Indossament übertragen werden können, kann bei Diebstahl, Verlust oder Zerstörung des Papiers beim Volksgericht der Grundstufe am Zahlungsort des Papiers das öffentliche Aufgebot beantragen. In anderen Angelegenheiten, in denen nach den gesetzlichen Bestimmungen das öffentliche Aufgebot beantragt werden kann, wird dieser Absatz [ebenfalls] angewandt.

Der Antragsteller muss dem Volksgericht eine Antragsschrift übergeben, in der der Betrag, der Aussteller, der Inhaber, die Indossanten und anderer hauptsächlichlicher Inhalt des Papiers sowie die Gründe und Tatsachen des Antrags angegeben sind.

§ 226 [Annahme des Antrags, Bekanntmachung; = § 219 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht die Annahme des Antrags verfügt, muss es gleichzeitig den Zahlungspflichtigen auffordern, Zahlungen einzustellen, und innerhalb von drei Tagen eine Bekanntmachung herausgeben, in der Personen, deren Interessen durch den Fall berührt werden, aufgeboten werden, Rechte anzumelden. Die Frist des öffentlichen Aufgebots wird vom Volksgericht je nach den Umständen durch Verfügung [bestimmt], darf aber nicht kürzer als 60 Tage sein.

§ 227 [Wirkung des öffentlichen Aufgebots; = § 220 ZPG 2017] Nachdem der Zahlungspflichtige die Aufforderung des Volksgerichts erhalten hat, Zahlungen einzustellen, muss er Zahlungen bis zur Beendigung des öffentlichen Aufgebotsverfahrens einstellen.

Während der Frist des öffentlichen Aufgebots ist eine die Rechte am Papier übertragende Handlung wirkungslos.

§ 228 [Anmeldung von Rechten am Papier; = § 221 ZPG 2017] Jemand, dessen Interessen durch den Fall berührt werden, muss [seine Rechte am Papier] während der Frist des öffentlichen Aufgebots beim Volksgericht anmelden.

Wenn das Volksgericht eine Anmeldung von jemandem erhalten hat, dessen Interessen durch den Fall berührt werden, muss es die Beendigung des öffentlichen Aufgebotsverfahrens beschließen und dies dem Antragsteller und dem Zahlungspflichtigen mitteilen.

Der Antragsteller und der Anmeldende können beim Volksgericht Klage erheben.

第二百二十九条 没有人申报的，人民法院应当根据申请人的申请，作出判决，宣告票据无效。判决应当公告，并通知支付人。自判决公告之日起，申请人有权向支付人请求支付。

第二百三十条 利害关系人因正当理由不能在判决前向人民法院申报的，自知道或者应当知道判决公告之日起一年内，可以向作出判决的人民法院起诉。

第三编 执行程序

第十九章 一般规定

第二百三十一条 发生法律效力的民事判决、裁定，以及刑事判决、裁定中的财产部分，由第一审人民法院或者与第一审人民法院同级的被执行的财产所在地人民法院执行。

法律规定由人民法院执行的其他法律文书，由被执行人住所地或者被执行的财产所在地人民法院执行。

第二百三十二条 当事人、利害关系人认为执行行为违反法律规定的，可以向负责执行的人民法院提出书面异议。当事人、利害关系人提出书面异议的，人民法院应当自收到书面异议之日起十五日内审查，理由成立的，裁定撤销或者改正；理由不成立的，裁定驳回。当事人、利害关系人对裁定不服的，可以自裁定送达之日起十日内向上一级人民法院申请复议。

第二百三十三条 人民法院自收到申请执行书之日起超过六个月未执行的，申请执行人可以向上一级人民法院申请执行。上一级人民法院经审查，可以责令原人民法院在一定期限内执行，也可以决定由本院执行或者指令其他人民法院执行。

§ 229 [Kraftloserklärung; = § 222 ZPG 2017] Wenn niemand [ein Recht] anmeldet, muss das Volksgericht aufgrund des Antrags des Antragstellers ein Urteil erlassen, [mit dem es] das Papier für unwirksam erklärt. Das Urteil muss bekannt gemacht und dem Zahlungspflichtigen mitgeteilt werden. Vom Tag der Bekanntmachung des Urteils an ist der Antragsteller berechtigt, vom Zahlungspflichtigen Zahlung zu verlangen.

§ 230 [Klageerhebung; = § 223 ZPG 2017] Wenn jemand, dessen Interessen durch den Fall berührt werden, aus angemessenen Gründen [sein Recht] vor dem Urteil nicht beim Volksgericht anmelden konnte, kann er innerhalb eines Jahres von dem Tag an, an dem er von der Bekanntmachung des Urteils erfahren hat oder erfahren musste, bei dem Volksgericht, welches das Urteil erlassen hat, Klage erheben.

3. Buch: Vollstreckungsverfahren

19. Kapitel: Allgemeine Vorschriften

§ 231 [Zuständigkeit; = § 224 ZPG 2017] Rechtskräftige Urteile und Beschlüsse in Zivilsachen sowie Vermögens[gegenstände betreffende] Teile von Strafurteilen und -beschlüssen werden vom Volksgericht der ersten Instanz oder vom Volksgericht gleicher Stufe des Ortes vollstreckt, an dem sich der Vermögensgegenstand befindet, in den vollstreckt werden soll.

Andere nach den gesetzlichen Bestimmungen vom Volksgericht zu vollstreckende Rechtsurkunden werden vom Volksgericht des Wohnsitzes des Vollstreckungsschuldners oder des Ortes vollstreckt, an dem sich der Vermögensgegenstand befindet, in den vollstreckt werden soll.

§ 232 [Erinnerung; = § 225 ZPG 2017] Ist eine Partei oder jemand, dessen Interessen berührt werden, der Ansicht, dass Vollstreckungshandlungen gesetzliche Bestimmungen verletzen, kann er bei dem Volksgericht, dem die Vollstreckung obliegt, schriftlich Einwand erheben. Wenn eine Partei oder jemand, dessen Interessen berührt werden, schriftlich Einwand erhebt, muss das Volksgericht innerhalb von 15 Tagen ab Erhalt den schriftlichen Einwand überprüfen und, wenn dessen Gründe Bestand haben, beschließen, dass [die Vollstreckungshandlung] aufgehoben oder geändert wird; haben sie keinen Bestand, so wird die Zurückweisung [des Einwands] beschlossen. Wenn die Partei oder der, dessen Interessen berührt werden, sich dem Beschluss nicht unterwerfen will, kann er oder sie innerhalb von zehn Tagen ab der Zustellung des Beschlusses beim nächsthöheren Volksgericht erneute Beratung beantragen.

§ 233 [Untätigkeitsklage; = § 226 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht innerhalb von sechs Monaten ab dem Tag, an dem es einen schriftlichen Antrag auf Vollstreckung erhalten hat, nicht vollstreckt, kann, wer Vollstreckung beantragt hat, beim nächsthöheren Volksgericht Vollstreckung beantragen. Das nächsthöhere Volksgericht überprüft und kann das ursprünglich [zuständige] Volksgericht anweisen, innerhalb einer bestimmten Frist zu vollstrecken, es kann auch verfügen, selbst zu vollstrecken, oder ein anderes Volksgericht anweisen, zu vollstrecken.

第二百三十四条 执行过程中, 案外人对执行标的提出书面异议的, 人民法院应当自收到书面异议之日起十五日内审查, 理由成立的, 裁定中止对该标的的执行; 理由不成立的, 裁定驳回。案外人、当事人对裁定不服, 认为原判决、裁定错误的, 依照审判监督程序办理; 与原判决、裁定无关的, 可以自裁定送达之日起十五日内向人民法院提起诉讼。

第二百三十五条 执行工作由执行员进行。

采取强制执行措施时, 执行员应当出示证件。执行完毕后, 应当将执行情况制作笔录, 由在场的有关人员签名或者盖章。

人民法院根据需要可以设立执行机构。

第二百三十六条 被执行人或者被执行的财产在外地的, 可以委托当地人民法院代为执行。受委托人民法院收到委托函件后, 必须在十五日内开始执行, 不得拒绝。执行完毕后, 应当将执行结果及时函复委托人民法院; 在三十日内如果还未执行完毕, 也应当将执行情况函告委托人民法院。

受委托人民法院自收到委托函件之日起十五日内不执行的, 委托人民法院可以请求受委托人民法院的上级人民法院指令受委托人民法院执行。

第二百三十七条 在执行中, 双方当事人自行和解达成协议的, 执行员应当将协议内容记入笔录, 由双方当事人签名或者盖章。

申请执行人因受欺诈、胁迫与被执行人达成和解协议, 或者当事人不履行和解协议的, 人民法院可以根据当事人的申请, 恢复对原生效法律文书的执行。

§ 234 [Drittwiderspruchsklage; = § 227 ZPG 2017] Erhebt im Verlauf der Vollstreckung ein am Fall nicht Beteiligter schriftlich einen Einwand in Bezug auf den Gegenstand der Vollstreckung, so muss das Volksgericht innerhalb von 15 Tagen ab Erhalt des schriftlichen Einwands eine Überprüfung durchführen. Haben die [für den Einwand angegebenen] Gründe Bestand, so wird die Unterbrechung der Vollstreckung beschlossen; haben sie keinen Bestand, so wird beschlossen, dass der Einwand zurückgewiesen wird. Wenn sich am Fall nicht Beteiligte oder eine Partei dem Beschluss nicht unterwerfen wollen und das ursprüngliche Urteil bzw. den ursprünglichen Beschluss für fehlerhaft halten, wird die Sache im Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen geregelt; wenn [ihre Einwände gegen den zurückweisenden Beschluss] mit dem ursprünglichen Urteil bzw. dem ursprünglichen Beschluss nichts zu tun haben, können sie ab Zustellung des [zurückweisenden] Beschlusses innerhalb von 15 Tagen beim Volksgericht Klage erheben.

§ 235 [Gerichtsvollzieher; = § 228 ZPG 2017] Die Vollstreckung wird vom Gerichtsvollzieher durchgeführt.

Wenn er Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ergreift, muss der Gerichtsvollzieher einen Ausweis vorzeigen. Nach Abschluss der Vollstreckung muss ein Protokoll der Umstände der Vollstreckung angefertigt werden, das von den anwesenden Betroffenen unterzeichnet oder gesiegelt wird.

Volksgerichte können nach Bedarf Vollstreckungsorgane einrichten.

§ 236 [Vertretungsweise Vollstreckung durch ein auswärtiges Gericht; = § 229 ZPG 2017] Wenn sich der Vollstreckungsschuldner oder die Vermögensgegenstände, in die vollstreckt werden soll, auswärts befinden, kann das dortige Volksgericht mit der vertretungsweise Vollstreckung beauftragt werden. Das beauftragte Volksgericht hat nach Erhalt des Briefes mit dem Auftrag innerhalb von 15 Tagen mit der Vollstreckung zu beginnen, es darf [den Auftrag] nicht ablehnen. Nach Abschluss der Vollstreckung muss es deren Ergebnis unverzüglich brieflich dem beauftragenden Volksgericht mitteilen; wenn die Vollstreckung nicht innerhalb von 30 Tagen beendet worden ist, müssen die Umstände der Vollstreckung ebenfalls brieflich dem beauftragenden Volksgericht mitgeteilt werden.

Wenn das beauftragte Volksgericht innerhalb von 15 Tagen vom Tag des Erhalts des Briefes mit dem Auftrag an nicht vollstreckt, kann das beauftragende Volksgericht von dem Volksgericht über dem beauftragten Volksgericht verlangen, dass dieses das beauftragte Volksgericht anweist, die Vollstreckung für das beauftragende Volksgericht zu übernehmen.

§ 237 [Vollstreckungsvergleich; = § 230 ZPG 2017] Wenn sich bei der Vollstreckung die Parteien vergleichen und eine Vereinbarung erzielen, muss der Gerichtsvollzieher den Inhalt der Vereinbarung in einem Protokoll verzeichnen, das von den Parteien beider Seiten unterzeichnet oder gesiegelt wird.

Wenn der, welcher die Vollstreckung beantragt hat, wegen Betrugs oder Drohung eine Vergleichvereinbarung mit dem Vollstreckungsschuldner abschließt oder wenn eine Partei die Vergleichvereinbarung nicht erfüllt, kann das Volksgericht auf Antrag der [anderen] Seite wieder in die Vollstreckung der ursprünglich in Kraft getretenen Rechtsurkunde eintreten.

第二百三十八条 在执行中，被执行人向人民法院提供担保，并经申请执行人同意的，人民法院可以决定暂缓执行及暂缓执行的期限。被执行人逾期仍不履行的，人民法院有权执行被执行人的担保财产或者担保人的财产。

第二百三十九条 作为被执行人的公民死亡的，以其遗产偿还债务。作为被执行人的法人或者其他组织终止的，由其权利义务承受人履行义务。

第二百四十条 执行完毕后，据以执行的判决、裁定和其他法律文书确有错误，被人民法院撤销的，对已被执行的财产，人民法院应当作出裁定，责令取得财产的人返还；拒不返还的，强制执行。

第二百四十一条 人民法院制作的调解书的执行，适用本编的规定。

第二百四十二条 人民检察院有权对民事执行活动实行法律监督。

第二十章 执行的申请和移送

第二百四十三条 发生法律效力民事判决、裁定，当事人必须履行。一方拒绝履行的，对方当事人可以向人民法院申请执行，也可以由审判员移送执行员执行。

调解书和其他应当由人民法院执行的法律文书，当事人必须履行。一方拒绝履行的，对方当事人可以向人民法院申请执行。

第二百四十四条 对依法设立的仲裁机构的裁决，一方当事人不履行的，对方当事人可以向有管辖权的人民法院申请执行。受申请的人民法院应当执行。

被申请人提出证据证明仲裁裁决有下列情形之一的，经人民法院组成合议庭审查核实，裁定不予执行：

(一) 当事人在合同中没有订有仲裁条款或者事后没有达成书面仲裁协议的；

(二) 裁决的事项不属于仲裁协议的范围或者仲裁机构无权仲裁的；

(三) 仲裁庭的组成或者仲裁的程序违反法定程序的；

§ 238 [Vollstreckungsaufschub gegen Sicherheitsleistung; = § 231 ZPG 2017] Wenn bei der Vollstreckung der Vollstreckungsschuldner eine Sicherheit anbietet und der, welcher die Vollstreckung beantragt hat, dem zustimmt, kann das Volksgericht verfügen, dass die Vollstreckung aufgeschoben wird, und über die Frist des Vollstreckungsaufschubs [verfügen]. Wenn der Vollstreckungsschuldner bis zum Ablauf der Frist [seine Schuld] nicht erfüllt, ist das Volksgericht berechtigt, in die von dem Vollstreckungsschuldner gestellte Sicherheit oder das Vermögen des von ihm gestellten Bürgen zu vollstrecken.

§ 239 [Rechtsnachfolge des Vollstreckungsschuldners; = § 232 ZPG 2017] Wenn ein Bürger, der Vollstreckungsschuldner ist, stirbt, wird die Schuld aus seinem Nachlass beglichen. Wenn eine juristische Person oder andere Organisation, die Vollstreckungsschuldner ist, endet, werden ihre Pflichten von dem erfüllt, der ihre Rechte und Pflichten übernimmt.

§ 240 [Aufhebung von Vollstreckungstiteln; = § 233 ZPG 2017] Wenn nach Abschluss der Vollstreckung das Urteil, der Beschluss oder die sonstige Rechtsurkunde, die vollstreckt worden ist, aufgehoben wird, weil sie entschieden fehlerhaft war, so muss das Volksgericht mit Beschluss denjenigen, der Empfänger von Vollstreckungsgut ist, anweisen, es zurückzugeben; wird die Rückgabe verweigert, so wird zwangsvollstreckt.

§ 241 [Anwendung auf Vollstreckung von Schlichtungsurkunden; = § 234 ZPG 2017] Auf die Vollstreckung von Schlichtungsurkunden des Volksgerichts werden die Vorschriften dieses Buches angewandt.

§ 242 [Staatsanwaltschaftliche Überwachung; = § 235 ZPG 2017] Die Volksstaatsanwaltschaft hat das Recht, eine gesetzliche Überwachung der Vollstreckungsaktivitäten in Zivilsachen durchzuführen.

20. Kapitel: Antrag auf Vollstreckung und Überweisung zur Vollstreckung

§ 243 [Vollstreckbare Titel, Antrag auf Vollstreckung; = § 236 ZPG 2017] Die Parteien haben rechtskräftige Urteile und Beschlüsse in Zivilsachen auszuführen. Wenn eine Seite die Ausführung verweigert, kann die andere beim Volksgericht Vollstreckung beantragen; [die Sache] kann auch vom Richter dem Gerichtsvollzieher zur Vollstreckung überwiesen werden.

Schlichtungsurkunden und andere Rechtsurkunden, die vom Volksgericht vollstreckt werden müssen, sind von den Parteien auszuführen. Wenn eine Seite die Ausführung verweigert, kann die andere beim Volksgericht die Vollstreckung beantragen.

§ 244 [Vollstreckung von Schiedssprüchen, Nichtvollstreckungsgründe; = § 237 ZPG 2017] Wenn eine Seite den Schiedsspruch eines nach dem Gesetz errichteten Schiedsorgans nicht ausführt, kann die andere beim zuständigen Volksgericht die Vollstreckung beantragen. Das Volksgericht, das den Antrag erhalten hat, muss vollstrecken.

Wenn der Antragsgegner Beweise einreicht, um nachzuweisen, dass bei dem Schiedsspruch einer der folgenden Umstände gegeben ist, bildet das Volksgericht ein Kollegium, welches [die Beweise] prüft; wenn sich ergibt, dass sie zutreffen, wird beschlossen, dass nicht vollstreckt wird:

1. wenn die Parteien weder im Vertrag eine Schiedsklausel bestimmt noch nachträglich eine schriftliche Schiedsvereinbarung getroffen haben;

2. wenn Punkte des Schiedsspruchs nicht in den Bereich der Schiedsvereinbarung fallen oder das Schiedsorgan nicht berechtigt ist, das Schiedsverfahren durchzuführen;

3. wenn die Bildung der Schiedskammer oder das Schiedsverfahren gegen das gesetzlich bestimmte Verfahren verstößt;

(四) 裁决所根据的证据是伪造的;

(五) 对方当事人向仲裁机构隐瞒了足以影响公正裁决的证据的;

(六) 仲裁员在仲裁该案时有贪污受贿, 徇私舞弊, 枉法裁决行为的。

人民法院认定执行该裁决违背社会公共利益的, 裁定不予执行。

裁定书应当送达双方当事人和仲裁机构。

仲裁裁决被人民法院裁定不予执行的, 当事人可以根据双方达成的书面仲裁协议重新申请仲裁, 也可以向人民法院起诉。

第二百四十五条 对公证机关依法赋予强制执行效力的债权文书, 一方当事人不履行的, 对方当事人可以向有管辖权的人民法院申请执行, 受申请的人民法院应当执行。

公证债权文书确有错误的, 人民法院裁定不予执行, 并将裁定书送达双方当事人和公证机关。

第二百四十六条 申请执行的期间为二年。申请执行时效的中止、中断, 适用法律有关诉讼时效中止、中断的规定。

前款规定的期间, 从法律文书规定履行期间的最后一日起计算; 法律文书规定分期履行的, 从最后一期履行期限届满之日起计算; 法律文书未规定履行期间的, 从法律文书生效之日起计算。

第二百四十七条 执行员接到申请执行书或者移交执行书, 应当向被执行人发出执行通知, 并可以立即采取强制执行措施。

4. wenn der Schiedsspruch aufgrund von gefälschten Beweisen ergangen ist;

5. wenn die Beweise, die dem Schiedsorgan von der Gegenpartei vorenthalten worden sind, hinreichen, einen gerechten Schiedsspruch zu beeinflussen;

6. wenn Schiedsrichter korrupt handeln, Bestechungen nehmen, zum eigenen Vorteil unlauter handeln und bei Schiedssprüchen das Recht beugen.

Wenn das Volksgericht feststellt, dass die Vollstreckung dieses Schiedsspruchs dem gesellschaftlichen öffentlichen Interesse zuwiderläuft, wird beschlossen, dass nicht vollstreckt wird.

Der schriftliche Beschluss muss den Parteien auf beiden Seiten und dem Schiedsorgan zugestellt werden.

Wenn das Volksgericht beschlossen hat, dass ein Schiedsspruch nicht vollstreckt wird, können die Parteien aufgrund einer von beiden Seiten erzielten schriftlichen Schiedsvereinbarung erneut ein Schiedsverfahren beantragen, sie können auch beim Volksgericht Klage erheben.

§ 245 [Vollstreckung öffentlich beurkundeter Schuldurkunden, Nichtvollstreckungsgrund; = § 238 ZPG 2017] Wenn Schuldurkunden, die von den Beurkundungsstellen [= Notariaten] nach dem Recht zwangsvollstreckbar gemacht worden sind, von einer Seite nicht ausgeführt werden, kann die andere beim zuständigen Volksgericht Vollstreckung beantragen; das Volksgericht, das den Antrag erhalten hat, muss vollstrecken.

Wenn öffentlich beurkundete Schuldurkunden entschieden fehlerhaft sind, beschließt das Volksgericht, dass sie nicht vollstreckt werden, und stellt den schriftlichen Beschluss den Parteien auf beiden Seiten und der Beurkundungsstelle zu.

§ 246 [Vollstreckungsfrist; vgl. § 239 ZPG 2017⁴⁹] Die Frist für die Beantragung der Vollstreckung beträgt zwei Jahre. Auf die Hemmung [oder] Unterbrechung der Verjährung der Beantragung der Vollstreckung werden die gesetzlichen Vorschriften zur Hemmung [oder] Unterbrechung der Klageverjährung angewandt.

Die Berechnung der im vorigen Absatz bestimmten Frist beginnt mit dem letzten Tag der in der Rechtsurkunde bestimmten Ausführungsfrist; wenn die Rechtsurkunde eine Ausführung in Raten vorsieht, beginnt die Berechnung [der im vorigen Absatz bestimmten Frist] mit dem Tag des Ablaufs der letzten Ausführungsfrist; bestimmt die Rechtsurkunde keine Ausführungsfrist, beginnt die Berechnung der [im vorigen Absatz bestimmten] Frist mit dem Tag, an dem die Rechtsurkunde wirksam wird.

§ 247 [Vollstreckungsmittel, sofortige Vollstreckung; = § 240 ZPG 2017] Der Gerichtsvollzieher, der einen schriftlichen Antrag auf Vollstreckung oder eine schriftliche Überweisung zur Vollstreckung erhält, muss dem Vollstreckungsschuldner eine Vollstreckungsmittelteilung zukommen lassen und kann die Maßnahmen der Zwangsvollstreckung sofort anwenden.

⁴⁹ Änderung der Formulierung in Abs. 2 im Hinblick auf den Beginn der Frist bei Urteilen, die eine Leistung in Raten vorsehen: Bislang wurde sie von dem im Urteil bestimmten letzten Tag jeder einzelnen Ausführungsfrist an gerechnet (nun: ab dem Tag des Ablaufs der letzten Ausführungsfrist).

第二十一章 执行措施

第二百四十八条 被执行人未按执行通知履行法律文书确定的义务，应当报告当前以及收到执行通知之日前一年的财产情况。被执行人拒绝报告或者虚假报告的，人民法院可以根据情节轻重对被执行人或者其法定代理人、有关单位的主要负责人或者直接责任人员予以罚款、拘留。

第二百四十九条 被执行人未按执行通知履行法律文书确定的义务，人民法院有权向有关单位查询被执行人的存款、债券、股票、基金份额等财产情况。人民法院有权根据不同情形扣押、冻结、划拨、变价被执行人的财产。人民法院查询、扣押、冻结、划拨、变价的财产不得超出被执行人应当履行义务的范围。

人民法院决定扣押、冻结、划拨、变价财产，应当作出裁定，并发出协助执行通知书，有关单位必须办理。

第二百五十条 被执行人未按执行通知履行法律文书确定的义务，人民法院有权扣留、提取被执行人应当履行义务部分的收入。但应当保留被执行人及其所扶养家属的生活必需费用。

人民法院扣留、提取收入时，应当作出裁定，并发出协助执行通知书，被执行人所在单位、银行、信用合作社和其他有储蓄业务的单位必须办理。

第二百五十一条 被执行人未按执行通知履行法律文书确定的义务，人民法院有权查封、扣押、冻结、拍卖、变卖被执行人应当履行义务部分的财产。但应当保留被执行人及其所扶养家属的生活必需品。

采取前款措施，人民法院应当作出裁定。

21. Kapitel: Vollstreckungsmaßnahmen

§ 248 [Auskunftspflicht; = § 241 ZPG 2017] Wenn der Vollstreckungsschuldner die in der Rechtsurkunde festgesetzten Pflichten nicht gemäß der Vollstreckungsmittelteilung erfüllt, muss er über seine gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse und seine finanziellen Verhältnisse während des Jahres vor Erhalt der Vollstreckungsmittelteilung Bericht erstatten. Wenn er sich weigert oder einen falschen Bericht erstattet, kann das Volksgericht ihn, seinen gesetzlichen Vertreter, den hauptverantwortlichen Leiter der betroffenen Einheit und direkt Verantwortliche je nach der Schwere der Umstände mit Geldbußen belegen und in Haft nehmen.

§ 249 [Vollstreckung in Spareinlagen; = § 242 ZPG 2017] Wenn der Vollstreckungsschuldner nicht entsprechend der Vollstreckungsmittelteilung die in der Rechtsurkunde bestimmten Pflichten erfüllt, ist das Volksgericht berechtigt zu überprüfen, wie es bei betroffenen Einheiten um die Einlagen, Anleihen, Aktien, Fondsanteile und weitere Vermögensgegenstände des Vollstreckungsschuldners steht. Das Volksgericht ist gemäß unterschiedlichen Situationen berechtigt, die Vermögensgegenstände des Vollstreckungsschuldners zu pfänden, einzufrieren, abzuführen und zu verwerten. Das Volksgericht darf bei der Überprüfung, dem Pfänden, dem Einfrieren, der Abführung und der Verwertung der Vermögensgegenstände nicht über den Bereich der von dem Vollstreckungsschuldner zu erfüllenden Pflichten hinausgehen.

Wenn das Volksgericht verfügt, Vermögensgegenstände zu pfänden, einzufrieren, abzuführen oder zu verwerten, muss es dazu einen Beschluss und gleichzeitig die schriftliche Aufforderung zur Unterstützung der Vollstreckung erlassen, der die betroffenen Einheiten nachzukommen haben.

§ 250 [Vollstreckung in Einkommen; = § 243 ZPG 2017] Wenn der Vollstreckungsschuldner nicht entsprechend der Vollstreckungsmittelteilung die in der Rechtsurkunde bestimmten Pflichten erfüllt, ist das Volksgericht berechtigt, einen Teil des Einkommens einzubehalten oder abzuheben, mit dem der Vollstreckungsschuldner seine Pflichten erfüllen muss. Jedoch müssen die notwendigen Lebensunterhaltskosten für den Vollstreckungsschuldner und die von ihm unterhaltenen Familienangehörigen belassen werden.

Wenn das Volksgericht Einkommen einbehält oder abhebt, muss es dazu einen Beschluss und gleichzeitig eine schriftliche Aufforderung zur Unterstützung der Vollstreckung erlassen, der die Einheit, bei der sich der Vollstreckungsschuldner befindet, und die Banken, Kreditgenossenschaften und andere gewerblich Spareinlagen entgegennehmende Einheiten nachzukommen haben.

§ 251 [Vollstreckung in Vermögen; = § 244 ZPG 2017] Wenn der Vollstreckungsschuldner nicht entsprechend der Vollstreckungsmittelteilung die in der Rechtsurkunde bestimmten Pflichten erfüllt, ist das Volksgericht berechtigt, einen Teil des Vermögens, mit dem der Vollstreckungsschuldner seine Pflichten erfüllen muss, zu versiegeln, zu pfänden, einzufrieren, zu versteigern oder freihändig zu verkaufen. Jedoch müssen die Dinge zurückbehalten werden, die für die Lebenshaltung des Vollstreckungsschuldners und der von ihm unterhaltenen Familienangehörigen notwendig sind.

Wenn das Volksgericht die vorgenannten Maßnahmen ergreift, muss es [dazu] einen Beschluss erlassen.

第二百五十二条 人民法院查封、扣押财产时，被执行人是公民的，应当通知被执行人或者他的成年家属到场；被执行人是法人或者其他组织的，应当通知其法定代表人或者主要负责人到场。拒不到场的，不影响执行。被执行人是公民的，其工作单位或者财产所在地的基层组织应当派人参加。

对被查封、扣押的财产，执行员必须造具清单，由在场人签名或者盖章后，交被执行人一份。被执行人是公民的，也可以交他的成年家属一份。

第二百五十三条 被查封的财产，执行员可以指定被执行人负责保管。因被执行人的过错造成的损失，由被执行人承担。

第二百五十四条 财产被查封、扣押后，执行员应当责令被执行人在指定期间履行法律文书确定的义务。被执行人逾期不履行的，人民法院应当拍卖被查封、扣押的财产；不适于拍卖或者当事人双方同意不进行拍卖的，人民法院可以委托有关单位变卖或者自行变卖。国家禁止自由买卖的物品，交有关单位按照国家规定的价格收购。

第二百五十五条 被执行人不履行法律文书确定的义务，并隐匿财产的，人民法院有权发出搜查令，对被执行人及其住所或者财产隐匿地进行搜查。

采取前款措施，由院长签发搜查令。

第二百五十六条 法律文书指定交付的财物或者票证，由执行员传唤双方当事人当面交付，或者由执行员转交，并由被交付人签收。

有关单位持有该项财物或者票证的，应当根据人民法院的协助执行通知书转交，并由被交付人签收。

有关公民持有该项财物或者票证的，人民法院通知其交出。拒不交出的，强制执行。

§ 252 [Verfahren der Versiegelung oder Pfändung von Vermögen; = § 245 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht Vermögen versiegelt oder pfändet, muss, wenn der Vollstreckungsschuldner ein Bürger ist, der Vollstreckungsschuldner oder ein erwachsener Familienangehöriger von ihm aufgefordert werden, sich an Ort und Stelle einzufinden; wenn der Vollstreckungsschuldner eine juristische Person oder eine andere Organisation ist, muss ihr gesetzlich bestimmter Repräsentant oder Hauptverantwortlicher aufgefordert werden, sich an Ort und Stelle einzufinden. Weigert sich [der Aufgeförderte], zu erscheinen, so behindert das die Vollstreckung nicht. Wenn der Vollstreckungsschuldner ein Bürger ist, so muss seine Arbeitseinheit oder die Basisorganisation des Ortes, an dem sich das Vermögen befindet, jemanden zur Beteiligung [an der Vollstreckung] abordnen.

Der Gerichtsvollzieher hat eine Liste des versiegelten und gepfändeten Vermögens aufzustellen, die von den Anwesenden unterschrieben oder gesiegelt wird, und von der dann ein Exemplar dem Vollstreckungsschuldner übergeben wird. Wenn der Vollstreckungsschuldner ein Bürger ist, kann auch einem erwachsenen Familienangehörigen von ihm ein Exemplar übergeben werden.

§ 253 [Aufbewahrung versiegelten Vermögens durch den Vollstreckungsschuldner; = § 246 ZPG 2017] Der Gerichtsvollzieher kann bestimmen, dass der Vollstreckungsschuldner für die Aufbewahrung von versiegeltem Vermögen verantwortlich ist. Schäden [daran], die durch Verschulden des Vollstreckungsschuldners entstehen, werden vom Vollstreckungsschuldner übernommen.

§ 254 [Verwertung des versiegelten oder gepfändeten Vermögens; = § 247 ZPG 2017] Nachdem Vermögen versiegelt oder gepfändet worden ist, muss der Gerichtsvollzieher den Vollstreckungsschuldner anweisen, innerhalb einer bestimmten Frist die in der Rechtsurkunde bestimmten Pflichten zu erfüllen. Wenn der Vollstreckungsschuldner innerhalb der Frist nicht erfüllt, muss das Volksgericht die versiegelten oder gepfändeten Vermögensgegenstände versteigern; bei nicht für die Versteigerung geeigneten [Vermögensgegenständen] oder wenn beide Parteien mit der Versteigerung nicht einverstanden sind, kann das Volksgericht eine betreffende Einheit mit dem freihändigen Verkauf beauftragen oder [die Vermögensgegenstände] selbst freihändig verkaufen. Dinge, deren freier Verkauf staatlich verboten ist, werden der betreffenden Einheit zum Ankauf zum staatlich bestimmten Preis übergeben.

§ 255 [Durchsuchungsbefehl; = § 248 ZPG 2017] Wenn der Vollstreckungsschuldner die in der Rechtsurkunde bestimmten Pflichten nicht erfüllt und Vermögen verbirgt, ist das Volksgericht berechtigt, einen Durchsuchungsbefehl zu erlassen und den Vollstreckungsschuldner und seinen Wohnsitz bzw. die Orte, an denen Vermögen verborgen ist, zu durchsuchen.

Wenn die vorgenannte Maßnahme ergriffen wird, muss der Gerichtsvorsitzende den Durchsuchungsbefehl unterzeichnen und erlassen.

§ 256 [Vollstreckung wegen Herausgabe von Sachen; = § 249 ZPG 2017] Bestimmt die Rechtsurkunde, dass Vermögensgegenstände oder Nachweismarken zu übergeben sind, so ruft der Gerichtsvollzieher die Parteien auf beiden Seiten zur direkten Übergabe zusammen, oder es wird über den Gerichtsvollzieher übergeben und der Empfänger quittiert den Empfang.

Wenn eine [dritte] Einheit diese Vermögensgegenstände oder Nachweismarken in Besitz hat, muss sie sie aufgrund der schriftlichen Aufforderung des Volksgerichts zur Unterstützung der Vollstreckung weiter übergeben und der Empfänger quittiert den Empfang.

Wenn ein [dritter] Bürger diese Vermögensgegenstände oder Nachweismarken in Besitz hat, fordert ihn das Volksgericht zur Übergabe auf. Wenn er die Übergabe verweigert, wird zwangsvollstreckt.

第二百五十七条 强制迁出房屋或者强制退出土地，由院长签发公告，责令被执行人在指定期间履行。被执行人逾期不履行的，由执行员强制执行。

强制执行时，被执行人是公民的，应当通知被执行人或者他的成年家属到场；被执行人是法人或者其他组织的，应当通知其法定代表人或者主要负责人到场。拒不到场的，不影响执行。被执行人是公民的，其工作单位或者房屋、土地所在地的基层组织应当派人参加。执行员应当将强制执行情况记入笔录，由在场人签名或者盖章。

强制迁出房屋被搬出的财物，由人民法院派人运至指定处所，交给被执行人。被执行人是公民的，也可以交给他的成年家属。因拒绝接收而造成的损失，由被执行人承担。

第二百五十八条 在执行中，需要办理有关财产权证照转移手续的，人民法院可以向有关单位发出协助执行通知书，有关单位必须办理。

第二百五十九条 对判决、裁定和其他法律文书指定的行为，被执行人未按执行通知履行的，人民法院可以强制执行或者委托有关单位或者其他人员完成，费用由被执行人承担。

第二百六十条 被执行人未按判决、裁定和其他法律文书指定的期间履行给付金钱义务的，应当加倍支付迟延履行期间的债务利息。被执行人未按判决、裁定和其他法律文书指定的期间履行其他义务的，应当支付迟延履行金。

第二百六十一条 人民法院采取本法第二百四十九条、第二百五十条、第二百五十一条规定的执行措施后，被执行人仍不能偿还债务的，应当继续履行义务。债权人发现被执行人有其他财产的，可以随时请求人民法院执行。

§ 257 [Vollstreckung durch Räumung von unbeweglichen Sachen; = § 250 ZPG 2017] Beim zwangsweisen Auszug aus einem Haus oder der zwangsweisen Herausgabe eines Grundstücks unterschreibt und erlässt der Gerichtsvorsitzende eine Bekanntmachung, die den Vollstreckungsschuldner anweist, dies in einer bestimmten Frist auszuführen. Wenn der Vollstreckungsschuldner innerhalb der Frist dies nicht ausführt, zwangsvollstreckt der Gerichtsvollzieher.

Bei der Zwangsvollstreckung muss, wenn der Vollstreckungsschuldner ein Bürger ist, der Vollstreckungsschuldner oder ein erwachsener Familienangehöriger von ihm aufgefordert werden, sich an Ort und Stelle einzufinden; wenn der Vollstreckungsschuldner eine juristische Person oder eine andere Organisation ist, muss ihr gesetzlich bestimmter Repräsentant oder Hauptverantwortlicher aufgefordert werden, sich an Ort und Stelle einzufinden. Weigert sich [der Aufgeforderte], zu erscheinen, so behindert das die Vollstreckung nicht. Wenn der Vollstreckungsschuldner ein Bürger ist, so muss seine Arbeitseinheit oder die Basisorganisation des Ortes, an dem sich das Haus oder Grundstück befindet, jemand zur Beteiligung [an der Vollstreckung] abordnen. Der Gerichtsvollzieher muss die Umstände der Zwangsvollstreckung in einem Protokoll verzeichnen, das von den Anwesenden unterzeichnet oder gesiegelt wird.

Die bei dem zwangsweisen Auszug aus dem Haus herausgeschafften Vermögensgegenstände werden von vom Volksgericht abgeordneten Personen an einen bestimmten Ort geschafft und dem Vollstreckungsschuldner übergeben. Wenn der Vollstreckungsschuldner ein Bürger ist, können sie auch einem erwachsenen Familienangehörigen von ihm übergeben werden. Schaden, der dadurch entsteht, dass die Annahme verweigert wird, übernimmt der Vollstreckungsschuldner.

§ 258 [Pfändung von verbrieften Rechten; = § 251 ZPG 2017] Wenn es bei der Vollstreckung erforderlich ist, das Verfahren zur Übertragung der Beweisurkunden für betroffene Vermögensrechte durchzuführen, kann das Volksgericht an die betroffenen Einheiten eine schriftliche Aufforderung zur Unterstützung der Vollstreckung erlassen, der die betroffenen Einheiten nachzukommen haben.

§ 259 [Vollstreckung wegen Handlungen; = § 252 ZPG 2017] Wenn der Vollstreckungsschuldner von Urteilen, Beschlüssen und anderen Rechtsurkunden bestimmte Handlungen nicht entsprechend der Vollstreckungsmittelteilung ausführt, kann das Volksgericht zwangsvollstrecken oder betreffende Einheiten oder andere Personen beauftragen, [diese Handlungen] zu vollenden; die Kosten werden vom Vollstreckungsschuldner übernommen.

§ 260 [Verzugszinsen und Verzugsgeld; = § 253 ZPG 2017] Wenn der Vollstreckungsschuldner eine Pflicht, Geld zu zahlen, nicht in den in Urteilen, Beschlüssen und anderen Rechtsurkunden bestimmten Fristen erfüllt, muss er die Schuldzinsen für die Zeit verzögerter Erfüllung doppelt zahlen. Wenn der Vollstreckungsschuldner andere Pflichten nicht in den in Urteilen, Beschlüssen und anderen Rechtsurkunden bestimmten Fristen erfüllt, muss er Verzugsgeld zahlen.

§ 261 [Weitere Erfüllungspflicht nach fruchtloser Vollstreckung; vgl. § 254 ZPG 2017⁵⁰] Wenn das Volksgericht Vollstreckungsmaßnahmen nach §§ 249, 250 oder 251 ergriffen hat, der Vollstreckungsschuldner aber weiterhin die Schuld nicht befriedigen kann, muss [er] weiter [seine] Pflichten erfüllen. Wenn der Gläubiger entdeckt, dass der Schuldner noch anderes Vermögen hat, kann er jederzeit vom Volksgericht Vollstreckung verlangen.

⁵⁰ Anpassung der Verweisungen.

第二百六十二条 被执行人不履行法律文书确定的义务的，人民法院可以对其采取或者通知有关单位协助采取限制出境，在征信系统记录、通过媒体公布不履行义务信息以及法律规定的其他措施。

第二十二章 执行中止和终结

第二百六十三条 有下列情形之一的，人民法院应当裁定中止执行：

- (一) 申请人表示可以延期执行的；
- (二) 案外人对执行标的提出确有理由的异议的；
- (三) 作为一方当事人的公民死亡，需要等待继承人继承权利或者承担义务的；
- (四) 作为一方当事人的法人或者其他组织终止，尚未确定权利义务承受人的；
- (五) 人民法院认为应当中止执行的其他情形。

中止的情形消失后，恢复执行。

第二百六十四条 有下列情形之一的，人民法院裁定终结执行：

- (一) 申请人撤销申请的；
- (二) 据以执行的法律文书被撤销的；
- (三) 作为被执行人的公民死亡，无遗产可供执行，又无义务承担人的；
- (四) 追索赡养费、抚养费、抚养费案件的权利人死亡的；
- (五) 作为被执行人的公民因生活困难无力偿还借款，无收入来源，又丧失劳动能力的；
- (六) 人民法院认为应当终结执行的其他情形。

第二百六十五条 中止和终结执行的裁定，送达当事人后立即生效。

§ 262 [Weitere Vollstreckungsmaßnahmen; = § 255 ZPG 2017] Wenn der Vollstreckungsschuldner in der Rechtsurkunde festgesetzte Pflichten nicht erfüllt, kann das Volksgericht ihm gegenüber folgende Maßnahmen ergreifen bzw. die betreffenden Einheiten auffordern, diese Maßnahmen zu unterstützen: seine Ausreise aus dem Gebiet beschränken, in den Verzeichnissen von Kreditauskunftssystemen und über die Medien Informationen zur Nichterfüllung seiner Pflichten bekannt machen und andere gesetzlich vorgesehene Maßnahmen.

22. Kapitel: Unterbrechung und Beendigung der Vollstreckung

§ 263 [Unterbrechungstatbestände; = § 256 ZPG 2017] Wenn einer der folgenden Umstände vorliegt, muss das Volksgericht die Unterbrechung der Vollstreckung beschließen:

1. Der Antragsteller bringt zum Ausdruck, dass die Vollstreckung aufgeschoben werden kann;
2. ein Außenstehender erhebt gegen den Gegenstand der Vollstreckung Einwände, die entschieden begründet sind;
3. ein Bürger, der Partei ist, stirbt, und es ist erforderlich, abzuwarten, ob Erben Rechte erben bzw. Pflichten übernehmen;
4. eine juristische Person oder andere Organisation, die Partei ist, endet, und wer Rechte und Pflichten übernimmt, ist noch nicht bestimmt;
5. andere Umstände, bei denen das Volksgericht der Ansicht ist, dass die Vollstreckung unterbrochen werden muss.

Nach Wegfall der die Unterbrechung [begründenden] Umstände wird wieder in die Vollstreckung eingetreten.

§ 264 [Beendigungstatbestände; vgl. § 257 ZPG 2017⁵¹] Wenn einer der folgenden Umstände vorliegt, beschließt das Volksgericht die Beendigung der Vollstreckung:

1. Der Antragsteller hebt den Antrag auf;
2. die Rechtsurkunde, auf die sich die Vollstreckung stützt, wird aufgehoben;
3. der Bürger, der Vollstreckungsschuldner ist, stirbt, [und] es gibt weder Nachlass, in den vollstreckt werden könnte, noch jemanden, der Pflichten übernimmt;
4. in Fällen, in denen Unterhalt für Eltern, Ehegatten [oder] Kinder verlangt wird, stirbt der Berechtigte;
5. der Bürger, der Vollstreckungsschuldner ist, lebt unter so schwierigen Verhältnissen, dass er außerstande ist, Darlehen zurückzuzahlen, hat keine Einkommensquelle [und] ist arbeitsunfähig;
6. andere Umstände, bei denen das Volksgericht der Ansicht ist, dass die Vollstreckung beendet werden muss.

§ 265 [Wirksamwerden des Beschlusses über die Unterbrechung oder Beendigung; = § 258 ZPG 2017] Der Beschluss, welcher die Vollstreckung unterbricht oder beendet, wird sogleich wirksam, nachdem er den Parteien zugestellt worden ist.

⁵¹ Anpassung an die Formulierung des ZGB („抚养费“ statt „抚育费“) in Nr. 4.

第四编 涉外民事诉讼程序的特别规定

第二十三章 一般原则

第二百六十六条 在中华人民共和国领域内进行涉外民事诉讼,适用本编规定。本编没有规定的,适用本法其他有关规定。

第二百六十七条 中华人民共和国缔结或者参加的国际条约同本法有不同规定的,适用该国际条约的规定,但中华人民共和国声明保留的条款除外。

第二百六十八条 对享有外交特权与豁免的外国人、外国组织或者国际组织提起的民事诉讼,应当依照中华人民共和国有关法律和中华人民共和国缔结或者参加的国际条约的规定办理。

第二百六十九条 人民法院审理涉外民事案件,应当使用中华人民共和国通用的语言、文字。当事人要求提供翻译的,可以提供,费用由当事人承担。

第二百七十条 外国人、无国籍人、外国企业和组织在人民法院起诉、应诉,需要委托律师代理诉讼的,必须委托中华人民共和国的律师。

第二百七十一条 在中华人民共和国领域内没有住所的外国人、无国籍人、外国企业和组织委托中华人民共和国律师或者其他代理人代理诉讼,从中华人民共和国领域外寄交或者托交的授权委托书,应当经所在国公证机关证明,并经中华人民共和国驻该国使领馆认证,或者履行中华人民共和国与该所在国订立的有关条约中规定的证明手续后,才具有效力。

4. Buch: Besondere Bestimmungen für das Verfahren in Zivilsachen mit Auslandsbezug

23. Kapitel: Allgemeine Grundsätze

§ 266 [Anwendbare Vorschriften; = § 259 ZPG 2017] Auf im Gebiet der Volksrepublik China durchgeführte Zivilprozesse mit Auslandsbezug werden die Vorschriften dieses Buches angewandt. Wenn sich in diesem Buch keine Vorschriften finden, werden die sonst einschlägigen Vorschriften dieses Gesetzes angewandt.

§ 267 [Internationale Abkommen; = § 260 ZPG 2017] Wenn sich in internationalen Abkommen, welche die Volksrepublik China abgeschlossen hat oder an denen sie sich beteiligt, von diesem Gesetz abweichende Vorschriften finden, werden die Vorschriften dieser Abkommen angewandt, soweit die Volksrepublik China nicht zu ihnen Vorbehalte erklärt hat.

§ 268 [Diplomatische Privilegien genießende und exemte Ausländer; = § 261 ZPG 2017] Gegen diplomatische Privilegien genießende und exemte Ausländer, ausländische und internationale Organisationen erhobene Zivilklagen müssen nach den Bestimmungen der einschlägigen Gesetze der Volksrepublik China und der internationalen Abkommen, welche die Volksrepublik China abgeschlossen oder an denen sie sich beteiligt hat, durchgeführt werden.

§ 269 [Sprachen; = § 262 ZPG 2017] Bei der Behandlung von Zivilsachen mit Auslandsbezug muss das Volksgericht in der Volksrepublik China allgemein gebrauchte Sprachen und Schriften verwenden. Wenn Parteien verlangen, dass eine Übersetzung gestellt wird, kann eine Übersetzung gestellt werden; die Kosten werden von der Partei übernommen.

§ 270 [Anwaltliche Vertretung; = § 263 ZPG 2017] Wenn es erforderlich ist, dass Ausländer, Staatenlose, ausländische Unternehmen oder [ausländische] Organisationen, die bei einem Volksgericht Klage erheben oder sich gegen eine Klage verteidigen, einen Rechtsanwalt beauftragen, in ihrer Vertretung den Prozess zu führen, haben sie einen Rechtsanwalt der Volksrepublik China zu beauftragen.

§ 271 [Parteien ohne Wohnsitz in China; = § 264 ZPG 2017] Wenn Ausländer, Staatenlose, ausländische Unternehmen oder [ausländische] Organisationen, die im Gebiet der Volksrepublik China keinen Wohnsitz haben, einen Rechtsanwalt der Volksrepublik China oder eine andere Person beauftragen, in ihrer Vertretung einen Prozess zu führen, und die bevollmächtigende Auftragsurkunde von außerhalb des Gebiets der Volksrepublik China übersenden oder übergeben lassen, muss [diese Auftragsurkunde] von den öffentlichen Beurkundungsorganen des Landes, in dem sie sich befinden, nachgewiesen und von der Botschaft oder einem Konsulat der Volksrepublik China in jenem Lande legalisiert sein, oder es muss das in einem einschlägigen Abkommen der Volksrepublik China mit dem Lande, in dem sie sich befinden, vorgesehene Nachweisverfahren durchgeführt worden sein; erst dann ist sie wirksam.

第二十四章 管辖

第二百七十二條 因合同糾紛或者其他財產權益糾紛，對在中華人民共和國領域內沒有住所的被告提起的訴訟，如果合同在中華人民共和國領域內簽訂或者履行，或者訴訟標的物在中華人民共和國領域內，或者被告在中華人民共和國領域內有可供扣押的財產，或者被告在中華人民共和國領域內設有代表機構，可以由合同簽訂地、合同履行地、訴訟標的物所在地、可供扣押財產所在地、侵權行為地或者代表機構住所地人民法院管轄。

第二百七十三條 因在中華人民共和國履行中外合資經營企業合同、中外合作經營企業合同、中外合作勘探開發自然資源合同發生糾紛提起的訴訟，由中華人民共和國人民法院管轄。

第二十五章 送達、期間

第二百七十四條 人民法院對在中華人民共和國領域內沒有住所的當事人送達訴訟文書，可以採用下列方式：

(一) 依照受送達人所在國與中華人民共和國締結或者共同參加的國際條約中規定的方式送達；

(二) 通過外交途徑送達；

(三) 對具有中華人民共和國國籍的受送達人，可以委託中華人民共和國駐受送達人所在國的使領館代為送達；

(四) 向受送達人委託的有權代其接受送達的訴訟代理人送達；

(五) 向受送達人在中華人民共和國領域內設立的代表機構或者有權接受送達的分支機構、業務代辦人送達；

(六) 受送達人所在國的法律允許郵寄送達的，可以郵寄送達，自郵寄之日起滿三個月，送達回證沒有退回，但根據各種情況足以認定已經送達的，期間屆滿之日視為送達；

(七) 採用傳真、電子郵件等能夠確認受送達人收悉的方式送達；

24. Kapitel: Zuständigkeit

§ 272 [Zuständigkeit in Vertragsstreitigkeiten; = § 265 ZPG 2017] Für eine wegen Vertragsstreitigkeiten oder Streitigkeiten um andere Vermögensrechte und -interessen erhobene Klage gegen einen Beklagten, der im Gebiet der Volksrepublik China keinen Wohnsitz hat, kann, wenn der Vertrag im Gebiet der Volksrepublik China geschlossen wurde oder erfüllt wird oder wenn der Prozessgegenstand sich im Gebiet der Volksrepublik China befindet oder wenn der Beklagte im Gebiet der Volksrepublik China pfändbares Vermögen hat oder wenn der Beklagte im Gebiet der Volksrepublik China ein Vertretungsorgan errichtet hat, die Zuständigkeit vom Volksgericht des Ortes des Vertragsschlusses oder der Vertragserfüllung oder des Ortes, an dem sich der Prozessgegenstand oder pfändbares Vermögen befindet, oder des Ortes der rechtsverletzenden Handlung oder des Wohnsitzes des Vertretungsorgans übernommen werden.

§ 273 [Zwingende Zuständigkeit chinesischer Gerichte; = § 266 ZPG 2017] Für Klagen, die wegen Streitigkeiten erhoben werden, die daraus entstehen, dass in der Volksrepublik China Verträge über chinesisch-ausländische mit gemeinsamem Kapital betriebene Unternehmen, chinesisch-ausländische kooperativ betriebene Unternehmen oder chinesisch-ausländische Kooperation bei der Erschließung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen erfüllt werden, sind die Volksgerichte der Volksrepublik China zuständig.

25. Kapitel: Zustellung, Fristen

§ 274 [Zustellung an Parteien ohne Wohnsitz in China; = § 267 ZPG 2017] Die Volksgerichte können sich bei der Zustellung von Prozessurkunden an Parteien, die im Gebiet der Volksrepublik China keinen Wohnsitz haben, der folgenden Formen bedienen:

1. Zustellungsformen, die in internationalen Abkommen vorgesehen sind, die das Land, in dem sich der Zustellungsempfänger befindet, mit der Volksrepublik China abgeschlossen hat oder an denen beide gemeinsam beteiligt sind;

2. Zustellung auf diplomatischem Wege;

3. wenn der Zustellungsempfänger die Staatsangehörigkeit der Volksrepublik China hat, kann die Botschaft oder ein Konsulat der Volksrepublik China in dem Land, in dem sich der Zustellungsempfänger befindet, beauftragt werden, vertretungsweise zuzustellen;

4. Zustellung an den Prozessvertreter, der vom Zustellungsempfänger beauftragt worden und berechtigt ist, in seiner Vertretung Zustellungen zu empfangen;

5. Zustellung an vom Zustellungsempfänger im Gebiet der Volksrepublik China errichtete Vertretungsorgane oder zum Empfang von Zustellungen berechnete Zweigstellen und in Vertretung [des Empfängers] gewerblich Tätige;

6. wenn das Recht des Landes, in dem sich der Zustellungsempfänger befindet, postalische Zustellung gestattet, kann mit der Post zugestellt werden; wenn innerhalb von drei Monaten vom Absendetag an die Zustellungsurkunde nicht zurückgekommen ist, aber die Umstände aller Art hinreichen, um festzustellen, dass zugestellt worden ist, gilt der Tag des Ablaufs dieser Frist als [Tag der] Zustellung;

7. wenn Fax, E-Mail und andere Zustellungsmethoden benutzt werden, bei denen der erfolgte Empfang [und] ihre Wahrnehmung durch den Zustellungsempfänger bestätigt werden kann;

(八) 不能用上述方式送达的, 公告送达, 自公告之日起满三个月, 即视为送达。

第二百七十五条 被告在中华人民共和国领域内没有住所的, 人民法院应当将起诉状副本送达被告, 并通知被告在收到起诉状副本后三十日内提出答辩状。被告申请延期的, 是否准许, 由人民法院决定。

第二百七十六条 在中华人民共和国领域内没有住所的当事人, 不服第一审人民法院判决、裁定的, 有权在判决书、裁定书送达之日起三十日内提起上诉。被上诉人在收到上诉状副本后, 应当在三十日内提出答辩状。当事人不能在法定期间提起上诉或者提出答辩状, 申请延期的, 是否准许, 由人民法院决定。

第二百七十七条 人民法院审理涉外民事案件的期间, 不受本法第一百五十二条、第一百八十三条规定的限制。

第二十六章 仲裁

第二百七十八条 涉外经济贸易、运输和海事中发生的纠纷, 当事人在合同中订有仲裁条款或者事后达成书面仲裁协议, 提交中华人民共和国涉外仲裁机构或者其他仲裁机构仲裁的, 当事人不得向人民法院起诉。

当事人在合同中订有仲裁条款或者事后没有达成书面仲裁协议的, 可以向人民法院起诉。

第二百七十九条 当事人申请采取保全的, 中华人民共和国的涉外仲裁机构应当将当事人的申请, 提交被申请人住所地或者财产所在地的中级人民法院裁定。

第二百八十条 经中华人民共和国涉外仲裁机构裁决的, 当事人不得向人民法院起诉。一方当事人不履行仲裁裁决的, 对方当事人可以向被申请人住所地或者财产所在地的中级人民法院申请执行。

8. wenn nicht die vorgenannten Zustellungsformen verwandt werden können, wird durch Bekanntmachung zugestellt; mit dem Ablauf von drei Monaten vom Tag der Bekanntmachung an gilt die Zustellung [als erfolgt].

§ 275 [Beklagte ohne Wohnsitz in China; = § 268 ZPG 2017] Wenn der Beklagte im Gebiet der Volksrepublik China keinen Wohnsitz hat, muss das Volksgericht dem Beklagten eine Kopie der Klageschrift zustellen und ihn auffordern, innerhalb von 30 Tagen nach dem Empfang der Klageschrift eine Klageerwidlungsschrift einzureichen. Wenn der Beklagte eine Fristverlängerung beantragt, [entscheidet] das Volksgericht durch Verfügung, ob dem stattgegeben wird.

§ 276 [Berufung durch Partei ohne Wohnsitz in China; = § 247 ZPG 2017] Eine Partei, die im Gebiet der Volksrepublik China keinen Wohnsitz hat und sich einem Urteil oder einem Beschluss des Volksgerichts erster Instanz nicht unterwerfen will, ist berechtigt, innerhalb von 30 Tagen vom Tag der Zustellung des Urteils bzw. des Beschlusses an Berufung einzulegen. Der Berufungsbeklagte muss nach Erhalt der Kopie der Berufungsschrift innerhalb von 30 Tagen eine Klageerwidlungsschrift einreichen. Wenn eine Partei nicht innerhalb der gesetzlich bestimmten Frist Berufung einlegen oder eine Klageerwidlungsschrift einreichen kann und Fristverlängerung beantragt, [entscheidet] das Volksgericht durch Verfügung, ob dem stattgegeben wird.

§ 277 [Nichtanwendbare Vorschriften; vgl. § 270 ZPG 2017⁵²] Die Vorschriften der §§ 152 und 183 dieses Gesetzes gelten nicht für die Fristen für die Behandlung von Zivilsachen mit Auslandsbezug durch die Volksgerichte.

26. Kapitel: Schiedsverfahren

§ 278 [Unzuständigkeit der Volksgerichte; = § 271 ZPG 2017] Wenn bei aus Wirtschaft und Handel, Transport oder Seesachen mit Auslandsberührung entstehenden Streitigkeiten die Parteien im Vertrag eine Schiedsklausel bestimmt oder nachträglich eine schriftliche Schiedsvereinbarung getroffen haben und [die Sache] einem Schiedsverfahren bei einem Schiedsorgan der Volksrepublik China für [Fälle mit] Auslandsbezug oder einem anderen Schiedsorgan übergeben wird, dürfen die Parteien keine Klage beim Volksgericht erheben.

Wenn die Parteien weder im Vertrag eine Schiedsklausel bestimmt noch nachträglich eine schriftliche Schiedsvereinbarung getroffen haben, können sie beim Volksgericht Klage erheben.

§ 279 [Zuständigkeit der mittleren Volksgerichte für Sicherungsmaßnahmen; = § 272 ZPG 2017] Wenn eine Partei Sicherung beantragt, muss ein Schiedsorgan der Volksrepublik China für [Fälle mit] Auslandsbezug den Antrag der Partei dem Volksgericht der Mittelstufe des Wohnsitzes des Antragsgegners oder des Ortes, an dem sich das Vermögen befindet, übergeben, damit dieses einen Beschluss trifft.

§ 280 [Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit, Vollstreckung; = § 273 ZPG 2017] Nachdem ein Schiedsorgan der Volksrepublik China für [Fälle mit] Auslandsbezug einen Schiedsspruch erlassen hat, dürfen die Parteien keine Klage beim Volksgericht erheben. Wenn eine Partei den Schiedsspruch nicht erfüllt, kann die andere Seite beim Volksgericht der Mittelstufe des Wohnsitzes des Antragsgegners oder des Ortes, an dem sich das Vermögen befindet, Vollstreckung beantragen.

⁵² Anpassung der Verweisungen.

第二百八十一条 对中华人民共和国涉外仲裁机构作出的裁决,被申请人提出证据证明仲裁裁决有下列情形之一的,经人民法院组成合议庭审查核实,裁定不予执行:

(一)当事人在合同中没有订有仲裁条款或者事后没有达成书面仲裁协议的;

(二)被申请人没有得到指定仲裁员或者进行仲裁程序的通知,或者由于其他不属于被申请人负责的原因未能陈述意见的;

(三)仲裁庭的组成或者仲裁的程序与仲裁规则不符的;

(四)裁决的事项不属于仲裁协议的范围或者仲裁机构无权仲裁的。

人民法院认定执行该裁决违背社会公共利益的,裁定不予执行。

第二百八十二条 仲裁裁决被人民法院裁定不予执行的,当事人可以根据双方达成的书面仲裁协议重新申请仲裁,也可以向人民法院起诉。

第二十七章 司法协助

第二百八十三条 根据中华人民共和国缔结或者参加的国际条约,或者按照互惠原则,人民法院和外国法院可以相互请求,代为送达文书、调查取证以及进行其他诉讼行为。

外国法院请求协助的事项有损于中华人民共和国的主权、安全或者社会公共利益的,人民法院不予执行。

第二百八十四条 请求和提供司法协助,应当依照中华人民共和国缔结或者参加的国际条约所规定的途径进行;没有条约关系的,通过外交途径进行。

外国驻中华人民共和国的使领馆可以向该国公民送达文书和调查取证,但不得违反中华人民共和国的法律,并不得采取强制措施。

除前款规定的情况外,未经中华人民共和国主管机关准许,任何外国机关或者个人不得在中华人民共和国领域内送达文书、调查取证。

§ 281 [Nichtvollstreckungsgründe; = § 274 ZPG 2017] Wenn bei einem Schiedsspruch eines Schiedsorgans der Volksrepublik China für [Fälle mit] Auslandsbezug der Antragsgegner Beweise einreicht, die nachweisen, dass bei dem Schiedsspruch einer der folgenden Umstände vorliegt, wird, nachdem eine Prüfung durch ein vom Volksgericht gebildetes Kollegium die Richtigkeit [der Behauptung] ergeben hat, beschlossen, dass [der Schiedsspruch] nicht vollstreckt wird:

1. Die Parteien haben weder im Vertrag eine Schiedsklausel bestimmt noch nachträglich eine schriftliche Schiedsvereinbarung getroffen;

2. der Antragsgegner hat keine Mitteilung von der Bestimmung der Schiedsrichter oder der Durchführung des Schiedsverfahrens erhalten oder er konnte aus anderen Gründen, für die er nicht verantwortlich ist, seine Meinung [im Schiedsverfahren] nicht vortragen;

3. Zusammensetzung oder Verfahren der Schiedskammer entsprechen nicht den Schiedsregeln;

4. der Gegenstand des Schiedsspruchs gehört nicht zum Bereich der Schiedsvereinbarung oder das Schiedsorgan ist zu einem Schiedsverfahren [über diesen Gegenstand] nicht berechtigt.

Wenn das Volksgericht feststellt, dass die Vollstreckung dieses Schiedsspruchs dem gesellschaftlichen öffentlichen Interesse zuwiderläuft, wird beschlossen, dass nicht vollstreckt wird.

§ 282 [Schiedsverfahren oder Klage nach Beschluss über die Nichtvollstreckung; = § 275 ZPG 2017] Wenn das Volksgericht beschlossen hat, dass ein Schiedsspruch nicht vollstreckt wird, können die Parteien aufgrund einer von beiden Seiten erzielten schriftlichen Schiedsvereinbarung erneut ein Schiedsverfahren beantragen, sie können auch beim Volksgericht Klage erheben.

27. Kapitel: Justizhilfe

§ 283 [Grundlagen der Justizhilfe, Ausnahmen von der Gewährung der Justizhilfe; = § 276 ZPG 2017] Aufgrund internationaler Abkommen, welche die Volksrepublik China abgeschlossen hat oder an denen sie sich beteiligt, oder aufgrund des Prinzips der Gegenseitigkeit können Volksgerichte und ausländische Gerichte wechselseitig [Hilfe] verlangen, vertretungsweise Urkunden zustellen, untersuchen und Beweise erheben und andere Prozesshandlungen durchführen.

Wenn die Einzelheiten der Hilfe, welche ein ausländisches Gericht verlangt, der Souveränität, der Sicherheit oder dem gesellschaftlichen öffentlichen Interesse der Volksrepublik China schaden, gewährt das Volksgericht nicht die Vollstreckung [des Verlangens].

§ 284 [Justizhilfeverfahren; = § 277 ZPG 2017] Justizhilfe muss auf den Wegen verlangt und gewährt werden, die in den internationalen Abkommen vorgeschrieben sind, welche die Volksrepublik China abgeschlossen hat oder an denen sie sich beteiligt; besteht keine in Abkommen [bestimmte] Beziehung, so läuft [die Justizhilfe] auf diplomatischem Weg.

Ausländische Botschaften und Konsulate in der Volksrepublik China können den Bürgern ihrer Länder Urkunden zustellen, bei ihnen Untersuchungen vornehmen und Beweise erheben, dürfen aber nicht die Gesetze der Volksrepublik China verletzen und auch keine Zwangsmaßnahmen ergreifen.

Außer unter den im vorigen Absatz bestimmten Umständen darf ohne Genehmigung der zuständigen Behörden der Volksrepublik China keine ausländische Behörde und Einzelperson im Gebiet der Volksrepublik China Urkunden zustellen, Untersuchungen vornehmen und Beweise erheben.

第二百八十五条 外国法院请求人民法院提供司法协助的请求书及其所附文件，应当附有中文译本或者国际条约规定的其他文字文本。

人民法院请求外国法院提供司法协助的请求书及其所附文件，应当附有该国文字译本或者国际条约规定的其他文字文本。

第二百八十六条 人民法院提供司法协助，依照中华人民共和国法律规定的程序进行。外国法院请求采用特殊方式的，也可以按照其请求的特殊方式进行，但请求采用的特殊方式不得违反中华人民共和国法律。

第二百八十七条 人民法院作出的发生法律效力判决、裁定，如果被被执行人或者其财产不在中华人民共和国领域内，当事人请求执行的，可以由当事人直接向有管辖权的外国法院申请承认和执行，也可以由人民法院依照中华人民共和国缔结或者参加的国际条约的规定，或者按照互惠原则，请求外国法院承认和执行。

中华人民共和国涉外仲裁机构作出的发生法律效力仲裁裁决，当事人请求执行的，如果被被执行人或者其财产不在中华人民共和国领域内，应当由当事人直接向有管辖权的外国法院申请承认和执行。

第二百八十八条 外国法院作出的发生法律效力判决、裁定，需要中华人民共和国人民法院承认和执行的，可以由当事人直接向中华人民共和国有管辖权的中级人民法院申请承认和执行，也可以由外国法院依照该国与中华人民共和国缔结或者参加的国际条约的规定，或者按照互惠原则，请求人民法院承认和执行。

§ 285 [Sprachen; = § 278 ZPG 2017] Wenn ein ausländisches Gericht verlangt, dass Volksgerichte Justizhilfe gewähren, muss dem schriftlichen Verlangen und den beigefügten Schriftstücken eine chinesische Übersetzung bzw. der Text in einer von dem internationalen Abkommen bestimmten sonstigen Sprache beigefügt werden.

Wenn ein Volksgericht verlangt, dass ausländische Gerichte Justizhilfe gewähren, muss dem schriftlichen Verlangen und den beigefügten Schriftstücken eine Übersetzung in die Sprache jenes Landes bzw. der Text in einer von dem internationalen Abkommen bestimmten sonstigen Sprache beigefügt werden.

§ 286 [Anwendbares Verfahrensrecht; = § 279 ZPG 2017] Wenn ein Volksgericht Justizhilfe gewährt, verfährt es in dem in den Gesetzen der Volksrepublik China vorgeschriebenen Verfahren. Wenn das ausländische Gericht verlangt, dass besondere Formen verwandt werden, kann auch in besonderen Formen entsprechend dem Verlangen verfahren werden, aber die besonderen Formen, deren Verwendung verlangt wird, dürfen nicht gegen die Gesetze der Volksrepublik China verstoßen.

§ 287 [Anerkennung und Vollstreckung chinesischer Urteile, Beschlüsse und Schiedssprüche; = § 280 ZPG 2017] Wenn bei vom Volksgericht erlassenen rechtskräftigen Urteilen und Beschlüssen der Vollstreckungsschuldner oder sein Vermögen sich nicht im Gebiet der Volksrepublik China befinden und eine Partei Vollstreckung verlangt, kann die Partei direkt bei dem zuständigen ausländischen Gericht Anerkennung und Vollstreckung beantragen; es kann auch das Volksgericht aufgrund internationaler Abkommen, welche die Volksrepublik China abgeschlossen hat oder an denen sie sich beteiligt, oder aufgrund des Prinzips der Gegenseitigkeit von dem ausländischen Gericht Anerkennung und Vollstreckung verlangen.

Wenn eine Partei die Vollstreckung eines rechtskräftigen Schiedsspruchs eines Schiedsorgans der Volksrepublik China für [Fälle mit] Auslandsbezug verlangt und der Vollstreckungsschuldner oder sein Vermögen sich nicht im Gebiet der Volksrepublik China befinden, muss die Partei direkt bei dem zuständigen ausländischen Gericht Anerkennung und Vollstreckung beantragen.

§ 288 [Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile und Beschlüsse; = § 281 ZPG 2017] Wenn von ausländischen Gerichten erlassene Urteile und Beschlüsse Anerkennung und Vollstreckung durch Volksgerichte der Volksrepublik China erfordern, können Parteien direkt bei dem zuständigen Volksgericht der Mittelstufe der Volksrepublik China Anerkennung und Vollstreckung beantragen; es können auch ausländische Gerichte aufgrund internationaler Abkommen, welche ihr Land mit der Volksrepublik China abgeschlossen hat oder an denen es sich beteiligt, oder aufgrund des Prinzips der Gegenseitigkeit vom Volksgericht Anerkennung und Vollstreckung verlangen.

第二百八十九条 人民法院对申请或者请求承认和执行的外国法院作出的发生法律效力判决、裁定，依照中华人民共和国缔结或者参加的国际条约，或者按照互惠原则进行审查后，认为不违反中华人民共和国法律的基本原则或者国家主权、安全、社会公共利益的，裁定承认其效力，需要执行的，发出执行令，依照本法的有关规定执行。违反中华人民共和国法律的基本原则或者国家主权、安全、社会公共利益的，不予承认和执行。

第二百九十条 国外仲裁机构的裁决，需要中华人民共和国人民法院承认和执行的，应当由当事人直接向被执行人住所地或者其财产所在地的中级人民法院申请，人民法院应当依照中华人民共和国缔结或者参加的国际条约，或者按照互惠原则办理。

第二百九十一条 本法自公布之日起施行，《中华人民共和国民事诉讼法（试行）》同时废止。

§ 289 [Voraussetzung der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile und Beschlüsse; = § 282 ZPG 2017] Nachdem das Volksgericht rechtskräftige Urteile und Beschlüsse ausländischer Gerichte, deren Anerkennung und Vollstreckung beantragt oder verlangt wird, nach internationalen Abkommen, welche die Volksrepublik China abgeschlossen hat oder an denen sie sich beteiligt, oder nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit geprüft hat, beschließt es, wenn es der Ansicht ist, dass sie nicht gegen Grundprinzipien des Rechts der Volksrepublik China oder gegen die Souveränität, die Sicherheit oder das gesellschaftliche öffentliche Interesse des Staates verstoßen, die Anerkennung ihrer Wirkungen und erlässt, wenn ihre Vollstreckung erforderlich ist, einen Vollstreckungsbefehl, und es wird nach den einschlägigen Vorschriften dieses Gesetzes vollstreckt. Wenn gegen Grundprinzipien des Rechts der Volksrepublik China oder gegen die Souveränität, die Sicherheit oder das gesellschaftliche öffentliche Interesse des Staates verstoßen wird, werden Anerkennung und Vollstreckung nicht gewährt.

§ 290 [Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche; = § 283 ZPG 2017] Wenn Schiedssprüche von Schiedsorganen im Ausland Anerkennung und Vollstreckung durch Volksgerichte der Volksrepublik China erfordern, muss eine Partei dies direkt bei dem Volksgericht der Mittelstufe des Wohnsitzes des Vollstreckungsschuldners oder des Ortes, an dem sich sein Vermögen befindet, beantragen, und das Volksgericht muss [diesen Antrag] nach den internationalen Abkommen, welche die Volksrepublik China abgeschlossen hat oder an denen sie sich beteiligt, oder nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit behandeln.

§ 291 [Inkrafttreten; = § 284 ZPG 2017] Dieses Gesetz wird vom Tag seiner Verkündung an angewandt, das „Zivilprozessgesetz der Volksrepublik China (zur versuchsweisen Durchführung)“⁵³ tritt gleichzeitig außer Kraft.

Übersetzung und Paragrafenüberschriften in eckigen Klammern von Knut Benjamin Pißler⁵⁴

⁵³ Deutsch in: RabelsZ 1983, S. 94 ff.

⁵⁴ Die Übersetzung basiert auf der Übersetzung in: Knut Benjamin Pißler (Hrsg.), a. a. O. (Fn. 2), S. 537 ff.

Einige Bestimmungen des Obersten Volksgerichts zur zeitlichen Wirkung bei der Anwendung des „Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China“

最高人民法院关于适用《中华人民共和国民法典》时间效力的若干规定¹

《最高人民法院关于适用〈中华人民共和国民法典〉时间效力的若干规定》已于2020年12月14日由最高人民法院审判委员会第1821次会议通过，现予公布，自2021年1月1日起施行。

最高人民法院
2020年12月29日

法释〔2020〕15号

最高人民法院关于适用《中华人民共和国民法典》时间效力的若干规定

(2020年12月14日最高人民法院审判委员会第1821次会议通过，自2021年1月1日起施行)

根据《中华人民共和国立法法》《中华人民共和国民法典》等法律规定，就人民法院在审理民事纠纷案件中有关适用民法典时间效力问题作出如下规定。

一、一般规定

第一条 民法典施行后的法律事实引起的民事纠纷案件，适用民法典的规定。

民法典施行前的法律事实引起的民事纠纷案件，适用当时的法律、司法解释的规定，但是法律、司法解释另有规定的除外。

Einige Bestimmungen des Obersten Volksgerichts zur zeitlichen Wirkung bei der Anwendung des „Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China“

„Einige Bestimmungen des Obersten Volksgerichts zur zeitlichen Wirkung bei der Anwendung des ‚Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China‘“ sind auf der 1.821. Sitzung des Rechtsprechungsausschusses des Obersten Volksgerichts am 14.12.2020 verabschiedet worden, werden hiermit bekannt gemacht [und] vom 1.1.2021 an angewandt.

Oberstes Volksgericht
29.12.2020

Fashi [2020] Nr. 15

Einige Bestimmungen des Obersten Volksgerichts zur zeitlichen Wirkung bei der Anwendung des „Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China“

(Am 14.12.2020 auf der 1.821. Sitzung des Rechtsprechungsausschusses des Obersten Volksgerichts verabschiedet, vom 1.1.2021 an angewandt)

Aufgrund des „Gesetzgebungsgesetzes der Volksrepublik China“², des „Zivilgesetzbuches der Volksrepublik China“³ [ZGB] und anderer gesetzlicher Bestimmungen werden für Fragen der zeitlichen Wirkung bei der Anwendung des ZGB bei der Behandlung ziviler Streitfälle durch die Volksgerichte folgende Bestimmungen erlassen:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 [Intertemporale Grundsätze] Auf zivile Streitfälle, die durch Rechtstatsachen nach Durchführung des ZGB hervorgerufen werden, werden die Bestimmungen des ZGB angewandt.

Auf zivile Streitfälle, die durch Rechtstatsachen vor Durchführung des ZGB hervorgerufen werden, werden die Bestimmungen der Gesetze [und] justiziellen Interpretationen zu dieser Zeit angewandt, es sei denn, dass Gesetze [oder] justizielle Interpretationen etwas anderes bestimmen.

¹ <<http://www.court.gov.cn/fabu-xiangqing-282051.html>> (<<https://perma.cc/88J5-TW44>>).

² Vom 15.3.2000 in der Fassung vom 15.3.2015, chinesisch-deutsch in: ZChinR 2015, S. 259 ff.

³ Chinesisch-deutsch in: ZChinR 2020, S. 207 ff.

民法典施行前的法律事实持续至民法典施行后，该法律事实引起的民事纠纷案件，适用民法典的规定，但是法律、司法解释另有规定的除外。

第二条 民法典施行前的法律事实引起的民事纠纷案件，当时的法律、司法解释有规定，适用当时的法律、司法解释的规定，但是适用民法典的规定更有利于保护民事主体合法权益，更有利于维护社会和经济秩序，更有利于弘扬社会主义核心价值观的除外。

第三条 民法典施行前的法律事实引起的民事纠纷案件，当时的法律、司法解释没有规定而民法典有规定的，可以适用民法典的规定，但是明显减损当事人合法权益、增加当事人法定义务或者背离当事人合理预期的除外。

第四条 民法典施行前的法律事实引起的民事纠纷案件，当时的法律、司法解释仅有原则性规定而民法典有具体规定的，适用当时的法律、司法解释的规定，但是可以依据民法典具体规定进行裁判说理。

第五条 民法典施行前已经终审的案件，当事人申请再审或者按照审判监督程序决定再审的，不适用民法典的规定。

二、溯及适用的具体规定

第六条 《中华人民共和国民法典总则》施行前，侵害英雄烈士等的姓名、肖像、名誉、荣誉，损害社会公共利益引起的民事纠纷案件，适用民法典第一百八十五条的规定。

第七条 民法典施行前，当事人在债务履行期限届满前约定债务人不履行到期债务时抵押财产或者质押财产归债权人所有的，适用民法典第四百零一条和第四百二十八条的规定。

第八条 民法典施行前成立的合同，适用当时的法律、司法解释的规定合同无效而适用民法典的规定合同有效的，适用民法典的相关规定。

Dauern Rechtstatsachen vor Durchführung des ZGB nach Durchführung des ZGB an, werden auf durch diese Rechtstatsachen hervorgerufene zivile Streitfälle die Bestimmungen des ZGB angewandt, es sei denn, dass Gesetze [oder] justizielle Interpretationen etwas anderes bestimmen.

§ 2 [Rückwirkung des ZGB bei bestehenden Bestimmungen] Gibt es für zivile Streitfälle, die durch Rechtstatsachen vor Durchführung des ZGB hervorgerufen werden, in Gesetzen [und] justiziellen Interpretationen zu dieser Zeit Bestimmungen, werden die Bestimmungen in Gesetzen [und] justiziellen Interpretationen zu dieser Zeit angewandt, es sei denn, dass die Anwendung der Bestimmungen des ZGB nützlicher für den Schutz der legalen Rechte [und] Interessen der Zivilsubjekte, für die Wahrung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung [oder] für die Förderung der sozialistischen Grundwerte ist.

§ 3 [Rückwirkung des ZGB bei fehlenden Bestimmungen, Ausnahme] Gibt es für zivile Streitfälle, die durch Rechtstatsachen vor Durchführung des ZGB hervorgerufen werden, in Gesetzen [und] justiziellen Interpretationen zu dieser Zeit keine Bestimmungen, können die Bestimmungen des ZGB angewandt werden, es sei denn, dass die Rechte [und] Interessen der Parteien deutlich vermindert, die gesetzlich bestimmten Pflichten der Parteien [deutlich] erhöht werden oder [die Anwendung des ZGB] angemessenen Erwartungen der Parteien zuwiderläuft.

§ 4 [Rückwirkung des ZGB bei prinzipienhaften Bestimmungen] Gibt es für zivile Streitfälle, die durch Rechtstatsachen vor Durchführung des ZGB hervorgerufen werden, in Gesetzen [und] justiziellen Interpretationen zu dieser Zeit nur prinzipienhafte Bestimmungen, während es im ZGB konkrete Bestimmungen gibt, werden die Bestimmungen in Gesetzen [und] justiziellen Interpretationen zu dieser Zeit angewandt, es sei denn, dass gemäß den konkreten Bestimmungen des ZGB die Entscheidung begründet werden kann.

§ 5 [Keine Anwendung des ZGB auf wiederaufgenommene Fälle] Auf vor Durchführung des ZGB abschließend behandelte Fälle, bei denen die Parteien die Wiederaufnahme beantragen oder gemäß dem Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen die Wiederaufnahme beschlossen wird, werden die Bestimmungen des ZGB nicht angewandt.

2. Abschnitt: Konkrete Bestimmungen zur rückwirkenden Anwendung

§ 6 [Rückwirkung des § 185 ZGB] Auf zivile Streitigkeiten, die vor Durchführung des „Allgemeinen Teils des Zivilrechts der Volksrepublik China“ dadurch hervorgerufen werden, dass der Name, das Bildnis, der [gute] Ruf [oder] die Ehre etwa von Helden [und] Märtyrern verletzt wird, [sodass] die allgemeinen gesellschaftlichen Interessen geschädigt werden, wird § 185 ZGB angewandt.

§ 7 [Rückwirkung der §§ 401, 428 ZGB] Haben die Parteien vor Durchführung des ZGB vor Ablauf der Frist für die Erfüllung der Verbindlichkeit vereinbart, dass ein mit einer Hypothek belasteter Gegenstand oder ein Pfand in das Eigentum des Gläubigers fällt, wenn der Schuldner die fällige Verbindlichkeit nicht erfüllt, werden die §§ 401 und 428 ZGB angewandt.

§ 8 [Rückwirkung des ZGB auf unwirksame Verträge] Wenn bei einem vor Durchführung des ZGB zustande gekommenen Vertrag der Vertrag bei Anwendung der Bestimmungen der Gesetze [und] justiziellen Interpretationen zu dieser Zeit unwirksam, bei Anwendung des ZGB jedoch wirksam ist, werden die betreffenden Bestimmungen des ZGB angewandt.

第九条 民法典施行前订立的合同，提供格式条款一方未履行提示或者说明义务，涉及格式条款效力认定的，适用民法典第四百九十六条的规定。

第十条 民法典施行前，当事人一方未通知对方而直接以提起诉讼方式依法主张解除合同的，适用民法典第五百六十五条第二款的规定。

第十一条 民法典施行前成立的合同，当事人一方不履行非金钱债务或者履行非金钱债务不符合约定，对方可以请求履行，但是有民法典第五百八十条第一款第一项、第二项、第三项除外情形之一，致使不能实现合同目的，当事人请求终止合同权利义务关系的，适用民法典第五百八十条第二款的规定。

第十二条 民法典施行前订立的保理合同发生争议的，适用民法典第三编第十六章的规定。

第十三条 民法典施行前，继承人有下列行为之一，对该继承人是否丧失继承权发生争议的，适用民法典第一千一百二十五条第一款和第二款的规定。

民法典施行前，受遗赠人有下列行为之一，对受遗赠人是否丧失受遗赠权发生争议的，适用民法典第一千一百二十五条第一款和第三款的规定。

第十四条 被继承人在民法典施行前死亡，遗产无人继承又无人受遗赠，其兄弟姐妹的子女请求代位继承的，适用民法典第一千一百二十八条第二款和第三款的规定，但是遗产已经在民法典施行前处理完毕的除外。

第十五条 民法典施行前，遗嘱人以打印方式立的遗嘱，当事人对该遗嘱效力发生争议的，适用民法典第一千一百三十六条的规定，但是遗产已经在民法典施行前处理完毕的除外。

第十六条 民法典施行前，受害人自愿参加具有一定风险的文体活动受到损害引起的民事纠纷案件，适用民法典第一千一百七十六条的规定。

§ 9 [Rückwirkung des ZGB auf AGB] Wenn bei vor Durchführung des ZGB abgeschlossenen Verträgen die Partei, die die allgemeinen Geschäftsbedingungen stellt, nicht die Hinweis- oder Erklärungspflicht erfüllt, wird auf die Feststellung der Wirksamkeit der allgemeinen Geschäftsbedingungen § 496 ZGB angewandt.

§ 10 [Rückwirkung des § 565 Abs. 2 ZGB] Wenn vor Durchführung des ZGB eine Partei ohne Mitteilung an die andere Partei nach dem Recht die Auflösung des Vertrags direkt durch Klageerhebung geltend macht, wird § 565 Abs. 2 ZGB angewandt.

§ 11 [Rückwirkung des § 580 Abs. 2 ZGB] Wenn bei einem vor Durchführung des ZGB zustande gekommenen Vertrag eine Partei eine nicht monetäre Verbindlichkeit nicht oder nicht den Vereinbarungen entsprechend erfüllt [und] die andere Partei Erfüllung fordern kann, aber einer der Ausnahmetatbestände des § 580 Abs. 1 Nr. 1, 2 [oder] 3 ZGB vorliegt, sodass der Vertragszweck nicht realisiert werden kann, wird § 580 Abs. 2 ZGB angewandt, wenn eine Partei die Beendigung der Beziehung von Rechten [und] Pflichten aus dem Vertrag fordert.

§ 12 [Rückwirkung des ZGB auf Factoring-Verträge] Entsteht Streit über einen Factoring-Vertrag, der vor Durchführung des ZGB abgeschlossen worden ist, werden die Bestimmungen des 16. Kapitels des 3. Buches angewandt.

§ 13 [Rückwirkung des § 1125 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 5 ZGB] Begeht ein Erbe vor Durchführung des ZGB eine in § 1125 Abs. 1 Nr. 4 oder⁴ Nr. 5 ZGB bestimmte Handlung, werden die Bestimmungen des § 1025 Abs. 1 und Abs. 2 ZGB angewandt, wenn Streit darüber entsteht, ob dieser Erbe das Erbrecht verloren hat.

Begeht ein Vermächtnisnehmer vor Durchführung des ZGB eine in § 1125 Abs. 1 ZGB bestimmte Handlung, werden die Bestimmungen des § 1025 Abs. 1 und Abs. 3 ZGB angewandt, wenn Streit darüber entsteht, ob der Vermächtnisnehmer das Recht auf Empfang des Vermächtnisses verloren hat.

§ 14 [Rückwirkung des § 1128 Abs. 2 und Abs. 3 ZGB] Stirbt der Erblasser vor Durchführung des ZGB [und] fordern Kinder seiner Geschwister bei Nachlass, der von niemandem geerbt oder als Vermächtnis genommen wird, als Erbe einzutreten, werden die Bestimmungen des § 1128 Abs. 2 und Abs. 3 ZGB angewandt, es sei denn, dass die Regelung des Nachlasses bereits vor Durchführung des ZGB abgeschlossen war.

§ 15 [Rückwirkung des § 1136 ZGB] Entsteht Streit zwischen den Parteien über die Wirksamkeit eines Testaments, das der Testator vor Durchführung des ZGB in Gestalt eines ausgedruckten Testaments errichtet hat, wird § 1136 ZGB angewandt, es sei denn, dass die Regelung des Nachlasses bereits vor Durchführung des ZGB abgeschlossen war.

§ 16 [Rückwirkung des § 1176 ZGB] Auf zivile Streitfälle, die vor Durchführung des ZGB dadurch hervorgerufen werden, dass ein Geschädigter freiwillig an kulturellen [oder] sportlichen Aktivitäten mit bestimmten Risiken teilgenommen [und] eine Schädigung erlitten hat, wird § 1176 ZGB angewandt.

⁴ Wörtlich „und“. Es handelt sich aber offensichtlich um eine alternative Aufzählung.

第十七条 民法典施行前，受害人为保护自己合法权益采取扣留侵权人的财物等措施引起的民事纠纷案件，适用民法典第一千一百七十七条的规定。

第十八条 民法典施行前，因非营运机动车发生交通事故造成无偿搭乘人损害引起的民事纠纷案件，适用民法典第一千二百一十七条的规定。

第十九条 民法典施行前，从建筑物中抛掷物品或者从建筑物上坠落的物品造成他人损害引起的民事纠纷案件，适用民法典第一千二百五十四条的规定。

三、衔接适用的具体规定

第二十条 民法典施行前成立的合同，依照法律规定或者当事人约定该合同的履行持续至民法典施行后，因民法典施行前履行合同发生争议的，适用当时的法律、司法解释的规定；因民法典施行后履行合同发生争议的，适用民法典第三编第四章和第五章的相关规定。

第二十一条 民法典施行前租赁期限届满，当事人主张适用民法典第七百三十四条第二款规定的，人民法院不予支持；租赁期限在民法典施行后届满，当事人主张适用民法典第七百三十四条第二款规定的，人民法院依法予以支持。

第二十二条 民法典施行前，经人民法院判决不准离婚后，双方又分居满一年，一方再次提起离婚诉讼的，适用民法典第一千零七十九条第五款的规定。

第二十三条 被继承人在民法典施行前立有公证遗嘱，民法典施行后又立有新遗嘱，其死亡后，因该数份遗嘱内容相抵触发生争议的，适用民法典第一千一百四十二条第三款的规定。

第二十四条 侵权行为发生在民法典施行前，但是损害后果出现在民法典施行后的民事纠纷案件，适用民法典的规定。

§ 17 [Rückwirkung des § 1177 ZGB] Auf zivile Streitfälle, die vor Durchführung des ZGB dadurch hervorgerufen werden, dass ein Geschädigter zum Schutz eigener legaler Rechte [und] Interessen Maßnahmen wie etwa die Ingewahrsamnahme von Vermögensgegenständen des Verletzers ergreift, wird § 1177 ZGB angewandt.

§ 18 [Rückwirkung des § 1217 ZGB] Auf zivile Streitfälle, die vor Durchführung des ZGB dadurch hervorgerufen werden, dass ein Verkehrsunfall mit einem nicht gewinnorientiert betriebenen Kraftfahrzeug eine Schädigung eines unentgeltlich beförderten Mitfahrers herbeiführt, wird § 1217 ZGB angewandt.

§ 19 [Rückwirkung des § 1217 ZGB] Auf zivile Streitfälle, die vor Durchführung des ZGB dadurch hervorgerufen werden, dass ein Gegenstand, der aus einem Gebäude geworfen wird oder von einem Gebäude herabfällt, einen anderen schädigt, wird § 1254 ZGB angewandt.

3. Abschnitt: Konkrete Bestimmungen zur verbundenen Anwendung

§ 20 [Erfüllung von Dauerschuldverhältnissen] Dauert die Erfüllung eines Vertrags, der vor Durchführung des ZGB zustande gekommen ist, auf Grundlage von gesetzlichen Bestimmungen oder Vereinbarungen der Parteien bis nach Durchführung des ZGB an [und] entsteht durch die Erfüllung des Vertrags vor Durchführung des ZGB ein Streit, werden die Gesetze [und] justiziellen Interpretationen zu dieser Zeit angewandt; entsteht Streit durch die Erfüllung des Vertrags nach Durchführung des ZGB, werden die im Zusammenhang stehenden Bestimmungen im 4. und 5. Kapitel des 3. Buches angewandt.

§ 21 [Vorrecht des Mieters auf Verlängerung des Vertrags bei Wohnraummiete] Läuft eine Mietfrist vor Durchführung des ZGB ab [und] macht eine Partei § 734 Abs. 2 ZGB geltend, unterstützt das Volksgerecht [dies] nicht; läuft eine Mietfrist nach Durchführung des ZGB ab [und] macht eine Partei § 734 Abs. 2 ZGB geltend, unterstützt das Volksgerecht [dies].

§ 22 [Scheidungsklage nach Getrenntleben] Wenn beide Eheleute vor Durchführung des ZGB, nachdem das Volksgerecht die Scheidung durch Urteil nicht erlaubt hat, für mindestens ein Jahr weiter getrennt gelebt haben [und] einer der Eheleute wieder Scheidungsklage erhebt, wird § 1079 Abs. 5 ZGB angewandt.

§ 23 [Rückwirkend keine Bestandsgarantie notarieller Testamente] Errichtet der Erblasser vor Durchführung des ZGB ein öffentlich beurkundetes Testament [und] errichtet er nach Durchführung des ZGB noch ein neues Testament, wird § 1142 Abs. 3 ZGB angewandt, wenn nach seinem Versterben ein Streit wegen inhaltlicher Widersprüche dieser Testamente entsteht.

§ 24 [Für die Anwendung des ZGB maßgeblicher Zeitpunkt bei unerlaubten Handlungen] Auf zivile Streitfälle, bei denen die rechtsverletzende Handlung vor Durchführung des ZGB entsteht, aber der Erfolg der Schädigung nach Durchführung des ZGB eintritt, werden die Bestimmungen des ZGB angewandt.

第二十五条 民法典施行前成立的合同，当时的法律、司法解释没有规定且当事人没有约定解除权行使期限，对方当事人也未催告的，解除权人在民法典施行前知道或者应当知道解除事由，自民法典施行之日起一年内不行使的，人民法院应当依法认定该解除权消灭；解除权人在民法典施行后知道或者应当知道解除事由的，适用民法典第五百六十四条第二款关于解除权行使期限的规定。

第二十六条 当事人以民法典施行前受胁迫结婚为由请求人民法院撤销婚姻的，撤销权的行使期限适用民法典第一千零五十二条第二款的规定。

第二十七条 民法典施行前成立的保证合同，当事人对保证期间约定不明确，主债务履行期限届满至民法典施行之日不满二年，当事人主张保证期间为主债务履行期限届满之日起二年的，人民法院依法予以支持；当事人对保证期间没有约定，主债务履行期限届满至民法典施行之日不满六个月，当事人主张保证期间为主债务履行期限届满之日起六个月的，人民法院依法予以支持。

四、附则

第二十八条 本规定自2021年1月1日起施行。

本规定施行后，人民法院尚未审结的一审、二审案件适用本规定。

§ 25 [Rückwirkung des § 564 Abs. 2 ZGB] Wenn bei Verträgen, die vor Durchführung des ZGB zustande gekommen sind, Gesetze [und] justizielle Interpretationen zu dieser Zeit keine Frist für die Ausübung des Auflösungsrechts enthalten und die Parteien keine solche Frist vereinbart haben [und] die andere Partei auch nicht [den zur Auflösung Berechtigten zur Ausübung des Rechts] auffordert, muss das Volksgericht nach dem Recht feststellen, dass dieses Auflösungsrecht erloschen ist, wenn der zur Auflösung Berechtigte vor Durchführung des ZGB von dem Auflösungsgrund weiß oder wissen muss [und das Recht] nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tag der Durchführung des ZGB ausübt; wenn der zur Auflösung Berechtigte nach Durchführung des ZGB von dem Auflösungsgrund weiß oder wissen muss, wird § 564 Abs. 2 ZGB angewandt.

§ 26 [Aufhebbare Ehe wegen Drohung] Fordert eine Partei aus dem Grund einer durch Drohung vor Durchführung des ZGB geschlossenen Ehe vom Volksgericht, die Ehe aufzuheben, wird auf die Frist für die Ausübung des Aufhebungsrechts § 1052 Abs. 2 ZGB angewandt.

§ 27 [Laufzeit einer Bürgschaft] Haben die Parteien bei einem Bürgschaftsvertrag, der vor Durchführung des ZGB zustande gekommen ist, die Laufzeit der Bürgschaft nicht klar vereinbart [und] läuft die Frist für die Erfüllung der Hauptverbindlichkeit in weniger als zwei Jahren nach Durchführung des ZGB ab, unterstützt das Volksgericht nach dem Recht, wenn eine Partei geltend macht, dass die Laufzeit der Bürgschaft zwei Jahre nach Ablauf der Frist für die Erfüllung der Hauptverbindlichkeit ist; haben die Parteien keine Laufzeit der Bürgschaft vereinbart [und] läuft die Frist für die Erfüllung der Hauptverbindlichkeit in weniger als sechs Monaten nach Durchführung des ZGB ab, unterstützt das Volksgericht nach dem Recht, wenn eine Partei geltend macht, dass die Laufzeit der Bürgschaft sechs Monate nach Ablauf der Frist für die Erfüllung der Hauptverbindlichkeit ist.

4. Abschnitt: Ergänzende Regeln

§ 28 [Inkrafttreten] Diese Bestimmungen werden ab dem 1.1.2021 durchgeführt.

Auf Fälle, die das Volksgericht nach Durchführung dieser Bestimmungen nicht abschließend in erster [oder] zweiter Instanz behandelt hat, werden diese Bestimmungen angewandt.

Übersetzung, Paragrafenüberschriften in eckigen Klammern und Anmerkungen von Knut Benjamin Pißler, Hamburg

TAGUNGSBERICHTE

Virtuelle Tagung am 13./14. Januar 2022: Das System des Zivilrechts: die chinesische Kodifikation und die Suche nach einem Paradigmenwechsel

Maja Ruhl¹

Die Tagung fand im Januar 2022 über zwei Tage statt und wurde unter dem Titel „System des Zivilrechts: die chinesische Kodifikation und die Suche nach einem Paradigmenwechsel“ als Online-Format ausgetragen. Anlass für die Auseinandersetzung mit den Systemfragen des Zivilrechts war das am 28.5.2020 verabschiedete und am 1.1.2021 in Kraft getretene „Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China“ (ZGB), welches die erste zusammenhängende Zivilrechtskodifikation der Volksrepublik China bildet. Im Mittelpunkt der Diskussionen sollte die Frage stehen, inwiefern eine Reform bestehender Kodifikationsmodelle gangbar und gewinnbringend sein kann. Dazu wurden führende ostasiatische und europäische Rechtswissenschaftler eingeladen, um die wichtigsten Systemfragen aus den unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Organisiert wurde die Tagung gemeinsam von Prof. Dr. YE Jinqiang, Dekan der Universität Nanjing, und Prof. Dr. Yuanshi BU, LL. M. (Harvard), Inhaberin des Lehrstuhls für Internationales Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt Ostasien an der Universität Freiburg.

Die Tagung begann zunächst mit einem Grußwort der Prorektorin für Internationalisierung der Universität Freiburg, Prof. Dr. Daniela Kleinschmit. Im Anschluss daran begrüßte auch der Prorektor für Internationalisierung der Universität Nanjing Prof. Dr. WANG Zhenlin die Tagungsteilnehmer.

Erste Sitzung am 13.1.2022

Die erste Sitzung eröffnete der Moderator Prof. Dr. Sebastian Lohsse, Professor am Institut für Rechtsgeschichte der Universität Münster.

I. Bewertung des chinesischen ZGB aus Sicht der Kodifikationslehre und Einführung in ein neues Kodifikationsmodell

Den ersten Vortrag hielt Prof. Dr. SU Yeong-chin (Chengchi-Nationaluniversität Taipei) über die Bewertung des chinesischen ZGB aus Sicht der Kodifikationslehre. Zunächst beschrieb er den grundlegenden Aufbau des chinesischen ZGB und stellte dabei heraus, dass unter den sieben Büchern des ZGB nur das Buch zu den Persönlichkeitsrechten neu ist. Die Kodifikationslehre verfolge eine systematische Untersuchung aus

mehreren Perspektiven und diene als Betrachtungsweise, von der aus das neue ZGB bewertet werden soll. In seiner Bewertung richtete Prof. SU den Blick hauptsächlich auf die Gestaltung des ZGB und stellte zwei Systematisierungsmodelle vor: zum einen das Modell des pandektistischen Zivilgesetzbuches, wie es in Deutschland und Taiwan vorherrsche, und zum anderen das Modell des sektoriellen Zivilrechts, welches Festlandchina sowie weite Teile des europäischen Zivilrechts dem Pandektensystem vorgezogen haben. Im Hinblick auf das ZGB stellte Prof. SU fest, dass es trotz seines Allgemeinen Teils vollkommen das Rechtsgebietsmodell verkörpere.

Ferner ging er auf die verschiedenen Unklarheiten und Mängel des AT ZGB ein, wie die ungeklärte Frage der Trennung und Abstraktheit des sachenrechtlichen Geschäfts sowie die fehlenden Regelungen über die Voraussetzungen eines Verfügungsgeschäfts. Darüber hinaus liege ein zentrales Problem im *numerus clausus* der Sachenrechte und der Trennung zwischen Schuld- und Sachenrecht, die die Rolle der Sachenrechte bei geschäftlichen Transaktionen marginalisierten. Einziges Motiv für die Einführung des *numerus clausus*-Grundsatzes sei die Vermeidung hoher Kosten für die dingliche Publizität. Diese Rechtfertigung und die damit einhergehende Einschränkung der Vertragsfreiheit falle hingegen weg, wenn durch Technologie diese Kosten maßgeblich reduziert würden. Im Hinblick auf die normativen Erfordernisse des neuen Zeitalters plädierte er für eine offene Gestaltung der Arten und Inhalte dinglicher Rechte im zivilen Vermögensrecht.

Als erster Diskutant äußerte sich Univ.-Prof. i. R. Dr. Dr. h. c. Koziol (Universität Wien) zu dem Vortrag von Prof. SU. Er betonte als „inneren“ Vorteil der Kodifikation gegenüber dem Common Law die systematische Durchdringung des Rechtsgebiets und damit die Entwicklung eines konsistenten Gesamtkonzepts. Das Verlassen der Idee der Kodifikation durch die Ausbildung von Sonderprivatrechten erhöhe das Risiko eines Gerechtigkeitsdefizites durch Vernachlässigung des Gleichbehandlungsprinzips. Im Anschluss hob er die entscheidende Bedeutung der Methodenwahl hinsichtlich der Normsetzung hervor. Flexible Regeln, wie sie im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) enthalten seien, erleichtern Gerichten, anders als bei zu starren Normen wie im BGB, unter Berücksichtigung der aus dem Gesetz ableitbaren Wertungen interessengerechte Lösungen zu finden und das Recht dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen. Schließlich wandte er sich dem Sachenrecht und dem Begriff der Sache im ZGB zu; dieser entspreche im Wesentlichen dem engen Sachbegriff des BGB. Demgegenüber normiere das ABGB einen sehr weiten Sachbegriff und ermögliche damit die Ausbildung eines allgemeinen Rechtsgüterrechts. Ferner pflichtete Prof. Koziol Prof.

¹ Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin bei Frau Prof. Dr. Yuanshi Bu, LL.M. (Harvard) am Institut für Internationales Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt Ostasien der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

SU in der Kritik an der zu strikten Trennung zwischen Schuld- und Sachenrecht bei, die dem engen Verhältnis zwischen ihnen nicht gerecht werde. Abschließend kritisierte er die scharfen Grenzziehungen im Allgemeinen, die Zwischenbereichen nicht ausreichend Rechnung tragen würden.

Zu Beginn seines Diskussionsbeitrags hob *Prof. Dr. XUE Jun* (Universität Peking) die zukünftige Bedeutung der Lehre und der juristischen Ausbildung hervor, die sich langfristig auch auf die Zivilgesetzgebung und die Justiz auswirke. Im Anschluss ging er auf die Struktur des ZGB ein und stellte fest, dass das ZGB durch seine Zweiteilung in AT-BT maßgeblich vom deutschen Pandektensystem beeinflusst ist. Anschließend verwies er auf die Neuerung der Einführung eines Buches über das Persönlichkeitsrecht und kritisierte zugleich die vielen inhaltlichen Überschneidungen mit dem erst kürzlich erlassenen Gesetz über den Schutz personenbezogener Daten. Als zentrales Problem im Kodifikationsprozess nannte er den dominierenden Einfluss politischer Entscheidungsträger anstelle von Wissenschaftlern. Abschließend präsentierte er mehrere konkrete Verbesserungsvorschläge für das System des ZGB. Insbesondere müsse das Rechtsgeschäft den Kern des AT ZGB bilden, das System des AT Schuldrecht aufgebaut und der Hauptteil des Persönlichkeitsrechtsbuches im AT ZGB angesiedelt werden.

II. Versuch einer Bewertung des Chinesischen ZGB vor dem Hintergrund der europäischen und deutschen Rechtsgeschichte

Den zweiten Teil der Tagung eröffnete *Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Stürner* (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) mit seinem Vortrag zur Bewertung des chinesischen ZGB vor dem Hintergrund der europäischen und deutschen Rechtsgeschichte. Zunächst ging er auf die Unterschiedlichkeit europäischer Traditionen und ihr Verhältnis zu Pandektistik ein und merkte an, dass es in keiner der Kodifikationen eine vollkommen strenge Trennung von Sachenrecht und Schuldrecht sowie keinen streng durchgehaltenen *numerus clausus* der Sachenrechte und auch keine strenge Typenlehre im Schuldvertragsrecht gebe. *Prof. Stürner* unterstrich ebenfalls wie *Prof. SU* die Bedeutung des Systemdenkens als zwingende Voraussetzung für die Rechtswissenschaft. Hinsichtlich der Trennung von dinglichen und obligatorischen Rechten folge das chinesische ZGB in seiner Gliederung eher dem deutschen BGB. Hingegen verwende *Prof. SU* als Ordnungskategorie die Vermögensrechte in seinem Entwurf eines Großen ZGB, der die Trennung zwischen dem Schuld- und Sachenrecht nicht kennt. Darüber hinaus veranschaulichte er die Interaktion zwischen Schuldrecht und Sachenrecht am Beispiel akzessorischer dinglicher Sicherungsrechte. Ferner verwies er auf eine Besonderheit des BGB, die schuldrechtliche Vinkulierung absoluter Rechte, und stellte die Frage, ob das ZGB noch Spielraum für schuldrechtlich vinkulierte dingliche Rechte als Sicherheiten eröffne. Zuletzt befasste er sich mit der

Frage der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Ersatz für die gesetzliche Typisierung. Jedoch sieht er einige Fallstricke, insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung demokratischer Willensbildung und die Manipulationsgefahr. In seiner abschließenden Bewertung stellte *Prof. Stürner* fest, dass das ZGB anders als das BGB den Weg stärkerer und im Sachenrecht umfassenderer Typenfixierung gewählt habe. In Anbetracht des vergleichsweise kurz zurückliegenden Ausgangspunkts neuer gesellschaftlicher Entwicklung Chinas sei das ZGB jedoch eine Kodifizierung des Zivilrechts, die sich mit anderen Kodifikationen durchaus messen könne.

Anschließend kam *Prof. Dr. André Janssen* (Radboud-Universität, Nijmegen) in seinem Diskussionsbeitrag zunächst auf den Einfluss des Common Law auf das ZGB zu sprechen. Trotz der Aufnahme von Common Law-Elementen folgte *Prof. Janssen Prof. Stürners* Ansicht, dass das ZGB aufgrund seines Aufbaus und seiner Denkmuster im Civil Law verortet werden kann. Darüber hinaus ging er auf die im Vergleich mit kontinentaleuropäischen Rechtsordnungen deutlich stärkere Betonung der Verhaltenssteuerung im ZGB ein. Zuletzt führte *Prof. Janssen* das Beispiel der Reform des niederländischen ZGB an, in der die Sicherungsübertragung ausdrücklich für unzulässig erklärt und an deren Stelle das besitzlose Pfandrecht eingeführt worden sei. Diese Entwicklung solle veranschaulichen, wie unterschiedlich kontinentaleuropäische Länder des Civil Law ein juristisches Problem angehen und lösen.

Prof. YE begann in seinem Diskussionsbeitrag damit, den historischen Entwicklungsprozess des chinesischen Zivilrechts zu skizzieren, der in der Adoption des deutschen Pandektensystems sowie in der Integration gemischter Rechtsanleihen einschließlich solcher aus dem Common-Law-Rechtskreis mündete. Im Hinblick auf den AT ZGB kritisierte er, dass durch die Integration der Allgemeinen Grundsätze des Zivilrechts (AGZ) in den AT ZGB die Systematik des ZGB untergraben worden sei. Er befürwortete hingegen die Trennung von vertraglichen und außervertraglichen Schuldverhältnissen, da diese sich in ihrem Gegenstand und ihrer Durchsetzung stark voneinander unterschieden. Als größte Bedrohung für den systemischen Charakter des ZGB bezeichnete er die justiziellen Auslegungen des Obersten Gerichtshofs. Diese würden die Fähigkeit der Rechtsanwender untergraben, das Recht auszulegen, und die Entwicklung der Rechtsdogmatik behindern. Zuletzt kam er auf das Verhältnis von Schuld- und Sachenrecht im ZGB zu sprechen und stellte fest, dass das ZGB im Unterschied zum deutschen BGB nicht dem Abstraktionsprinzip hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem schuldrechtlichen Vertrag und der dinglichen Änderung folge, sondern, dass das Modell des „Trennungsprinzips + Kausalitätsprinzips“ gewählt worden sei. Abschließend lobte *Prof. YE* das ZGB hinsichtlich der Reform des Schuldrechts, der Befolgung des Kausalitätsgrundsatzes bei dinglichen Änderungen und der maßvollen Schwächung des *numerus clausus*-Prinzips.

Große Publikumsdiskussion

Zu Beginn der großen Publikumsdiskussion äußerte sich *Prof. SU* nochmals zu den wesentlichen Punkten der Diskussionsbeiträge und ging auf die Verallgemeinerungen der Schuldverhältnisse sowie auf die Trennung von Schuld- und Sachenrecht ein. *Prof. Stürner* wandte ein, dass der verfassungsrechtlich geschützte Grundsatz der Vertragsfreiheit nicht bedeute, dass die Vertragsfreiheit im Sachenrecht genauso groß sein müsse wie im Schuldrecht. *Prof. Dr. Christoph Kern, LL. M. (Harvard)*, Professor an der Universität Heidelberg, pflichtete *Prof. Stürner* bei und fügte hinzu, dass Freiheit umgekehrt auch Freiheit des Rechtsnachfolgers bedeute, die durch eine Aufhebung des *numerus clausus* gefährdet werde. Schließlich stellte er fest, dass das Kollisionsrecht beinahe jeder Rechtsordnung zwischen Sachen- und Schuldrecht trenne.

Prof. Dr. Keizô Yamamoto, Professor an der Universität Kyoto, stellte eine Diskussion aus Japan zu der Idee des Vermögensrechts anstelle des Sachen- und Schuldrechts vor. Dabei verwies er insbesondere auf die Kritik von Spezialisten im Bereich des Immaterialgüterrechts, die eine gemeinsame Regelung von dinglichen Rechten und immateriellen Güterrechten strikt ablehnen würden. *Prof. Koziol* merkte daraufhin an, dass die Befürchtung einer Gleichbehandlung nicht berechtigt sei, da es lediglich um die Herausarbeitung genereller Grundsätze gehe, etwa ob Verfügungsgeschäfte abstrakt oder kausal seien. Fehle es an derartigen Grundregeln, dann könnten so wie etwa in Deutschland bei urheberrechtlichen Lizenzen Schwierigkeiten auftreten. Daraufhin äußerte *Prof. Stürner* Zweifel, dass ein solcher Vorschlag praktisch umzusetzen ist, da es grundlegende Unterschiede bei den einzelnen Vermögensgütern gibt.

Zweite Sitzung am 14.1.2022

Prof. Dr. WANG Hongliang, Professor an der Tsinghua Universität in Peking, eröffnete als Moderator den zweiten Tag der Tagung.

III. Einordnung des Vertragsrechts im System des Zivilgesetzbuches – Erfahrung der japanischen Schuldrechtsreform

In seinem Vortrag widmete sich *Prof. Yamamoto* zunächst der japanischen Schuldrechtsreform im Jahr 2020. Seiner Ansicht nach haben sich die drei Kernfragen zum Aufbau des ZGB auf die Aufbaumethode, die Trennung des Allgemeinen Teils des ZGB und des Schuldrechts von dem Vertragsrecht sowie die Integration von Sondergesetzen bezogen. Ferner ging er auf die Diskussion zur Regelung des Rechtsgeschäfts im AT des japanischen ZGB ein und stellte die Kritik bedeutender Wissenschaftler an der Abstraktion des Rechtsgeschäfts dar. Anschließend diskutierte er die Frage der Integration des allgemeinen Vertragsrechts in das allgemeine Schuldrecht, welche schließlich mit der Zusammenfassung des Allgemeinen Teils des Schuldrechts und des Vertragsrechts in einen gemeinsamen

Allgemeinen Teil beantwortet wurde. Hinsichtlich der Integration des Verbrauchervertragsgesetzes in das Zivilgesetzbuch habe es zwei Richtungen gegeben: Einmal die Weiterentwicklung des Verbrauchervertragsgesetzes in ein umfassendes Gesetzbuch für Verbraucherverträge oder alternativ die Aufnahme allgemeiner Vorschriften über Verbraucherverträge in das Zivilgesetzbuch. Schließlich sei letztere Überlegung wegen des grundlegenden Charakters des Zivilgesetzbuches abgelehnt worden. Abschließend betonte er, dass es sich bei der japanischen Schuldrechtsreform im Unterschied zu der Kodifikation des chinesischen ZGB lediglich um eine Teilreform gehandelt habe und nicht um die Schaffung eines neuen Gesetzbuches. Als Gemeinsamkeit beider Gesetzgebungsvorhaben sieht er jedoch die Beschränkung durch die stufenweise Kodifikation des ZGB, die den Aufbau des ZGB geprägt habe.

Prof. Dr. Peter Jung (Universität Basel) befasste sich in seinem Diskussionsbeitrag zunächst mit der Zielgruppe der Privatrechtskodifikation, die sowohl beim deutschen BGB als auch beim japanischen Zivilgesetz den ausgebildeten Juristen umfasse. Ferner vertrat er die Ansicht, dass sich die geschaffene Struktur des Zivilgesetzbuches immer wieder den Bedürfnissen der Reformgesetzgebung anpassen müsse. Schließlich plädierte *Prof. Jung* für eine Einheitskodifikation des Privatrechts unter Einschluss des Handels- und Verbraucherrechts. Dabei sollte zugleich die Zahl der sonderprivatrechtlichen Regelungen auf das notwendige Maß reduziert werden, um die Systematik und Übersichtlichkeit des zentralen Zivilgesetzbuches nicht zu beeinträchtigen.

Zuletzt stellte er fest, dass sich eine Kodifikation nicht nur mit einer geordneten Präsentation von Spezialregelungen begnügen könne, sondern allgemeingültige Begriffe und Prinzipien regelungstechnisch vor die Klammer ziehen sollte.

Zu Beginn seines Diskussionsbeitrags ging *Prof. Kern* auf die formellen Systemfragen ein und stellte die Freiheit als zentrales Charakteristikum des Zivilrechts heraus. Diese Freiheitsgewährung stoße dort an ihre Grenzen, wo die Freiheitsausübung erst ermöglicht werden soll oder wo dies dem Schutz Dritter oder des Handelnden selbst diene. Als Abschlussbemerkung betonte er die Aufgabe jeder Rechtsordnung, sich Gedanken über die passende Ordnung und Anordnung der zivilrechtlichen Regeln zu machen und bei der Entscheidung über die formelle Systemfrage die Auswirkungen auf das materielle System zu berücksichtigen. Schließlich solle der Gesetzgeber die aus seiner Sicht sachgerechteste Lösung suchen und dabei auch die Tradition berücksichtigen. Darüber hinaus sei ein entscheidender Faktor die Qualität juristischer Ausbildung, die wegen des formellen und materiellen Systems anspruchsvoll sei und die Vereinigung von Forschung und Lehre im Universitätsstudium verlangt.

Prof. Yamamoto vertiefte in seiner Erwiderung zu den Diskussionsbeiträgen einige zentrale Punkte der Diskussion, die jeweils die drei Bereiche Sinn und Rolle

des Systems, Sinn und Rolle des Zivilgesetzbuches sowie das Verhältnis zwischen Gesetzgebung, Justiz und Rechtsdogmatik betreffen. Als Bewertungsmaßstab einer Kodifikation diene zum einen die Geeignetheit der Kodifikation zur Rechtsfindung und zum anderen die Ermöglichung einer künftigen Rechtsentwicklung.

IV. Großes Zivilgesetzbuch und ein neues Kodifikationsmodell

Im letzten Vortrag kommentierte Prof. Dr. ZHU Qing-yu (Universität Nanjing) die Überlegungen von Prof. SU zum Großen Zivilgesetzbuch und erläuterte dabei zunächst dessen theoretischen Aufbau, der nach seinem Verständnis hauptsächlich auf der Wahrung der Systemneutralität, der Rekonstruktion der Trennung des Schuld- und Sachenrechts, dem Verzicht auf den *numerus clausus* dinglicher Rechte und der Verdeutlichung der Unterscheidung zwischen Privatautonomie und Gesetzesbestimmung beruht. Die systematische Grundstruktur des Großen ZGB lasse sich in vier Säulen zusammenfassen: Die vollständige Sammlung der Privatrechtsnormen, das Vermögensrecht als Prototyp, das Modell der dreifachen Teilung in den Allgemeinen und den Besonderen Teil und die Zweiteilung in rechtsgeschäftliche und gesetzliche Rechtsverhältnisse. Schließlich verwies Prof. ZHU auf das Problem der begrifflichen Einteilung, das sowohl bei der Dichotomie von Realakt und Rechtsgeschäft als auch bei der Dichotomie von Schuld- und Sachenrecht sichtbar werde. Die Lösung dieser Problematik sei nach Prof. ZHU nicht die Beseitigung der Zwischenzustände, sondern das Streben nach der Formalisierung der Begriffe. Das Objekt dinglicher Rechte sei im Großen ZGB nicht ausschließlich auf Sachen beschränkt, sondern nehme unter Umständen auch Forderungen, dingliche Rechte, geistige Eigentumsrechte etc. auf. Zuletzt nannte er als vier Stilinnovationen des Großen ZGB die Schaffung eines dreifachen Allgemeinen Teils, den Aufbau des Teilbuches der Allgemeinen Regeln des Vermögensrechts, die Verschmelzung und einheitliche Anordnung der persönlichen und dinglichen Rechtsnormen sowie die Einrichtung eines Publizitätssystems für privatrechtliche Rechte entsprechend der Unterscheidung der eintragungsfähigen und nichteintragungsfähigen Vermögensinteressen.

Als erster Diskutant ging Prof. em. Dr. Wolfgang Wiegand (Universität Bern) zunächst auf den Verzicht auf einen *numerus clausus* im Sachenrecht bei der Kodifikation des Großen ZGB ein. Um die Differenzierung in absolute und relative Rechte trotz des Wegfalls des *numerus clausus* beizubehalten, sei die Verwendung von Publizitätsmitteln notwendig. Dies führe dazu, dass die Gestaltungsfreiheit bei dinglichen Rechten prinzipiell bestehe, die Parteien aber selbst entscheiden müssten, ob sie durch ein Publizitätsmittel ihren Rechtspositionen Drittwirkung verschaffen. Nach dem Großen ZGB würden dingliche Rechte ausschließlich inter partes entstehen und daher keinerlei Drittwirkung entfalten. Die Gewährleistung der Gestaltungs-

freiheit hängt schließlich seiner Ansicht nach von der Ausgestaltung und Praktikabilität des Eintragungssystems oder allgemeiner Publizitätsmittel ab.

Im Hinblick auf Prof. SUs Vorschlag, die Kategorien „Forderungen“ und „dingliche Rechte“ durch „persönliche“ und „dingliche“ Rechte zu ersetzen, verwies Prof. Dr. XIE Gen von der Universität Nanjing auf die technischen Herausforderungen in der Umsetzung und behandelte im Anschluss daran die Frage, ob beschränkt dingliche Rechte an geistigen Eigentumsrechten dem *numerus clausus* unterliegen oder frei geschaffen werden können. Abschließend kommentierte er Prof. SUs Plädoyer für die Reinheit eines Zivilgesetzbuches frei von regulatorischen Elementen zugunsten der Privatrechtsautonomie und wies darauf hin, dass es unterschiedliche Autonomiebegriffe gebe: einmal die Autonomie im rein formalistischen Sinne und zum anderen die Autonomie, die ein gewisses Maß an materieller Freiheit einschließe. Seinen Diskussionsbeitrag beendete er mit der Frage, welche Art der Privatrechtsautonomie durch das Große Zivilgesetzbuch geschützt werden solle.

Als Ergänzung zu Prof. ZHUs Ausführungen merkte Prof. SU an, dass das Hauptproblem in der Frage liege, wie das Zivilrecht umstrukturiert werden kann, um dem größten Regelungsbedarf gerecht zu werden. Abschließend empfahl er, bestimmte Teile des allgemeinen Teils des Zivilrechts, die nicht für das Personenrecht gelten, in die Allgemeinen Grundsätze des Vermögensrechts zu verlagern, und im Falle der Integration der Grundsätze des Handelsrechts und des Rechts des geistigen Eigentums, diese Teile ebenfalls an die gleiche Stelle anzuordnen.

Große Publikumsdiskussion

Die große Diskussionsrunde eröffnete Prof. Yamamoto mit der Frage, wann ein Modernisierungsbedarf des Systems bestehe. Prof. Kern sieht den Modernisierungsbedarf grundsätzlich begrenzt. Es könne sich zwar ein Modernisierungsbedarf in einer Reihe von Bereichen ergeben, jedoch betreffe dieser nicht die grundlegende Ordnung.

Daraufhin fragte Prof. Yamamoto nach dem Einfluss der Schuldrechtsreform auf das BGB und das deutsche Privatrecht und richtet an die chinesischen Teilnehmer die Frage der Integration des Verbraucherrechts in das chinesische ZGB. Prof. Stürner antwortete, dass die Integration des Verbraucherrechts in das BGB mehr ein politischer Handstreich gewesen sei, der keinen signifikanten Einfluss auf das BGB genommen habe. Prof. Jung diskutierte anschließend die Integration des Verbraucherrechts² in der Schweiz. Er vertrat den Standpunkt, dass zumindest die Kernregelungen des Verbraucherrechts im Zivilgesetzbuch konzentriert werden sollten.

Schließlich ging Prof. BU auf die Frage der Integration des Verbraucherrechts in das chinesische ZGB

² In der Schweiz Konsumentenrecht genannt.

ein. Sie verwies darauf, dass das Verbrauchervertragsrecht in China nicht besonders entwickelt ist. Aus diesem Grund sei der Ausgangspunkt in China ein anderer gewesen als in Japan oder Deutschland. Bezüglich einer Integration des Handelsrechts seien die Meinungen in China auseinandergeschieden. Die Mehrheit habe vertreten, dass es im Handelsrecht zu viele Besonderheiten gebe, die separat durch Sondergesetze geregelt werden müssten. *Prof. WANG Hongliang* fügte hinzu, dass für die Gesetzgebung des Verbraucherschutzrechts im Zivilgesetzbuch die Zuständigkeiten bei verschiedenen Senaten lagen. Aus diesem Grund sei gar nicht erst diskutiert worden, ob das Verbraucherrecht in das ZGB integriert werden soll. *Prof. YE* ergänzte schließlich, dass das Verbraucherrecht in China dem Wirtschaftsrecht zugeordnet werde.

Zuletzt bat *Prof. YE* *Prof. Koziol* um eine nähere Erläuterung des Sachenrechts im österreichischen ABGB, welches im Unterschied zum deutschen BGB auch immaterielle Interessen umfasst. Daraufhin erklärte *Prof. Koziol*, dass das ABGB aufgrund seiner naturrechtlichen Basis einen sehr weiten Sachbegriff habe, durch den eine allgemeine Güterrechtsordnung ermöglicht werde. Trotzdem differenziere das ABGB selbstverständlich zwischen den einzelnen Güterarten, soweit dies sachlich erforderlich sei, jedoch würden einige allgemeine Grundsätze festgelegt.

Schließlich kam *Prof. SU* erneut auf die Trennung von Schuld- und Sachenrecht und benannte als Defizit des deutschen Kodifikationsmodells, dass der Rechtsanwender praktisch zu einer Analoganwendung der allgemeinen Regelungen im Sachenrecht auf schuldrechtliche Verträge mit dinglichen Elementen gezwungen werde. Daraufhin bemerkte *Prof. Kern*, dass er noch keinem Fall begegnet ist, in dem eine wirtschaftlich sinnvolle Gestaltung aufgrund des *numerus clausus* nicht möglich gewesen sei, sondern es könne durch schuldrechtliche Vinkulierung *inter partes* immer das Gewollte erreicht werden. Gleichzeitig werde die Verkehrsfreiheit, die Freiheitsschutz für den Rechtsnachfolger darstelle, durch den *numerus clausus* geschützt.

Ende der Tagung

Die Tagung fand schließlich ihren Ausklang mit der Abschlussrede von *Prof. BU*, in der sie auch im Namen von *Prof. YE*, *Prof. ZHU* und *Prof. XIE* ihren Dank an alle Beteiligten der Tagung aussprach. Abschließend erwähnte *Prof. BU*, dass die Fakultät Nanjing im Jahr 2019 das bisher einzige Institut für die Erforschung juristischer Kommentare in China gegründet hat und *Prof. ZHU* bereits seit 2015 versucht, landesweit mit über 70 Kollegen einen ersten Großkommentar über das chinesische ZGB zu verfassen. Dies ist aus ihrer Sicht ein wichtiger Schritt für die Systematisierung des chinesischen Zivilrechts. Zuletzt hofft sie, dass sich durch die Tagung trotz des Online-Formats alte Freundschaften verfestigen und neue Bekanntschaften entstehen konnten und dass bald wieder ein persönlicher Austausch möglich ist.

Zu der Tagung werden zwei Tagungsbände jeweils in Deutschland und China herausgebracht.

Beijing

Baker & McKenzie

Suite 3401, China World Tower 2
China World Trade Center
No. 1, Jianguomenwai Avenue
100004 Beijing, VR China

贝壳·麦坚时国际律师事务所北京代表处
国贸大厦2座3401室
中国国际贸易中心
建国门外大街1号
100004 北京, 中华人民共和国

Tel.: +86 10 6535 3800; Fax: +86 10 6505 2309; 6505 0378; E-Mail: <christian.atzler@bakermckenzie.com>
Ansprechpartner: *Christian Atzler*

Brandi Dröge Piltz Heuer & Gronemeyer

Suite 706/2, Jian Wai SOHO
No. 39, East 3rd Ring Road, Chaoyang District
100022 Beijing, VR China

建外 SOHO 2 号楼 706 室
朝阳区东三环中路 39 号
100022 北京, 中华人民共和国

Tel.: +86 10 5869 5751; E-Mail: <wigginghaus@bdphg.de>
Ansprechpartner: *Dr. Nils Wigginghaus*

King & Wood Mallesons

18/F, East Tower, World Financial Center
No. 1, Dongsanhuan Zhonglu, Chaoyang District
100020 Beijing, VR China

环球金融中心办公楼东楼 18 层
朝阳区东三环中路 1 号
100020 北京, 中华人民共和国

Tel.: +86 10 5878 5588; Fax: +86 10 5878 5599; E-Mail: <sandra.link@kwm-europe.com>
Ansprechpartner: *Dr. Sandra Link*

Wenfei Attorneys-at-Law Ltd.

Room 1006, Air China Plaza
No. 36, Xiaoyun Road, Chaoyang District
100027 Beijing, VR China

瑞士文斐律师事务所
国航大厦 1006 室
朝阳区霄云路 36 号
100027 北京, 中华人民共和国

Tel.: +86 10 8418 5687; Fax: +86 10 8418 5907; E-Mail: <paul.thaler@wenfei.com>
Ansprechpartner: *Dr. Paul Thaler*

Shanghai

Clifford Chance LLP

25/F, HKRI Centre Tower 2, HKRI Taikoo Hui
No. 288, Shimen Yi Road
200041 Shanghai, VR China

高伟绅律师事务所上海代表处
兴业太古汇香港兴业中心二座 25 层
市石门一路 288 号
200041 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 2320 7288; Fax: +86 21 2320 7256; E-Mail: <qian.ma@cliffordchance.com>
Ansprechpartner: *Dr. Ma Qian*

CMS, China

Suite 2801, Plaza 66, Tower 2
No. 1266, Nanjing Road West
200040 Shanghai, VR China

德国 CMS 德和信律师事务所驻上海代表处
恒隆广场 2 期 2801 室
南京西路 1266 号
200040 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6289 6363; Fax: +86 21 6289 0731; E-Mail: <ulrike.glueck@cms-hs.com>
Ansprechpartner: *Dr. Ulrike Glück*

Ernst & Young

German Business Center (GBC) Shanghai
23/F, The Center, No. 989, Changle Road
200031 Shanghai, VR China

安永会计师事务所
世纪商贸广场 23 楼
长乐路 989 号
200031 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 2405 2348; Fax: +86 21 6275 1131; E-Mail: <titus.bongart@cn.ey.com>

Ansprechpartner: *Titus von dem Bongart*

Freshfields Bruckhaus Deringer

34/F, Jin Mao Tower
No. 88, Century Boulevard, Pudong
200121 Shanghai, VR China

富而德律师事务所
金茂大厦 34 楼
浦东新区世纪大道 88 号
200121 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 5049 1118; Fax: +86 21 3878 0099; E-Mail: <heiner.braun@freshfields.com>

Ansprechpartner: *Dr. Heiner Braun*

GvW Graf von Westphalen

Chong Hing Finance Center, Room 906
288 West Nanjing Road
200003 Shanghai, VR China

德国丰伟律师事务所
创兴金融中心 906 室
南京西路 288 号
200003 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6322 3131; E-Mail: <p.heid@sh.gvw.com>, <d.koestner@sh.gvw.com>

Ansprechpartner: *Patrick Heid, Dr. Dominic Köstner*

Hogan Lovells

18/F, Park Place
No. 1601, Nanjing Road West
200040 Shanghai, VR China

霍金路伟律师事务所上海办事处
越洋广场 18 楼
南京西路 1601 号
200040 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6122 3800; Fax: +86 21 6122 3899; E-Mail: <shengzhe.wang@hoganlovells.com>

Ansprechpartner: *Shengzhe Wang*

Latham & Watkins LLP

26/F, Two ifc
No. 8, Century Boulevard
200120 Shanghai, VR China

国金中心二期 26 楼
世纪大道 8 号
200120 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6101 6000; Fax: +86 21 6101 6001; E-Mail: <christian.jahn@lw.com>

Ansprechpartner: *Dr. Christian H. Jahn*

Linklaters LLP

29/F, Mirae Asset Tower
No. 166, Lujiazui Ring Road
200120 Shanghai, VR China

年利达律师事务所上海代表处
未来资产大厦 29 楼
陆家嘴环路 166 号
200120 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 2891 1888; Fax: +86 21 2891 1818; E-Mail: <wolfgang.sturm@linklaters.com>

Ansprechpartner: *Wolfgang F. Sturm*

Luther Law Offices

2/F AZIA Center
No. 1233, Lujiazui Ring Road, Pudong
200120 Shanghai, VR China

陆德律师事务所
汇亚大厦 2 层
浦东新区陆家嘴环路 1233 号
200120 上海, 中华人民共和国

Pinsent Masons

Room 4605, Park Place Office Tower
No. 1601, Nanjing West Road
200040 Shanghai, VR China

品诚梅森律师事务所
上海越洋广场 4605 室
静安区南京西路 1601 号
200040 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6321 1166; Fax: +86 21 6329 2696; E-Mail: <bernd.stucken@pinsentmasons.com>

Ansprechpartner: *Dr. Bernd-Utwe Stucken*

Schindhelm Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
German Centre for Industry and Trade Shanghai
Unit 638, 6/F, Tower 3, No. 88, Keyuan Road
201203 Shanghai, VR China

德国申特海姆律师事务所上海代表处
3幢6层638室
德国中心, 科苑路88号
上海浦东张江高科技园区
201203 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 2898 6660; E-Mail: <bernhard.heringhaus@schindhelm.net>
Ansprechpartner: *Dr. Bernhard Heringhaus*

Schulz Noack Bärwinkel
Suite 2302, International Trade Center
No. 2201, Yan'an Road West
200336 Shanghai, VR China

德国律师事务所上海办事处
国际贸易中心 2302 室
延安西路 2201 号
200336 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6219 8370; Fax: +86 21 6219 6849; E-Mail: <jm.scheil@snblaw.com>
Ansprechpartner: *Dr. Jörg-Michael Scheil*

Taylor Wessing
Unit 1801, Raffles City Changning
Tower 2, No. 1189, Changning Road
200051 Shanghai, VR China

泰乐信律师事务所驻上海代表处
来福士广场写字楼 2 座 1801 单元
长宁路 1189 号
200051 上海, 中华人民共和国

Tel.: +86 21 6247 7247; Fax +86 21 6247 7248; E-Mail: <m.goldammer@taylorwessing.com>
Ansprechpartner: *Mike Goldammer*

Guangzhou

Rödl & Partner
45/F, Metro Plaza
No. 183, Tianhe Road North
510075 Guangzhou, VR China

德国罗德律师事务所上海代表处
大都会广场 45 楼
广州市天河北路 183 号
510075 广州, 中华人民共和国

Tel.: +86 20 2264 6388; Fax: +86 20 2264 6390; E-Mail: <sebastian.wiendieck@roedl.pro>
Ansprechpartner: *Sebastian Wiendieck*

ISSN: 1613-5768
Online ISSN: 2366-7125

- Herausgeber**
(主编) Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung e.V.
Dr. Joachim Glatter, Präsident
E-Mail: <glatter@dcjv.org>
- Schriftleitung**
(执行编辑) Dr. Peter Leibkühler LL.M. (China-EU School of Law)
Wirtschaftsjurist (Univ. Bayreuth)
Deutsch-Chinesisches Institut für Rechtswissenschaft
der Universitäten Göttingen und Nanjing
Hankou Lu 22, 210093 Nanjing, VR China
南京大学中德法学研究所
汉口路 22 号, 210093 南京, 中华人民共和国
Tel. / Fax: +86 25 8663 7892
E-Mail: <dcir.nanjing@hotmail.com>
- Wissenschaftlicher**
Beirat (编委会) Prof. Dr. Björn Ahl, Professor für chinesische Rechtskultur,
Universität zu Köln
Prof. Dr. Knut Benjamin Pißler, M.A., Max-Planck-Institut für
ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg
- Online-Redaktion**
(电子版编辑部) Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales
Privatrecht
Mittelweg 187, 20148 Hamburg
Kontakt bei technischen Fragen: David Schröder-Micheel
E-Mail: <micheel@mpipriv.de>
- Deutsches Korrek-**
torat (德语校对) Anja Rosenthal, Max-Planck-Institut für ausländisches und inter-
nationales Privatrecht
- Englisches Lek-**
torat (英语编辑) Michael Friedman, Max-Planck-Institut für ausländisches und in-
ternationales Privatrecht
- Gestaltung**
(美术设计) Jasper Habicht, Köln

Die Zeitschrift für Chinesisches Recht (ZChinR) erscheint viermal im Jahr als gedruckte Ausgabe. Das Abonnement der Zeitschrift ist für die Mitglieder der DCJV im Mitgliedsbeitrag enthalten. Es steht jedem Interessierten frei, Mitglied der DCJV zu werden. Eine Mitgliedschaft bei der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung kann online unter <www.dcjv.org> beantragt werden.

Unter <www.ZChinR.de> stehen die Beiträge der jeweils vier letzten Ausgaben der Zeitschrift in Form von Inhaltsverzeichnissen, diejenigen der vorhergehenden Ausgaben als Volltexte im text- und seitenkonkordanten PDF-Format zur Verfügung. Mitglieder der DCJV können sich mit ihrem persönlichen Benutzernamen und Passwort anmelden und erhalten damit Zugriff auch auf die Volltexte der letzten vier Ausgaben.

Die Jahrgänge 1–10 (1994–2003) sind unter dem Titel „Newsletter der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V.“ erschienen. Die älteren Jahrgänge stehen im Internet unter <www.dcjv.de> im Volltext kostenfrei zum Abruf bereit.

Hinweise für Autoren finden sich unter derselben Adresse bei Unterpunkt ZChinR / Archiv.

Chinesisches Recht und Rechtsvergleichung (LL.M. / M.A.)

Seit dem Jahr 2013 wird deutschen Absolventen der Rechtswissenschaften oder eines sinologischen Studiengangs die Möglichkeit geboten, im Rahmen eines Masterstudiengangs zwei Semester am Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaften in Nanjing zu verbringen und das chinesische Recht sowie die chinesische Sprache zu studieren.

Angeboten werden

- ▶ Chinesische Sprache und Rechtsterminologie
- ▶ Quellen des chinesischen Rechts und Gesetzgebung
- ▶ Zivil- und Wirtschaftsrecht (Vertrags-, Gesellschaftsrecht)
- ▶ Öffentliches Recht (Verwaltungs- und Verfassungsrecht)
- ▶ Rechtsvergleichung
- ▶ Chinesische Rechtsgeschichte und Rechtsphilosophie
- ▶ Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Geschichte Chinas

Zulassungsvoraussetzung ist ein Studium der Rechtswissenschaften oder der Chinawissenschaften/Sinologie. Je nach vorangegangenem Studium sind Nachweise über Kenntnisse der jeweils anderen Disziplin erforderlich. Der Umfang der nachzuweisenden Vorkenntnisse richtet sich nach dem gewählten Studienschwerpunkt und dem angestrebten Abschluss (LL.M. oder M.A.).

Kurzprofil »Chinesisches Recht und Rechtsvergleichung«

Abschluss: Je nach Studienschwerpunkt Chinawissenschaft »M.A.« oder Rechtswissenschaft »LL.M.« der Universität Göttingen und rechtswissenschaftliche Master der Universität Nanjing · **Regelstudienzeit:** Vier Semester · **Unterrichtssprache:** Deutsch und Englisch · Der Studiengang ist zulassungsbeschränkt · **Verfügbare Studienplätze:** 25 · **Studienverlauf:** 1. Semester Göttingen, 2.-3. Semester Nanjing, 4. Semester Göttingen · Studienbeginn ist zum Wintersemester möglich

ZChinR

Zeitschrift für Chinesisches Recht

Call for Papers

Since 1994 the German–Chinese Jurists’ Association and the Sino–German Institute for Legal Studies of the Universities of Göttingen and Nanjing are quarterly publishing the “Zeitschrift für Chinesisches Recht (German Journal of Chinese Law)”, formerly known as the “Newsletter of the German-Chinese Jurists’ Association”.

The journal is focusing on issues of contemporary Chinese law and modern Chinese legal history with a particular emphasis on legal aspects of Chinese economic development and international relations. It seeks to advance practical as well as theoretical analysis of Chinese law.

The journal invites submissions within its scope as set out above to be published in one of its next issues. To guarantee for intellectually stimulating and innovative contributions all submissions will be subject to a review procedure by the editors. Manuscripts (English or German) to be published in the journal’s categories articles, short contributions, documentations and book reviews should be submitted in electronic form and should follow the rules of citation and guidelines for the submission of articles, which can be found at www.ZChinR.de. Previous issues of ZChinR can also be found at www.ZChinR.de.

Please address your manuscripts as well as any inquiries concerning subscription and advertising to the editor-in-chief:

Dr. Peter Leibkühler (LL.M.)
ZChinR, Sino–German Institute for Legal Studies
Nanjing University
22, Hankou Lu, 210093 Nanjing, People’s Republic of China
E-mail: dcir.nanjing@hotmail.com Tel./Fax: +86 25 8663 7892